

das 1,2 Milliarden S, die in der Hauptsache Arbeitnehmerfamilien verlieren würden. Sie vertreten doch die Arbeitnehmer. Glauben Sie, daß das gut ist? Ich glaube nicht. 300 Millionen S würde in Österreich die Sozialversicherung an Beiträgen verlieren. (Landesrat Bammer: „Ihr entzieht euch ja die Existenzgrundlage vom ÖAAB!“) Nein, nein. Steiermark hat die größte Zahl von Lehrlingen nach wie vor in Österreich. Das Gewerbe ist mit rund 55 % dabei in der Mehrzahl. Diese Tatsache zeigt deutlich, daß wir uns auch weiterhin bemühen müssen, die Berufsausbildung für unseren Nachwuchs in der Wirtschaft gut zu dotieren. Bedanken möchte ich mich zum Schluß beim Land für die Mittel, die dafür bereitgestellt werden und besonders möchte ich mich bei den Lehrern in den Berufsschulen bedanken, die unseren Nachwuchs so gut schulen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Ich erteile Herrn Abg. Klobasa das Wort.

Abg. Klobasa: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe von dieser Stelle schon mehrmals über Schulbücher gesprochen. Ich will es auch diesmal wieder tun, weil das Problem Schulbücher noch immer ein Problem ist, mit dem sich besonders die Eltern und Lehrer konfrontiert sehen. Ich habe auch damals erwähnt, daß mittels des Wirksamwerdens der neuen Lehrpläne auch wieder neue Schulbücher beschafft werden mußten, und meine Erhebungen haben gezeigt, daß von den neuen Schulbüchern reichlich Gebrauch gemacht wurde. Die Schulbücherflut hat neue Nahrung erhalten. Wenn Sie die Schulbücherprospekte des Schuljahres 1971 mit den von mir vor vier Jahren angeführten Schulbücherprospekten 1965/66 vergleichen, werden Sie feststellen, daß sich kaum etwas an der Vielfalt der vorhandenen Schulbücher geändert hat, nur die Preise sind etwas gestiegen. Bei Durchsicht dieser Prospekte mußte ich feststellen, daß die Pflichtschulschüler aus der Vielfalt von 450 Büchern auswählen können, nämlich 230 für Volksschüler und 220 für Hauptschüler. Ähnlich liegen die Dinge bei den Gymnasien. Die Verantwortlichen der Elternvereine sind oft verzweifelt, weil sie ganz einfach nicht wissen, von wo sie das Geld hernehmen sollen, um für die Bücher und Lehrmittel für die Schüler aufzukommen. Ohne Atlas und Religionsbuch wird zu Schulbeginn ein Betrag von rund S 700.— zur Anschaffung der Bücher für einen Mittelschüler gebraucht; eine Hauptschülerin der 4. Klasse trägt Bücher im Werte von S 434.— mit sich, und ein Volksschüler der 3. Klasse schleppt Bücher im Werte von S 183.— mit sich; das heißt, daß eine Familie, die drei schulpflichtige Kinder dieser Kategorien hat, zum Schuljahresbeginn im September S 1317.— auf den Tisch legen muß, um die Schulbücher kaufen zu können. Wenn Sie mich fragen, ob alle Eltern dieses Geld so leicht zuwege bringen, dann werden Sie selbst wissen, wie schwer das oft ist. Leider ist auch oft die Beschaffenheit der Bücher so, daß sie nur kurze Zeit halten, vielleicht ein bis zwei Jahre bei den Kleinkindern, denn diese können damit ja nicht so umgehen — die grö-

ßeren Kinder wiederum machen Anmerkungen, die Rechenaufgaben werden voll ausgefüllt, so daß die nachkommenden Geschwister es ablehnen, die Bücher weiter zu verwenden. Dann kommt es oft vor, daß Bücher von Lehrern verlangt werden — ich bin zwar selbst Lehrer, habe das aber nie getan —, die kaum im Jahre gebraucht werden, aber die Kinder müssen sie haben. Sehen Sie, meine Damen und Herren, die Schulbücherflut hat durch die neuen Lehrpläne Nahrung erhalten und es hat eine Enquete in Wien vor einiger Zeit festgestellt, daß es einzig und allein vom Lehrer abhängt, ob und wie das moderne Lehrbuch gebraucht wird. Bevor ich aber noch weiter auf die Schulbücher zu sprechen komme, möchte ich noch eine zweite Betrachtung anstellen: Es ist noch nicht allzulange her, daß alle Kinder zur Schule und von der Schule nach Hause den Schulweg zu Fuß zurückgelegt haben. Heute ist dies wesentlich anders. Ich habe die Schulstatistik des Bezirkes Feldbach erhoben und dabei festgestellt: Von den 3048 Hauptschülern benützen im Schuljahr 1970/71 1222 Schüler ein Verkehrsmittel, um in die Schule zu kommen. Das sind mehr als 40 % aller Hauptschüler und diese Schüler haben einen Weg von 4 bis 25 km zweimal täglich zurückzulegen. Das heißt auf der anderen Seite wieder, daß die Eltern mit großen Mehrausgaben belastet werden. Die Fahrkosten betragen monatlich durchschnittlich S 20.— bis S 200.—, je nach Entfernung. Ich habe ausgerechnet, daß die Eltern im Durchschnitt zwischen S 80.— und S 100.— zu bezahlen haben. Der Vollständigkeit halber möchte ich noch sagen, daß die Handelsakademie in Feldbach von 30 % Feldbachern und 70 % Auswärtigen besucht wird; die Mittelschule in Gleisdorf wird von 149 Schülern aus dem Bezirke Feldbach besucht, die oft mehr als 40 km zweimal täglich mit einem Fahrzeug zurücklegen. Dazu kommt es noch auf Grund der Fahrtschüler innerhalb der Gemeinden zu Kompetenzschwierigkeiten, nämlich welche Gemeinde welchen Kindern einen Fahrkostenzuschuß gewähren soll. Ein Beispiel: Die Gemeinde Trössengraben im Bezirk Feldbach wurde vor einigen Jahren mit der Marktgemeinde St. Stefan i. R. vereinigt. Bei der Schulsprengelteilung der Gemeinde Trössengraben wurde entschieden, daß ein Teil der Schüler, die eine Hauptschule besuchen wollen, nach Kirchberg a. d. Raab, nach St. Stefan i. R. und nach Paldau eingeschult wurden. Durch die Zusammenlegung der Gemeinde Trössengraben mit der Marktgemeinde St. Stefan i. R. hat jetzt die Gemeinde St. Stefan i. R. eine eigene Hauptschule und müßten natürlich auch die Schüler der ehemaligen Gemeinde Trössengraben nach Ansicht der Gemeindefunktionäre ebenfalls in diese Schule gehen. Die Schüler, die jetzt die Schule in Kirchberg und Paldau besuchen, erhalten von der Gemeinde Sankt Stefan keinen Fahrkostenzuschuß, weil diese Gemeinde sagt, wir unterstützen nur Schüler, die eine Schule unserer Gemeinde besuchen und nicht die eines anderen Schulsprengels. Sehen Sie, meine Damen und Herren, es wäre daher auch notwendig, daß man eine Sprengelteilung neu überprüfen soll in solchen Orten und Gemeinden, die durch Zusammenlegung vereinigt wurden. Aber auch die

verkehrsmäßige Aufschließung spielt bei der Schulsprengelenteilung eine gewisse Rolle. Da möchte ich ein anderes Beispiel sagen: z. B. meine ehemalige Gemeinde Gossendorf. Wir haben entschieden, daß ein Teil der Kinder, die eine Hauptschule besuchen wollen, entweder nach Bad Gleichenberg oder nach Feldbach gehen. Seit vier Jahren verkehrt dreimal täglich ein Autobus der Österreichischen Bundesbahnen zwischen Gossendorf und Feldbach, und alle Schüler besuchen jetzt ausnahmslos die Hauptschule in Feldbach, weil sie eben diese Fahrmöglichkeiten haben. Die Gemeinde Gossendorf — der Herr Landeshauptmann wird sie sicher kennen — muß aber jetzt zahlen: 1. den aliquoten Schulkostenbeitrag für Bad Gleichenberg und 2. den Gastschulbeitrag für die Schüler, die wohl nach Bad Gleichenberg eingeschult sind, aber in Feldbach die Hauptschule besuchen. Vor acht Jahren hat der 2. Präsident dieses Hohen Hauses, Herr Stadtschulinspektor Anton Afritsch, in eindrucksvoller Weise und in pflichtbewußter Verantwortung in seiner Rede zu den Schulproblemen der Steiermark Stellung genommen und hat besonders darauf verwiesen, um wie vieles es Kinder in ländlichen Gebieten schwerer haben, eine Haupt- oder Mittelschule zu besuchen, als Kinder, die in der Stadt wohnen. Der Generaldebattenredner der ÖVP hat dies heute fast in gleichen Worten bestätigt. Er hat es als ein Zukunftsbild bezeichnet, wenn Schulautobusse die Kinder zur Schule und zurück täglich bringen könnten. Aber als er dies sagte, ich habe das Protokoll aus dem Jahre 1962 vor mir, hat es von Zwischenrufen gehagelt — der Herr Landeshauptmann hat damals den Zwischenruf gemacht — „Jeeps einsetzen!“ — das war die erste Reaktion — (Landeshauptmann Krainer: „Ja, das ist ein gutes Fahrzeug!“), ja, Sie haben wahrscheinlich deshalb gemeint „Jeeps einsetzen“, weil Sie Ihre eigenen Straßen gekannt haben, dort mit Autobussen zu fahren war wahrscheinlich nicht möglich. Der Herr Abgeordnete Pözl hat dann gesagt, der Herr Präsident Afritsch mußte selbst die Fahrzeuge lenken. Damals, meine Damen und Herren, wurde das noch als Zukunftsmusik angesehen. Heute ist dies aber Wirklichkeit, denn wenn 40 % der Pflichtschüler aus ländlichen Gebieten die Schule mittels eines Verkehrsmittels besuchen, muß ich sagen, daß das Zukunftsbild in verhältnismäßig kurzer Zeit Wirklichkeit und Wahrheit geworden ist. Weil dadurch den Eltern höhere Kosten erwachsen sind, hat die gegenwärtige Regierung unter Bundeskanzler Kreisky den Vorschlag gemacht, für die Schulbücher und für die Fahrkosten aufzukommen und zwar aus dem Fonds des Familienlastenausgleichsfonds, der jährlich mehr Einnahmen als Ausgaben aufweist. Für das Jahr 1971 sind 8437 Millionen S vorgeschlagen. Der Verbrauch wird sich auf 7313 Millionen S belaufen, das heißt, daß mehr als 1,2 Millionen S als Überschuß bezeichnet werden können. Der Vorschlag der Bundesregierung hat natürlich anfangs in den Reihen der ÖVP eine gewisse Schockierung ausgelöst. (Landeshauptmann Krainer: „Die Zeitungen sind ja nicht die Volkspartei!“) Ich habe die Zeitungsberichte da, Herr Landeshauptmann. Ich glaube, Sie kennen sie selber. Es war ein Vor-

schlag. Die Volkspartei hätte jahrelang Zeit gehabt, dieses Geld zweckbindend zu verbrauchen. Sie hat nicht den Versuch gemacht. Es wurde nichts geleistet. Ausgenommen die Gemeinden, die aus eigenem den Kindern Fahrzeuge zur Verfügung stellen und einen Fahrkostenzuschuß leisten. Die haben Großes geleistet. Von seiten der Bundesregierung wurde seinerzeit wenig getan. Die sozialistische Regierung hat wenigstens einmal einen Gedanken gehabt. Das hat früher gefehlt. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn ich daran erinnern würde, was die SPÖ für Witze gerissen hat, wie der Familienlastenausgleich eingeführt worden ist!“) Ich nicht. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Er hätte gar nicht eingeführt werden können, wenn die SPÖ nicht mitgestimmt hätte. Das war in der Koalitionszeit!“) Sehen Sie, ich glaube, daß es wirklich gut ist, daß man Schülern und Eltern hilft und ich glaube, daß es nach dem 15. Jänner doch zu einer Einigung bezüglich des Gebrauches des Familienlastenausgleichs kommen wird. Glauben Sie mir, die Bevölkerung wartet auf die positive Entscheidung und Beschlußfassung dieses Vorschlages. Viele Jugendliche des Landes hatten bisher nicht die Möglichkeit, eine höhere Schule zu besuchen, weil die Eltern das Geld dazu nicht aufbringen konnten. Mit dieser Entscheidung der Regierung, die Schulbücher gratis zu geben und für die Fahrkosten aufzukommen, wurde ein erheblicher Schritt weiter gemacht, allen Schülern unseres Landes dieselben Bildungschancen zu geben. Die Regierung macht es sicherlich nicht deshalb, um Erfolg zu haschen, sondern nur deshalb, um ein Fundament unseres Staates für morgen zu legen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich gemeldet der Herr Abg. Dr. Piaty. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Piaty: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich kurz fassen. Ich möchte zu einem Thema Stellung nehmen innerhalb dieser Budgetgruppe, das sicherlich keine politische Brisanz aufweist, aber das ein echtes Anliegen breiter Bevölkerungsteile, insbesondere der Eltern, ist. Das ist die immer sichtbarer werdende physische Belastung und Überforderung der Schulkinder. Der Kinderarzt Professor Hamburger sagt, daß die Grundlagen der Erziehung naturwissenschaftlich erforschbar sind, die Erziehung muß daher auch naturwissenschaftlich betrieben werden. Es dürfen die Erziehungsgrundsätze nicht im Widerspruch mit der kindlichen Natur sein. Es laufen verschiedene Versuche, unser Schulwesen quantitativ und qualitativ zu verbessern. Man nimmt dabei aber nicht immer Rücksicht auf die körperliche, geistige und seelische Belastungsfähigkeit unserer Kinder, die bekanntermaßen in den verschiedenen Altersstufen verschieden ist. Die Folge ist eine zunehmende physische Überforderung und es gibt Arbeiten aus dem schulärztlichen Bereich, die uns sagen können, daß 60 % der Schulkinder psychovegetative Störungen aufweisen. Sie müssen bedenken, daß man heute bei einer Arbeitszeit von 42 Stunden, wo man bereits die 40-Stunden-Woche anpeilt und dies mit der berech-

tigten Argumentation, die Gesundheit des Arbeitnehmers schützen und erhalten zu wollen, unsere Schulkinder, insbesondere in den allgemeinbildenden höheren Schulen, wöchentlich bis zu 50 Stunden, nämlich sechs Stunden Unterricht und zwei bis drei Stunden für die Hausarbeit am Nachmittag zu Hause verkraften müssen. Was sind die Gründe? Die Gründe sind vielfach, daß unsere Bildungsexplosion quantitativ zum Teil außer Kontrolle geraten ist, daß immer mehr Lehrstoff sich anhäuft, daß vom Schüler heute Wissen gefordert wird, das zu detailliert ist. Wenn man von den Schülern z. B. verlangt die acht verschiedenen Schweinearten, den Verdauungstrakt des Maikäfers, die Einwohnerzahl aller größeren Städte oder die Quadratmeteranzahl aller Länder, dann ist das alles eine Summation von Einzelwissen, von einem Enzyklopädiwissen. Es garantiert nicht einen echten Überblick im Sinne einer echten gewachsenen Bildung. Dem Kind wird Wissensstoff vermittelt, aber nicht beigebracht, wie man das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden kann. Es sind die Nebengegenstände, die im Gegensatz zu unserer Jugend eine Überbewertung erfahren haben. Die Gegenstände, die früher Freude und Entspannung dargestellt haben, wie z. B. Musik und Zeichnen, sind echte Belastungen für die Kinder geworden und es ist keine Seltenheit, daß „nicht genügend“ und Ermahnungen gegeben werden. Die Übungen, die im früheren Schulsystem vielfach in der Schule absolviert wurden, werden immer mehr und mehr in das Haus verlegt. Die meisten Zehn- bis Fünfzehnjährigen sind nicht allein fähig, den Lehrstoff entsprechend zu verkraften. Das bedeutet eine zunehmende Belastung der Eltern. Fragen Sie in viele Familien hinein, wie viele Mütter mit ihren Kindern am Nachmittag bis in die Abendstunden sitzen müssen, damit das Kind im schulischen Prozeß am laufenden bleibt. Wir haben es heute in der Zeitung gelesen, daß 39 % im Durchschnitt Nachhilfestunden absolvieren müssen, um in der Schule mitzukommen. Es kommt noch dazu, daß die Belastung der Kinder eine schematische ist. Es kann nicht gleichgültig sein, ob ein Elfjähriger 50 Stunden in der Woche oder ob ein Achtzehnjähriger diese 50 Stunden in der Woche zu verkraften hat. Es ist auch die Aufnahmefähigkeit begrenzt. Sie wissen, daß Sieben- bis Zehnjährige eine echte Konzentrationsfähigkeit von 20 Minuten aufweisen, während Zwölf- bis Sechzehnjährige eine solche von 35 Minuten aufweisen. Auch die Situation in der Volksschule ist nicht die beste. Es ist z. B. hier in Graz keine Ausnahme, sondern eher die Regel, daß 70 % der Turnstunden aus disziplinarischen Gründen gestrichen werden. Es ist nicht Ausnahme, sondern auch Regel, daß die Kinder in den Pausen in der Bank sitzen bleiben müssen und sie so zur Bewegungsarmut erzogen werden. Es ist kein Wunder, wenn eine Untersuchung durch Schulärzte im Grazer Bereich gezeigt hat, daß die Haltungsschäden bei den Volksschülern 1953 54,30 % ausmachten, 1966/67 bereits 56 % und daß Fuß- und Beinschäden bei den Volksschülern 1953 54,38 % und 1966/67 70,9 % betragen. Was ist die Lösung, die anzustreben wäre? Ich spreche aus der medizinischen Schau. Ich bin kein

Bildungsspezialist. Wesentlich wäre, daß der Lehrplan entrümpelt würde von allem überflüssigen Ballaststoff, daß man kürzere Unterrichtszeiten und damit eine verkürzte Belastung der Kinder anstrebt, daß die Pausen, die derzeit drei Minuten betragen, verlängert werden, um eine Erholungspause zu geben, daß man die Hausaufgabe in der Quantität reduziert und daß man insbesondere die Arbeiten am Wochenende beseitigt. Es kann kein gesunder Zustand sein, daß die Kinder auch am Samstag und Sonntag lernen müssen und keine Möglichkeit haben, sich einigermaßen physisch zu erholen. Ich glaube, insgesamt müßte dem Turnen und der Leibesziehung viel mehr Augenmerk gewidmet werden und daß das vorgesehene Quantum von zwei, maximal drei Stunden in der Woche nicht ausreichend ist.

In der Kürze der Zeit wollte ich nur cursorisch Ihre Aufmerksamkeit auf dieses Thema lenken, weil ich glaube, es ist ein echtes Anliegen der Elternschaft und daß alle Entscheidungsträger im politischen Geschehen informiert sein sollen und daß im modernen und ausgeweiteten Sinn des Begriffes Umweltschutz auch unsere Kinder in diesen Umweltschutz einbezogen werden. Wir haben nichts davon, wenn wir zwar sehr gebildete, quantitativ und qualitativ gebildete Menschen heranziehen, die aber dann im aktiven Erwerbsleben nicht fähig sein werden, ihre Persönlichkeit voll entfalten zu können, weil sie an den Gesundheitsschäden kranken werden, die sie in der Jugend erhalten haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren, es ist zwar erst in fünf Minuten 22 Uhr, aber ich glaube, mit Ihrem Einverständnis werden wir jetzt die Sitzung unterbrechen und morgen, Donnerstag, den 17. Dezember, um 9 Uhr die Sitzung fortsetzen.

Unterbrechung der Sitzung: 21.55 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 17. Dezember, 9 Uhr.

Präsident: Guten Morgen, meine Damen und Herren, wir setzen die gestern unterbrochenen Beratungen fort. Als erster Redner hat sich der Herr Abg. Seidl zu Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm zum Worte kommt Frau Abg. Prof. Hartwig.

Abg. Seidl: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf zum Kapitel „Kindergarten und Horte“ einige Ausführungen bringen. Im Unterabschnitt 263 sind für das Jahr 1971 S 2,500.000.— veranschlagt, das ist gegenüber 1969 eine Erhöhung um S 1,620.000.—. Diese Erhöhung auf diesem Sektor ist sehr begrüßenswert. Das Land beabsichtigt, mit diesen Mitteln noch besser als bisher die Kindergärten zu unterstützen. S 100.000.— bleiben davon dem Land vorbehalten für die Aus- und Fortbildung der Kindergärtnerinnen. Die Grundlage dazu bildet das Kindergarten-gesetz 1965. Mit Ausnahme der Übungs-kindergärten unterstehen alle Kindergärten der Aufsicht des Landes. Derzeit gibt es in der Steiermark 217 Kindergärten, davon sind 116 öffentlich, 84 sind privat. Es darf hier lobend anerkannt werden, daß diese

Privatkindergärten eine große Hilfe für die öffentliche Hand darstellen. Außerdem gibt es noch 17 Erntekindergärten, die besonders in den ländlichen Gemeinden eine sehr, sehr wertvolle Einrichtung darstellen. Das Land Steiermark scheint bei einem einzigen Kindergarten als Träger auf, es ist dies der Sonderkindergarten für hörbehinderte Kinder und Jugendliche in Graz. Wenn wir berücksichtigen, daß auch die Erntekindergärten der Obhut der Gemeinden unterstehen, so kann man feststellen, daß ca. zu 60 % die Gemeinden die Verantwortung haben und auch die finanziellen Kosten zum Großteil tragen müssen. Interessant ist auch die Betrachtung der Struktur des Kindergartennetzes in der Steiermark. Wenn man berücksichtigt, daß pro 1000 Einwohner eine Kindergartengruppe, bestehend aus 30 Kindern, geschaffen werden müßte, so ergibt sich eine interessante Feststellung: Man kann nämlich, von der Dichtigkeit her gesehen, im Bezirk Leoben beginnen, der eine Versorgung mit 56,5 % hat, und dann darf ich die Bezirke kurz aufzählen, wie sie immer weniger dicht werden: Es folgen nach Leoben Graz, Bruck, Mürzzuschlag, Judenburg, Knittelfeld, Liezen, Voitsberg, Fürstenfeld, Murau, und diese Dichtigkeit endet dann mit 10,1 % im Bezirk Graz-Umgebung. Wenn man den Durchschnitt nimmt, so kann man auch hier ein Gefälle nach Ost und Süd feststellen. Wir wissen, daß es finanzstarken Gemeinden leichter möglich ist, einen Kindergarten zu errichten und zu erhalten. Ich glaube, daß diese Lage auch das Land bei der Verteilung der Mittel echt berücksichtigen müßte. (Landesrat Bammer: „Geschieht so schon! 95 zu 5!“) Danke, aber ich darf das nochmals betonen, Herr Landesrat — für alle Fälle! Den 380 Kindergarten-Gruppen in 217 Kindergärten steht ein Manko auf der anderen Seite in 115 Orten gegenüber. Obwohl natürlich in erster Linie die Gemeinden für die bauliche Errichtung der Kindergärten zuständig sind, so darf ich doch hier anführen, wieviel das kostet: Man hat berechnet, daß für eine Kindergartengruppe in Fertigbauweise Kosten von S 500.000.— anlaufen. Wenn man das Manko auskalkuliert, so kommen wir auf S 100.000.000.—, die man natürlich auf Jahre aufteilen kann, aber für die immerhin die Gemeinden aufkommen müssen. Wenn man vom Recht jedes Kindes auf Besuch eines Kindergartens ausgeht, so darf man den frommen Wunsch äußern, daß es soweit kommen müßte, daß der Besuch eines Kindergartens für die Eltern kostenlos wäre. Derzeit ist es so, daß die Eltern einen gewissen Teil der Kosten übernehmen, und zwar im Durchschnitt monatlich von S 50.— bis S 150.—, allerdings ohne Verpflegung. Mit der bisherigen Kalkulation konnte man sehen, daß der echte Aufwand an Kosten für ein Kind im Monat ca. S 300.— beträgt, das sind im Jahr S 3600.— bis S 4000.—, umgerechnet auf eine Kindergartengruppe sind das jährliche Kosten von S 120.000.—, die derzeit im Durchschnitt zur Hälfte von den Eltern getragen werden. Neben der Heranbildung der notwendigen Zahl an Fachkräften hängt die Errichtung und Führung eines Kindergartens in erster Linie von der Bereitstellung der notwendigen Mittel ab. Eines ist klar, die moderne Erkenntnis der Pädagogik bestätigt, daß ein Kind im Vorschulalter, besonders ab dem 3. Le-

bensjahr, begabungsmäßig geweckt und entfaltet werden kann. Dies ist später oft kaum mehr aufzuholen. Das Streben nach besserer Erziehung und Bildung muß bereits mit dem Kindergarten beginnen. Wir stehen hier noch vor vielen Aufgaben und es wird auch in der Verantwortung des Landes liegen, diese soziale und regionale Erziehungsproblematik finanziell besser zu unterstützen. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist Frau Abg. Prof. Hartwig, ich erteile ihr das Wort. Nächster Redner ist Herr Abg. Prof. Dr. Eichinger.

Abg. Prof. Hartwig: Hohes Haus! Ich möchte zuerst ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Dr. Piaty eingehen. Sachlich hat er völlig recht, wir haben all das nur zu unterschreiben, aber er hat eine Zahl genannt, wenn ich ihn richtig verstanden habe, die nicht so im Raum stehenbleiben dürfte. Er hat gesagt, 70 % der Turnstunden in den Grazer Volksschulen würden aus disziplinären Gründen entfallen. Ich weiß nicht, woher Herr Dr. Piaty diese Zahl hat, vielleicht kann ich nachher von ihm erfahren, ob er eine Erhebung durchgeführt hat. Diese Zahl hat mich nicht recht schlafen lassen und ich habe mich in der Frühe im Stadtschulamt erkundigt und habe erfahren, daß es sich um eine dort unverständlich erscheinende Ziffer handelt, weil niemand eine so hohe Zahl auch nur annähernd nennen könnte. Natürlich entfallen gelegentlich Turnstunden, ich muß aber sagen, wenn 70 % entfallen, Herr Abgeordneter . . . (Abg. Dr. Piaty: „Bis zu 70 %!“), also bis zu 70 %, das ist schon etwas anders, aber es ist immer noch enorm viel, wo bleiben die Direktoren und wo bleiben die Schulärzte, schauen die ruhig zu? Ich kann es mir nicht vorstellen. Man muß auch noch sagen, es entfallen gelegentlich Turnstunden, es entfallen natürlich manchmal auch andere Stunden — dies ist auch richtig —, außerdem braucht die Aktion „Fisch“ einen Teil der Turnstunden, die in Graz durchgeführt wird, aber ich glaube, so einfach die Kollegen der Volksschule zu beschuldigen, sie würden ihre Pflicht in einem so hohen Maße verletzen, darf man denn doch nicht tun. Aber zur Frage der Bewegungsarmut . . . (Abg. Dr. Piaty: „Das ist nur eine Feststellung!“) Ihre Feststellung ist aber eine Beschuldigung! Die Bewegungsarmut stimmt schon, doch muß man sagen, wenn schon etwas unternommen werden muß, muß man auch die Verantwortung der Eltern hier nennen, denn das Zur-Schule-Führen mit dem Auto und das Abholen mit dem Auto nimmt schon einen großen Teil der Bewegung weg und auch sonst wissen wir leider, daß die Kinder viel zu lange vor Fernsehschirmen sitzen, statt zu spielen und ähnliches mehr. Ich glaube persönlich, daß sogar die Bewegungsarmut in den Schulen in früheren Jahren noch viel größer war, weil das Stillsitzen viel strenger beachtet und noch viel weniger geturnt wurde. Aber Sie haben sonst vollkommen recht mit all ihren Behauptungen. Wenn Sie bezüglich der geistigen Belastung meinten, es müßte eine Entrümpelung der Lehrpläne erfolgen, möchte ich sagen, ich glaube nicht mehr, daß das allein die Hilfe bringen könnte,

das ist nämlich so ähnlich wie mit der Verwaltungsreform, diese Forderung nützt sehr wenig, wirklich helfen wird uns nur eine Änderung der Unterrichtsstruktur überhaupt und ich glaube, daß man sagen kann, daß endlich versucht wird, bei uns zu einer besseren Lösung zu kommen, indem man nicht nur den Stoff begrenzt oder anders einteilt, sondern doch auch die Unterrichtsformen verändert. Ich habe das hier schon so oft ausgeführt, daß ich das nicht noch einmal tun will.

Jetzt möchte ich auf mein eigentliches Thema kommen. Ich habe Sie hier jahrelang gelangweilt mit dem Klagelied, daß das Mädchengymnasium in der Pestalozzistraße immer noch nicht gebaut wird. Ich freue mich, daß ich heuer sagen kann, es ist endlich gelungen, es im Programm des Bautenministeriums für das Jahr 1971 unterzubringen. Der Herr Bautenminister hat mir das mitgeteilt. Ich glaube, daß das doch ein wirklicher Erfolg ist und wir hoffen, daß es dann dazu kommt. Es gibt kaum noch Hindernisse. Ich möchte nicht versäumen dazu zu sagen, daß auch das Amt des Landesschulrates sich außerordentlich bemüht, um die Möglichkeit des Baubeginns zu schaffen — von dieser Seite her. Man muß das dankbar anerkennen. Im übrigen glaube ich, daß die Steiermark mit dem sozialistischen Bauten- und Unterrichtsminister sehr zufrieden sein kann, denn es wird in Judenburg und Köflach gebaut, was sicherlich für diese Gebiete außerordentlich erfreulich ist.

Ich möchte hier zur Frage des Schulbaus etwas sagen, was mir die Feindschaft mancher Kreise zuziehen wird. Ich halte es für absolut überflüssig, daß jede neu zu erbauende Schule womöglich mit einem Architektenwettbewerb geplant wird. Es müßte möglich sein, sehr viel einfacher und einheitlicher zu bauen. Ich glaube nicht, daß es einen wirklichen Unterschied für die Schönheit der Schulen ausmacht, wenn jede dieser Schulen eigene Stufenhöhen hat und ihre individuellen Fensterstöcke. Es wäre ein Unterschied, ob man 50 oder 500 Fensterstöcke einheitlich für diese Zwecke verwenden würde. Wir könnten mit demselben Geld mehr Schulen bauen. Ich lasse mir noch einreden, daß es, wenn eine Schule im Inneren einer Altstadt gebaut wird, so wie z. B. dieses Grazer Bundesgymnasium für Mädchen, das nicht ohne solche Beratungen geschehen kann, weil das Stadtbild gewahrt werden muß. Aber wenn sie auf freier Wiese errichtet wird, könnte man das mit der in der Monarchie üblich gewesenen Vereinheitlichung tun. Im Effekt schauen diese Schulen nicht sehr verschieden aus und sie stehen außerdem nicht nebeneinander. Es wäre viel damit geholfen.

Wir bauen immer mehr Schulen. Das hat zur Folge, daß wir, vorläufig noch, in einen immer größeren Engpaß mit den Lehrern kommen, denn nicht im selben Ausmaß bekommen wir die Lehrer. Man muß vielleicht auch sagen, daß mit der Zunahme von Schulen verbunden sein muß auch eine Zunahme der Posten in der Verwaltung, weil eben viel mehr Arbeit anfällt, wenn ich auch andererseits glaube, daß manches einfacher auch gehen könnte. Aber das müssen wir hier nicht erörtern.

Nun ein paar Worte zu einem Spezialgebiet, nämlich zur Mädchenbildung. Ich möchte allerdings vorausschicken, daß mir lieber wäre, wir würden nicht von Knaben und Mädchenbildung, sondern von Menschenbildung primär reden. Es gibt da, glaube ich, nicht so große Unterschiede. Für die Bildung nicht. Da müßte dasselbe gelten. Ich glaube etwas anderes, daß die Mädchen zu der Gruppe von Kindern und Jugendlichen gehören, die nicht absolut die gleichen Möglichkeiten und die gleichen Chancen für ihre Bildung haben und zwar nicht sosehr von der Seite des Schulwesens her, sondern auch von den Eltern her. Immer wieder kann man von Eltern von Mädchen hören „Sie braucht nicht eine so lange Schulbildung, sie heiratet später doch.“ Nun halte ich dieses Argument für nicht zielführend. Ich glaube nicht, daß eine bessere Ausbildung ein Hindernis ist dafür, daß sie später doch heiraten oder etwa gar dem Bestehen oder der Führung der Ehe abträglich wäre. Das ist sicherlich nicht so. Nun gibt es bei uns sehr viele ein-, zwei- und dreijährige Haushaltungsschulen, die besonders und speziell die Mädchen für ihren späteren häuslichen Beruf vorbereiten. Sehr verdienstvoll und absolut zu unterstreichen. Aber was geschieht sehr häufig? Die einjährigen Schulen werden benützt, um dem polytechnischen Lehrgang auszuweichen, aber die Mädchen lernen nachher dann doch wenigstens einen Beruf. Nun geht es weiter. Zum Teil werden sogar die zwei- und dreijährigen Haushaltungsschulen dazu benützt, daß sie ein Jahr lang besucht werden, um dem Polytechnikum auszuweichen und dann treten die Mädchen aus. Diese Zahl ist nicht allzu hoch. Es sind etwa 8% der Mädchen, die eine solche Schule besuchen. Selbst wenn sie zwei und drei Jahre fertig machen, dann sind sie zwar sehr gut für einen Haushalt ausgebildet, aber sehr viele von ihnen haben dann das Gefühl, jetzt müssen wir doch einen Beruf erlernen und sie kommen dann z. B. an die Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen und Kindergärtnerinnen, um dort diese Berufsausbildung nachzuholen. Mir schiene es richtiger, wenn man die Mädchen zuerst einen Beruf erlernen ließe und sie dann im Haushalt ausbilden könnte, wobei man sagen muß, daß eine gewisse Haushaltsausbildung ja schon in der Hauptschule geschieht. Ich möchte dazu noch etwas sagen. Ich halte es für richtig, daß eine gewisse Haushaltsausbildung auch die Buben erhalten sollten. Es geschieht ja auch teilweise. Sie lächeln. Ich weiß. (Abg. Ritzinger: „In welcher Form, Frau Kollegin? Geschirrabwaschen?“) In der Schule sollen sie kochen. Sehen Sie, Herr Abgeordneter, Sie geben mir ein herrliches Stichwort. Ich werde bis ans Ende meiner Tage nicht verstehen, weshalb Geschirrabwaschen zwar für die Frauen eine durchaus adäquate Beschäftigung ist, für die Männer aber völlig gegen ihre Würde. Das weiß ich wirklich nicht. (Heiterkeit.) Das ist keine Frage der Parteien, das ist eine Frage der Frauen und Männer natürlich. Hier würden wir auch eine einheitliche Partei der Frauen in allen Fraktionen sehr leicht gründen können. Im Ernst meine ich, weil die Frauen dann doch vielfach eine Zeit ihres Lebens eben außerhäuslich berufstätig sind, müßte man dafür sorgen, daß sie einen Beruf in ihrer Jugend erlernt haben. Man

darf nicht vergessen, daß gerade heute die Mädchen oft recht früh heiraten und um die 40 sind die Kinder erwachsen oder doch der engeren Betreuung entwachsen und bleiben vielfach die Frauen recht unausgefüllt und unzufrieden zurück. Im Haushalt haben sie nicht mehr eine völlig ausfüllende Arbeit, weil weniger Arbeit wird und nun könnten viele von ihnen wenigstens teilweise wieder einer außerhäuslichen Berufstätigkeit nachgehen. Ich rede nicht der Berufstätigkeit der Mütter insofern blindlings das Wort, als ich meinte, es müßte jede berufstätig werden. Gott bewahre! Aber wenn sie wollen, sollten sie das können und sie sollten dazu einen Beruf erlernt haben. Das würde viel Verbitte- rung bei den Frauen lindern können. Weil Sie die Ausbildung der Buben im Haushalt belächelt haben: Ich glaube trotzdem, genauso wie es gut ist, wenn Frauen einen Beruf erlernen, auch deshalb, weil sie dann die berufliche Arbeit des Mannes besser schätzen und würdigen können, genauso wäre es umgekehrt auch. Die Männer würden zu einer et- was gerechteren Wertung der Hausfrauenarbeit kommen, wenn sie sie selbst ein bißchen besser verstehen würden. Ich glaube, daß man das ohne Übertreibung sagen kann. Christian Lichtenberg hat einmal gesagt: „Wer nichts als die Chemie ver- steht, versteht auch die nicht recht.“ Das könnte man mit veränderten Worten sagen für jede be- liebige Tätigkeit, auch für den Haushalt. Eine Frau, die nur den Haushalt versteht, wird wahrscheinlich einen verhältnismäßig engen Gesichtskreis haben. Die liebenswert-männliche Begründung für die For- cierung der Haushaltsschulen, daß die Frauen dann bessere Ehefrauen werden, halte ich nicht mehr für ganz zielführend, eben weil die Ehe heute mehr als früher auf dem Prinzip der Partnerschaft beruht. Zur Partnerschaft gehört aber gegenseitiges Ver- stehen auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiet der beruflichen oder geistigen Ausbildung. (Allgemei- ner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist Abgeordneter Prof. Dr. Eichinger zu Worte gemeldet. Nach ihm kommt Frau Abg. Jamnegg.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Ich möchte der Frau Kollegin Prof. Hartwig vollkommen recht geben bezüglich der Ausbildung der Mädchen, und zwar bin ich auch der Meinung: Zuerst sollen sie einen Beruf erlernen und dann den Haushalt. Ich kenne das bei einer Großfirma im Mürztal. Wenn die Mädchen nach Beendigung der Haushaltsschu- le kommen, wollen sehr viele als Angestellte un- terkommen und der Personalchef fragt sie: Haben Sie eine Handelsschule, ja oder nein. Wenn sie dann sagen, sie hätten nur die dreijährige Haus- haltungsschule, sagt der Personalchef, leider, ich bedaure, es geht nicht, ich möchte voll ausgebildete Kräfte haben, die müssen perfekt Maschinschreiben und perfekt Stenographieren können. Damit beginnt für diese Mädchen die Tragödie. — Ob auch die Buben in der Schule die Hauswirtschaft lernen müs- sen, davon bin ich nicht so überzeugt. Wenn man die Praxis hernimmt ist es so, wenn man einmal verheiratet ist und die Frau im Beruf steht, bringt

sie es dem Mann in kürzester Zeit bei, daß er sich auch häuslich zu betätigen hat. Ich gebe es ganz offen und ehrlich zu, meine Frau steht auch im Be- ruf und man kann mich manches Mal am Sonntag in eifriger Tätigkeit im Haushalt, z. B. beim Ge- schirrspülen, sehen. Wenn man am Land oder in der Stadt die jungen Männer mit dem Kinderwagen fahren sieht, muß man den Frauen gratulieren, sie haben den Männern die Schulzeit oder was diese in der Schule lernen sollten, in Kürze beigebracht. Wenn man eine ehrliche Statistik nehmen würde, müßte man sagen, das gilt so ziemlich für die mei- sten Fälle. Die Männer, die das in jungen Jahren nicht mitmachen, werden dann in der Pension erst richtig eingespannt werden.

Bei der Entrümpelung der Lehrpläne hoffe ich noch immer auf die pädagogischen Akademien, auf die Hochschule in Kärnten. Es muß wirklich einmal so weit kommen, daß man auch das Lehren lernt, daß man den Kindern beibringt, wie man ökonomisch arbeitet. Ich glaube, dann werden wir so manchen Versager wegbringen und werden die Ef- fektivität wesentlich erhöhen. Frau Kollegin Hart- wig, wir sind mit jedem Minister zufrieden, der in die Steiermark Schulen und Straßen bringt. Sie wa- ren zufrieden, wenn ihnen ein OVP-Minister etwas gebracht hat und wir sind selbstverständlich auch zufrieden, wenn ein SPO-Minister uns aus Wien etwas bringt, denn wir hoffen immer, daß ein Steirer auf sein Land schaut. Nun möchte ich Ihnen einige Dinge aus der Praxis sagen und aus einem kleinen Be- zirk über Schulprobleme berichten: Da erkennt man, daß manches wirklich nicht in Ordnung ist. Ich möchte da an die Spitze stellen, man möge doch in einer Zeit, wo es so wenige Lehrer gibt, trachten, daß Lehrer in dieser Zeit nicht einrücken müssen. In der Mädchenhauptschule in Kindberg ist z. B. folgendes passiert: Zu Schulbeginn am 14. Septem- ber mußte man feststellen, eine Lehrkraft fehlt we- gen Karenzurlaubs. Man hat die Stunden sofort auf- geteilt. Da kam dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht, ein Junglehrer muß ein- rücken. Was hat das bedeutet? 29 Stunden mußten auf die übrigen Lehrer aufgeteilt werden, was eine sehr wesentliche Belastung darstellte. Dann ist es eben so weit gekommen, daß es eine Klasse gibt, wo drei Mathematikstunden auf drei Lehrer auf- geteilt wurden, Montag einer, am Mittwoch der nächste und Samstag der dritte. Warum hat man es getan? Man hoffte, dieser Lehrer müsse doch in kür- zester Zeit wieder zurückkommen. Seit 5. Oktober hofft man auf diesen Lehrer, bis heute ist er noch nicht zurückgekommen. Was ist inzwischen noch eingetreten? Am 1. Dezember wurde wiederum eine Lehrerin abgemeldet, sie ging auf Mutterschafts- urlaub. Wiederum wurden 29 Stunden aufgeteilt, so daß acht Lehrer für elf Klassen zu arbeiten hat- ten. Natürlich sind Klassen unbesetzt gewesen. Herr Kollege Laurich, da muß ich sagen, in solchen Fäl- len kann es leider zu keiner qualifizierten Ausbil- dung kommen. Ich möchte noch unterstreichen, der Schulleiter dieser Schule hat sich unermüdlich be- müht, den Lehrer zurückzubekommen, es war ganz einfach nicht möglich. Ich habe mir gedacht, unser Heeresminister Kreisky wird das schon machen, aber er hat sich lange Zeit gelassen. Und nun kurz

zu den Volksschulen dieses Ortes. Erfreulicherweise muß ich vorher feststellen, daß die Hauptschule einen Zubau bekommen hat, der eine Entlastung darstellt. Doch die beiden Volksschulen stammen beide aus dem vorigen Jahrhundert, in allen Klassen sind nur einfache Öfen drinnen, und daß Sie sehen, was ein Schulwart zu tun hat: In einer Saison hat er 30 Tonnen Koks zu schleppen, 20 Tonnen Kohlen, er muß täglich immer wieder nachheizen. So etwas gibt es bei uns noch im Mürtal, dadurch kommt es zum Vormittags- und Nachmittagsunterricht. Noch ein Problem dazu: Die Bauernkinder, die diese Schulen besuchen, haben zum Teil zu Fuß täglich Wegstrecken zwischen 14 und 18 km zurückzulegen. Stellen Sie sich vor, was dies für sechs- und siebenjährige Kinder bedeutet, vollbepackt haben sie diese Strecke zurückzulegen, jahrelang sind das die Pendler — das ist ein echtes Pendlerschicksal und hier müßte man mehr nachdenken, wie zu helfen wäre. Die Verwendung von Schulbussen ist ja bereits angeschnitten worden. Noch ein anderes Beispiel aus diesem Bezirk: die Volksschule Krieglach. Wie ist hier die Situation? Ich nehme die Knabenschule — im 2. Stock dieses Schulgebäudes sind zwei Klassen, im Parterre sind drei Klassen, zwei Klassen sind weiter weg in einem ehemaligen Konsum-Gebäude untergebracht, zwei Klassen wiederum weiter weg in einem ehemaligen Gasthaus, eine Klasse alterniert und eine Klasse ist in einem Genossenschaftsgebäude untergebracht. Jetzt können Sie sich vorstellen, wie schwer es ein Direktor hat, eine solche Schule richtig zu lenken. Nun, das Problem hätte leicht gelöst werden können. Man stand in der Gemeinde Krieglach vor der Frage, was sollen wir zuerst machen, sollen wir zuerst eine Hauptschule oder sollen wir zuerst das Volksheim bauen. Die Lehrer haben eine Resolution verfaßt — alle, egal welche Farbe, wollten, daß zuerst die Hauptschule gebaut wird, um in dieses Gebäude die Volksschule zu bekommen. Auch die Eltern waren natürlich dafür. Aber was hat man gemacht? Man hat zuerst mit dem Volksheimbau begonnen und heute noch ist diese Schule aufgeteilt auf vier verschiedene Objekte. Wie sieht es in der Hauptschule dieses Ortes aus? Es sind acht Klassenräume vorhanden, 14 Klassenräume würde man aber benötigen. — Nun ganz kurz zur Städtischen Handelsschule in Mürtzuschlag. Daß man sie geschaffen hat, ist sehr erfreulich. Früher mußten nämlich die Kinder von Mürtzuschlag nach Bruck fahren, eine Entfernung von 40 km. Dies war eine Anstrengung, die man gar nicht ermessen kann, was sie für Kinder in diesem Alter bedeutet. Gott sei Dank, dieses Problem ist beseitigt. Was geschieht hier? Man beginnt jedesmal mit zwei ersten Klassen, führt aber dann nur eine zweite und eine dritte Klasse weiter. Das heißt, daß bis zu und über 30% dieser Handelsschüler nicht mehr in die zweite Klasse kommen, weil man nur eine führt. Wissen Sie, was das für viele Kinder bedeutet? Daß sie für ihr Berufsleben leider nur eine Klasse Handelsschule aufzuweisen haben. Das ist deprimierend, und auch hier bitte ich Sie, Abhilfe zu schaffen. Aus diesem Grunde mögen Sie verstehen, daß wir im Bezirk Mürtzuschlag trachten, ich habe auch bereits den

Antrag eingebracht, eine Handelsakademie zu erhalten. Es wäre wirklich ein Segen für dieses Gebiet. Auch die Eltern sind sehr belastet. Auswärtige zahlen für ihre Kinder, wenn sie die Handelsschule in Mürtzuschlag besuchen, S 240.— Das sind im Jahr 2400.— S. Jetzt können sie ermessen, was die Eltern für Belastungen hier ertragen müssen. Wenn man noch dazu die Schwindsucht des Schillings nimmt, dann wird es noch schlechter. — Eine erfreuliche Tatsache: Das Gymnasium Mürtzuschlag, das vor einigen Jahren gegründet wurde, kann mit Stolz verweisen, daß sehr, sehr viele Arbeiterkinder aus dem Mürtal nun eine höhere Schule besuchen. Genauso erfreulich ist es, daß im Musisch-pädagogischen Gymnasium in Kindberg, das nun zwei Jahre besteht, sechs Klassen geführt werden und 198 Schüler diese Anstalt besuchen. Ich habe mir kürzlich die Klassenkataloge angesehen und konnte die erfreuliche Feststellung machen, daß fast die Hälfte dieser Schüler aus Arbeiterkreisen stammen, daß man erkannt hat, wie wichtig es ist, daß man den Kindern eine gediegene Ausbildung vermittelt. Was ich mit weniger Freude festgestellt habe, ist, daß von diesen 198 nur neun Kinder aus dem Bauernstand kommen. Hier muß von seiten der Elternschaft oder von seiten der Gewerkschaft, der Kammern und allen die sich verantwortlich fühlen, getrachtet werden, daß mehr und mehr Begabte von der Hauptschule noch übertreten können in das Musisch-pädagogische Gymnasium.

Mit dem Aufzeigen dieser Probleme, die es heute noch in einem Bezirk gibt, möchte ich sagen, daß es zu begrüßen ist, daß im Schulbudget des Landes für 1971 um einige Millionen S mehr vorgesehen wurden und ich hoffe, daß damit in unserem Bereich eine Entlastung auf dem Schulwesen eintritt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Jamnegg.

Abg. Johanna Jamnegg: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst kurz etwas sagen dürfen zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Hartwig. Ich stimme mit ihr voll überein und möchte das gerne bekennen, wenn sie sich für eine breite Bildung der Mädchen einsetzt. Denn seit vielen Jahren schon treten wir Frauen für eine gleiche Chance im Hinblick auf die Bildung für Mädchen ein. Man könnte hier viele Argumente anführen. Aber lassen Sie mich nur zwei als Beispiele nennen. Wir wissen alle, daß heute im Bereich der Erwerbstätigen 40% Frauen sind. Wir wissen aber auch, daß ein großer Teil dieser Frauen in den unteren Einkommenschichten zu finden ist und nicht zuletzt deshalb, weil sie mangels Ausbildung keinen besseren Arbeitsplatz erreichen können.

Ich glaube, daß eine breite Ausbildung der Mädchen auch aus der Sicht der Familie notwendig ist. Denn ich meine, daß ein höheres Bildungsniveau auch der Mütter den Kindern in der Familie zugute kommt. Wenn wir eine Bildungsgesellschaft anstreben, dann meinen wir die ganze Gesellschaft und diese besteht aus Männern und Frauen. Das wollte ich kurz anmerken.

Nicht mehr so ganz stimme ich überein mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Klobasa im Hinblick auf die Absicht, kostenlose Schulbücher und Fahrtkostensätze einzuführen. Natürlich wäre eine solche Aktion zu begrüßen. Der Gedanke an sich ist durchaus positiv. Er wäre auch nur eine Fortsetzung der Politik der bisherigen Unterrichtsminister. Ich erinnere, daß etwa ab dem Jahre 1960 das Schulgeld abgeschafft und in der Folge die Stipendien für Mittelschüler eingeführt worden sind. Es wäre nur eine kontinuierliche Fortsetzung in dieser Richtung. Was wir nicht begrüßen, ist, daß diese Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds genommen werden sollen. Denn der Fonds hat den Sinn, einen echten finanziellen Ausgleich für die Familien zu bringen. Zuständig für eine solche Aktion — und der jetzige Unterrichtsminister Gratz hat sich hier für zuständig erklärt —, zuständig ist das Unterrichtsministerium. Daher müßten auch hier die entsprechenden Ansätze vorhanden sein, um die Mittel für solche Aktionen aus diesem Budget zu nehmen. Ich möchte wirklich Bedenken anmelden. Wenn man einmal beginnt, aus dem Familienlastenausgleichsfonds für andere Aktionen Geld zu entnehmen, könnte das Beispielfolgen haben. (Abg. Brandl: „Gute Beispielfolgenungen!“) Es könnte dann so weit kommen, daß eines Tages der Familienlastenausgleichsfonds überhaupt aufgelöst wird.

Ich will hier gar nicht auf die historische Entwicklung des Familienlastenausgleichsfonds eingehen (Abg. Brandl: „Das war aber der vergangene Finanzminister!“), es soll sachlich zu dieser Frage Stellung genommen werden. Abschließend darf ich auf eines aufmerksam machen: Bei einer solchen Aktion sollten wir nicht übersehen, daß es viele junge Familien in diesem Land gibt, die über ein geringes Einkommen verfügen, die aber mehrere Kleinkinder haben und noch nicht in den Genuß einer solchen Schulbücher- und Fahrtkostenaktion kommen könnten. Hier würden Ungerechtigkeiten und neue Härten geschaffen werden. Auch diesen Familien müßte gleiches Recht zustehen. Denn auch sie würden das Geld brauchen. Ich würde daher meinen, daß der Vorschlag der ÖVP, etwa 400 S pro Kind und pro Jahr zusätzlich zu geben, etwa im September, wo viele Kosten anfallen, auch im Hinblick auf Winterkleidung usw., in Betracht zu ziehen ist.

Nun zu meinem eigentlichen Thema. Ich möchte im Rahmen der Schuldebatte auf zwei Budgetabschnitte besonders hinweisen. Es sind das die Ansätze für die Studien- und Lernbeihilfen und die Ansätze für die Schüler- und Studentenheime. Im vorliegenden Budget sind für das kommende Jahr für Studien- und Lernbeihilfen des Landes insgesamt 5.471.000 S vorgesehen, das sind um 687.000 S mehr gegenüber den Ansätzen des laufenden Jahres. Dieser Zuwachs ist sehr erfreulich, weil damit einerseits mehr Stipendien vergeben werden können und andererseits in sozial besonders gelagerten Fällen auch großzügiger im Rahmen der Richtlinien vorgegangen werden kann. Im Schuljahr 1969/70 wurden 1462 Stipendien im Gesamtbetrag von rund 3 Millionen S an Schüler höherer und mittlerer Lehranstalten vergeben. Im kommenden

Jahr stehen allein hierfür 3,6 Millionen S zur Verfügung. Außerdem sind für Stipendien an Hochschüler S 800.000.— vorgesehen und dazu darf ich kurz folgendes anmerken: Seit dem Studienförderungsgesetz 1967 hat zwar jeder Hochschüler einen Rechtsanspruch an den Bund auf Gewährung einer Studienbeihilfe. Wenn das Land nun hier zusätzlich Mittel einsetzt, so deshalb, weil damit über die gesetzlich geregelten Hochschülerstipendien hinaus an besonders begabte und sozial bedürftige steirische Hochschüler Studienbeihilfen des Landes zur Verfügung gestellt werden können. Diese Hilfe des Landes, meine Damen und Herren, wird vor allem dann in Anspruch genommen, wenn trotz Überschreitung des Einkommenslimits soziale Bedürftigkeit nachgewiesen wird oder wenn Studenten ohne ihr eigenes Verschulden das vorgesehene Semesterlimit überschreiten und damit auch den Anspruch auf ein Hochschulstipendium verlieren. Das trifft zu auf Werksstudenten, bei Unterbrechung des Inlandstudiums durch ein Auslandsstudium, aber auch im Falle längerer Erkrankung eines Studenten. Im Jahre 1970 wurden so 167 Stipendien an Hochschüler vergeben, wobei diese im Einzelfalle ein Ausmaß von S 1000.— bis S 3500.— pro Semesterjahr hatten. Darüber hinaus jedoch, meine Damen und Herren, wurden auch höhere Stipendien vergeben, und zwar im Ausmaße bis zu je S 10.000.—, darunter auch einige Auslandsstipendien. In diesem Abschnitt finden wir auch die Beihilfen für Absolventen für gehobene Sozialberufe und die medizinisch-technischen Schulen. Auch hier wurde der Betrag aufgestockt, und zwar von S 293.000.— auf S 450.000.—.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß das Land hier im Sinne der Bildungsförderung eine gute Leistung erbringt und dieser Einsatz des Landes wird besonders deutlich auch auf dem Gebiete der Landesschülerheime, obwohl auch hierfür keine gesetzliche Verpflichtung für das Land besteht. Es gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren, kein Bundesland, das als freiwillige Leistung 9 Schülerheime mit mehr als 800 Plätzen, ein Studentenheim, und zwar das Studentenheim am Rieshang in Graz, mit 138 Plätzen erhält. Nach Fertigstellung des neuen Landesschülerheimes in Admont wird so das Land Steiermark über 1000 Heimplätze zur Verfügung stellen können. Für diese Schülerheime sind im Budget 1971, und zwar im ordentlichen Haushalt, an Einnahmen S 8.745.000.—, an Ausgaben jedoch S 20.767.000.— veranschlagt. Dazu kommen noch im außerordentlichen Haushalt S 3.300.000.— für die Errichtung des neuen Schülerheimes in Admont und, was ich mit besonderem Dank vermerken möchte und diesen Dank richte ich besonders an den Herrn Landeskulturreferenten, auch S 2.100.000.— für das Landesschülerheim 3 in der Grenadiergasse in Graz, und zwar für den Einbau einer Zentralheizungs- und Warmwasseranlage. Und ich hoffe sehr, daß damit die Aktion „Eisbär“ in diesem Landesschülerheim bald beendet werden kann. Ich hoffe aber ebenso sehr, Hoher Landtag, daß in der Frage Landesschülerheim 3, das zu den wichtigsten Schülerheimen überhaupt zählt, weil hier die Schüler der Bulme, der Handelsakademie und der Höheren Technischen Bundeslehranstalt in Graz am Ortwein-

platz, die nirgendwo sonst untergebracht werden könnten, Aufnahme finden — ich hoffe also sehr, daß hier in dieser Frage zwischen dem Bund, der hier ja Eigentümer sowohl des Areals als auch des Gebäudes ist, und dem Land als Mieter doch ein Übereinkommen erzielt werden kann, damit uns dieses Landesschülerheim erhalten bleibe. Ich glaube, mit gutem Willen auf allen Seiten — und ich meine hier vor allem den Bund — läßt sich sicher eine Lösung finden. Ich habe mir das Areal selbst angeschaut, es ist groß genug, daß auch der Bund dort sein Mädchengymnasium, von dem hier die Frau Abgeordnete Prof. Hartwig gesprochen hat, hinbauen kann. Das Landesschülerheim aber sollte uns dort erhalten bleiben, es könnte weiter saniert, modernisiert und sogar ausgebaut werden. Ich meine, das käme immer noch billiger als an anderer Stelle ein neues Heim hinzustellen. Abschließend darf ich noch sagen: Herr Landesrat Prof. Jungwirth hat vor kurzem auf meine Anfrage im Hause mit Ziffern belegt, welchen Mangel es in Graz noch an Schüler- und Studentenheimplätzen gibt und das trotz des großen Einsatzes des Landes und auch trotz der Heime, die durch andere Institutionen, die teilweise auch wieder vom Land gefördert werden, erhalten werden. Und hier müßte im Rahmen einer umfassenden Bildungspolitik wohl auch der Bund einsetzen, denn ich glaube, es genügt ja nicht allein, Hochschulen zu bauen und sie zu haben, sondern es müssen auch genügend Heimplätze zur Verfügung stehen, damit auch der Jugend, die weiter weg wohnt, der Zugang zu den speziellen Bildungseinrichtungen möglich gemacht werden kann. Das Land tut hier nach seinen Möglichkeiten sehr viel. Das drückt sich in den Budgetansätzen aus und das möchte ich sehr gerne anerkennen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Abg. Ritzinger, ich erteile ihm das Wort. Als nächste Rednerin bitte ich Frau Abgeordnete Bischof zu Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem Jahre 1965 zahlen auf Grund des Berufsschulorganisationsgesetzes die Lehrlinge im kaufmännischen und gewerblichen Bereich einen Lern- und Arbeitsmittelbeitrag in der Höhe von S 60.—. Dieser Betrag wird nun bereits seit fünf Jahren eingehoben. Wenn man diese Zahlen genau untersucht, stellt man fest, daß auch das Land Steiermark einen sehr beträchtlichen Anteil zu den Lern- und Arbeitsmitteln dazuzahlen muß, und zwar $\frac{2}{3}$ aller Geldmittel, die in den Berufsschulen in Form von Lern- und Arbeitsmitteln aufgewendet werden. Für das Rechnungsjahr 1970 wurden Einnahmen in der Höhe von S 1.200.000.— verzeichnet, während für das Jahr 1971 ein Beitrag des Landes von S 2.900.000.— bereits im Voranschlag enthalten ist. Wenn man diese Zahlen vergleicht, erhebt sich die Frage, ob das Land Steiermark nicht auf diese S 60.— Lern- und Arbeitsmittelbeitrag ganz zugunsten der steirischen Lehrlinge verzichten könnte. Ich frage daher den zuständigen Referenten Landesrat Peltzmann, ob man diese Frage „Verzicht auf den Lern- und Arbeitsmittelbeitrag der steirischen Berufsschüler“ nicht aufnehmen und da-

für das Land von sich aus diesen Beitrag übernehmen könnte. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte mich nicht wie meine Vorredner nur mit den Fragen der Schüler beschäftigen, sondern in der Gruppe 2 leisten ja auch die Lehrer unseres Landes einen sehr großen Beitrag. Wie Sie wissen, werden auf Grund der Schulgesetze in den letzten Jahren für die Lehrkräfte an den Volks- und Hauptschulen und an den Höheren bildenden Lehranstalten für Unterrichtsstunden, die über das Pflichtausmaß geleistet werden, sogenannte Mehrdienstleistungsstunden bezahlt. Wir haben in der Steiermark noch immer eine sehr große Lücke an Lehrkräften, vor allem an den Volks- und Hauptschulen im ländlichen Bereich und aus diesem Grunde fällt naturgemäß eine sehr hohe Anzahl von Dauer mehrdienstleistungsstunden an. Aus Kreisen der steirischen Lehrerschaft wird immer wieder über den Abrechnungsmodus Klage geführt. Der Vorgang hiebei ist folgender: Bereits mit Schulbeginn, also Mitte September, wird ein sogenannter Beschäftigungsnachweis von den Schulleitungen ausgefüllt, und zwar enthält dieser Beschäftigungsnachweis die Pflichtunterrichtsstunden des jeweiligen Lehrers und darüber hinaus auch die Dauer mehrdienstleistungsstunden. Dieser Beschäftigungsnachweis geht an den Bezirksschulrat und wird dann von diesem an den Landesschulrat weitergeleitet. Es ist also so, daß man annehmen kann, daß bereits Ende September dieser Beschäftigungsnachweis beim Landesschulrat erliegt. Trotzdem ist es unverständlich, daß die Landesbuchhaltung und der Landesschulrat, ich weiß nicht, wo die Unzulänglichkeit liegt, immer ein Monat später abrechnen. Ein Beispiel: Mit dem Dezemberbezug des Lehrers werden erst die Dauer mehrdienstleistungsstunden für November abgerechnet. Aber noch krasser ist die Situation bei den Mehrdienstleistungsstunden, die über die Dauer mehrdienstleistungen geleistet werden. Da ist zu bemängeln, daß die Stunden von September bis Dezember überhaupt noch nicht abgerechnet wurden, und daß die Lehrkräfte diese Bezüge heute noch nicht in Händen haben. Der Gesetzgeber verlangt im wirtschaftlichen Bereich Ordnung. Es würde kein Betriebsrat in der Steiermark einen solchen Zustand im Wirtschaftsbetrieb dulden. Ich bin der Meinung, daß der Gesetzgeber und hier in diesem Fall auch das Land Steiermark, vorbildlich sein sollte und nicht im Wirtschaftsbereich Dinge verlangen kann, an die es sich selbst nicht hält. Ich fordere daher die Verantwortlichen in der Landesbuchhaltung und im Landesschulrat auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Bezahlung dieser Mehrdienstleistungsstunden ordnungsgemäß und rascher erfolgt.

Ein weiterer Kreuzweg ist die Erlangung eines Wohnbavorschusses durch ein junges Lehrerehepaar bzw. auch, das möchte ich einflechten, durch Beamte unseres Landes. Über einen ÖVP-Antrag wurde dieser Betrag auf 50.000 S mit 1. Jänner 1970 hinaufgesetzt. Auch ist erfreulich, daß die Budgetpost von 7,6 Millionen S im Jahre 1971 auf 12 Millionen S erhöht wurde. Es ist aber und das möchte ich heute hier ankreiden, auch im Rahmen der Landesbuchhaltung und unserer Verwaltung unverständlich, daß ein junger Beamter bis zu einem

Jahr warten muß, wenn er sich eine Wohnung einrichten oder kaufen will, daß dieser Wohnbauvorschuß ausbezahlt wird. Noch unverständlicher ist die Situation beim Bund. Nicht nur, daß der Bund nur 30.000 S gibt, so hat der Bund auch noch eine Bestimmung enthalten, daß beispielsweise ein junges Lehrerehepaar am Land, das sich dort eine Wohnung einrichten will, nur dann einen solchen Vorschuß erhält, wenn es kein Auto besitzt. Ich nehme doch an, daß es sich in der Zwischenzeit bis zu den Bundesstellen in Wien durchgesprochen hat, daß ein Auto kein Luxusgegenstand mehr, sondern nur ein Gebrauchsgegenstand ist. Dies außerdem in einer Zeit, in der der Bund mit seinen Dienstautos nicht gerade zimperlich umgeht. Außerdem muß man dazu sagen, hat ein solches junges Lehrerehepaar eine solche Wohnung und dafür auch den Zuschuß bekommen, dann fragt kein Mensch mehr. Dann könnte es sich, wenn es das Geld hätte, theoretisch sogar zwei Autos kaufen.

Abgesehen davon darf ich abschließend anknüpfen, ist die Frage der Sicherheiten bei solchen Wohnbauvorschüssen ja auch einfach unsinnig. Man verlangt eine Lebens- oder Risikoversicherung, kurz und gut, man verlangt eine Summe von Sicherheiten. Das in einer Zeit, in der jeder öffentlich Bedienstete bis zu 50.000 S, wenn Sie wollen auf das Gesicht hin, bei jedem Geldinstitut der Steiermark bekommt. Ich bin der Meinung, man müßte diese Bestimmungen abschaffen, müßte den Vorgang erleichtern und man müßte dafür sorgen, daß 1. die Mehrdienstleistungen und 2. der Wohnbauvorschuß rascher liquidiert werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Bischof.

Abg. Bischof: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mit ein paar Sätzen auf die Ausführungen von Frau Abgeordneter Jamnegg eingehe. Eines muß festgestellt werden. Der Überschuß aus dem Familienlastenausgleich wurde von der ÖVP-Alleinregierung zweckwidrig verwendet. Sie hätten auch die Möglichkeit gehabt, diesen Überschuß für die Familien zu verwenden und wenn sie aufzeigen, daß das eine Benachteiligung für die jungen Familien ist, so müssen wir Mütter feststellen, daß die Kinder erst viel kosten, wenn sie größer werden und höhere Schulen besuchen. Ich selbst mußte berufstätig werden, damit unsere Zwillinge die Höhere technische Lehranstalt besuchen konnten. Was wollen wir? Daß die Schulbücher gratis sind und den Fahrtkostenzuschuß und nur eine geringe Erhöhung der Kinderbeihilfe. Wir wollen eine Umherziehung der Eltern, damit sie bereit sind, ihre Kinder lernen zu lassen.

Nun gestatten Sie, daß ich in der Gruppe 2 ein Problem vorbringe, für das sich die sozialistische Fraktion nachdrücklichst einsetzt. Es ist die Durchgängigkeit des Englischunterrichtes in allen vier Klassen der Hauptschulen im 2. Klassenzug. Durch die Beseitigung des Englischunterrichtes für den 2. Klassenzug ab der 2. Klasse sind die Absolventen des 2. Klassenzuges der Hauptschulen praktisch vom Besuch der mittleren berufsbildenden Lehr-

anstalten ausgeschlossen, weil dort Englisch als Fremdsprache geführt wird und auf dem Lehrplan der 4. Hauptschule aufbaut. Bestehen Schüler die Aufnahme in mittlere berufsbildende Lehranstalten, so tun sie sich sehr schwer, weil sie von vorne beginnen müssen mit Englisch und ihnen die übrigen Schüler aus dem 1. Klassenzug voraus sind. Diese Benachteiligung empfinden die Eltern als ausgesprochen hart und sie fordern gleiche Bildungschancen für beide Klassenzüge. Die Begründung, daß zuwenig geprüfte Lehrer vorhanden sind für die 2. bis 4. Klasse, ist nicht stichhaltig. Dazu muß gesagt werden, daß auch für die 1. Klasse und für die übrigen Klassen des 1. Klassenzuges nicht alle Lehrer geprüft sind. Es ist auch nicht die Regel, daß Schüler, die höhere Schulen besuchen, gleich in den 1. Klassenzug kommen. Wenn man selbst Kinder hat, dann weiß man, daß es immer wieder Krisen in der Jugend gibt und vor allem um das 10. und 14. Lebensjahr. Die Praxis jedenfalls zeigt ein anderes Bild. Ich kenne mehrere Schüler des 2. Klassenzuges, die dann höhere Schulen besucht haben und gut maturiert haben. Auch jetzt vor kurzem ein Fall. Der Bub mußte in der 2. Klasse in den 2. Klassenzug. Die Eltern waren bereit, ihm Englisch als Privatunterricht erteilen zu lassen. Nun sind aber nicht alle Eltern finanziell dazu in der Lage und bringen auch alle Eltern dieses Verständnis nicht auf. Dieser Bub hat dann privat Englisch gelernt und ist heute Schüler der Handelsakademie Bruck. Auf jeden Fall müßte der Englischunterricht in der Pflichtschule auch für den 2. Klassenzug gesichert sein. Dem Protokoll vom Vorjahr entnehme ich, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Moser sagt wörtlich: „Das Erlernen und die Kenntnis von Fremdsprachen ist für das Fortkommen junger Menschen von großer Bedeutung.“ Sicher genügt es nicht, diese Sprache in der Schule zu lernen, es gibt den zweiten Bildungsweg und da viele Möglichkeiten, über die Volkshochschule, über das Fernsehen, über das Radio, ja sogar im Zusammenhang mit einem Ferienprogramm, aber all das sind Maßnahmen zur Weiterbildung. Die Grundkenntnisse müßte man in der Schule mitbekommen. Das gilt selbstverständlich auch für die Schüler des 2. Klassenzuges der Hauptschulen. Eine Bildungspolitik, die in die Zukunft gerichtet ist, muß den Bildungswillen in allen Schichten wecken, auch in den 2. Klassenzügen der Hauptschulen. In mehreren europäischen Staaten geht man daran, die Fremdsprache ab dem 8. Lebensjahr in der Schule zu unterrichten und man macht beste Erfolge damit. Auch in Kindergärten hat man bereits erfolgreiche Versuche durchgeführt; man müßte sich eben einer anderen Methode bedienen. Der Herr Landeshauptmann hat selbst einmal erklärt, es sollte keinen Steirer geben, der nicht eine zweite Sprache spricht. Zusammenfassend darf ich sagen, es müßte im allgemeinen Interesse liegen, daß wir unser Schul- und Bildungsprogramm anpassen an die moderne Industriegesellschaft und jedes Kind eine Fremdsprache lernen kann, und zwar so frühzeitig wie nur möglich. Eine solche Maßnahme wird bestimmend sein für das Bildungsniveau unseres Volkes und wird bestimmend sein für die zukünftige Stellung unseres Landes in Europa.

Und nun gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich noch auf ein Problem hinweise. Von meinen Vorrednern wurde auch auf die Wichtigkeit der Kindergärten hingewiesen. Ich darf aber dazu sagen, daß im Land Steiermark ein echter Bedarf an Kindergärtnerinnen besteht. Es würden noch genügend geeignete Bewerberinnen sein, die den Beruf einer Kindergärtnerin oder Hortnerin ergreifen wollten, nur fehlt es leider an entsprechenden Ausbildungsstätten. In ganz Steiermark gibt es nur zwei Ausbildungsmöglichkeiten: eine Bildungsanstalt in Graz und eine konfessionelle Ausbildungsstätte in Bruck an der Mur, die nur alle zwei Jahre aufnimmt. Bei der letzten Aufnahme in Graz konnten von 254 Bewerberinnen nur 66 berücksichtigt werden. Das heißt, daß 188 aus Platzmangel nicht aufgenommen werden konnten. In Zukunft wird aber mit einem vermehrten Bedarf an Kindergärtnerinnen zu rechnen sein, da wir der Vorschulerziehung eine immer größer werdende Bedeutung zumessen. Bei Erfüllung des Schulprogramms der Sozialistischen Partei werden sich neue Möglichkeiten für die Absolventen dieser Lehranstalten ergeben. Es ist daher dringend notwendig, daß die Aufnahmefähigkeit in Graz erhöht wird und daß neue Ausbildungsstätten in den Bezirken errichtet werden, vor allem auch in der Obersteiermark. Ich darf darauf hinweisen, daß die Stadt Leoben bereits Kindergärtnerinnen aus dem Nachbarland Kärnten nehmen mußte. Es wäre aber auch sehr zu begrüßen, daß Internate mit den Ausbildungsstätten verbunden wären. Wir sprechen heute so viel von Vorschulerziehung, dann muß aber auch etwas geschehen. Wissenschaftler haben festgestellt, daß Intelligenz und Charaktereigenschaften eines Menschen nicht nur davon abhängig sind, welche Geistesgaben er als Erbe mitbekommen hat, die Grundlagen für spätere Intelligenz und für einen positiven Charakter werden nicht erst in der Schule gelegt, sondern viel früher und da spielt auch das Kindergartenalter mit hinein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Prensberger. Ich erteile es ihm. Als nächster Redner nach ihm wird Herr Abgeordneter Laurich zu Worte kommen.

Abg. Prensberger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Gestern wurde schon seitens des Abgeordneten Stoisser der Abschnitt Berufsschulen, Unterabschnitt 231, vom Gesichtspunkt des Arbeitgebers beleuchtet. Ich werde heute seitens der Arbeitnehmer meine Betrachtungen dazu abgeben. Ich bin überzeugt, daß wir uns beide hier auf dem gleichen Interessensgebiet treffen, denn wir sind interessiert, daß unsere Jugend gut ausgebildet wird und die Wirtschaft muß daran interessiert sein, um die Zukunft überhaupt meistern zu können. Es ist nun erfreulicherweise bei dieser Ausgabenpost von 1969 ein Betrag von über 41 Millionen S festzustellen, für 1971 sind über 70 Millionen S vorgesehen und dieser Betrag kommt nicht nur der Jugend, sondern auch der steirischen Wirtschaft zugute. Das Land Steiermark weist die strukturanfälligste Wirtschaft auf und wir haben diese Entwicklung von der Gesundschumpfung — Produk-

tionsumstellung — bis zur Betriebsneugründung miterlebt. Um dieser Entwicklung in Zukunft überhaupt gerecht werden zu können, bedarf es einer besonders gut ausgebildeten Jugend. Das berufliche Grundwissen, das Allgemeinwissen und die Allgemeinbildung müssen auf eine breitere Basis gestellt werden. In alten Zeiten wurde mehr Augenmerk auf die handwerkliche Ausbildung gelegt und heute ist das Hauptaugenmerk auf das theoretische und geistige Wissen ausgerichtet. Die technische Entwicklung unserer Wirtschaft greift schneller um sich als in der Vergangenheit, die Elektrotechnik, das Computerwesen greifen in alle Sparten unseres Lebens ein und die chemische bzw. Kunststoffindustrie sind Zukunftssparten, und damit bedingt ist natürlich auch der Apparatebau, der heute von einem gelernten Schlosser mehr Intelligenz und Können verlangt als in der Vergangenheit. (Abg. Stoisser: „Sehr richtig!“) Auch die Atomenergie wird morgen für uns eine Selbstverständlichkeit werden. Es ist notwendig, daß die österreichische Wirtschaft und Industrie sich vom Export der Halbfabrikate auf den Export der arbeitsintensiven Fertigfabrikate umstellt. Dafür bedarf es aber einer geschulten und spezialisierten Jugend. (Abg. Stoisser: „Bravo!“) Durch die Zunahme des Lebensstandards besuchen immer mehr Jugendliche höhere Schulen. Wir begrüßen dies und es ist auch ein Nachholbedarf Österreichs auf diesem Gebiet im Vergleich zu England oder Amerika noch notwendig. Ein Problem entsteht aber: Wir haben immer weniger Auswahlmöglichkeiten auf dem Gebiet der Lehrlinge; und vergessen wir nicht, daß das Lehrverhältnis nicht nur eine Ausbildungs-, sondern auch eine Erziehungsarbeit ist. Es wurde gestern darauf hingewiesen von Herrn Abgeordneten Stoisser, dabei wurde auch der Name unseres Kollegen Loidl genannt, daß wir in der Vergangenheit mit Recht immer darauf hingewiesen haben, daß die Ausbildung der Lehrlinge nicht nur Aufgabe der Berufsschulen, sondern auch der Betriebe sei. Richtig! Dabei ergab sich aber durch technischen Fortschritt eine große Schwierigkeit. Nur als kleines Beispiel: In einer Mechanikerwerkstätte, wo mehrere Lehrlinge beschäftigt sind, ist es oft nicht möglich, diese Lehrlinge tatsächlich auch auf dem Gebiet des Dieselmotors usw. auszubilden, weil diese in irgendeiner Fachrichtung in einer Branche der Autoindustrie tätig sind. Hier müssen wir unsere Ausbildung besonders auf die Schulen verlegen, denn diese Schulen weisen hier in ihrer technischen Ausrichtung recht große Fortschritte auf und geben diesen Lehrlingen die Möglichkeit, dies zu lernen. (Abg. Stoisser: „Ja, in der Industrie! Das ist ja eine ganz andere Ausbildung als die im Handwerksbetrieb!“) Die Industrie besitzt Lehrwerkstätten und investiert auf dem Sektor der Maschinen und des Werkzeuges große Mittel. Darüber hinaus stellt die Industrie auch noch gut ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung, die in der Arbeitszeit noch theoretischen Unterricht erteilen. Hier kommen diese Betriebe ihrer Aufgabe in jeder Form nach. Hier entsteht aber auch die Diskussion, ob eine Lehrwerkstätte überhaupt noch rentabel erscheint. Es gibt in Österreich Betriebe, die mit Absicht sich diese Kosten ersparen. Diese Betriebe müßten mit einer Umlage

bedacht werden, die für die Berufsausbildung unserer Jugend herangezogen wird. (Abg. Stoisser: „Hier springt das Handwerk ein!“) Auf dem Sektor des Berufsschulwesens in der Steiermark ist eine Entwicklung eingetreten, die durchaus zu begrüßen ist, denn eine Verfachlichung des Unterrichts ist durch die Errichtung der Landesberufsschulen eingetreten. Jedoch ist auch der weitere Ausbau von Landesberufsschulen für Bäcker, Zuckerbäcker, Fleischer und Kleidermacher erforderlich. Es soll nicht unausgesprochen bleiben, daß der Standort dieser Berufsschulen von ganz wesentlicher Bedeutung ist. Es ist nicht einzusehen, daß für Fleischerlehrlinge in Gleinstätten eine Schule errichtet wird, wenn in Graz ein ganz moderner Schlachthof im Entstehen ist. (Abg. Stoisser: „Dem Grenzland muß man ja auch helfen!“) Die Standorte der Landesberufsschulen sollen nicht von politischen Aspekten, sondern von der Zweckmäßigkeit her bedacht werden. Von dem Bestimmungsort und dem Standort dieser Schule hängt wesentlich die Frage des Lehrkörpers ab. Die Lehrerfrage in diesen Schulen ist ein besonderes Anliegen. Denn der Berufsschullehrer benötigt nicht nur Fachwissen, sondern er muß mehr als andere Lehrer Verständnis für die Fragen der Jugend aufbringen.

Ein bedeutender Fragenkomplex, der noch ungeklärt erscheint, sind die angeschlossenen Internate. Da kommen wir auf die Frage der Internate. Gewiß hat die Kammer der gewerblichen Wirtschaft gewaltige Kosten für die Internatseinrichtung übernommen. Allerdings und nicht unerwähnt sei, daß das Land Steiermark große und bedeutende Zuschüsse geleistet hat. Wenn derzeit ungefähr 60 % der über 26.000 Lehrlinge und ich habe gestern gesagt 26.000 Lehrlinge — hier habe ich eine Auf rundung vorgenommen wie Sie bei der Preissteigerung von 4,7 auf 5 %. (Landesrat Peltzmann: „Lehrlinge und Schüler, da ist ein Unterschied!“ — Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir haben nur festgestellt, 5,7 % sind mehr als 3 %!“) Dann stimmt es. Dann bin ich beruhigt. Wichtig ist, daß es in der Steiermark über 26.000 Lehrlinge gibt. (Abg. Dr. Schaller: „Gott sei Dank!“) Es ist für uns ein gutes Zeichen, denn wir haben die meisten Lehrlinge von Österreich und über 60 % dieser Lehrlinge werden in den Landesberufsschulen betreut. Aber wenn das in Internaten 100 %ig durchgeführt werden sollte, werden die Kosten ganz enorm steigen. Daher wäre auch zu überlegen, ob die Internate nicht ebenso, wie es bei vielen anderen Schulen der Fall ist, von einem Kuratorium, in das das Land, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die Arbeiterkammer Vertreter entsenden, geführt werden. Schließlich handelt es sich um Schüler, die durch die öffentliche Hand zum Besuch dieser Schule verpflichtet werden und daher in allen Fragen ein wesentliches Interesse der gesetzlichen Vertreter der Arbeitnehmer vorliegt. Letzten Endes berührt die Festsetzung der Höhe der Internatskosten die von diesen Körperschaften zu vertretenden Arbeitnehmer. Hier darf ich an den Herrn Landeshauptmann einen Appell richten, und zwar in Zukunft vor Erlassung einer Verordnung über die Festsetzung der Höhe des Heimbetrages bei Schülerheimen, die den Landesberufsschulen angegliedert sind, vorher die

gesetzliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu hören, da diese nach dem Kammergesetz ein Anrecht darauf haben. Sollten aber diese Schülerheime nicht dem Land unterstehen, sondern der Kammer, dann erübrigt sich dieser Appell. Selbstverständlich, ich will ja keine Demagogie betreiben. (Abg. Pözl: „Was denn sonst?“) Herr Pözl, ich habe in Ihrer Zeitung gelesen, sie sind der Zwischenrufer vom Dienst. Rufen Sie nur dazwischen! (Abg. Pözl: „Aber doch nicht bei Ihnen, Herr Kollege!“)

Im § 19 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes von 1968 ist das Landesarbeitsamt berechtigt, zur Erleichterung oder Sicherung einer beruflichen Ausbildung eine Lehrbeihilfe zu gewähren. Hier werden Beihilfen gewährt von 250 bis 500 S und eine einmalige für Bekleidung etc. bis zu 1000 S. (Unverständliche Zwischenrufe.) Regen Sie sich nicht auf! Dieses Gesetz wurde 1968 eingeführt. Damals wurden für diese Zwecke 1.622.000 S ausgegeben. Als dieses Gesetz nunmehr bekannt war, wurden 1969 bereits 2.377.000 S dafür ausgegeben und 1970 sind bereits über 8 Millionen S für diese Zwecke ausgegeben worden. Daher hat auch das Landesarbeitsamt an die Rechtsabteilung 4 ein Schreiben gerichtet, weil dem Landesarbeitsamt zur Kenntnis gekommen ist, daß auch von dieser Abteilung für Erziehungsberechtigte von Lehrlingen Beihilfen gewährt werden und so eine Doppelgleisigkeit entsteht. Sie wiesen darauf hin, daß die Bestimmungen für diese Ausbildungshilfe so großzügig seien, daß jeder Lehrlingerziehungsberechtigte in den Genuß dieser Zuschüsse kommen könnte. Daher wäre es vielleicht möglich, diese Mittel des Landes zur Förderung von behinderten Jugendlichen „Jugend am Werk“ zur Verfügung zu stellen. (Abg. Stoisser: „Wo gibt es denn überhaupt noch Jugend am Werk?“)

Schauen Sie, ich möchte auf noch ein Kapitel hier zu sprechen kommen, das uns interessieren müßte sowohl wirtschaftlich als auch von seiten der Arbeitnehmer und des Landes Steiermark. Wir hätten ein Reservoir an Jugend, die wir berufsmäßig ausbilden könnten. Denn es gibt in der Steiermark ziemlich große industriearme Gebiete. Es wäre richtig, wenn wir in Industriegebieten und in Gebieten, wo das Gewerbe und der Handel konzentriert sind, Lehrlingsheime errichten würden, um dieser Jugend auch die Möglichkeit einer Ausbildung zu geben, weil die Betriebsgründung leichter wäre, wenn dort schon ausgebildete Jugend vorhanden ist und andererseits würden wir dieser Jugend die Strapazen des Pendlerwesens ersparen. Ob Sie sehr begeistert davon sind, ja oder nein, Lehrlingsheime und Berufsschulen zur Ausbildung der Jugend sind notwendig. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Laurich zu Worte gemeldet, ich erteile es ihm. Nach ihm spricht Herr Abgeordneter Wimmeler.

Abg. Laurich: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal in Anspruch nehme. Ich möchte aber zu den Ausführungen der Herrn Kollegen Dr.

Eichtinger bezüglich der Freistellung der Lehrer vom Wehrdienst doch eine Klarstellung bringen. Ich fühle mich in keiner Weise als Verteidiger des Herrn Verteidigungsministers, möchte aber gerade hier als Lehrer sagen, daß es bekannt sein mußte, daß in jedem einzelnen Fall, wenn ein Lehrer eine Einberufung bekommt, beim Landesschulrat interveniert werden muß und nur dann, wenn der Landesschulrat das öffentliche Interesse befürwortet, eine Freistellung nach § 29 des Wehrgesetzes möglich ist. (1. Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „In jedem Fall müßte man intervenieren. Der Landesschulrat hat nicht zugestimmt!“) Bitte, das liegt in der Kompetenz des Landesschulrates. Als zweites wollte ich sagen, Eltern, Schüler, aber auch Lehrer wissen heute noch immer nicht, ob der 23. Dezember d. J. und der 7. Jänner des nächsten Jahres schulfrei sind. Ich möchte dazu feststellen, daß vor zehn Tagen im Kollegium des Landesschulrates der Herr Vizepräsident die Anfrage gerichtet hat, wie das in diesem Jahr mit der Ferienordnung für Weihnachten geregelt werden wird. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Für die eigenen Leute habt ihr die Bewilligung und Freistellung nicht gegeben!“) Darauf komme ich noch, lieber Herr Kollege. Gestern haben wir gelesen, daß die Steiermark initiativ wird, und daß man beim Unterrichtsministerium ein Ansuchen um Freigabe dieser beiden Tage eingebracht hat. Ich möchte aber dazu doch sagen, daß dieses Ansuchen nicht erforderlich gewesen wäre, weil das Steirische Schulzeitausführungsgesetz ausdrücklich im § 2 festlegt, daß es im Ermessen des Landesschulrates liegt, wenn Unterrichtstage — bis zu vier Tagen — im öffentlichen Interesse freigegeben werden. Dasselbe gilt auch für die mittleren und höheren Schulen, für die ebenfalls der Landesschulrat bis zu drei Tagen zuständig ist. Herr Kollege Marczik, ich lese das nun vor: „Abs. 7: Bei Unbenutzbarkeit des Schulgebäudes in Katastrophenfällen und aus sonstigen zwingenden, oder aus im öffentlichen Interesse gelegenen Gründen kann der Landesschulrat höchstens vier Tage, die Landesregierung darüber hinaus die unumgänglich notwendige Zeit durch Verordnung schulfrei erklären.“ (Abg. Pözl: „Heute ist bei der SPO ‚Lehrertag‘. Könnt ihr Lehrer euch das nicht im Buffet ausmachen?“) Meine Bitte geht dahin, daß man in Zukunft doch den Lehrern, aber auch den Eltern und Schülern wenigstens 14 Tage vor Weihnachten bekanntgibt, wie sie ihre Weihnachtsferien einteilen können. (Beifall.)

Präsident: Ich ersuche die Galerie, zur Kenntnis zu nehmen, daß sie von Beifalls- bzw. Mißfallskundgebungen Abstand zu nehmen hat.

Nächster Redner ist Herr Abg. Wimpler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimpler: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das enorme Ansteigen der Schulbauten auf allen Gebieten und damit auch im Bereiche der Pflichtschulen kann als Beweis dafür gewertet werden, daß auch bei uns dem weltweiten Entwicklungsstreben der notwendige Vorrang eingeräumt wird und daß erkannt wird, daß, je kleiner ein Staat ist, desto größer die Anstrengungen sein

müssen, Fähigkeiten und Talente der jungen Staatsbürger zu wecken, zu fördern und auszubilden. Eine solche Bildungspolitik garantiert gewiß die soziale Sicherheit von morgen. Die Aufgeschlossenheit und das Verständnis der kleinsten Gemeinde für die Erfordernisse der Schulen im allgemeinen und der Pflichtschulen ganz im besonderen sind wirklich bewunderswert. Aber gerade für kleine Schulen, meine Damen und Herren, sind die Möglichkeiten meistens eng begrenzt, so daß sehr häufig andere vordringliche Gemeindeaufgaben vernachlässigt werden müssen. Als gegeben kann die Tatsache vorausgesetzt werden, daß kaum eine Gemeinde, von großen Industriegemeinden vielleicht abgesehen, in der Lage ist, eine Schulbaufinanzierung allein zu betreiben und daß darüber hinaus kaum eine Gemeinde in der Lage ist, über ihre Grenzen hinausgehend die Frage der Bevölkerungsbewegung zu beurteilen und diese Frage von einem übergeordneten Standpunkt aus zu sehen und zu beurteilen. Wir alle wissen sicherlich auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß auch hier manchmal der Ehrgeiz eines Bürgermeisters mit ins Kalkül zu ziehen ist. Es ist sicher, daß die heute noch gültigen Gesetze aus der Zeit vor 100 Jahren den Bedürfnissen der damaligen Zeit voll Rechnung getragen haben. Die Bildungsexplosion unserer Zeit verlangt meines Erachtens nach jedoch die größtmögliche Konzentration aller Kräfte und Mittel, um ein optimales Maß an Wirksamkeit zu erzielen. Wir wissen sicher nicht erst seit heute, meine Damen und Herren, daß die Schaffung von Schulschwerpunkten ein Gebot der Stunde ist, weil damit die beste Ausbildungsmöglichkeit unserer Kinder erreicht wird. Damit diese vielen Bestrebungen aber koordiniert werden können, damit vor allem auch Gesichtspunkte größere Berücksichtigung finden können, die über den Rahmen der Gemeinden hinausgehen und von diesen in vielen Fällen gar nicht erfaßt werden können, halte ich die Übertragung des Schulbaues und damit der Schulbaulast auf das Land für eine dringende Forderung unserer Zeit. Es mag sein, daß mich der Vorwurf trifft, daß ich als Gemeindevertreter hier die große Last des Schulbaues von den Gemeinden auf das Land abwälzen möchte. Diese Absicht habe ich nicht unbedingt. Denn wie ich bereits erwähnt habe, gibt es fast keine Schulbauten, die nicht in irgendeiner Weise der Unterstützung des Landes bedürfen. In sehr vielen Fällen wären diese Schulbauten ohne Unterstützung überhaupt undenkbar. Aber ohne das Land zusätzlich zu belasten, könnten die Beiträge der Gemeinden, die schon bisher aufgebracht werden mußten, im Wege des Schulbaufonds oder später vielleicht auch im Wege des Finanzausgleiches dem Land zugeführt werden und das Land könnte dann nach sorgfältiger Prüfung durch die Schulbehörden bestimmen, wo welche Schule errichtet wird. Ich bin überzeugt, daß dadurch auch Schulmiseren vermieden werden könnten. Es würde sich sicherlich auch sehr rasch ergeben, daß zentralere, größere Schulen mit einem entsprechenden Zubringerdienst, der in Zukunft auf Kosten des Bundes gehen wird, billiger kommen als mehrere kleinere Schulen, ganz abgesehen von der ungleich besseren Ausbildungsmöglichkeit in den größeren Schu-

len. Auch in bezug auf die Verwaltung liegt sicher die Zweckmäßigkeit mehr bei den größeren Schulen. Meine Damen und Herren, was kann schließlich ein Kind dafür, daß es in einer kleinen Gemeinde geboren ist und dort die Schule besuchen muß, die kaum die notwendigen Schuleinrichtungen und Lehrbehelfe aufbringen kann, während ein Kind in einer größeren Industriegemeinde beste Ausbildungsmöglichkeiten besitzt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß durch eine größere Konzentration der Kräfte, durch eine sinnvollere Vereinheitlichung, wie das auch Frau Prof. Hartwig gemeint hat, aber ohne eine allgemeine Uniformierung des Schulbaues im gesamten gesehen mit weniger Geld mehr, besser und zweckmäßiger gebaut werden könnte.

Das, meine Damen und Herren, ist unser aller Bestreben. Ich darf zusammenfassen. Um die vorhandenen Möglichkeiten für den Schulbau und für die Einrichtungen für die Pflichtschulen besser ausschöpfen zu können und um vor allem auch der Entwicklung besser Rechnung tragen zu können, halte ich es für richtig, den Bau und die Einrichtung der Pflichtschulen aus dem Bereich der Gemeinden herauszunehmen und in den Bereich des Landes zu übernehmen. Sollten dem gesetzliche Kompetenzen entgegenstehen, dann müßte doch ein Weg gefunden werden, der diese Frage einer Lösung zuführt und der unserem Bestreben näherkommt: gleiche Ausbildungsmöglichkeiten und gleiche Chancen für alle Kinder in der Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Ileschitz: Als nächster Redner ist der Herr Landesrat Peltzmann am Wort.

Landesrat Peltzmann: Hoher Landtag! Es ist mehrfach von Berufsschulen und der Lehrlingsausbildung gesprochen worden. Gestatten Sie mir als zuständigem Referenten noch einige Worte zu den Fragen, die aufgeworfen wurden und über die Gedanken, die wir vom Referat her haben über die weitere Entwicklung auf diesem Sektor. Wir können eine freudige Feststellung machen, daß sich bei unserer Jugend ein Trend bemerkbar macht und zwar vom Hilfsarbeiter weg zum qualifizierten Facharbeiter. Es wurde schon durch einen meiner geschätzten Vorredner festgestellt, daß wir in der Steiermark an Prozenten zur Arbeitsbevölkerung die höchsten Lehrlingszahlen haben. Es wird von den Zahlen gesprochen, aber das ist nicht das entscheidende. Nicht einmal ich bin in der Lage, Ihnen den letzten Stand auf den Schüler genau zu sagen. Die Erhebungen bei Beginn des Schuljahres 1970/71 haben folgende Zahlen ergeben. Gesamtschülerzahl 24.057, davon 10.059 in Landesberufsschulen mit angeschlossenen Internaten, 5125 in Bezirksberufsschulen und 7982 in Grazer Berufsschulen. Sie werden sagen, man spricht immer nur von 25.000 Lehrlingen. Das stimmt aber auch, weil eine große Anzahl von Lehrlingen außerhalb der Steiermark seine Berufsschulpflicht erfüllt. Zum Beispiel die Rauchfangkehrer, Uhrmacher usw. Ich könnte Ihnen eine Reihe solcher Berufe nennen. In Kuchl sind steirische Lehrlinge, die außerhalb unseres Bundeslandes ihre Berufsschulpflicht erfüllen. Ich bin auch hier bemüht,

sollte die Lehrlingszahl drei aufsteigende Klassen erbringen, sie bei der Neuerstellung von Landesberufsschulen in die Steiermark zurückzuführen.

Es hat auch unser Kollege Stoisser recht, wenn er sagt, über 25.000. Die Zahl stimmt. Es hat der Kollege Stoisser recht mit seiner Schülerzahl. Hier haben wir zwei verschiedene Zahlen. Wir können feststellen, daß zum Beispiel rein das Gewerbe einen Zuwachs von 13,9% und der Handel einen Zuwachs von 27,4% zu verzeichnen hat. Deswegen auch ein Überrollen unserer Planung, wenn wir bedenken, daß in sämtlichen Bundesländern die Lehrberufe Koch und Kellner rückläufig sind und bei uns die Entwicklung derart sprunghaft war, daß man in Gleichenberg immer wieder zusätzlichen Raum, internatsmäßig sowie Lehrraum, schaffen mußte. Ich glaube, das ist ein ausgesprochen erfreuliches Bild, das sich hier bei uns ergibt. Es geht uns darum, den Lehrberuf zu vereinfachen. Ich glaube, daß hier der Weg, der durch die lehrgangsmäßige Schule gegangen wurde, der richtige war. Der Lehrling hat die Möglichkeit, seine zusätzliche Ausbildung zur Betriebslehre in einem gewissen Abschnitt von 8,9 und 9 ½ Wochen, das hängt mit der Lehrzeit zusammen, zusammengefaßt zu erhalten und dieses Wissen natürlich ermöglicht ihm auch, in den Prüfungen besser zu bestehen, als das durch die sogenannte Tagesschule gewährleistet werden kann.

Herr Abgeordneter Ritzinger, ich werde das im Finanz-Ausschuß 1971 zur Frage bringen, ob man diese 60 S an Lern- und Arbeitsmitteln nicht vom Land übernehmen könnte. Es kommt eines dazu, nämlich, daß die Verwaltung dieses geringen Betrages ja wieder einen Aufwand erfordert und man überlegen muß, ob man diese Beträge vom Land selbst in den Voranschlag einbauen soll.

Herr Preamberger, Sie haben die Frage Internat und Schule angezogen. Ich darf Ihnen eine Aufklärung geben. Heute sehen die Dinge anders aus, als vor 17 Jahren, als man den Gedanken der Landesberufsschule mit angeschlossenen Internaten in die Tat umzusetzen begann. Wenn Sie die Voranschläge dieser Jahre ansehen, dann werden Sie sehen, daß mit 600.000 S begonnen wurde. Wenn Sie dagegen heute bedenken, daß das gesamte Berufsschulbudget die 100-Millionen-S-Grenze erreicht hat in der Steiermark. Damals war es gar nicht so leicht, Internatsträger zu finden. Damals war die Kompetenz nicht geregelt. Damals haben die Gemeinden mit Zuschüssen ein Gebäude zur Verfügung gestellt. Die Innungen haben sich zusammengeschlossen, haben eine Umlage eingehoben und mit diesen Mitteln wurde begonnen. Das sind Beispiele. Hintennach ist man gescheitert, wie man es nicht machen soll, wenn ich zum Beispiel an die Berufsschulen Mureck und Eibiswald denke. Ein steirisches Sprichwort sagt: „Hat einer recht viel Geld und ist saudumm, dann kauft er ein altes Haus und baut es um.“ Damals gab es Schloßbesitzer, die sich sagten, jetzt haben wir einen Dummen gefunden; das war teilweise das Land, weil wir es nach dem Berufsschulorganisationsgesetz übernommen haben und Sie können mir glauben und das darf ich

mir zuschreiben, daß in meiner Zeit kein einziges altes Gebäude mehr gekauft wurde, um es solchen Zwecken zuzuführen.

Die Kammern haben hier Hervorragendes geleistet. Der Zuschuß für die Kammern war 1966 erstmals mit 2 Millionen S veranschlagt und vielleicht irritiert Sie die Summe von nunmehr 8 Millionen S. Von diesen 8 Millionen S werden nur 4 Millionen S dem Heimerhalter zugeführt, 1 Million S sind für das Schloß Mühleck, 2 Millionen S sind ein einmaliger Zuschuß für den Internatsbau in Voitsberg und 1 Million S sind für das Internat der Hotelfachschule in Gleichenberg bestimmt. Hier gibt es ein Abkommen; ein Drittel der Bund, ein Drittel die Sektionen und ein Drittel das Land. In Erfüllung dieser Verpflichtung wird hier 1 Million S ausgeworfen und das findet seinen Niederschlag in der Post 231,706, wo die Aufstockung von 3 auf 8 Millionen S erfolgt.

Aber noch etwas darf ich dazu sagen. Bei der Errichtung der Landesberufsschule Fürstenfeld habe ich im Landtag und in der Regierung den Antrag gestellt, vom Land aus das Internat zu errichten. Das ist ein Landesinternat und wird vom Land Steiermark geführt. Im Voranschlag 1971, Untervoranschlag Landesberufsschulheim Fürstenfeld, werden Sie feststellen, daß wir dort einen Abgang von 1,4 Millionen S zu verzeichnen haben.

Natürlich gibt uns das neue Berufsausbildungsgesetz die Möglichkeit, die echten Kosten auf den Lehrherrn und den Lehrling zu übertragen, das ist eine Sache des Kollektivvertrages. Die gesamte Lehrlingsförderung der Steiermark der letzten Jahre hat S 10.— pro Lehrling betragen. Ich glaube, das müßten uns diese jungen Menschen wert sein. Ich selbst habe anlässlich einer Besprechung, betreffend „Umschulungszentrum“, Vertreter des steiermärkischen Arbeitsamtes, mit denen wir eine sehr gute Zusammenarbeit verzeichnen können, gebeten, daß wir uns hier gegenseitig ergänzen, damit keine Doppelsubvention entsteht. Ich habe nichts gegen ein Kuratorium, ich lasse darüber sehr gerne mit mir reden, nur muß jeder bereit sein, ein Drittel, das sind 30 bis 40 Millionen S, auf den Tisch zu legen. Soviel hat bis jetzt die Kammer für die Errichtung der Internate ausgegeben. Die Summe von 3 Millionen S, die wir seit 1966 der Kammer geben, ist nur ein Beitrag, der es der Kammer ermöglicht, die Beiträge der Lehrlinge und der Betriebe auf der jetzigen Höhe zu halten. Erstmals haben wir heuer 2 Millionen S in der Post drinnen, ich habe es im außerordentlichen Voranschlag gehabt und der Herr Finanzreferent hat es dann in den ordentlichen Voranschlag gegeben, und zwar für das Internat in Voitsberg. Das sei zu dieser Frage gesagt. Auf der anderen Seite ist es natürlich so, wenn wir durch das Arbeitsmarktförderungsgesetz Mittel in der Lehrlingsförderung einsparen, wäre meiner Meinung nach der einzig richtige Weg, diese Mittel zur Schaffung von Lehrlingsheimen zu verwenden, und zwar deswegen, weil die Lehrlingsfrage am akutesten im Ballungsgebiet ist. Wenn man solche Heime in Ballungszentren hineinstellt, bieten wir allen, auch den Jugendlichen in den letzten Tälern, die Möglichkeit, eine Berufsausbildung wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich trage mich noch mit einem Gedanken: Und zwar mit der Schaffung — und das sei jetzt als Arbeitstitel verwendet — einer „Gewerbeakademie“. Viele junge Menschen — wir stellen dies durch echte Kontrolle in den Berufsschulen fest — stehen über die Masse hervor, das heißt, der Erfolg ist durch ihre eigene Leistung größer als der Erfolg ihrer Kolleginnen und Kollegen. Das sind junge Menschen, die aus irgendeinem Grunde nicht die Möglichkeit gehabt haben, einen höheren Bildungsgang zu beschreiten. Ich könnte mir vorstellen, daß wir in der Steiermark hier einen Schritt dahin setzen, daß dem Lehrling, der seine Berufsausbildung überdurchschnittlich gut abschließt, die Möglichkeit geboten wird, in einem neuen Schultyp nicht nur seine Berufskenntnisse, sondern seine Allgemeinkenntnisse so zu erweitern, daß auch er schließlich die Reifeprüfung, die Zulassungsprüfung zum Hochschulstudium ablegen kann und eben dann nachholen kann, was ihm vorher nicht möglich war. Ich bitte, dies zu überlegen und ich hoffe, dem Hohen Landtag zum Voranschlag 1972 bereits konkrete Überlegungen auf den Tisch legen zu können. Ich möchte heute dem steiermärkischen Landtag herzlichst Dank sagen. Sie haben uns in der Abteilung durch Ihre Zustimmung den rasanten Weg, den man in den letzten Jahren gehen konnte, ermöglicht. Wir hoffen, wenn die Entwicklung so weitergeht, im Schuljahr 1975/76 den letzten steirischen Lehrling in lehrgangsmäßigen Berufsschulen einzuschulen. Ich sage deshalb „lehrgangsmäßig“, weil die Landesberufsschulen keine Internate haben. Wir brauchen in Graz auch Internate, denn besonders Splitterberufe können nur in Graz ausgebildet werden, weil nur hier die zusätzlichen Lehrkräfte zu bekommen sind.

Nun noch ein Wort zu den Standorten: Dabei geht es mir nicht in erster Linie um die Grenzlandförderung. Ich bin ein Gegner, daß man Schulen in Ballungsgebiete stellt. Ich habe meine Verpflichtung, Graz gegenüber, mehr als zu 100% eingehalten. Wir haben uns bei einer Besprechung, bei der Vorausplanung im Jahre 1964 verpflichtet, Graz keine Lehrlinge zu entziehen. Wir haben nicht nur das eingehalten, sondern aus den Zahlen können Sie ersehen, daß die Lehrlingszahlen in Graz aufgestockt wurden. Wir haben zum Beispiel die Maler und Installateure hereingezogen und wir werden alle Splitterberufe nach Graz hereinführen, deshalb auch z. B. die eine Million S Beihilfe für das Schloß Mühleck, weil in diesem Schloß, das nicht der Kammer oder dem Land gehört, es gehört der SERVITAS, ein neuer Internatstrakt errichtet wird, wodurch aber kein Umbau des Schlosses notwendig wird.

Nun, was die Errichtung eines Schlachthofes neben einer Landesberufsschule betrifft, so kann ich dazu sagen, dann müßte zum Beispiel auch eine Bäckerei dort sein, weil auch Bäckerlehrlinge dort hinkommen; der Schlachthof an und für sich ist ein sehr schlechtes Schulungsbeispiel für diesen Beruf. Man wird Exkursionen machen, genauso, wie man die Metallarbeiterlehrlinge zu Böhler, in die Alpine nach Donawitz oder Judenburg führt. Auch ist ein Schlachthof, besonders ein Exportschlachthof, wie

ihn Graz erhalten soll, ein schlechtes Beispiel für einen Lehrling, wie überhaupt ein Lehrplatz an einem Fließband der schlechteste Lehrplatz überhaupt ist. Deshalb ist meiner Ansicht nach der Standort zweitrangig. Ich möchte noch erwähnen, meine Damen und Herren, daß sämtliche Standorte in der Regierung einstimmig beschlossen wurden und die Regierung Überlegungen angestellt hat, bevor dieser Beschluß gefaßt wurde. Ich glaube daher auch, daß die (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Abg. Prensberger ist ja nicht in der Landesregierung!“) Standortwahl richtig war. Wenn es in der Öffentlichkeit durchsickert, daß eine neue Landesberufsschule errichtet wird, so können Sie mir glauben, dann liegen bestimmt drei Dutzend Angebote von Gemeinden in unserer Abteilung. Man kann dann halt nur einen Bewerber befriedigen, anders geht es leider nicht. Es wurden aber Gedanken angestellt in dieser Angelegenheit.

Ich möchte aber auch unseren Berufsschullehrern, die mit sehr viel Idealismus an ihre Sache herangehen, unseren herzlichen Dank sagen. Es ist bestimmt nicht leicht, junge Menschen gerade in diesem Alter zu erziehen und wieder an die schulische Arbeit heranzuführen; ich möchte auch danken der Rechtsabteilung 13 mit dem Vorstand Herrn Wirklichen Hofrat Dr. Klauzer, möchte aber auch danken dem Landesschulrat für sein Verständnis, das er immer für unsere Probleme aufbringt. Noch etwas: Es wurde, ich glaube im Finanz-Ausschuß, eine Kritik laut, warum für die Handels- und Berufsschulen die Weihnachtsferien ab dem 15. Dezember festgelegt wurden. Da bitte ich um Verständnis. Das ist eben die Summierung des Hauptgeschäftes zu Weihnachten. Hier wird jede Arbeitskraft gebraucht. Dort lernt er auch etwas in dieser Zeit. Ob da das Schulische etwas zu kurz kommt, das hängt vom Lehrkörper ab und nicht von der Verordnung, die ein paar Tage früher frei gibt. Ich werde mir erlauben, dem steirischen Landtag im kommenden Jahr 1971 eine Novelle zum Berufsschulgesetz vorzulegen, um diese Dinge ein für allemal zu fixieren. Ich möchte sagen, daß diese Verordnung schon alt ist, aber jetzt erst so richtig ins Bewußtsein kommt, weil sie erstmalig im Handel für eine Landesberufsschule zum Tragen kommt, weil wir in Hartberg die erste haben. Bei den Tagesschulen ist es nicht aufgefallen. Wir machen das nicht, weil man sagt, das spiele keine Rolle. Wir haben uns das gut überlegt. Auch Schulbehörde und Beamte der Rechtsabteilung 13 haben gesagt, man könne das verantworten. Man müßte das gesetzlich regeln, damit jeder weiß, wie er dran ist. Dann werden Sie darüber bestimmen, ob dieses oder ein anderes Datum oder eine andere Einteilung der Kurse zum Tragen kommt.

Nochmals recht herzlichen Dank für Ihr Verständnis. Ich bitte Sie, wenn wir in Zukunft für die Förderung unserer Lehrlinge, unserer Facharbeiter und für unser Berufsschulwesen über den Voranschlag an Sie herantreten, daß wir das gleiche Verständnis des Hohen Hauses finden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als letztem der 16 Redner zu dieser Gruppe erteile ich dem Herrn Landesrat Prof. Jungwirth das Wort.

Landesrat Prof. Jungwirth: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zur Gruppe 2 einige Bemerkungen machen, soweit sie mein Referat betreffen. Zuerst zur Frage der Kindergärten. Wir haben für das Jahr 1971 eine Aufstockung der Förderungsbeiträge im Ausmaß von 20 % vorgesehen. Die Gründe hiefür wurden zum Teil in der Debatte bereits angedeutet. Es haben Wissenschaftler längst festgestellt, daß das Bildungsgefälle zwischen Land- und Stadtkind im Alter von sechs Jahren bereits so groß ist, daß die Schule nicht unbedingt mehr die Chance hat, dieses Gefälle auszugleichen. Das sprachliche Niveau des Kindes und die Sprache hängt letzten Endes mit dem Denken engstens zusammen und wird geprägt durch das, was die Wissenschaftler das soziokulturelle Milieu bezeichnen. Dieses Milieu ist von Stadt zu Land und auch hier wieder mit Abstufungen innerhalb dieser Bereiche sehr verschieden. Es geht also nicht darum, daß das Kind zwischen drei und fünf oder sechs Jahren vielleicht total verschult werden soll. Fürchten Sie nicht, daß die perfekte Verschulung des Kleinkindes vor der Türe steht. Da ist im Volk eine gewisse berechtigte Befürchtung. Das ist natürlich nicht gemeint. Es geht darum, daß mit adäquaten Methoden spielerisch durch sprachliche Betätigung, durch rhythmisches Spiel, durch Entfaltung musischer Möglichkeiten, die in jedem Kind drinnenstecken, das Kind soweit gebracht wird, daß es für den späteren Bildungsweg möglicherweise annähernd gleiche Chancen hat wie ein anders Kind, das es in der Familie mitbekommen hat. Darum geht es in dieser Frage der Kindergärten. Selbstverständlich gibt es eine Reihe von Problemen. Es wurde schon gesagt, die Förderung der Kindergärten ist eine freiwillige Leistung des Landes. Kindergartenerhalter ist nicht das Land Steiermark, mit einer einzigen Ausnahme. Wir kennen die vielen Probleme, die zu lösen sind. In erster Linie sind es Raumprobleme. Fachleute träumen davon, wir sollten pro 1000 Einwohner zu einer Kindergarteneinheit kommen. Eine Kindergartengruppe wäre ein Raum für 30 Kinder. Eine solche Gruppe kostet rund 500.000 S (der umbaute Raum eingerechnet). Das wären riesige Belastungen, die nicht von heute auf morgen lösbar sind. Selbstverständlich ist es richtig, daß große Personalschwierigkeiten bestehen. Wir haben nur zwei Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen vorläufig in der Steiermark. Ich möchte aber nicht verschweigen, daß eine Erhebung abgeschlossen worden ist und die Ergebnisse bereits im Unterrichtsministerium liegen. Dieser Erhebung zufolge wären also in fünf weiteren steirischen Bezirken Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen und Abeitslehrerinnen zu gründen. Es gibt andere Probleme auf diesem Gebiet, über die ich nicht näher sprechen will. Vielleicht nur eines. Pädagogisch gesehen fehlt noch der Kontakt mit der Pflichtschule. Zwischen Kindergarten und Pflichtschule wäre ein viel engerer Kontakt, als er bisher besteht, notwendig. Wir haben eine weitere Erhebung eingeleitet, um zu sehen, wie die Versorgung der steirischen Bezirke mit Kindergärten aussieht. Es ist verblüffend, die Ergebnisse zu sehen, die darauf Antwort geben. Auch hier besteht ein echtes Gefälle zwischen zwei Gruppen von

Bezirken. Die benachteiligten Bezirke im steirischen Raum sind eindeutig die Bezirke West-, Süd- und Oststeiermark, der Bezirk Umgebung Graz und Murau. Das sind die benachteiligten Bezirke. Von diesen gibt es einen großen Sprung zu den übrigen, die ich nicht genannt habe, die wesentlich besser, natürlich noch nicht perfekt versorgt sind. Innerhalb dieser Kindergärten gibt es, wie heute schon gesagt worden ist, rund ein Drittel, die von privaten Institutionen, es sind genau 84, unterhalten werden; davon 66 von der katholischen Kirche. Auch hier ist ein gewisses Finanzierungsgefälle vorhanden. Diese Privatkindergebäude tun sich noch schwerer als die Gemeindekindergärten. Auch das war bisher festzustellen. Ich möchte nochmals sagen, bei der Frage der Kindergärten geht es darum, ein Gefälle aufzuheben, das besteht von Mensch zu Mensch, grob gesprochen von Land- zu Stadtkindern, von Region zu Region, von weniger gut und besser entwickelten Gebieten.

Ein Wort zu den Schülerheimen des Landes. Ich möchte nur zu den Grazer Schülerheimen die eine Bemerkung bekräftigen, daß diese Schülerheime dringend notwendig sind und bleiben. Aus dem einfachen Grund, daß wir in der Steiermark zwar eine gewisse Explosion, was die allgemeinbildenden höheren Schulen betrifft, gehabt haben, daß wir aber in den Bezirken draußen fast keine weiterführenden berufsbildenden Schulen haben. Ich spreche von einer Schule wie der Bulme, der Schule am Ortweinplatz, der Handelsakademie, eventuell der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Arbeitslehrerinnen. Es ist daher für die Jugendlichen der Steiermark notwendig, wenn sie an einer solchen Schule studieren wollen, nach Graz zu kommen — mit wenigen Ausnahmen. Ich spreche nicht von der Bulme in Kapfenberg z. B. Diese Schülerheime in Graz sind nach wie vor notwendig. Wir haben einen Belag von 528 Plätzen, könnten aber noch viele Plätze mehr vertragen.

Nun noch der Bereich Pflichtschulen. Der Herr Abg. Laurich hat gestern gesagt, ein Konzept über die Reorganisation des steirischen Pflichtschulwesens sei nicht öffentlich bekannt, hat aber dann in seinen Ausführungen eigentlich über die Taten, die in diesem Bereich gesetzt worden sind, so gesprochen, daß man den Eindruck gewinnen konnte, es bestehe ein Konzept über die Reorganisation des steirischen Pflichtschulwesens; und das besteht auch. Das möchte ich bestätigen und ich möchte einige Grundzüge kurz skizzieren. Was die Volksschule betrifft, ist die Tendenz dahingehend, daß niederorganisierte aufgelassen werden und daß Oberstufen zusammengelegt werden. Was die Polytechnischen Lehrgänge betrifft, ist die Tendenz dahingehend, daß Mittelpunktschulen errichtet werden und kleine Polytechnische Lehrgänge aufgelassen werden. Das wesentlich größte Problem ist das der Hauptschulen oder, weiter ausgeholt, die Schule der 10- bis 14jährigen. Sie wissen als Nichtlehrer, daß über diese Schule sehr stark diskutiert wird. Es spukt auch sehr kräftig der Begriff der Gesamtschule in vielen Köpfen herum. Dazu ist kurz zu sagen, daß es auffallend ist, daß die

Ideen über diese Gesamtschule aus Ländern kommen, die ein schlechter organisiertes Schulsystem haben als die Österreicher. Sie kommen aus dem bundesdeutschen Raum, wo es eine so aufgefächerte Schule wie die Hauptschule nicht gibt. Das heißt, wo es nur den Bruch gibt einerseits zwischen der Volksschule und andererseits zwischen dem schon hoch entwickelten Gymnasium. Die Mittelform der hoch organisierten Hauptschule gibt es nicht.

Wenn man also aus diesen Ländern den Ruf nach einer Gesamtschule bekommt, ist das für diese Länder ja eine Befriedigung des Nachholbedarfes. Es besteht an und für sich bei uns nur eine geringe Notwendigkeit, diese Ideen anzuhimmeln, da sie ja schon zum Teil bei uns verwirklicht worden sind. Was nun die Hauptschule betrifft, so wird in diesem Konzept an der Reorganisation des Hauptschulwesens in der Steiermark oder des Pflichtschulwesens nach folgenden Schwerpunkten seit Jahren gearbeitet: Es werden neue Hauptschulen errichtet; im Schuljahr 1969/70 waren es 13 — nicht gebaut, sondern errichtet. Wir haben derzeit einen Stand von 168 in der ganzen Steiermark. Es werden derzeit weitere Standorte geprüft und es ist anzunehmen, das bis zum Frühjahr 1971 für zehn Standorte die Entscheidung gefällt ist, so daß für das erste die Standortfrage der steirischen Hauptschulen gelöst sein wird. Zweitens wird die zweizügige Führung der Hauptschulen weiter ausgebaut. Wir haben fast 100 % erreicht, von 168 werden derzeit 166 zweizügig geführt. Drittens geht es darum, daß Pflichtschulsprengel erweitert werden, so daß Eltern von talentierten Kindern verpflichtet werden, ihr Kind auch wirklich in die Hauptschule zu schicken. Hier ist selbstverständlich das riesige Problem die Transportfrage, die Siedlungsstreuung, die langen Anmarschwege, die langen Transportwege. Das ist von heute auf morgen nicht lösbar. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf eine Bemerkung zurückkommen, die gefallen ist, das ist die berühmte Zahl 44, die seit einiger Zeit in der Steiermark umhergeistert. Ich muß hier eine Lanze für die Lehrer brechen, es ist nicht richtig, daß 44 % der Pflichtschulabgänger das Lehrziel nicht erreicht haben, sondern dies war eine Erhebung in einem ganz begrenzten Bereich. Das waren die Pflichtschulabgänger, die in der Landwirtschaft bleiben. Bei denen hat man festgestellt, daß 44 % das Lehrziel der Pflichtschule nicht erreicht haben. Dies ist eine unerhört hohe Zahl, die eindeutig die Benachteiligung der bäuerlichen Bevölkerung auf dem Gebiet des Bildungswesens herausstreicht. Hier schließt sich wieder der Kreis mit den Überlegungen, die gerade früher über den Kindergarten angestellt wurden. Es obliegt nicht mehr meiner Kompetenz, über weiterführende Schulen zu sprechen, ich möchte nur den Konnex herstellen, weil es nicht gut ist, den Jugendlichen mit 14 oder 15 Jahren in der Luft hängen zu lassen, und möchte noch darüber berichten, daß die Möglichkeiten, daß die Bildungschancen für den jungen Menschen, der die Hauptschule besucht und dann über das Musischpädagogische Realgymnasium zur Hochschulreife kommt, in der Steiermark steigen. Im abgelaufenen Schuljahr sind bereits 10 % der Abgänger der Hauptschule — es waren über 8000 Gesamtabgän-

ger — in ein Musisch-pädagogisches Realgymnasium eingetreten, das bis zur Matura und bis zur Hochschule führen kann. Was die weiterführenden Schulen betrifft, besteht ein gewisser Fehlbestand an spezialisierten Schulen. Ich darf darauf hinweisen, obwohl diese Frage mich persönlich bzw. mein Ressort nicht mehr betrifft. Ich habe bereits von den Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen gesprochen, es besteht ein ähnlicher Nachholbedarf bei den Bur-schen für die Höheren technischen Lehranstalten. Allerdings ist auch in diesem Bereich eine ganze Reihe von Bezirken bereits ermittelt worden, es sind vier an der Zahl, in denen mit Vordringlichkeit die Einrichtung einer Höheren technischen Lehranstalt in Wien beim Bundesministerium für Unterricht deponiert worden ist. Es werden solche Erhebungen immer wiederum nach genauen statistischen Unterlagen geführt. Ich möchte aber doch nicht verschweigen, daß wir immer wieder die Beobachtung machen müssen, daß die Statistik nicht stimmt. Daß sie im Augenblick wohl stimmt, aber daß sie drei bzw. vier Jahre später nicht mehr stimmt, weil der Mensch eben nicht voll berechenbar ist. Vor einigen Jahren hat man Österreich auch im Ausland dafür gelobt, daß wir einen so großartigen OECD-Bildungsbericht publiziert haben. Das war eine riesige Bedarfsanalyse im Bildungsbereich, die sehr eindrucksvoll war. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß einige grundlegende Ziffern dieses Berichtes nicht mehr stimmen, und zwar in ganz grober Manier nicht mehr stimmen. Einerseits wurde das Wirtschaftswachstum falsch prognostiziert, andererseits aber auch die Geburtenziffern, und wehe, wenn es damals auf Grund dieser Statistik, damals vor fünf Jahren, möglich gewesen wäre, ad hoc das ganze Schulsystem darauf einzustellen. Es würden uns furchtbare Vorwürfe diesbezüglich jetzt auf den Kopf fallen.

Noch zu zwei Problemen, meine Damen und Herren, auf dem Gebiet der Pflichtschulen: das Problem des Schulraumes: Es wird derzeit eine Erhebung durchgeführt, die ergeben und zeigen soll, welches Raumdefizit an den Hauptschulen im steirischen Raum besteht oder in Kürze bestehen wird. Diese Erhebung wird im Jahre 1971 abgeschlossen sein. Ich möchte dazu eine grundsätzliche Bemerkung anfügen: Es wurde früher von einem Ort berichtet, in dem die Frage gestellt worden war: „Was bauen wir zuerst, die Hauptschule oder das Volksheim?“ Ich glaube, meine Damen und Herren, diese Frage ist falsch gestellt. Hier ist ein grundsätzliches Umdenken notwendig. Wir sprechen seit einigen Jahren davon, daß wir in der Bildungsgesellschaft leben und daß der Bildungsprozeß ein lebenslanger Vorgang ist. Wenn nun Bildung wirklich ein lebenslanger Vorgang ist, dann muß auch der Bildungsraum dem Menschen lebenslang zur Verfügung stehen. Ich meine damit, daß es immer mehr ein Unding wird, daß die Schule in einem Dorf, in einer kleinen Stadt nur 6- bis 15 jährigen zur Verfügung steht und daß der Jugendliche oder Erwachsene, der zum Beispiel Kurse in der Volksbildung, in der Erwachsenenbildung besuchen will, in diese Schule nicht hineinkann oder daß man solche Kurse in die Schule nicht verlegen kann oder nur mit größten

Schwierigkeiten. Die gesetzlichen Bestimmungen sind meines Erachtens nach veraltet — obwohl sie relativ jung sind. Der Vorgang, der eingeleitet werden muß, daß ein Kurs in einer Schule abgehalten werden darf, angenommen ein Kurs für Erwachsenenbildung, der länger als drei Monate dauert, ist antiquiert; dieser Vorgang dauert zwei bis drei Monate, bis dann endlich das Schriftstück wiederum dorthin zurückkommt, von wo aus es gestellt worden ist, und zwar nicht deshalb, weil langsam gearbeitet wurde, sondern weil alles kompliziert ist. Meiner Meinung nach würde hier dringend eine Novellierung dieser Stelle im Pflichtschulorganisationsgesetz notwendig sein, derzufolge also im kurzen Wege der Schulerhalter — spricht die Gemeinde — die Möglichkeit hat, auf ein solches Ansuchen ja oder nein zu sagen. Selbstverständlich müßten solche Überlegungen auch schon beim Bau von Bildungsstätten, Schulen usw. von vornherein mitklingen. Sollen wir nicht das Kulturzentrum bauen, in dem die Schule und das Bildungsheim Platz haben? Das ist meines Erachtens nach das Problem. (Abg. Pözl: „Dann können die Roten ja kein Kulturheim mehr bauen!“ — Landesrat Gruber: „Wir sind sehr dafür, daß man die Schulen auch für andere Zwecke nützt!“)

Das zweite Problem ist schließlich noch die Lehrerfrage, die noch nicht in befriedigender Weise gelöst worden ist. Wir müssen feststellen, der drückendste Lehrermangel besteht bei den Hauptschulen. Wir haben rund 50 % der Lehrer an den Hauptschulen, die nicht in dem Fach, das sie unterrichten, derzeit in der Steiermark geprüft sind. Glücklicherweise sind aber die Zahlen der inskribierten Hörer an den Pädagogischen Akademien stark im Ansteigen begriffen. Es wurden in den vergangenen Jahren große Werbeaktionen in der Steiermark gesetzt und die haben ihre Früchte getragen. Gegenüber 1968 hat die Zahl der Hörer an den Pädagogischen Akademien in Graz um nicht weniger als 67 % zugenommen; eine Steigerung um zwei Drittel der Lehramtsanwärter an den beiden Pädagogischen Akademien in Graz. Wobei wiederum erfreulich ist, daß bei männlichen Hörern auch eine steigende Tendenz festzustellen ist. An der Pädagogischen Akademie in Eggenberg haben wir derzeit 42 % Hörer, an der Pädagogischen Akademie des Bundes 34 %. Das sind, meine Damen und Herren, einige Hinweise über das Ressort, über die Gruppe, soweit sie mich betroffen hat. Es wird in der Steiermark vielleicht nicht viel geredet von einem Programm der Reorganisation des Pflichtschulwesens, aber es wird an dieser Reorganisation sehr fleißig gearbeitet. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dipl.-Ing. Dr. Siegfried Eberdorfer: Ich wiederhole meinen Antrag.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3: Kulturwesen.

Berichterstatteerin ist Frau Abg. Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Johanna Jamnegg: Hoher Landtag! Die Budgetgruppe 3, Kulturwesen, weist 6 Abschnitte und 13 Unterabschnitte aus. Sie umfaßt die Museen, Bibliotheken, das Landesarchiv, die Wissenschaftspflege, das Theater- und Bühnenwesen, die Musikschulen, die Musikpflege und sonstige Kunstpflege, den Bereich der Volksbildung, die Denkmalpflege, die Heimatpflege, den Naturschutz und auch das Rundfunk- und Filmwesen.

Die Gesamteinnahmen für diese Gruppe sind für das Jahr 1971 mit 7,036.000 S, die Gesamtausgaben mit 114,447.000 S präliminiert. Das ergibt gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs bei den Einnahmen von 1,178.000 S, bei den Ausgaben einen Zuwachs von 11,787.000 S. Die Ansätze dieses Kulturbudgets sind beachtlich und sie bestätigen das Bemühen des Landes, hier eine möglichst breitgestreute kulturelle Förderung vorzunehmen.

Ich darf auf einige Schwerpunkte kurz hinweisen. So sind für die Wissenschaftspflege 29,232.000 S vorgesehen, für die Musikschulen und die Musikpflege 34,599.000 S, die Volksbildung 9,108.000 S und für das Theater- und Bühnenwesen 25,010.000 S.

Hoher Landtag! Der Finanz-Ausschuß hat eingehend die Ansätze zu dieser Gruppe beraten und in seinem Namen ersuche ich Sie, diesen Ansätzen die Zustimmung zu geben.

Präsident: Als erstem Redner zu dieser Gruppe ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Fuchs gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Dem einen gefällt es, dem anderen nicht, das ist jedem seine Sach'." Mit diesem Satz unseres jüngsten Rosegger-Preisträgers, Wolfi Bauer, könnte man in sehr angenehmer und leichter Weise die Kontroverse abtun, die sich über die Verleihung dieses Roseggerpreises und über die verschiedenen Höhe- oder Tiefpunkte im Kulturleben der Steiermark entsponnen haben. Es ist keine neue Erscheinung und schon gar keine Erscheinung unserer Zeit, daß Künstler, seien es Dichter, Schriftsteller, auch Schauspieler, Maler und Bildhauer, vor allem in ihrer Jugend in Widerspruch mit ihrer Umgebung geraten. Ich brauche dazu gar nicht erst auf den Theaterdirektor Goethe oder den Dramaturgen Lessing verweisen, sondern ein Blick in die Autobiographie von Zuckmayer lehrt uns, daß er noch in den zwanziger Jahren in Kiel einen Theaterskandal nach dem anderen provoziert hat, einer, der heute als Fast-Klassiker gilt. Es ist dies, das wäre vielleicht eine etwas mitleidige Form der Beurteilung, Entwicklungserscheinung auch im Leben eines Künstlers. Wenn man die Werke, die zur Verleihung des Roseggerpreises geführt haben und den „Unheimlich starken Abgang“ anschaut, aber auch, wenn man die Trigonausstellung, die sich mit dem Begriff des Raumes befaßt hat, betrachtet, so muß man sagen, daß die Jury, die diesen Preis verliehen hat oder

die die Aufführung eines solchen Stückes gestattet, jedenfalls aber die Gesellschaft als solche noch lange nicht so verzopft ist, wie die Vertreter gerade dieser Modernen es uns einreden möchten. Jedenfalls und das können wir uns zum Trost sagen, besteht noch Hoffnung für uns. Zwei zweifellos begabte Autoren haben damit eine Förderung erfahren und als solche möchte ich es sehen und die Hüter des reinen Grals idealster Kunst haben anscheinend zu unterscheiden gewußt zwischen dem Autor und dem, was er sagen wollte und der Art, in der es gesagt wurde. Gleichermäßen aber erfreulich wie die Tatsache, daß solche Preise verliehen werden an begabte Künstler, ist aber auch die Tatsache, daß dieses Ereignis nicht ohne heftigste Reaktionen in weitesten Kreisen der Bevölkerung vor sich gegangen ist. Wir sind scheinbar noch nicht so weit „in“, als daß wir nicht Anstoß nehmen könnten an den Dingen, die nicht nur unsere Eltern, sondern auch wir noch bis vor kurzem als schlecht und unanständig bezeichnet haben. Es wird behauptet, die Kunst habe sich heute vom Göttlich-Menschlichen zum Menschlichen gewandt. Ich möchte sagen, sie hat sich fast zum Unmenschlichen gewandt und tritt mit einer Intensität, die besseren Dingen würdig wäre, Dinge breit, die wirklich früher nur hinter der vorgehaltenen Hand diskutiert wurden. Wo kämen die Kritiker der Gesellschaft hin, wenn die Gesellschaft ihnen nur Applaus spenden würde. Deswegen bin ich der Meinung, daß die Ablehnung des Obszönen, Brutalen, Disharmonischen und Bösen im allgemeinen nach wie vor notwendig ist, wollen wir uns nicht selbst der Basis jeglicher Ordnung unseres Zusammenlebens auf die Dauer berauben. Es ist aber nicht nur das, was abzulehnen ist daran, sondern es sind vielfach auch die Tendenzen, die dahinter zum Vorschein kommen. Mich persönlich hat in dem Stück „Der unheimlich starke Abgang“ weder der nackte Mann auf der Bühne noch die zeitweilig sehr wilde Sprache erschreckt, sondern vielmehr die Tatsache, daß man den Richter auf einem Weinaß zeigt, daß die Geschworenen zigarettenrauchend und biertrinkend Pin-up-Bilder verteilen und anschauen und damit ihre Zeit verbringen.

Es sind das Dinge, die vielleicht nur mit der Jugend des Autors entschuldigt werden können. Jedenfalls, wenn der Volkskundler Koren eine Trigon-Ausstellung veranstaltet, die Reaktionen nach sich zieht, wie etwa die hier im Hohen Hause, wo einer sagt: „Anzünden müßte man das“, wenn ein Wolfi Bauer den Rosegger-Preis bekommt, so sind das erfreuliche Erscheinungen und zeigen, daß wir die Dinge nicht mehr mit dem Maße des 19. Jahrhunderts messen, auch wenn vieles darin als „eine unheimlich starke Zumutung“ angesehen wird und wenn man den Satz „Bhrt eure deutschen Meister“ auch so ergänzen könnte: „Manchmal sind es zweifellos auch böse Geister, die damit gerufen werden.“

Die Kulturpolitik des Landes umspannt ein weites Feld. Neben der Pflege des Modernen, so spektakulär das auch in letzter Zeit gewesen sein mag, gibt es Dinge, auf die ich doch auch verweisen möchte. Der „Steirische Herbst“, der im heurigen

Jahr fast 50.000 Besucher gezählt hat, ist zweifellos ein Ereignis geworden, das uns international Anerkennung gebracht hat. Der „Steirische Herbst“ ist hervorgegangen aus einer Zusammenfassung der Sommerspiele, der Steirischen Akademie, der Trigon-Veranstaltungen und ist ergänzt worden durch die Musikprotokolle des Österreichischen Rundfunks. Kritiker des In- und Auslandes haben die Leistungen gewürdigt, sie sind deshalb um so mehr zu würdigen, als sie kaum öffentliche Mittel in Anspruch genommen haben. In diesem Zusammenhang ist auch mit Bedauern anzumerken, daß die Subventionen seitens des Bundes gerade dem „Steirischen Herbst“ nur sehr spärlich zuteil werden. Mit rund S 650.000.— Zuschuß ist diese Veranstaltung viel geringer bedacht worden als etwa die Sommerspiele im Burgenland, die 1,5 Millionen S bekommen haben, oder die Festspiele in Salzburg und in Bregenz, die zweifelsohne auch sehr bedeutsam sind, doch ist der „Steirische Herbst“ eine Veranstaltung, die in Österreich einmalig ist, Festspiele in der klassischen Form gibt es aber viele und es erschiene mir doch wertvoll, wenn seitens des Bundes dieses Vorhaben mehr Unterstützung fände. (Abg. Dr. Heidinger: „Ein Frühfrost hat diese Unterstützung befallen!“ — Abg. Pözl: „Im Herbst werden die Blätter eben rot!“) Unter den kulturellen Veranstaltungen des Landes weiters hervorzuheben sind die Landesausstellungen. Wir haben im vergangenen Jahr über den „Steirischen Bauern“, den „Berg- und Hüttenmann“ gesprochen und es war heuer die Ausstellung über das „Steirische Handwerk“, die bis zum Schluß 37.000 Besucher gezählt hat und in sehr eindringlicher Weise verschiedene kulturpolitische Ereignisse der Vergangenheit bis zur Gegenwart darstellen konnte. Es sind die Volkshilfsheime in Retzhof, aber auch in Mariatrost, die gefördert werden, ich möchte besonders erwähnen die „Malerwochen“ in Retzhof, die Workshop-Veranstaltung für Schauspielschüler, die Symposien über Bildungsfragen und alle die Dinge, die vielleicht von der Öffentlichkeit zu wenig beachtet werden, die aber dennoch zeigen, daß unsere Kulturpolitik einen sehr weiten Bogen umspannt. Auch das Forum Stadtpark, über das man vielfach sehr geteilter Meinung sein mag, sei hier anläßlich des zehnten Jubiläums erwähnt. Es seien weiter erwähnt die Ausstellungen im Künstlerhaus, in der Neuen Galerie, in der Galerie am Minoritenplatz, aber auch in der Ganggalerie im Grazer Rathaus, die Ausstellungen, die das Kulturreferat der Stadt Graz veranstaltet, obwohl dieses sich in erster Linie der Pflege der konservativen Kunst anzunehmen scheint. Der Musikverein des Landes Steiermark — der Stadt Graz — hat in den letzten sechs Jahren 350 Konzerte veranstaltet, auch hier wieder ohne öffentliche Zuschußmittel. Es ist also Altes und Neues, Gutes und Schlechtes, Wahres und Falsches, das hier in den verschiedensten Formen unserer Kulturarbeit zum Ausdruck kommt. Das Hauptproblem, nicht nur der jüngsten Zeit, sondern seit vielen Jahren, ist natürlich auch der größte Budgetposten, das Theater. Die Vereinigten Bühnen, die zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz betrieben werden, befinden sich seit einigen Jahren in einer

verdeckten und in letzter Zeit in einer ganz deutlich gewordenen Krise. Es wäre jetzt leicht und gewiß auch verlockend, von hier aus den Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, der als einer der Vorsitzenden des Theaterausschusses und damit einer der Mitverantwortlichen am Geschehen der Vereinigten Bühnen ist, anzugreifen. Ich hätte persönlich auch allen Grund dazu, denn die stadtväterlich freundliche Medaille hat auch eine zweite Seite, die kennenzulernen recht interessant ist. (Abg. Pözl: „Das ist die Maschekseite des Herrn Scherbaum!“) Ich will mich hier aber nicht mit persönlichen Dingen befassen, sondern über das Theater reden. Es ist richtig, daß in den beiden Häusern, im Schauspielhaus und im Opernhaus, das Platzangebot zu groß ist. Es ist richtig, daß die Konkurrenz von Fernsehen und Kino gewaltig ist, es ist auch richtig, daß wir heute in der Zeit der Massenkommunikationsmittel in der Qualität sehr verwöhnt sind. Graz ist aber nicht Mailand und auch nicht Wien und seien wir froh, daß wir und unsere Jugend sehr gute Aufführungen geboten bekommen. Die Leistungen des technischen und künstlerischen Personals sind gewaltig und im großen und ganzen unbedankt. Ich möchte hier von dieser Stelle aus meine Hochachtung dem Personal der Vereinigten Bühnen aussprechen, denn die Gagen, die wir zu zahlen imstande sind, sind keineswegs berühmt und trotzdem arbeiten die Damen und Herren der Vereinigten Bühnen mit einem Einsatz und einer Aufopferungsfreude, obwohl sie fast täglich aus den Zeitungen lesen müssen, daß ihre Existenz durch Einschränkungsmaßnahmen bedroht zu sein scheint. Die Vereinigten Bühnen sind im Kulturbudget des Landes der größte Posten und wir können uns die Zeit statistisch ausrechnen, bis der Abgang die Hundertmillionengrenze erreicht haben wird. (Abg. Pözl: „Ein unhamlich starker Abgang!“) Es ist von Herrn Vizebürgermeister Götz gestern und auch schon zu anderen Zeiten darüber gesprochen worden, ob der Verteilungsschlüssel zwischen Stadt und Land geändert werden soll. Es haben auch in vergangenen Zeiten, vor allem in den letzten Jahren, die Abgeordneten des Hauses immer wieder Kritik daran geübt, daß der „böse Finanzminister“ zu wenig für die Vereinigten Bühnen in Graz übrighat. Ich bin überzeugt, daß der Herr Abgeordnete Groß jetzt dem Genossen Androsch auch ein kräftiges Wörtlein sagen wird zu dieser Frage, wie er das in den vergangenen Jahren getan hat, denn die Disparität zwischen der Förderung der Bundestheater in Wien und den Vereinigten Bühnen in Graz ist groß. Sie können auch in Wien Aufführungen erleben, die keineswegs an das Grazer Niveau heranreichen, natürlich aber gibt es, und das ist in erster Linie eine finanzielle Angelegenheit, Spitzen, die wir in Graz nicht erreichen können. Es gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Bild von Rembrandt, auf dem die vier Vorsteher des Siechenhauses dargestellt sind. Das Siechenhaus der Vereinigten Bühnen in Graz hat nicht vier Vorsteher, sondern einen Theaterausschuß von etwa 30 Vorstehern. Es ist das ein Gremium, daß schon wegen seiner Größe und der Bedeutung der Personen, aus denen es zusammengestellt ist, meiner

Meinung nach völlig ungeeignet zur Führung eines Theaterbetriebes ist, auch in der Konzeption, in der es führen sollte. Die Finanzreferenten, der Bürgermeister, die Kulturreferenten, Abgeordnete, Nationalräte, Bundesräte, Gemeinderäte — es ist ja kaum möglich, so viele hochlöbliche Herrschaften zu einem Termin zusammenzubringen. Es ist eine Tatsache, daß in den letzten fünf Jahren wohl die Vorschüsse für das technische und künstlerische Personal beschlossen wurden im Theaterauschuß, daß aber kaum Zeit gefunden wurde, über die Fragen, die dem Theaterauschuß wirklich zugeordnet wurden, nämlich die Programmgestaltung zu überprüfen, die Preisfestsetzung der Sitzplätze und dergleichen auch nur andeutungsweise zu regeln. Wir hatten in den letzten fünf Monaten trotz wiederholter Urgenz nicht einmal Zeit, über die Ursachen der Grazer Theatermisere eine Sitzung abzuhalten. Es ist ein Gremium in dieser Form unmöglich und ich glaube, daß die Grazer Theaterkrise im wesentlichen auch eine Krise des Theaterausschusses ist. Der Intendant mit dem Verwaltungsdirektor könnten ohne weiteres die Vorschüsse beschließen und müßten dazu nicht so viele Herren versammeln. Was aber notwendig wäre, wäre, dem Intendanten und dem Verwaltungsdirektor ein Gremium zur Seite zu stellen, das in Form eines Aufsichtsrates in der Lage ist, wirkliche Hinweise zu geben und die Arbeit zu kontrollieren und auch zu befruchten. So wird sich die Sache hinschleppen und ich sehe in der derzeitigen Form und Zusammensetzung keine Hoffnung auf Änderung. Es wäre ein Gremium von vier bis sechs Personen, jetzt unabhängig vom Parteienverhältnis, das Maximum, das zur Führung der Bühnen geeignet wäre.

Es wird im Laufe der Spezialdebatte über die einzelnen Punkte, die das Kulturbudget zusammensetzen, im Detail gesprochen werden. Man kann, wie ich schon eingangs gesagt habe, über vieles streiten, aber kaum über den Geschmack. Wir sind der Meinung, daß die Förderung des Experiments und der Moderne, auch auf die Gefahr hin, daß manches gefördert wird, was schlechthin nicht als förderungswürdig angesprochen werden kann, richtig ist. Es gibt an allen Straßenecken soviel Dreck zu kaufen, der gefährlicher ist für die Jugend als wie der nackte Mann auf der Bühne in Graz. Sosehr der Vater mit seinen minderjährigen Töchtern, der die Premiere des „Unheimlich starken Abgangs“ gesehen hat, nicht erfreut und etwas erschreckt war. Unsere Moral hat eben einen doppelten Boden. Es ist aber nicht möglich, ständig nur aus den bereits bewährten und unvergänglichen Schätzen unserer Kunst und unserer Kultur zu schöpfen, sondern wir müssen uns auch manchmal in dem Spiegel sehen und sei er noch so fleckig und zerbrochen, den uns die Moderne vorhält. Vieles davon wird auf die Dauer nicht bestehen. Vielleicht aber wird es der Ausgang für neue Werte sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort kommt Herr Abgeordneter Brandl.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Umweltschutz mit seinen vielfältigen Problemen steht heute vielfach im

Vordergrund unserer Betrachtungen. Darf ich einleitend grundsätzlich feststellen, daß wir hier selbst sowie unser gesamtes Zeitalter sehr stark im Widerstreit der Handlungen und Meinungen stehen. Einerseits verlangen wir durch bessere Technisierung, durch größere Industrialisierung, daß wir einen höheren Lebensstandard, mehr Bequemlichkeit, mehr Freizeit erreichen können und andererseits erkennen wir sehr deutlich, daß wir teils dadurch unsere Natur zerstören, unseren Lebensraum gefährden und damit für weitere Zeit hinaus unabsehbare Folgen für die Zukunft auslösen. Es ist dies ein gewaltiges Problem, das nicht nur unser Land, sondern alle Industriestaaten auf unserer Erde bewegt. Es sind die drei großen entscheidenden Fragen: Wasserverschmutzung, Luftverunreinigung und Lärmbekämpfung. Wir wissen sehr genau, daß auch wir in Österreich schon Alarmstufe 1 auf diesem Gebiet haben. Die Verunreinigung unserer Gewässer nimmt ständig zu. Wir sind nicht mehr in der Lage, unsere schönen Gebirgsbäche in jenem Zustand zu erhalten, in dem wir uns das als Fremdenverkehrsland wünschen würden. Diese Verunreinigung beginnt bei den Oberläufen der Flüsse, sie setzt sich fort und sie beginnt drastische Formen dort anzunehmen, wo die Industrie derzeit gezwungen ist, ihre Abwässer in die Flüsse hineinzuleiten. Ich möchte von dieser Stelle aus auch feststellen, daß gerade diese Frage nicht nur eine Frage der Industrie, der Großbetriebe, sondern vielleicht auch überhaupt eine Frage unserer gesamten Gesinnung zu dem Problem Wasser selbst ist; eine Gesinnung, die absolut verbessert werden müßte, wenn wir in der weiteren Zukunft bestehen wollen. Wir sind es durch Jahrhunderte hindurch gewohnt gewesen, daß wir eben in die Flüsse unsere Abfälle hineingeben. Dieser Abfall ist durch die Technisierung und Industrialisierung in einem gigantischen Ausmaß gestiegen und führt heute zu den Problemen, die uns allgemein bewegen. Wir brauchen uns nur das biologische Gütebild unserer Flüsse anschauen, dann sehen wir sehr deutlich, daß die Güteklasse 1, die blau gekennzeichnet ist, im gesamtösterreichischen Raum sehr gering ist. Wir wissen, daß die Mur zu einem der schmutzigsten Flüsse in Mitteleuropa gehört.

Es ist nun die entscheidende Frage, was wir tun können. Wir sind der Meinung, daß gerade beim Problem Wasserverunreinigung die gesetzlichen Regelungen ausreichend wären, nur ergibt sich die Frage, ob auch diese Gesetze entsprechend angewendet werden, ob wir überhaupt die Möglichkeit haben, die endgültige Konsequenz aus der Gesetzesanwendung zu ziehen, weil wir sehr genau wissen, daß das mit sehr entscheidenden finanziellen Aufwendungen zusammenhängt. Es ist darüber hinaus notwendig, daß auch viele freiwillige Leistungen mithelfen müssen, das Problem zu mildern und zu einer besseren Wasserversorgung zu kommen. Es soll anerkannt werden, daß sich heute viele Gemeinden, beispielsweise die Gemeinden des Mürztales im Mürzverband, bemühen, zu Verbesserungen zu kommen. Das ist zu wenig, das muß noch wesentlich vermehrt werden. Dazu gehört, daß, im gesamten gesehen, eine viel stärkere Aufklärung an die Bevölkerung ergehen müßte, weil es sich hier um

unsere Grundfragen handelt. Jedem einzelnen Österreicher und damit auch jedem einzelnen Steirer muß klargemacht werden, daß Wasser eine sorgfältig zu nutzende Mangelware ist. Erst wenn wir diese Erkenntnis als Erkenntnis der gesamten Menschen unseres Landes haben, dann wird es leichter sein, hier zu zielführenden Maßnahmen zu kommen. Denn wir wissen, Wasser ist letzten Endes die Grundlage jeglichen Lebens. Unser Wasserhaushalt muß sorgfältig gepflegt werden. Es hängt dies zusammen mit der Humuspflge, mit Bodenfiltrationen, mit Maßnahmen, die der Grundwasservergiftung entsprechend entgegenwirken. Alle Maßnahmen erfordern sehr bedeutende Geldmittel. Es ist eine Frage der gesamten Gemeinschaft und wir werden darüber zu beraten haben, welche Mittel wir finden, damit wir hier zu einer entsprechenden Verbesserung kommen. Nun zum zweiten Problem, zur Reinhaltung der Luft: Hier ist einleitend festzustellen, daß wir unbedingt bessere Kontrollen anzustreben hätten, wo es vor allem darum geht, daß die Verunreinigung der Luft durch Hausbrand, durch Industrieanlagen und durch Verbrennungsanlagen ja in erster Linie entsteht. Es wird auch hier ein sehr weiter Weg sein und wir werden in erster Linie bei der Aufklärung beginnen müssen, weil wir sehr genau wissen, daß zum derzeitigen Zeitpunkt noch sehr viel Gleichgültigkeit — ich möchte fast sagen Ablehnung — gegenüber diesen Problemen in weiten Kreisen der Bevölkerung besteht. Österreich und auch die Steiermark sind ein Fremdenverkehrsland und hier haben wir unser ganzes Augenmerk und unsere gesamten Maßnahmen darauf zu richten, daß wir gerade bei der Luftverunreinigung jene Grenzen setzen und jene Ordnung treffen, die uns auf weitere Sicht hinaus auch als Fremdenverkehrsland bestehen lassen können. Bei diesem Problem wird es sehr entscheidend sein, daß die Kompetenzen abgeklärt werden, daß die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen getroffen werden.

Zur letzten Frage, zur Lärmbekämpfung: Hier glaube ich, sagen zu können, daß diese eine gesundheitspolitische, eine sozialpolitische und damit für uns alle zusammen eine gesellschaftspolitische Aufgabe darstellt. Wir haben drei Arten zu unterscheiden: den Betriebslärm, den Verkehrslärm und den Wohnlärm, es ließe sich sehr viel darüber sagen, ich glaube, das kann ich mir aber ersparen. Es geht vor allem um die Grundsatzfrage, wie wir hier zu einer Verbesserung kommen können. Über eines müssen wir uns im klaren sein, wir können in einem Zeitalter der Technik, der Motoren, nicht verhindern, daß Lärm erzeugt wird. Lärm wird bestehen, es geht um die Frage, wieweit man diesen Lärm entsprechend eindämmen kann, wie man Voraussetzungen hier schaffen kann und ich glaube, daß dies ein riesiges Aufgabengebiet für unsere Mediziner, Techniker und Juristen ist, damit mit einem entsprechenden Lärmbekämpfungsprogramm diese Voraussetzungen getroffen werden. Dies alles sind Dinge, die natürlich nur auf sehr weite Sicht hinaus gelöst werden können.

Zusammenfassend darf ich nur sagen, daß wir Sozialisten eigentlich die ersten waren, die in einem

bis ins Detail ausgearbeiteten Humanprogramm diese Fragen von Wissenschaftlern her erfaßt und erarbeitet haben, damit an die Öffentlichkeit gegangen sind. Am Anfang wurden wir etwas belächelt, doch das schadet nicht, wenn man jetzt zur Kenntnis nimmt, daß es zu einem allgemeinen Problem geworden ist, daß sich auch das Europäische Naturschutzjahr mit diesen Fragen beschäftigt hat und daß heute der Umweltschutz im Mittelpunkt der Diskussionen steht. Sehr entscheidend bei der Beratung dieser gesamten Probleme wird es sein, wie wir überhaupt imstande sind, unseren Lebensraum für die Zukunft zu ordnen. Ob es uns gelingt, eine eindeutige Klarstellung darin zu treffen, daß wir Wohngebiete einerseits, Industriegebiete andererseits und auch die dazugehörigen notwendigen Erholungsräume in unserem Lande zur Verfügung stellen können, ist ausschlaggebend. Umweltschutz ist eng verbunden mit der Landschaftspflege und nur, wenn wir von dort her die Probleme meistern können, werden wir auch imstande sein, hier einen Fortschritt zu erreichen. Ich glaube, wir brauchen hier nicht von vorne beginnen, es gibt bereits Erkenntnisse in anderen Staaten, die sich ebenso mit diesen Problemen auseinandersetzen haben. Ich darf hier ein Beispiel aus Schweden den Damen und Herren vor Augen führen: Seit 1. Juli 1967 gibt es eine zentrale Verwaltungsbehörde für Landschaftspflege auf Grund gesetzlicher Maßnahmen, die sich mit vielfältigen Aufgaben von der Wasserreinigung bis zur Förderung der Freizeitgestaltung in der Natur zu beschäftigen hat. Wenn ich Ihnen nur einige Dinge aus dem Aufgabenbereich hier vortrage, ist es ein nur verhältnismäßig kleiner Teil. Diese zentrale Verwaltungsbehörde hat auf Grund gesetzlicher Regelungen folgende einzelne Aufgaben: Sie hat darauf hinzuwirken, daß die Tätigkeit zugunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom kulturellen und wissenschaftlichen Gesichtspunkt und im Hinblick auf den Bedarf an erholsamem Freizeitgelände geordnet und entwickelt wird, die Entwicklung der Kulturlandschaft vom Gesichtspunkt des Naturschutzes aus zu verfolgen und insbesondere dafür zu wirken, daß die Strände geschützt werden. Wenn ich in diesem Zusammenhang daran erinnern darf, ich habe mich wiederholt bemüht, hier in diesem Hohen Hause ein Steirisches Seeuferschutzgesetz zu erreichen, das ist bis heute nicht gelungen. Ich glaube, wir werden es nicht mehr brauchen, weil ohnehin der Großteil unserer Seeufer bereits verbaut ist. Die schwedische zentrale Verwaltungsbehörde hat weiters die Aufgabe, sich für die planmäßige Bestandsaufnahme und Auswahl der Naturgebiete, die besonders abgegrenzt werden sollen, einzusetzen, sich über die Forschungstätigkeit und die Untersuchungen auf dem laufenden zu halten, die sich auf die Verunreinigung des Wassers, der Luft und der Landwirtschaft im übrigen beziehen, und die Ergebnisse dieser Tätigkeiten zu nutzen. Zum Schluß hat sie auch noch die Aufgabe, den Bezirksverwaltungen Beistand zu leisten, wenn es sich um Landschaftspflege, Freizeitgestaltung in der Natur sowie um Jagd- und Wildpflege handelt. Wir hätten hier ein sehr schönes Beispiel, das auch auf Österreich

angewendet werden könnte. Wir sehen, daß es hier in unserem Lande noch sehr große Aufgaben zu lösen gibt; die Bestellung eines Landeshygienikers für das Land Steiermark ist ein erfreulicher erster Schritt, darüberhinaus wird es jedoch notwendig sein, daß wir alle zusammen trachten, eine bessere Gesamtkoordinierung in diesen wichtigen Fragen des Umweltschutzes zustande zu bringen. Es wird darum gehen, ein noch engeres Zusammenarbeiten bewährter Einrichtungen voranzutreiben und die notwendigen neuen Maßnahmen zu schaffen. Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich zum Schluß noch einen kleinen Hinweis gebe. Generationen vor uns haben die Bedeutung und die Wichtigkeit unseres Waldes erkannt. Sie haben die Bewirtschaftung nach allgemeinen Erfordernissen in entsprechenden Gesetzen festgelegt. Ich darf als Beispiel dafür sagen, daß damals einige wenige beherzte Männer dazu beigetragen haben, daß der Wienerwald erhalten geblieben ist, weil Bestrebungen im Gange waren, den Wienerwald abzuholzen und es wäre heute nicht vorstellbar, wenn das damals aus rein gewinnsüchtigen Gründen durchgeführt worden wäre. Dieser riesige und wunderbare Erholungsraum für unsere Bundeshauptstadt wurde gesichert. Wir haben das konträre Beispiel im Karst — dort sind jene Voraussetzungen nicht getroffen worden. Es wird an unserer Generation liegen, diesen großen und entscheidenden Fragen des Umweltschutzes jene Bedeutung beizumessen, die Generationen vor uns dem Wald beigemessen haben, damit wir auch vor weiteren und kommenden Generationen bestehen werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich auch zur Frage des Umweltschutzes einige Gedanken sage. Es hat 600.000 Jahre gebraucht, bis die Menschheit 1 Milliarde erreicht hat, für die zweite Milliarde nur mehr 130 Jahre; in weiteren 40 Jahren war wieder 1 Milliarde Zunahme erreicht; die letzte Milliarde in 15 Jahren. Wir schätzen, daß in den nächsten 30 Jahren wieder 3 Milliarden mehr auf dieser Welt sein werden. Die jährliche Zunahme, das wurde gestern schon gesagt, beträgt 70 Millionen Menschen. Das bedeutet, daß eine zunehmende Knappheit des Ernährungs-, Wohn- und Erholungsraumes auftritt. Alle Menschen brauchen Nahrung, Wasser und Luft. Je mehr Menschen diese Erde bewohnen, um so mehr Autos, Fabriken, Chemikalien, Gase, Staub, Ruß, Abwässer und Abfälle wird es geben. Es ist daher keine Übertreibung, wenn wir sagen, der Mensch ist die größte Gefahr für die Umwelt, er ist aber zugleich auch die größte Gefahr für sich selbst.

Hohes Haus! Es wurde in der Presse, in den verschiedenen Massenmedien eine Reihe von Beispielen schon über die Bedeutung des Umweltschutzes gebracht. Darf ich hier einige erwähnen. Messungen haben ergeben, daß die Luft beim Michaelertor in Wien einen Konzentratgehalt von krebsförderndem

Benzpyren aufweist, der einer Konzentration des Rauches von 180 Zigaretten entspricht. Wir wissen, daß nur 1 % des gesamten Wasserhaushaltes der Erde Süßwasser ist. Sie kennen dieses Beispiel, daß etwa im Ruhrgebiet das Wasser siebenmal als Nutzwasser gebraucht werden muß, bevor es die Möglichkeit hat, in den atmosphärischen Kreislauf eingeschaltet zu werden. Das führt dazu, daß man heute schon in diesem Grundwasser, das immer wieder als Trinkwasser verwendet wird, Rückstände der Pille findet, die ja nicht nur den bekannten Effekt bei Frauen haben soll, sondern die über diese Rückstandsvermehrung hinaus auch in den folgenden Generationen ihre Auswirkungen haben wird. Es ist bekannt, daß die Schwefeldioxydabgase vom Ruhrgebiet die Wälder Südschwedens zum Absterben bringen oder die Fluorgase des Ruhrgebietes die Waldbestände von Norddeutschland.

In den letzten Jahren wurde auch über das Problem der Verwendung des Schädlingsbekämpfungsmittels DDT viel gesprochen. Seit 1945 haben die USA 10 Millionen Tonnen DDT erzeugt. Das ist ein Mittel, das kaum abgebaut wird. Es kommt durch den Kreislauf der Luft und des Wassers wieder in allen Bereichen der Welt zum Vorschein, mit der Auswirkung, daß zum Beispiel Tiere, die in der Antarktis oder Arktis leben, etwa Pinguine und Walrösser, Verhaltensstörungen zeigen. Es wurde von Forschern festgestellt, daß diese auf die Konzentration von DDT zurückgehen. Ein Europäer mit einem durchschnittlichen Körpergewicht von 70 kg hat ungefähr 140 Milligramm DDT gespeichert. Das reicht aus für den Tod eines Hasen. Würde es heute auf der Welt noch Kannibalen geben, so wären wir für sie ungenießbar. (Abg. Zinkanell: Wenn einer ein Angsthase ist, dann stirbt er!) Ich möchte auch darauf hinweisen, daß Mediziner ernstlich davon abraten, noch die Muttermilch zur Ernährung der Säuglinge zu verwenden, weil sie eine erhöhte Konzentration an DDT aufweist. So könnte man diese Beispiele ins beliebige fortsetzen. Man hat zum Beispiel festgestellt, daß es in 100 Jahren in den Ozeanen kein Leben mehr gibt, wenn die Verschmutzung und Verseuchung so weitergeht.

Mir geht es darum, festzustellen, welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Situation. Die erste Konsequenz ist die, daß wir dazu beitragen, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, Naturschutz ist Umweltschutz und zugleich Menschenschutz. Es geht heute nicht darum, das Überleben irgendwelcher seltener Tiere oder Pflanzen zu sichern, sondern es geht die Frage darum, ob auch in Zukunft unsere Nachkommen auf dieser Welt noch leben können. Wir müssen die öffentliche Meinung mobilisieren, wir müssen ankämpfen gegen die Oberflächlichkeit, gegen Gedankenlosigkeit und vor allem müssen wir ankämpfen gegen die berühmte „Hinter-mir-die-Sintflut“-Mentalität. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß das Europäische Naturschutzjahr und in zwei Jahren das Weltnaturschutzjahr geeignet sind, um diese Probleme noch mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Ich möchte darauf hinweisen, daß das Wirtschaftsförderungsinstitut bereits eine Beratungsstelle für Fragen des Umweltschutzes eingerichtet hat.

Die zweite Frage und die wurde hier gestern und heute schon einmütig festgestellt, ist die Frage der Finanzierung. Es ist sicherlich richtig, daß mit gutem Willen und Appellen allein diese Probleme nicht gelöst werden können. Die Reinigung der Industrieabwässer, die Verhütung der Luftverschmutzung sind nur möglich, wenn dafür Milliardenbeträge zur Verfügung stehen. Das wird die Belastungsmöglichkeit der einzelnen Unternehmungen weitestgehend übersteigen. Wir können daher ohne Übertreibung feststellen, daß alle, die auf dieser Welt leben, in Zukunft dafür mehr werden zahlen müssen, um gesundes Wasser trinken, gesunde Luft atmen und gesunde Nahrung genießen zu können. Ein Vergleich der verschiedenen Budgetsummen gibt hier einen interessanten Einblick. In den Vereinigten Staaten werden heute rund 2% des Budgets für Umweltschutz ausgegeben; in der Bundesrepublik Deutschland sind es 0,06% und im Bundesbudget 1971, wenn man die 24 Millionen S Zuschuß zum Wasserwirtschaftsfonds, der gezielt für die Reinhaltung der Seen und Flüsse verwendet wird, dazurechnet, kommt man auf eine Prozentsumme von 0,02%. Es ist bekannt, daß die Steiermark für Naturschutzzwecke im nächsten Jahr eine Erhöhung von 100% oder 1,3 Millionen S vorgesehen hat, als Gesamtaufwand. Neben der Mobilisation der öffentlichen Meinung möchte ich auch auf die Verantwortung des Politikers besonders hinweisen. Mein Vorredner, der Herr Abg. Brandl, hat festgestellt, daß die Sozialistische Partei in ihrem Humanprogramm gewissermaßen den ersten Schritt getan hat. Bei aller Bescheidenheit darf ich doch feststellen, daß sicher nicht dieses Programm der erste Schritt war, um die Probleme des Umweltschutzes zu aktualisieren. Vielleicht sind wir in der Produktion von Programmen nicht so fruchtbar. Aber bitte, das Programm allein, geben wir es zu und das beweist die Wirklichkeit, seitdem diese Regierung ihre eigenen Programme verwirklichen sollte, ist noch das kleinste Hindernis, das man dabei zu überwinden hat. (Landesrat Bammer: „Werden schon kommen, die Programme kommen jetzt langsam!“)

Ich möchte darauf hinweisen, daß in diesen Fragen der Politiker eine besondere Verantwortung hat. Wieweit erkennen wir die echten Fragen und wieweit wollen wir diese Probleme wahrhaben? Ich möchte noch weitergehen und sagen, daß wir vielleicht viel zu sehr mit politischen Tagesfragen beschäftigt sind und dabei ganz übersehen, daß unsere Kinder einer recht zweifelhaften Zukunft entgegengehen. Die politischen Instanzen haben bestehende Gesetze anzuwenden, sie haben die Gesetze den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Das ist richtig. Wir wissen auch, daß es gerade bei der Luftverschmutzung eine Reihe von neuen Problemen gibt, die auf Grund der Generalkompetenz der Länder in die Gesetzgebung der Länder fallen. Hier also haben die Landtage und auch der steirische Landtag Verantwortung und aus dieser Verantwortung heraus Initiativen zu entwickeln.

Es wurde schon festgestellt, daß die Berufung des Univ.-Prof. Dr. Möse zum Landeshygieniker für ganz Österreich ein beispielhafter Anfang ist und

daß hier das Land Steiermark ein gutes Beispiel gesetzt hat. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ergebnisse der Untersuchungen, die im Wege dieses bestellten Landeshygienikers angestellt werden, werden Konsequenzen mit sich bringen. Wir dürfen schon heute sagen, es wird wahrscheinlich nicht sehr leicht sein und es wird der Bemühungen aller Verantwortlichen bedürfen, um diese Konsequenzen auch entsprechend in die Wirklichkeit umzusetzen. Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusehen, daß die Probleme der Erhaltung unseres Lebens in Zukunft immer stärker in den Vordergrund treten werden. Als Politiker werden wir unserer Verantwortung nur dann gerecht werden, wenn wir ohne Rücksicht auf Gesetze, Opportunität und Tagespolitik diese Voraussetzungen schaffen, die notwendig sind, damit auch in einigen Jahrzehnten diese Welt und auch unser Land noch bewohnt und das Leben noch lebenswert ist. (Beifall.)

Präsident: Univ.-Prof. Dr. Koren: Zu Worte gemeldet ist Herr Abg. Groß, ich erteile es ihm. Der nächste Redner ist Herr Abg. Karl Lackner.

Abg. Gross: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In unserer heutigen Gesellschaft kommt den Fragen der Bildung infolge der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik immer größere Bedeutung zu. Die Fragen nach den Bildungsaufgaben im Strukturwandel unserer Gesellschaft werden immer dringender. Sie stehen unter dem Aspekt der Demokratie, der die Gesellschaft verändernden technischen und ökonomischen Entwicklung und einem, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, oft besorgniserregenden Widerspruch zwischen Bildungsnotwendigkeiten, Bildungsvorstellungen und Bildungsinteressen. In einer solchen Situation hat die Erwachsenenbildung in unserem Land eine besondere Aufgabe zu erfüllen. In der Steiermark gibt es eine Anzahl von Organisationen und Einrichtungen, welche die Bedeutung der Erwachsenenbildung schon sehr früh erkannt haben, was nun in einem dichten Netz von Bildungseinrichtungen in unserem Bundesland seinen Niederschlag findet. Es ist daher sehr erfreulich, daß im Budget für das Jahr 1971 die finanziellen Mittel für die Förderung der Erwachsenenbildung ganz wesentlich erhöht worden sind. Dies betrifft vor allem die Volkshochschulen, die nunmehr S 520.000.— statt bisher S 240.000.— erhalten werden. Zum ersten Mal scheint unter den Subventionen der Verband Steirischer Volkshochschulen auf. Das bedeutet, daß unsere jahrelange Forderung auf Gewährung eines finanziellen Zuschusses für die Volkshochschule der Arbeiterkammer durch die öffentliche Hand nun tatsächlich erfüllt worden ist. Wenn man den gesamten Budgetrahmen betrachtet, dann ist dies sicherlich kein sehr großer Betrag, aber es ist der Wille des Landes Steiermark deutlich erkennbar, für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung mehr als bisher zu tun. Es waren im Jahre 1970 in Österreich immerhin wöchentlich 350.000 Menschen, die Kurse der Volkshochschule besuchten, wobei die

Steiermark an dieser Zahl, was besonders erfreulich ist, einen wesentlichen Anteil hat. Persönlich glaube ich, daß zu den Hauptaufgaben in unserer heutigen Situation der Erwachsenenbildung die Förderung des zweiten Bildungsweges gehört — jenes Bildungsweges, der allen Begabten, die aus irgendeinem Grund ihren Bildungsweg verfehlt oder unterbrochen haben, auch später noch die Möglichkeit gibt, einen gewünschten höheren Bildungsweg auch tatsächlich in Angriff nehmen zu können. Meine Damen und Herren, bei all diesen Bestrebungen wird eine gewisse Koordination der Träger der Erwachsenenbildung unerlässlich sein. Wir ringen eigentlich heute noch um Fragen der Definierung, was Erwachsenenbildung, was Volksbildung ist, und ich glaube, zu dieser Koordinierung gehört auch das Festlegen unserer Aufgaben. Vor allem müßte es eine Koordinierung sein, die stärker als bisher berücksichtigt, daß man bei der Verwirklichung gewisser Bildungsvorhaben auch neue Lehrmethoden einführen wird müssen. Man muß damit rechnen, daß das Menschen sind, die im Berufsleben stehen, die völlig andere Aufnahmemöglichkeiten wie zum Beispiel ein Schüler haben. Ich meine damit, daß wir uns stärker als bisher auf dem Sektor der Erwachsenenbildung der audiovisuellen Hilfsmittel bedienen werden müssen. Aber, meine Damen und Herren, wir werden auch zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Schule, Universität und den Einrichtungen der Erwachsenenbildung kommen müssen, wenn wir nicht wollen, daß vieles auf die Dauer nur Stückwerk bleibt. In diesem Zusammenhang wird es unumgänglich notwendig sein, daß diese Bestrebungen der Erwachsenenbildung früher oder später in einem Gesetz münden, das vor allem die finanzielle Basis für die Volksbildung sichert. Ich meine damit, das möchte ich ganz deutlich sagen, daß es notwendig wäre, auch in unserem Land nach skandinavischem Vorbild ein Volksbildungsgesetz zu verabschieden. Wir würden damit der Volksbildung ersparen, daß sie immer wieder oft recht mühevoll um Subventionsposten ringen muß. Aber was wir in der Steiermark inzwischen tun können, außer diese erfolgreiche Arbeit fortzusetzen, ist, eine Art Bestandsaufnahme durchzuführen und zu versuchen, die voraussichtliche Entwicklung des Bildungswesens abzuschätzen. Mit einem Wort, meine Damen und Herren, wir brauchen einen Bildungsplan für unser Bundesland, der für Gesetzgebung und Vollziehung Grundlage für weitere Maßnahmen und Entscheidungen auf dem gesamten Sektor des Bildungswesen sein soll. Nachdem wir glauben, daß mit den Arbeiten für die Einstellung eines solchen Bildungsplanes rasch begonnen werden müßte, haben wir Sozialisten in den Steiermärkischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, der Ausarbeitung eines solchen Planes besonderes Augenmerk zuzuwenden. Ich darf Ihnen sagen, daß dies keine Erfindung der Steirer ist, wenn wir das tun, denn solche Bestrebungen um die Erstellung eines Bildungsplanes für die Bundesländer gibt es ja schon in Salzburg und auch im Burgenland. Darf ich in diesem Zusammenhang noch etwas sagen: Wir haben hier vor einiger Zeit im Hohen Haus ein

sogenanntes Veranstaltungsgesetz beschlossen, mit den Stimmen aller Parteien. In der Praxis, meine Damen und Herren, zeigt es sich nun aber, daß dieses Gesetz vor allem den Bildungseinrichtungen der Erwachsenenbildung, aber auch den Sportorganisationen ganz wesentliche Schwierigkeiten bereitet, weil zum Beispiel allein die Anmeldung von Kursen und Sportveranstaltungen eine zusätzliche Belastung für die zum Großteil ehrenamtlichen Funktionäre mit sich bringt. Ich erwähne hier gar nicht die finanziellen Motive, die dabei auch eine Rolle spielen. Ich glaube nur, daß der Gesetzgeber das gar nicht beabsichtigt hat und bin daher der Meinung, daß wir uns alle gemeinsam um eine Novellierung dieses Gesetzes bemühen müssen. Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch einiges zum Kapitel Theater sagen: Dies hat in letzter Zeit sehr heftige Diskussionen hervorgerufen. Ich halte es für nicht notwendig, noch einmal die kritische finanzielle Situation unserer Bühnen im Detail zu schildern, dies ist hinlänglich bekannt. Die Budgetsumme, die uns zur Verfügung steht, die Stadt und Land aufbringen muß, ist wiederholt in der Presse erwähnt worden. Der Herr Abgeordnete Fuchs hat mich zitiert bezüglich jener Subventionen, die der Bund zu tragen hat. Er hat recht gehabt, wenn er sagte, ich werde jetzt sicherlich auch wieder erklären, daß das, was der Bund für unsere Bühnen leistet, einfach zuwenig ist. Ich tue das und stelle fest, 429 Millionen S für die Bundestheater und 24 Millionen S für alle Länderbühnen im kommenden Jahr, davon etwas mehr als 6 Millionen S für unsere Bühnen, sind eine Relation, die man auch mit viel Verständnis für die großen kulturellen Aufgaben unserer Staatstheater einfach nicht zur Kenntnis nehmen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben hier in diesem Hohen Haus für diese Erhöhung der Subventionsmittel wiederholt Anträge eingebracht. Es liegt hier wiederum in der Budgetdebatte ein Antrag der Sozialisten vor, dem auch die ÖVP beigetreten ist, worin wir eine Erhöhung dieser Bundeszuschüsse für unsere Theater fordern. Ich sage es deshalb sehr deutlich, weil wir damit zum Ausdruck bringen wollen, daß wir auch dann Anträge stellen, wenn sie sich an eine sozialistische Regierung richten, aber wir der Meinung sind, daß das im Interesse des Landes und seiner Menschen geschehen müßte. Ich glaube persönlich auch gar nicht daran und hier befinde ich mich mit einigen Herren auch in diesem Hohen Haus im Widerspruch, daß die schwierige Situation unserer Bühnen nur ein finanzielles Problem ist, obwohl es sicher eine wesentliche Bedeutung hat. Ich glaube, wir müssen, ob wir wollen oder nicht, einfach zur Kenntnis nehmen, daß sich unsere heutige Gesellschaft sehr stark nach materiellen Werten ausrichtet, wobei echte Kulturbedürfnisse zurückgedrängt werden.

Herr Landesrat Jungwirth hat in seiner Schlußrede zum Kapitel 2 festgestellt, wir befinden uns in einer Bildungsgesellschaft. Ich wäre froh, wenn ich ihm beipflichten könnte. Ich bin der Meinung, wir müssen uns bemühen, diese Bildungsgesellschaft zu erreichen. Aber heute haben wir im großen und ganzen noch alle Nachteile einer sogenannten

Konsumgesellschaft zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte sehr deutlich sagen, daß wir auch mit einer verstärkten Werbung gewisse Gegebenheiten nur teilweise beeinflussen werden können, weil einfach die Konkurrenz der Massenmedien und vieler anderer Faktoren immer stärker spürbar wird. Ich will damit nicht sagen, daß ich nicht für eine verstärkte Werbung für das Theater in den Schulen und in der Öffentlichkeit bin. Aber ich sage es offen, wir sollten dabei, glaube ich, die Erwartungen nicht zu hoch schrauben. Wenn heute von Rationalisierung, Spielplangestaltung und vielem anderen gesprochen wird, dann bin ich auch der Meinung, daß auf diesen Gebieten vieles verabsäumt worden ist. Ich will nicht wirtschaftlichen Erwägungen das Wort reden, sondern nur betonen, daß bei aller Aufgeschlossenheit für Experimente auf dem Sektor des Theaters der Spielplan in eine gewisse Relation zu den Wünschen des Publikums gebracht werden muß. Wir müssen dabei nicht unbedingt zur Kenntnis nehmen, daß die künstlerische Qualität leidet. Der Abgeordnete Fuchs hat deutlich festgestellt, daß an diesem Defizit der Vereinigten Bühnen, das doch sehr beträchtlich geworden ist, nicht die Gagen und die Menschen, die dort arbeiten — ihre Bezüge sind nicht so hoch —, schuld sind, aber ein Theater ist ein lohnintensiver Betrieb und wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß etwas mehr als 80 % dafür aufgewendet werden.

Ich möchte etwas noch zur finanziellen Situation sagen, soweit es die Stadt Graz betrifft. Ich bin Abgeordneter dieses Hohen Hauses, aber ich bin auch Abgeordneter des Wahlkreises Graz-Umgebung und fühle mich verpflichtet, hier etwas festzustellen. Man hält der Stadt Graz vor, sie ist nicht mehr im notwendigen Ausmaß bereit, für das Theater entsprechende Mittel bereitzustellen. Wenn wir die Dinge objektiv betrachten, müssen wir sagen, 28 Millionen S des Landes Steiermark sind nicht gleich 28 Millionen S der Stadtgemeinde Graz, wenn ich nämlich den Budgetrahmen betrachte. Immer wieder hören wir auch in diesem Hohen Haus von einer Verschuldung der Stadt Graz, die einfach nicht mehr tragbar ist. Vielleicht sollten wir bei der Beurteilung dieser Situation und der Situation der Stadt Graz auch loyalerweise noch eines berücksichtigen, das in diesem Subventionsbetrag die Erhaltung der Gebäude nicht enthalten ist. Das ist eine ausschließliche Angelegenheit der Stadt Graz und die Stadt Graz trägt auch die Pensionskosten. Auch das ist in dieser Summe nicht enthalten. Wenn wir jetzt vor der Notwendigkeit stehen, 9 Millionen der Stadt aufzuwenden, um eine neue Zentralheizung zu installieren, dann muß das auch die Stadt Graz allein bezahlen. Ich glaube daher, es ist ungerecht, dieser Landeshauptstadt vorzuwerfen, daß sie nicht bereit ist, entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. In der Diskussion um die Frage der Erhaltung unserer Theater spielt die Frage der Einschränkung der sogenannten auswärtigen Gastspiele eine gewisse Rolle. Aber gerade hier sollten wir eines wissen, daß gerade bei diesen Gastspielen draußen die Besucherzahl ständig steigt. Gerade dort stellen wir immer wieder fest, daß wir neue Freunde für das Theater gewinnen. Wenn daher diskutiert und

überlegt wird, ob und in welchem Ausmaß solche Einschränkungen in Bezirken erfolgen sollen, dann muß man sich die Dinge genau überlegen. Viele dieser Menschen, die wir draußen für das Theater gewinnen, werden früher oder später auch Besucher unserer Bühnen hier in Graz sein. Vielleicht sollten wir eines noch bedenken. Öffentliche Institute, Kammern und Gewerkschaften haben draußen in den Bezirken Volksheime errichtet. Sie haben sie unter dem Gesichtspunkt errichtet, echte Kulturarbeit zu erfüllen mit Bühnen und anderem mehr und nun sagt man, man wird diese Dinge einschränken müssen. Ich glaube, daß das ein sehr gefährlicher Weg wäre, der ganz genau überlegt gehört. In diesem Zusammenhang und ich weiß, ich finde wiederum nicht die ungeteilte Zustimmung, möchte ich auf die Bemühungen der Theaterbesucherorganisationen, Menschen in das Theater zu bringen, besonders hinweisen. Ihre Arbeit hat, meiner Meinung nach, ganz wesentlich dazu beigetragen, daß wir mit der Besucherzahl nicht stärker zurückgegangen sind. Bei allen Schwierigkeiten und Sorgen, die uns die Erhaltung der Theater bringt, sollen wir nicht übersehen, welche große Kulturaufgabe dieses Theater, selbst in unserer heutigen Gesellschaft, zu erfüllen hat. Wir müssen daher auch für diese Frage dieselbe aufgeschlossene Haltung zeigen und beweisen, die wir heute oft bei der Bewältigung sozialer und wirtschaftlicher Probleme tatsächlich an den Tag legen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Nächster Redner ist der Abg. Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Frauen und Männer! Ich habe ursprünglich vorgehabt, diesmal zur Gruppe 3 nicht zu sprechen. Aber verschiedene Dinge haben mich dazu bewogen, es doch zu tun. Das Europäische Naturschutzjahr 1970 geht zu Ende. Wie wir heute gehört haben, ist bereits ein Weltnaturschutzjahr angekündigt worden. In dieser Zeit wurde sehr viel geredet und geschrieben und mit allem Ernst auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die auf uns zukommen. Wie schaut die Wirklichkeit aus? Der Abgeordnete Brandl hat deutlich über die Verschmutzung der Luft und des Wassers gesprochen. Die Wirklichkeit ist völlig anders.

Im Jahre 1968 hat die Erdölgesellschaft Martha den Antrag eingebracht, daß sie in der Gemeinde Stainach neben dem Exportschlachthof, neben der Molkerei ein Großtanklager errichten darf. Wir haben uns natürlich zur Wehr gesetzt und haben alles getan, um das zu verhindern. Da wurden von der Martha Erdöl AG maßgebliche Experten herangezogen. Es war notwendig, daß so viele dagewesen sind, denn einer allein hätte nicht soviel Blödsinn verzapfen können. Wir haben darauf hingewiesen, daß durch die aufsteigenden Benzindämpfe das Fleisch einen Geruch bekommt und verdorben wird. Experten haben gesagt, das stimmt nicht, weil der Wind im Ennstal von Westen nach Osten geht und das Tanklager ist östlich vom Schlachthof. Da hätte man nur einen Jäger gebraucht, der weiß genau, daß der Wind sich im Tag drei- bis viermal dreht. Wir haben weiters darauf hingewiesen, daß eine

echte Gefahr der Verschmutzung des Wassers besteht, wenn ein Tankwagen umschmeißt oder ein Kessel leak wird. Die Experten stellten jedoch fest, daß das Wasser bekanntlich talabwärts fließt, und da das Tanklager unterhalb des Schlachthofes errichtet werden soll, könne keine Gefahr bestehen. Wir haben schon in der Volksschule gelernt, daß das Wasser hinunterrinnt. Daß aber unsere Brunnen, die wir für unsere Molkerei und für den Schlachthof brauchen, tiefer liegen als die Tanklager, daß dadurch ein Trichter und ein Sog entsteht und der Schmutz bei einem Unglücksfall ins Wasser kommt, haben die nicht verstanden. Und so haben die Dinge ihren Lauf genommen. Wir haben nun den Bescheid vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie erhalten, dem Antrag wurde stattgegeben. Sogar die steirische Sanitätsbehörde hat ja gesagt, allerdings mit der Voraussetzung, daß alle Bedingungen erfüllt werden. Nur die steirische Veterinärdirektion hat sich klar hinter uns gestellt und hat es abgelehnt. Also, meine Damen und Herren, Sie müssen in Zukunft den Tierarzt fragen, wenn Sie ärztliche Betreuung oder Beratung brauchen! So schaut es in Wirklichkeit aus. (Heiterkeit.)

Und jetzt kommt das zweite Kapitel: Der Herr Kollege Fuchs hat in seiner Kulturrede einen Anspruch getan und da hat sich zwischen uns beiden ein kleiner Fehler eingeschlichen, das möchte ich nur vorweg sagen, damit wir uns dann später leichter verstehen. Die Steiermärkische Landesregierung hat im Jahr 1950 einen Literaturpreis — den Peter-Rosegger-Preis — gestiftet. Dieser Peter-Rosegger-Preis wird seit 1951 laufend an maßgebliche Persönlichkeiten verliehen. In den Bestimmungen für die Verleihung dieses Preises heißt es im § 1 wortwörtlich: „Die Steiermärkische Landesregierung hat die Stiftung eines alljährlich zu vergebenden Literaturpreises beschlossen, der an jeweils einen oder mehrere in der Steiermark lebende oder für die Steiermark besonders bedeutsame Schriftsteller für ihr dichterisches Gesamtchaffen oder für ein einzelnes, hervorragendes dichterisches Werk verliehen werden soll. Zur Erinnerung an den großen heimischen Dichter trägt dieser Preis den Namen Peter-Rosegger-Preis.“ Was das Wort „hervorragende dichterische Leistungen“ sagt, oder ob die Werke des Herrn Wolfgang Bauer, der heuer diesen Preis erhalten hat, hervorragend sind, müssen Sie alle selbst entscheiden — ich sage auf alle Fälle nein. Es war eine echte Fehlentscheidung dieser Jury. Diese Fehlentscheidung hat im ganzen Land, in allen Bevölkerungsschichten höchsten Unmut und echte Unzufriedenheit ausgelöst. Ich habe an dieser Stelle schon öfters meine Meinung über das Problem Kultur gesagt. Ich muß auch sagen, ich bin beileibe nicht altmodisch. Ich weiß sehr genau, daß man jeden Tag dazulernen muß, daß man viel dazulernen muß, wenn man sich behaupten will, und daß man in keiner Weise allem, was neu auf uns zukommt, eine Absage erteilen darf. In allen Dingen ist ein Körnchen Wahrheit enthalten; ich habe einmal gesagt, daß wir Gutes und Schlechtes brauchen, sonst könnten wir die Spreu nicht vom Weizen trennen. Wenn aber verschiedene Leute der Meinung sind, daß man mit den modernen Künstlern und Zeitkritikern vor-

sichtig umgehen soll, verstehe ich das nicht. Wer nimmt denn auf uns Rücksicht? Selbst behaupten muß man sich, wenn man im Leben davonkommen will. Wenn die Herren Künstler es haben wollen, daß sich ihre Werke durchsetzen, müssen sie auch mit allen beiden Füßen auf dem Boden stehen und müssen Kritik ertragen, denn wenn man sie angreifen muß wie ein Siebenmonatekind, ist es schon schlecht bestellt um sie. (Beifall.)

Wir sind freie Menschen und haben nicht das Recht, sondern sogar die Pflicht, auf all diese Dinge hinzuweisen und eine klare Absage zu geben, wenn uns etwas nicht gefällt. Unter Kultur verstehe ich — und ich bin überzeugt, Sie alle — immer noch auch die Kultiviertheit des Menschen, die Kultiviertheit der Sprache. Na, bei den Werken von Herrn Wolfgang Bauer kann man von Kultiviertheit nichts bemerken außer, es stimmt mein Zeitbegriff nicht mehr. Ich habe mir zwei Werke ausgeliehen und gelesen und mir vorgenommen, ich trage etwas daraus vor. Ich habe es mir jedoch überlegt, ich würde mich für ihn schämen, denn darin kommt soviel Sauerei vor, daß man es in diesem Hohen Haus gar nicht sagen kann. Von hier soll doch ein gesunder und guter Geist ausgehen! Selbstverständlich sollen auch diese Zeitkritiker einen Preis bekommen, aber dazu muß erst einer geschaffen werden, dafür kann wirklich nicht der Peter-Rosegger-Preis verwendet werden. Es sollen von mir aus auch die Künstler der gegenstandslosen Kunst einen Preis bekommen, wird nicht schwer sein, einen zu finden, denn der Preis wird dann auch gegenstandslos sein müssen. (Beifall.)

Wenn die Jury gesagt hatte, der Peter-Rosegger-Preis wird deshalb an Wolfgang Bauer vergeben, weil er ein Revolutionär ist und Peter Rosegger zu seiner Zeit auch einer war, so muß ich dazu sagen, das ist ein sehr weiches Beispiel dafür, das sich mit nichts vergleichen läßt. Sicherlich war Peter Rosegger ein Revolutionär, aber er war ein echter Mensch aus dem Volk, ein echter Volkslehrer und seine Lebensweisheiten, wenn sie auch schon lange der Vergangenheit angehören, haben echten Kulturwillen ausgestrahlt. Peter Rosegger war sogar auch ein Aufwiegler, aber Menschenwürde und Achtung hat er stets bewahrt. Alle großen dichterischen Werke von Rosegger sind in einer ganz anderen Zeit entstanden, in einer Zeit des echten sozialen Notstandes. Rosegger hat sich damals gegen die Großgrundbesitzer, gegen den Adel und die Hammerherren aufgestellt, unter denen das Land, der Bauer und der kleine Mann gelitten haben. Ich frage jetzt Sie alle, was kann uns der Herr Wolfgang Bauer für Alternativen stellen? Ich sage nichts! — Finster wird es höchstens in den Herzen der Menschen und in den Seelen unserer Kinder! Wenn es beim „Change“ heißt Partnerwechsel, werden wir schon sehen, was für ein Durcheinander dabei herauskommen wird. Wir werden es als Großmütter und Großväter noch erleben, daß zum Beispiel ein Kind auf der Straße zu einem daherkommenden Mann sagt: „Grüß Gott, Vater“ und der Mann wird antworten: „Grüß dich Bub, wer ist denn deine Mutter?“. Auf jeden Fall muß ich eines sagen: Dieser Geist muß verurteilt werden, es ist ein Ungeist und es war doch alles schon

einmal da. Lernen wir doch ein bißchen aus der Geschichte. Kein Kulturstaat ist an Armut oder Überarbeitung zugrunde gegangen, sondern alle an den gleichen Erscheinungen und Übeln. Wenn wir haben wollen, daß weiter Ordnung bleibt im Land, gibt es nur das altbewährte Rezept: Fleißig arbeiten, ob geistig oder manuell, wo man vom Schicksal hingestellt wird, dann wird es uns gut gehen, dann wird uns das Leben alles geben, was wir brauchen, und wir werden schöne Stunden verbringen können in der Stadt, auf dem Land oder auch auf der Alm. Wem das alles noch zuwenig ist, der muß ja nicht unbedingt die Werke von Wolfgang Bauer lesen, es gibt ja auch noch etwas anderes: Zum Beispiel den Knigge zwei „Der gute Ton in allen Liebeslagen“, da steht für die ganz Extremen sogar drinnen „Auch Unanständiges tut gut, sofern man es mit Anstand tut.“ Es muß uns eines klar sein: Die Lebensweisheit sollen wir uns zulegen und uns danach richten. Peter Rosegger hatte einmal gesagt: „Ach, wenn man nie einen Mangel zu leiden hat, wie wird man da arm und wie reich war ich damals, als ich arm war!“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Götz.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Götz: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Rot wird siegen. Das war der Titel einer Kunstausstellung, wo 22 Tree-art-Objekte des venezuelischen Bildhauers Miguel Remedios zur Ausstellung gelangt sind. Dieser Miguel, ein Verehrer von Castro und Mao, hat in der Abteilung Licht und Bewegung im Museum Gelsenkirchen diese Tree-art-Ausstellung über die Bühne gehen lassen. Die „Ruhrnachrichten“ haben über diese Ausstellung geschrieben: „Kunstwerke, in denen sich leichte Anzeichen der indianischen Kunst entdecken lassen“. Eine andere Zeitung schreibt: „Remedios, ein Künstler, der sich zum Sprecher der Armen und Getretenen macht“. Die Gelsenkirchner Blätter bescheinigen den Riesenamuletten aus kleinen Aststücken, daß sie an die Adresse einer verständnislosen, hartherzigen Welt voller Arroganz und falschem Machtstreben gerichtet sind. Diese Ausstellung hat eine Fortsetzung gehabt, nämlich als der 47jährige Schriftsteller erklärt hat, daß er leider in seinem Garten eine Akazie hatte, die der Sturm gefällt hat und er daher auf den Gedanken gekommen ist, daraus Kunst zu machen. Er hat sie mit einer Säge zersägt, hat einen bekannten Lehrer gebeten, im Rebellenlook zu posieren und sie dann als Tree-art unter Erfindung des Künstlers Remedios mit Silberfarbe angestrichen und mit roten Punkten versehen und mit der Bezeichnung „Rot wird siegen“ eine vielbeachtete Ausstellung inszeniert. In Wirklichkeit eine Probe aufs Exempel dafür, wieweit ein etwas Humorbegabter seine ganze Um- und Mitwelt in künstlerischen Belangen frotzeln kann und das viel Betrüblichere, wieweit sie sich einschließlich der Kunstkritiker frotzeln läßt. Wenn man nun von dem Gelsenkirchen zur österreichischen Kunst 1970 im Schloß Eggenberg kommt und dort die im Katalog bezeichnete „Liegende“ betrachtet, dann kommt irgendwie dieser Gedankengang nahe, daß sich

hier ähnliches wie „Rot wird siegen“ vollzogen hat. In einer Zeitschrift heißt es: „Sie besteht aus teilweise abgerundeten Scheiten.“ Ist auch im Katalog abgebildet. Dort liegt sie keuscher. Wahrscheinlich hat das Hirschenimage des Schlosses ihn zur schockierenden Ausstellung seines Exponates getrieben. Das zur Einleitung.

Nun die Frage, ob jene Stellungnahme, für die ich selbst sehr lange volles Verständnis aufgebracht habe, jene Stellungnahme, die der damalige Kulturreferent und jetzige Präsident des Hohen Landtages bei der Eröffnung des Steirischen Herbstes 1970 darin zum Ausdruck gebracht hat, da er sagt: „Es ist nicht Aufgabe eines Kulturreferenten zu werten, es ist Aufgabe eines Kulturreferenten“ — übrigens glaube ich, auch die Auffassung des jetzigen Kulturreferenten —, „dem Protokoll unserer Zeit Raum zu geben.“ Das heißt, das Spiegelbild, auch das verzerrteste Spiegelbild, nicht auszuschließen von der künstlerischen oder pseudokünstlerischen Betätigung. Ein solches Protokoll und hier bin ich durch die glänzenden Ausführungen meines Vordröners ja durchaus in der Lage mich kurz zu fassen, hat sicher auch zur Verleihung dieses Rosegger-Preises an Wolfgang Bauer geführt, auf den das Schillerwort paßt, der davon spricht, „Der Künstler ist zwar ein Sohn seiner Zeit, aber schlimm für ihn, wenn er zugleich ihr Zögling und ihr Günstling ist.“ Wolfgang Bauer — ich will ihm gar nicht seine künstlerischen Ambitionen absprechen —, aber ich zitiere etwa aus dem Programm-buch Frau Ute Niesen, die geschrieben hat über die Figuren, die Wolfgang Bauer auf die Bühne stellt: „Sie haben offenbar nicht nur kein Interesse, sich irgendwie öffentlich oder institutionell zu engagieren. Sie sehen nicht einmal einen Sinn darin, für sich selbst zu arbeiten oder zu schreiben. Aber gerade diese resignierende Passivität, Langeweile und Überdruß bringen sie in Abhängigkeit von der Gesellschaft. Als Ausgelieferte spüren sie und wissen sie dabei mit der persiflierenden Indifferenz aller Brockouts, aus der Bahn Geworfenen im Nervensystem, was das gesellschaftliche Dasein bestimmt — Geld und Polizei.“ Er wertet also nicht, dieser Wolfgang Bauer. Er skizziert schrittweise und in krasser Form mit minuziöser Genauigkeit die Zerfallerscheinung von Familie, Gesellschaft, Autorität. Ich glaube aber, daß man nicht übersehen darf, daß er damit etwas tut, daß er damit das sicher umstrittene und in Diskussion stehende Lessingsche Erziehungsinstrument Theater in Frage stellt. Vielleicht ist es in Frage gestellt, aber es ist nicht in Frage gestellt bei jenen jungen Menschen, die ins Theater gehen und die immer wieder bei dem auf der Bühne Gebotenen auch das Vorbild sehen. Es wäre entsetzlich, wenn wir feststellen müßten, daß junge, heranwachsende Menschen völlig wertneutral die Vorgänge auf der Bühne über sich ergehen lassen und dann ebenso sachlich und kühl zu diesen Vorgängen Stellung nehmen. Denken wir daran, wie etwa das Problem Rauschgift von Bauer selbstverständlich und kritiklos auf die Bühne gestellt wird. Ist es ein Wunder, daß auch das vom jungen Beschauer als Vorbild angesprochen wird? Die Quintessenz daraus deckt sich mit meinem Vor-

redner, die Quintessenz heißt, gut, Stücke Bauer, gut, Stücke Sommer usw. auf die Bühne zu stellen, aber ebenso hart persönlich dazu einen Standpunkt zu beziehen. Wenn wir miteinfallen in das Geklatsche für das sogenannte Kulturschaffen, das von sehr wenigen und von immer weniger werdenden für ebenso wenige gemacht wird, tragen wir die Mitverantwortung, die sich anmaßen, allein und ausschließlich die Werke von Kunst und Kultur wirklich beurteilen zu können, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß auch hier eine Kritik von Laien — es bestreitet fast niemand aus diesem Kreis, Laie zu sein —, die Auflehnung gegen ein Zerrbild einer Zeit ist. Ein Zerrbild, in dem Verfallerscheinungen übertrieben stark herausgestellt werden und in der die Aufgabe der Erziehung, die verantwortliche Aufgabe des Künstlers völlig unter den Tisch fällt. Man kann sagen, es ist nicht Aufgabe des Künstlers, zu erziehen und nur Aufgabe, zu schildern. Man kann die Meinung vertreten, daß er keine Verantwortung gegenüber jener Gesellschaft hat, die er schockieren will.

Das mag eine Auffassung sein. Aber es ist notwendig, zu sagen, daß es daneben auch eine andere gibt, eben die, auf diese Verantwortung hinzuweisen und von dem Künstler auch einen Beitrag zu jenem Erziehungswerk zu verlangen, das letzten Endes dazu führen soll, wenn alle diese Erscheinungen stimmen würden, wenn wirklich Familie, Gesellschaft, Autorität zerfällt oder am Zerfall ist, den Weg zu zeigen, den Weg, um aus diesem Zerfall herausfinden zu können, um auch den Menschen, die ins Theater gehen, nicht noch eine Hoffnung zu nehmen, nämlich die Hoffnung, mit einer schöneren und besseren Welt im Theater konfrontiert zu werden als mit jener, in der sie ohnehin leben müssen, vielleicht ohne diese Welt selbst zu billigen und an ihr teilzuhaben — also nicht den krassen Grenzfall der Zersetzung als den Normfall von morgen, der Bevölkerung und vor allem der Jugend, gegenüberzustellen. Vielleicht, meine Damen und Herren, sollte doch noch in Erinnerung gerufen werden jene Passage aus der Grabrede Grillparzers am Grabe Beethovens, wo Grillparzer gesagt hat: „Wenn noch Sinn für Ganzheit in uns ist in dieser zersplitterten Zeit, so laßt sie uns sammeln an seinem Grab. Darum sind ja von jeher Dichter gewesen, Helden, Sänger und Gotterleuchtete, daß an ihnen die armen, zerrütteten Menschen sich aufrichten, ihres Ursprungs gedenken und ihres Ziels.“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte kommt Herr Abg. Buchberger.

Abg. Buchberger: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Frauen und Männer! Einige meiner geschätzten Vorredner haben sich schon sehr eingehend mit der Frage des Naturschutzes, mit der Luftverschmutzung und mit der Erhaltung unserer Erholungsgebiete auseinandergesetzt. Wenn ich daran anknüpfe, so könnte man unter Umständen der Meinung sein, wir brauchten uns auf Landes-, Bezirks- oder Gemeindeebene in dieser Frage nicht zu sehr exponieren, es sei ja nun schon durch die Erstellung eines Humanprogrammes für die nächste

Zeit vorgesorgt und darum jedes Bemühen auf kleiner Ebene überflüssig. (Abg. Zinkanell: „Ein Plan! Ein Plan!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte aber trotzdem zu all diesen gedachten Maßnahmen eines sagen, nämlich, daß es nach wie vor unsere Aufgabe sein muß, diese Fragen konkret zu behandeln und zu beurteilen. Ich möchte vor allem grundsätzlich erwähnen, daß es notwendig wäre, im Zuge der Erstellung eines Steiermarkmodells darauf hinzuweisen und es als notwendig anzusehen, eine entsprechende Abgrenzung zwischen Erholungs- und Industriegebieten zu setzen. Es gibt bei uns im Land Steiermark noch Gegenden und Gebiete, von denen man bis zur Zeit behaupten kann, daß sie bis zu einem gewissen Grad von der Umweltverschmutzung und dergleichen noch nicht in dem Maß berührt wurden, wie das in verschiedenen Industriegebieten der Fall ist. Es soll klar festgelegt werden, in diesen oder jenen Gebieten wird die Erholung, auf Sicht gesehen, einmal das Um und Auf sein und in diesen oder jenen Gebieten ist eine fremdenverkehrsstörende Industrie nicht möglich. Meine sehr verehrten Frauen und Männer, wenn wir auch immer wieder als Vertreter eines Bezirkes oder einer Gemeinde versuchen, die Belastung auf die höhere Ebene abzuschieben, so meine ich, daß damit, auf Sicht gesehen, nicht gedient ist. Es erscheint vor allem notwendig, daß wir als Vertreter von Gemeinden oder Bezirken immer wieder die Möglichkeit suchen, um entsprechende Initiativen zu entwickeln. Gerade die Gemeinden haben solche Möglichkeiten, entsprechenden Einfluß auf die Erhaltung unserer Landschaft auszuüben. Wenn ich daran erinnere, daß es noch viele Gemeinden in unserem Land gibt, denen eine Müllabfuhr völlig fremd ist, obwohl jeder Bürgermeister wissen mußte, daß er gesetzlich dazu verpflichtet ist, möchte ich sagen, daß es künftig verpflichtend für jede unserer Gemeinden im Lande sein mußte, die Müllabfuhr bis ins Detail zu organisieren; daß es ferner für jede Gemeinde verpflichtend sein mußte, rigoros vorzugehen bei Bauverhandlungen, daß die Abwasserfragen geklärt werden — sowohl bei Gründung von Industrieanlagen als auch beim Bau von Einfamilienhäusern. Es muß immer wieder die Feststellung gemacht werden, daß man über diese Dinge hinweggeht und daß diese Fragen dann in weiterer Sicht wesentlich zur Verschmutzung unserer Flüsse und Bäche beitragen. Ich würde es ferner für notwendig erachten, daß wir in den Schulen in verstärktem Ausmaße die Kinder laufend auf die Notwendigkeit der Reinhaltung der Landschaft aufmerksam machen, daß wir ferner so weit kommen müßten, daß wir in der Steiermark eine „Woche der Sauberkeit“ einführen und in jeder Gemeinde einen „Tag der Entrümpelung“ organisieren müßten. In bezug auf die Reinhaltung der Landschaft taucht die Frage auf, wer soll in Hinkunft unsere Landschaft pflegen. Es ist für mich bedauerlich, daß man ab und zu durchhören muß, wenn es um Subventionen für den Bergbauern geht, daß dies sehr kritisch beleuchtet wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang eines sagen, nämlich, daß der Berg-

bauer in unseren Alpengebieten, die heute noch als Erholungsgebiete anzusehen sind, jene Aufgaben zu erfüllen hat wie zum Beispiel der Gärtner, der vielleicht am Hilmteich die Parkanlagen zu pflegen hat. Es ist daher notwendig, wenn wir unsere Landschaft auch für die Zukunft erhalten wollen, den bergbäuerlichen Belangen in diesem Zusammenhang erhöhte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Wenn wir uns bewußt sind, welche Aufgaben wir als Gemeinden und als Vertreter eines Bezirkes zu erfüllen haben, und wenn uns das Land entsprechend unter die Arme greift, bin ich der Meinung, wird es weitgehend möglich sein, in bezug auf die Reinhaltung der Landschaft, der Luft und des Wassers, entsprechende Vorsorge zu treffen. Wir haben beim Land auch Leute, die immer wieder mit Betonung auf diese Notwendigkeiten aufmerksam machen. Wenn ich zum Beispiel an Herrn ORR. Dr. Fossel denke — bei jeder Veranstaltung weist er mit Nachdruck auf die Notwendigkeiten dieser Dinge hin, oder an die maßgeblichen Leute draußen in den ländlichen Gebieten — zum Beispiel an die Bergwacht, Gendarmerie, Jägerschaft, Bürgermeister, Gemeindevertreter usw., müßten wir gemeinsam doch in der Lage sein, diese Gefahr bis zu einem gewissen Grad zu bannen, um so auch in der Zukunft die Sicherheit zu haben, daß sich unsere Städter in den ländlichen Gebieten erholen können. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche jetzt die Sitzung, wir nehmen die Beratungen um 14.50 Uhr wieder auf.

Unterbrechung der Sitzung: 12.50 Uhr

Fortsetzung der Sitzung: 14.50 Uhr

Präsident: Wir setzen die unterbrochenen Beratungen wieder fort. Nächster Redner ist der Abg. Haas. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Haas: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heute schon mehrmals zitierte und nunmehr zu Ende gehende Naturschutzjahr 1970 hat Anlaß geboten, die brennend aktuellen Probleme des Umweltschutzes den Menschen unserer Tage sehr nachdrücklich ins Bewußtsein zu rücken. Wie sehr diese Frage auch im Mittelpunkt des Interesses dieses Hohen Hauses steht, das beweisen die vielen Wortmeldungen, die es heute Vormittag dazu gegeben hat. Ich bin der fünfte oder sechste, der dieses Thema anfaßt. Jedenfalls ist mir das Wasser zu meiner Rede Fluß schon arg abgegraben. Gestatten Sie mir dennoch, meine Damen und Herren, einige Betrachtungen dem bisher Gesagten hinzuzufügen. Wir haben in diesem Jahr versucht, sehr drastisch die Gefahren aufzuzeigen, die der überzivilisierten Menschheit gerade aus dieser Überzivilisation heraus drohen. Die etwa in der Aussicht gipfeln, daß in 100 Jahren diese unsere Welt vielleicht nur mehr ein einziger Müllhaufen sein könnte, überlagert von einem giftigen Pesthauch, der sich Luft nennt, und umspült von einer stinkenden Brühe, die einmal Wasser war. Eine Vision, wie sie der Apokalypse entstammen könnte. Dieses Naturschutzjahr 1970 hat

uns nicht nur den Ernst der Situation aufgezeigt, sondern hat Anlaß gegeben zu einer Reihe von erfreulichen Aktivitäten. Es hat aber auch Anlaß gegeben, die Ansätze für den Naturschutz im Budget geradezu zu verdoppeln; für diesen Abschnitt Naturschutz, der bisher recht stiefmütterlich behandelt worden ist. Es sind 550.000 S mehr als Naturschutzsonderbeitrag vorgesehen und neben verschiedenen anderen Verbesserungen wird unsere Steirische Bergwacht einen erheblichen, stark erhöhten Beitrag im Jahr 1971 erhalten. Ich glaube, daß dieses nun zu Ende gehende Naturschutzjahr uns Anlaß sein sollte, diesen Männern der Steirischen Bergwacht ein Wort ganz besonderen Dankes zu sagen für ihren selbstlosen, von Idealismus getragenen Einsatz, den sie nun schon mehr als 15 Jahre in diesem Land leisten. All diese Jahre waren die Bergwächter geradezu die Bannträger des Naturschutzgedankens; die Rufe in der Wüste der Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit und sie waren in diesem Jahr im ganz besonderen die Träger der sehr umfangreichen Aktivität. Über 40.000 Einzeleinsätze, über 1500 Gruppeneinsätze wurden in diesem Jahr von ihnen geleistet. Unzählige Kurse und Vorträge wurden abgehalten und damit versucht, den Menschen die Probleme des Umweltschutzes, des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes nahezubringen. Schauen Sie, Naturschutz sollen nicht Polizeieinsätze und Strafsanktionen sein — außer in letzter Konsequenz gegenüber allzu unbelehrbaren Sündern —, sondern Naturschutz soll in erster Linie Bildungs- und Aufklärungsarbeit sein. So möchten unsere Bergwächter ihre Tätigkeit nicht als die von Wald- und Wiesenpolizisten verstanden wissen, die jeden Schritt des Wanderers belauern, bespitzeln und dann drohend aus dem Gebüsch hervorbrechen, wenn er sich ein Blümchen auf den Hut steckt, sondern unsere Bergwächter wollen unsere Freunde und Berater sein, die uns belehrend und aufklärend gegenüber treten. Daß unsere Bergwächter es verstehen, auch sehr handfest zuzupacken, das haben sie im heurigen Jahr bewiesen bei den groß angelegten Müllsäuberungsaktionen, bei denen Unmengen von Müll und Unrat in der Landschaft aufgegeben worden sind und abtransportiert wurden. Kollege Buchberger hat sich vormittag mit diesem traurigen Kapitel Müllabfuhr beschäftigt. Es ist erschütternd, wie einfach viele unserer lieben Mitbürger sich die Lösung des Abfallproblems vorstellen. Die Landschaft um unsere Städte und Dörfer herum wird immer mehr zu einem Abfallkübel. Wenn Sie in den Wäldern um Graz herum unterwegs sind, so können Sie Berge von alten Flaschen, Autoreifen und alten Badezimmereinrichtungen sehen, die zwar ein sehr anschauliches Bild vom gegenwärtigen Stand der Zivilisation und Lebenshaltung geben, aber nicht gerade Zeugnis geben von einem hohen Stand an Kultur. Ich glaube, es ist so, daß man in der Steiermark schätzt, daß es im Jahr eine halbe Million Kubikmeter Müll und Unrat sind, die auf diese Art und Weise Verwendung finden, um unsere Landschaft zu „verschönern“. Ich meine, daß wir uns wirklich ernsthafte Gedanken machen sollen, da all die bisherigen Appelle und Mahnungen sehr wenig gefruchtet haben, hier doch stärkere

gesetzliche Handhaben zu schaffen. Ich denke etwa an eine Novellierung des Müllabfuhrgesetzes aus dem Jahre 1949 oder auch an die Schaffung eines eigenen steirischen Abfallgesetzes, um dieser Landschaftsplage ein wenig Herr zu werden.

Schön wäre es gewesen, wenn wir in diesem heurigen Naturschutzjahr das steirische Naturschutzgesetz in diesem Hohen Haus verabschieden hätten können, zumal es im Entwurf bereits seit einiger Zeit fertiggestellt ist. Da sich gewisse Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit dem Innenministerium ergeben haben, ist es eben heuer noch nicht soweit und werden wir bis zum Jahr 1971 zuzuwarten haben, in dem wir auch hoffen, das steirische Bergwachtgesetz verabschieden zu können, das seit langem auf der Wunschliste aufliegt. Es freut mich, feststellen zu können, daß wir einige Projekte von dieser Wunschliste des Naturschutzes als erfüllt abstreichen können. Ich denke hier an die Einrichtung eines Naturschutzgebietes in der herrlichen Raabklamm oder ich denke an den Ankauf des Furtnersteiches, um den sich der Kollege Ritzinger sehr bemüht hat.

Auf der Wunschliste des Naturschutzes bleibt aber weiter die Einrichtung von Naturparks stehen. Ich denke hier an die Einrichtung eines Naturparks im Ausseerland oder in Mautern oder im Semriacher Kessel oder auch in den Leibnitzer Sulm-Auen. Ebenfalls auf der Wunschliste verbleibt der Ankauf des Alpengartens Rannach, für den ich hier gerne eine Lanze brechen möchte; nicht allein deswegen, weil ich sehr nahe davon zu Hause bin und hier aus lokalpatriotischen Gründen dafür zu sprechen habe, sondern weil ich der Meinung bin, daß es unendlich schade wäre, wenn diese in wunderbarer Lage nahe Graz gelegene Pflanz- und Heimstätte unserer großartigen Alpenflora ausgerechnet in diesem Jahr dem Untergang preisgegeben würde. Dieser Alpengarten ist mit einem ungeheuren Idealismus von den seinerzeitigen Gründern aufgebaut worden, mit einem Idealismus, der nahezu bis zur finanziellen Selbstaufopferung gegangen ist. Es sind dort über 1000 Alpenpflanzen gezogen worden, die dort vermehrt und in die ganze Welt versendet werden, über 25.000 Jungpflanzen stehen zum Aussetzen bereit bzw. befinden sich noch in den Samenkästen. Die Lage für den Alpengarten ist nun dadurch prekär geworden, weil der langjährige botanische Leiter dieses Gartens, der nur aus purer Liebe und Begeisterung für seine Pflanzenkinder ohne jedes Entgelt die Betreuung dieses Gartengeländes ausgeübt hat, nun auf Grund seines Alters, er ist 83 Jahre alt, und auf Grund seines Gesundheitszustandes in Zukunft dazu einfach nicht mehr in der Lage ist. Die Universität Graz würde nun bereit sein, die Pflege und den weiteren Ausbau dieses Alpengartens zu übernehmen, vorausgesetzt, daß dort die Besitzverhältnisse geklärt werden. Es bestünde zur Zeit die Möglichkeit, dieses rund vier ha große Gelände mit dem darauf befindlichen, recht stattlichen Alpengartenhaus, das sich wunderbar als Schulungs- und Kursstätte eignen würde, über eine Art Leibrentenvertrag zu erwerben. Ich würde sehr, sehr wünschen, daß es zu einem positiven Abschluß dieser Verkaufsverhandlungen käme. Es wäre ein

sehr düsterer Ausklang, wenn mit dem Ende dieses Naturschutzjahres dieses Naturjuwel vor den Toren der Großstadt Graz auch sein Ende finden würde. Am Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, ein Wort des Herrn Landtagspräsidenten zitieren zu dürfen, das er dem Naturschutzjahr 1970 in einem Artikel, den er benannte „Es ist fünf Minuten vor zwölf Uhr“, vorangestellt hat. In diesem Artikel sagt er: „Wer sich zum Naturschutz bekennt, bekennt sich zur Ehrfurcht vor dem Leben. Es geht uns nicht nur darum, unsere heimatlich vertraute Kulisse zu erhalten, sondern es geht uns vor allem darum, den Wohn- und Lebensraum, der uns als Heimat zugewiesen ist, für die Zukunft zu verteidigen.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, ich glaube, wir alle zusammen, die wir uns zu diesem Auftrag bekennen, die wir kein politisches Süppchen kochen wollen, wie das der Herr Generalredner Loidl gestern im Zusammenhang mit dem Umweltschutz gemeint hat, dazu ist uns dieses Problem viel zu ernst, bekennen uns über alle Parteigrenzen hinweg dazu, diesen, unseren Lebensraum zu erhalten und zu verteidigen. Wir bekennen uns auch dazu, das nicht nur mit schönen Deklarationen und billigen Lippenbekenntnissen zu tun, sondern auch mit gesetzgeberischen Taten hier in diesem Hohen Hause, denn wir alle wollen, daß unser schönes Land auch noch kommenden Generationen als die „grüne Steiermark“ erhalten bleibt. Ich danke. (Beifall.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg. Prof. Hartwig zu Worte gemeldet; ich erteile es ihr. Als nächster Redner nach ihr ist Herr Abg. Pölzl vorgemerkt.

Abg. Prof. Hartwig: Meine Damen und Herren, wenn es mir gelingen könnte, ein bißchen Einfluß auf den Präsidenten des Landtages zu haben, dann würde ich im nächsten Jahr diesen Einfluß dahin geltend machen, daß ich einmal vor dem ersten Redner der ÖVP reden darf, weil dieser mir nämlich schon immer alles wegredet, das heißt mit anderen Worten, daß es in dieser Beziehung kaum Gegensätze in unseren Auffassungen gibt. Ich werde jetzt versuchen, doch noch ein bißchen anderes zu sagen und das dafür wegzulassen, womit ich ohnehin übereinstimme. Ich habe das Kulturbudget daraufhin versucht auseinanderzulegen, in welchem Ausmaß die Mittel für die Förderung der sogenannten konservativen Belange und welcher Teil der Mittel für die Förderung dessen, was wir „Moderne“ nennen, verwendet werden. Ich habe in dieser Gruppe des „Modernen“ gezählt etwa Trigon, künstlerische Veranstaltungen des Landes, in denen zum Beispiel die Malerwochen in Retzhof inbegriffen sind, die Förderung steirischer Künstler und Schriftsteller, den „Steirischen Herbst“ — dazugerechnet auch die Kosten für das Orchester, das für den „Steirischen Herbst“ mitwirkt —, die Kunst- und Musikpreise, das Forum Stadtpark, von den Volksbildungsheimen die Kosten für das Volksbildungsheim Retzhof, weil ich da zufällig besser weiß, was gemacht wird, und die Fortbildungsbeiträge für Wissenschaft und Kunst. Dies ist natürlich — wenn

Sie wollen — eine etwas willkürliche Zusammenstellung, aber es ist in alldem nichts, was man ausgesprochen rein der Förderung des sogenannten konservativen Teiles zurechnen könnte. (Präsident: „Ich bitte, die Unterhaltungen, die sich nicht mit dem Gegenstand befassen, den die Frau Rednerin behandelt, etwas leiser zu halten.“) Danke, ich habe ausgerechnet, daß das rund 6 Millionen S sind, während 85 Millionen S für die übrigen Belange verwendet werden. Nicht eingerechnet habe ich die Kosten für das Theater, weil das sowohl als auch dazugerechnet werden könnte. Das heißt, daß rund 7 % des Kulturbudgets für die Förderung des sogenannten „Modernen“ verwendet werden. Nun erhebt sich die Frage immer wieder auch in der Bevölkerung, ist es berechtigt, daß das, was uns als moderne Kunst präsentiert wird, aus Steuergeldern gefördert wird? Ich möchte ganz offen meine Meinung sagen: Ich glaube, es ist gerechtfertigt, es ist nicht nur berechtigt, sondern es gehört sicher zu den Verpflichtungen der öffentlichen Körperschaften, den Kunstschaftenden auch die Möglichkeit — die geförderte Möglichkeit — zu geben, mit ihren Werken an die Öffentlichkeit zu treten. Früher haben das Fürsten oder private Mezenäe gemacht, daran hat niemand Anstoß genommen. Ich darf dazu aber sagen, daß auch das Geld, das aus den sogenannten Privatschatullen der Fürsten gekommen ist, natürlich aus den Geldern geflossen ist, die die Bevölkerung aufgebracht hat, es war ja niemals anderes Geld.

Nun die Frage, weshalb erregen diese Dinge solchen Anstoß? Ich möchte zuerst auf einzelne Punkte eingehen. Zu den mit diesen Mitteln geförderten Veranstaltungen gehören natürlich auch die Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“ und der Steirischen Akademie. Der Steirischen Akademie kann man an sich nicht unbedingt schreckliche Progressivität vorwerfen. Sie ist aber natürlich beschäftigt mit den geistigen Strömungen der Gegenwart. Der „Steirische Herbst“ als solcher gehört samt der Steirischen Akademie sicher zu den festen Begriffen des jahreszeitlichen Herbstes. Das ist ohne Zweifel erreicht worden. Persönlich glaube ich, daß etwa die Steirische Akademie auch das brauchen würde, was man den Lehrern immer empfiehlt, nämlich ein bißchen den Mut zur Lücke. Es sind so viele Veranstaltungen in eine kurze Zeitspanne zusammengefaßt, daß niemand in der Lage wäre, das wirklich alles zu verfolgen. Man müßte da, glaube ich, doch dazu kommen, daß man sich sagt, etwas weniger wäre mehr, weil es leichter möglich wäre, dann es auch entsprechend zu verarbeiten, für das Publikum nämlich.

Zu den übrigen Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“. Den heftigsten Anstoß hat die berühmte Ausstellung „Österreichische Kunst 1970“ erregt. Ich möchte doch etwas sagen. Ich bin auch keine Freundin von Kunstwerken, die diesen Namen in keiner Weise verdienen. Ich bin aber auch keine Freundin der bewußten Manipulation. Was geschieht denn bei der Betrachtung dieser Ausstellung immer? Es waren in der Ausstellung vertreten: Wotruba, Unterweger, Moswitzer, Leinfellner usw., durchaus Künstler, die in der internationalen Welt

anerkannt sind und denen man nicht nachsagen kann, sie würden Schweinereien und Unanständigkeiten als Kunstwerke verkaufen wollen. Natürlich hat es in dieser Ausstellung auch Mist gegeben. Aber es hat nicht nur Mist gegeben. Da werden ein oder zwei Werke herausgegriffen und die gelten als das Bild dieser Ausstellung. Das ist auch nicht gerecht und es ist auch falsch. Ich möchte bei dieser Gelegenheit zu dieser Ausstellung noch etwas sagen. Mich hat dort beeindruckt die Erkenntnis, daß die Kunst heute fast ausschließlich, wenigstens auf weiten Strecken, von der Technik her beeinflusst ist. Ich finde, das ist kein Wunder und es ist auch kein Wunder, daß wahrscheinlich unsere Zeit keinen Michelangelo hervorbringt, weil eben die Errungenschaften der Technik den Menschen geistig unerhört beanspruchen. Nach allen Seiten geht es nicht. Ich halte es für ungerechtfertigt zu sagen, hier seien technische Mittel in unrichtiger Art und Weise verwendet worden. Die Technik beherrscht unsere Zeit. Es ist kein Wunder, daß auch die Kunst sich davon nicht freimachen kann. Man könnte sogar sagen, daß das griechische Wort *techné*, von dem unser Wort Technik kommt, auch Kunst bedeutet.

Dann gibt es bei uns noch etwas, was in anderen Ländern nicht üblich ist. Jedes der ausgestellten Objekte wird als das betrachtet, was der Abgeordnete Götz den Künstlern zuordnet, als ein erzieherisch sein sollendes Werk für das Volk. Es gibt vieles, das man durchaus nicht tierisch ernst hätte nehmen müssen, über das man lachen hätte können, was gelegentlich anderswo geschieht bei solchen Dingen. Ich will absolut nicht eintreten dafür, daß nur diese Dinge gezeigt werden. Aber auch diese Dinge werden wir nicht verhindern können und wir sollten es nicht. Die Lenkung in der Auswahl ist etwas ungemein Gefährliches. Jetzt möchte ich etwas sehr Ernstes sagen. Wir Älteren haben eine Zeit erlebt, in der die deutsche Kunst lupenrein dargestellt war. Es hat nichts als Schönes und Erhabenes gegeben und hinter dieser Fassade sind Millionen Menschen vergast und umgebracht worden und die Jugend ist auf die Schlachtfelder geschickt worden. Das ist die andere Seite des unzerstörten heilen Bildes, das die Kunst uns zeigen soll. Ich glaube das nicht. Woher nehmen wir den Mut, dem Künstler vorzuwerfen, daß er etwas zeigt, was der Jugend aus jeder Illustrierten, aus jedem Film und Fernsehprogramm tausendfach entgegentritt. Wenn ein Künstler diese Widersprüche, diese widerlichen Auswüchse, die unsere Gesellschaft aber hat, dann zeigt, dann verurteilen wir ihn, statt daß wir uns selbst verurteilen und sagen, wir müssen die Gesellschaft in Ordnung bringen, dann könnte die Kunst nicht Dinge bilden, die ein so zerrissenes Bild des Menschen zeigen, das es aber in der Gegenwart wirklich gibt. Wir gehen einen ganz falschen Weg, wenn wir den Eindruck erwecken wollen, die Kunst muß uns das Heile zeigen oder der Künstler muß uns den Weg aus dem Verfall zeigen, wie das der Abgeordnete Götz gesagt hat. Das ist die Aufgabe der Gesellschaft. Den Weg zu zeigen, ist nicht die Aufgabe des Künstlers. Er kann den Weg vielleicht andeuten. Aber Herr Abgeordneter, wir alle sehen keinen Weg aus der jetzigen

Zerrissenheit der Welt. Wir können zum Mond fliegen, aber wir lassen auf der Welt die Menschen verhungern. Wir können großartige Werke der Technik schaffen, aber wir bringen es nicht fertig, die Armut in der Welt zu bekämpfen. Diese Widersprüche sehen auch die jungen Künstler.

Ich bin nicht so empört über die Verleihung des Roseggerpreises an Wolfgang Bauer. Ich gebe zu, daß die Verquickung mit dem Namen Rosegger für einen Großteil der Menschen eine solche Provokation ist. Man sollte das ändern. Ich halte Wolfgang Bauer erstens für einen begabten Dramatiker und ich halte es zweitens für falsch, den Künstler anzuprangern für etwas, was sonst als selbstverständlich und als vorhanden durchaus gilt. Sonst würden wir nicht alle gegen Rauschgiftexzesse kämpfen und wir würden alle diese Dinge nicht als eine entsetzliche Bedrohung empfinden. Sie existieren und wir können sie nicht dem Künstler anlasten. Das glaube ich, muß man dazu unbedingt auch sagen.

Nun erlauben Sie noch, daß ich auf das eingehe, was der Abgeordnete Fuchs über diese widerlichen Gerichtsszenen im Stück Sommers gesagt hat. Bitte; ich persönlich glaube, daß das noch ärger herausgekommen ist, weil es der Regisseur mißverstanden hat, ich habe nämlich bei der Lektüre des Werkes den Eindruck gewonnen, daß das Fieberträume des schwangeren Mädchens in seiner Verzweiflung sind. Das ist allerdings dann in der Darstellung nicht herausgekommen.

Zum Schluß möchte ich noch sagen, wir sollten alles das, was mit der Kulturförderung zusammenhängt, mit möglichst objektiven Augen betrachten und wir sollten nicht immer wieder Einzelheiten herausnehmen, anprangern und alles andere unter den Tisch fallen lassen. Z. B. ist die großartige Ausstellung über das steirische Handwerk von 37.000 Menschen besucht worden, man hat aber kaum Leserbriefe dazu gelesen. Das Schöne und Echte, das keinen Anstoß erregt, wird von der Öffentlichkeit leider zuwenig zur Kenntnis genommen. Vielleicht müßten wir von der Presse her mehr dazutun.

Erlauben Sie, daß ich noch ein Wort zum Joanneum sage: Das Museum gehört auch zu den kulturellen Einrichtungen des Landes, die viel zuwenig bekannt sind und die viel zuwenig von sich reden machen; vielleicht wäre es doch möglich — ich habe das bereits vor einigen Jahren schon einmal vorgeschlagen —, etwa Ausstellungen zu veranstalten auch in anderen Räumlichkeiten als im Joanneum selbst, und zwar in anderen Räumen, in denen viele bzw. mehr Menschen Platz haben, ohne sich richtig bewußt zu sein, daß sie in ein Museum gehen. Das Verständnis der Bevölkerung für das Joanneum würde wahrscheinlich wachsen. Ich muß allerdings dazu sagen, das Verständnis für das Joanneum ist nicht immer auch im Land selbst genug, ich halte es z. B. nicht für sehr günstig, wenn wissenschaftliche Beamte wissenschaftlichen Abteilungen zugeteilt werden, in denen sie dann ihrer wissenschaftlichen Ausbildung entsprechend nichts zu tun haben und auch nichts leisten können. Man müßte meinen, daß die Personalabteilung des

Landes dasselbe Verständnis für die Bedürfnisse des Joanneums aufbringt, das wir von der Bevölkerung erwarten. Man könnte über viele einzelne Posten des Kulturbudgets viel und Schönes sagen. Ich habe es aber jetzt so gemacht, wie es in der Öffentlichkeit geschieht; ich habe mich nur mit dem befaßt, was Anstoß erregt. Vielleicht leben wir in einer Zeit, in der gerade diese Dinge so sehr im Vordergrund stehen, daß man unwillkürlich gezwungen ist, dazu immer wieder Stellung zu nehmen. Sie ist zu allen Zeiten ein heikles Kapitel gewesen, die Kunst der Gegenwart. Sogar das Altertum war nicht antik — um ein Wort von Egon Friedell zu verwenden. Wenn man die griechischen Sagen betrachtet, muß man sagen, so viel Grausamkeit und soviel Perverses, wie es in diesen Sagen gibt, sind erstaunlich bei einem Volk, von dem uns Winckelmann das Bild der edlen Einfalt und der stillen Größe vermittelt hat. Die Griechen waren aber nicht so, sie waren genauso zerrissen und gequält von inneren und äußeren Umständen wie die Menschen zu allen Zeiten. Die Gegenwart ist leider nie schön, schön ist immer nur die Vergangenheit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet ist Herr Abg. Pözl. Ich erteile ihm das Wort. Nächste Rednerin ist Frau Abg. Bischof.

Abg. Pözl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Gruppe 3 gibt es eine Post im Abschnitt 38 mit der Nummer 701, welche sich „Förderung der Herstellung von Heimat- und Kulturfilmen“ nennt. Ich möchte den Herrn Landesfinanzreferenten fragen, warum diese Post mit S 200.000.— dotiert ist. Entweder sind diese S 200.000.— ein viel zu hoher Betrag, oder es ist überhaupt nichts, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß man mit S 200.000.— irgendeinen Film, der über etwas Besonderes gedreht werden soll, fördern kann. Das ist nicht einmal ein Anreiz. (Abg. Gerhard Heidinger: „Vielleicht über die ÖVP!“) Ich möchte daher deponieren, daß man im Budget 1972 mehrere Millionen einsetzt und Sie werden auch gleich verstehen warum. (Landesrat Dr. Klausner: „Dann ist die Adresse richtig!“) Herr Landesfinanzreferent, wenn Sie im Ausland, im Westen herumfahren, merken Sie, daß im Fernsehen, das den ganzen Tag über läuft, ununterbrochen hervorragende Filme gezeigt werden — Filme, die unerschwinglich für irgendeinen Artikel, für irgendein Land, für irgendein Volk werben. Ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, daß auch bei uns solche Filme zu drehen wären, zum Beispiel über den steirischen Arbeiter am Erzberg, im Bergbau, in Donawitz, über schöne Fassaden in der Steiermark, über schöne Täler, die es heute noch gibt, die aber vielleicht morgen schon nicht mehr vorhanden sind, weil dort ein Industrieobjekt errichtet wird, weil vielleicht aufgestaut wird. Wenn wir also solche Filme produzieren, sie mit einem erstklassigen Text versehen und synchronisiert irgendeiner Filmgesellschaft zur Verfügung stellen, könnten wir damit unerschwinglich erstklassige Propaganda für die Steiermark betreiben. Tirol macht das ganz hervorragend und Sie können in der gan-

zen Welt, wo man Österreich nicht kennt — Austria wird mit Australien verwechselt — die Beobachtung machen, daß Tirol ein Begriff ist, und zwar deshalb, weil jährlich ein- bis zweimal ein Film über Tirol gebracht wird. Dies ist der Grund, warum ich mich zu Worte gemeldet habe. Man könnte auch, weil es in diese Gruppe paßt, unter Umständen über unser Theater einen Film drehen, denn es gibt ja auch Inszenierungen, die ganz hervorragend sind. Ich sitze im Theaterrausschuß und habe die Feststellung gemacht, daß nicht ganz S 100.000.— bei einem Über-60-Millionen-Budget für Werbung eingebaut sind. Hier krankt es auch bei uns im Theaterwesen. (Beifall.)

2. Präsident Heschitz: Ich erteile der Frau Abg. Bischof das Wort.

Abg. Bischof: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Welch große Bedeutung die Volksmusikschulen haben in volksbildnerischer Hinsicht, ist wohl allen klar und welche großen Aufgaben hier die Gemeinden erfüllen. Zur Erziehung eines Kindes gehört auch die musische Betätigung, wenn es dafür die Voraussetzungen mitbringt, weil es den Menschen zum Schönen formt. In der Musikschule wird die Liebe zur Musik geweckt und viele Gruppen, die aus diesen Volksmusikschulen hervorgehen, wie Jugendorchester, Flötengruppen, Sängerguppen, werden zu vielen Veranstaltungen herangezogen. Jugend, die Musik lernt und sich damit befaßt, wird allem Kulturellen gegenüber aufgeschlossen sein. Der Bildungsstand des Menschen wird dadurch gehoben.

Nun zur Förderung des Landes. Das Land Steiermark gewährt für 33 Volksmusikschulen, die rund 8000 Schüler unterrichten, Zuschüsse zur Bezahlung der Leiter und Beitragsleistungen für den Sozialaufwand der Lehrkräfte, ebenso Beiträge zum Sachaufwand. Besteht nun eine Volksmusikschule aus einem Leiter und einer Lehrkraft oder einem Leiter und nur wenigen Lehrkräften, so bekommt diese Volksmusikschule praktisch die Hälfte ihrer Ausgaben gefördert. Anders sieht es bei den größeren Musikschulen aus. Ich denke zum Beispiel an Bruck, dort sind neben dem Leiter noch 15 Lehrkräfte und es werden über 300 Musikschüler unterrichtet; Kapfenberg hat neben dem Leiter noch 21 Lehrkräfte und unterrichtet fast 600 Schüler. Die Schulgelder der Eltern können wir nicht immer erhöhen, weil wir Wert darauf legen, daß alle Kinder die Volksmusikschule besuchen. Es wäre daher dringend notwendig, daß eine Änderung des Systems der Förderung vom Land her erfolgt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Dipl.-Ing. Hasiba das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muß noch einmal zum Naturschutz und zu einigen damit im Zusammenhang stehenden Problemen zurückkehren. Das Jahr 1970 ist zum Naturschutzjahr erklärt worden. Gott sei Dank! Wir sehen, wie weit wir hier zumindest beim Denken schon sind. Nur eines in dem Zusammenhang muß

gesagt werden. Ich halte es persönlich für eine schlimme Bewußtseinsspaltung, auf der einen Seite ein Naturschutzjahr zu beschließen und auf der anderen Seite fast gleichzeitig die Trassierung einer Autobahn durch eine Stadt mit 250.000 Einwohnern unter völligem Ausschluß der Umweltschützer und unter völligem Ausschluß der betroffenen Bevölkerung zu versuchen. Es ist beim Versuch geblieben. Gott sei Dank!

Ich glaube, wenn wir beim Unterschied zwischen Reden und Handeln, den die Bevölkerung sehr wohl merkt, bleiben wollen, dann ist es besser, wir beschließen gleich ein Gedenkjahr für die jeweiligen Aktivitätsjahre und machen eine Kranzniederlegung, bevor das Jahr beginnt. Denn zwischen Reden und Handeln soll nicht soviel Unterschied sein. Es ist mir als Grazer unerklärlich und unverständlich, daß man die Trassenführung für Graz im Schnellverfahren beschlossen hat (Landesrat Gruber: „Einstimmig beschlossen!“ — Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: „Einstimmig nicht, mit den Stimmen der ÖVP!“), ohne die Fachleute für den Umweltschutz zu fragen, aber vor allem, ohne die unmittelbar betroffene Bevölkerung zu fragen. Es gibt eine gewisse Geisteshaltung in dieser Stadt, die etwa lautet, man kann mit diesen Dingen nicht in die Öffentlichkeit gehen, weil das nur Schwierigkeiten bringt, wie das der Grazer Bürgermeister nachweislich in der Diskussion über die Pyhrnautobahn erklärt hat. Das ist kein Zustand. Um eines klarzustellen. Hier wird es niemandem gelingen, mir etwas zu unterschieben. Als Bewohner dieser Stadt und als einer, der mit den steirischen Autobahnen hauptberuflich sehr intensiv beschäftigt war, rede ich selbstverständlich für die Autobahn und für die Pyhrnautobahn. Aber als Bewohner dieser Stadt kann ich nicht ansehen, daß die Leute nicht gefragt werden. Ich habe früher die Grundeinlösungen betrieben für die Autobahn und ich habe praktisch jeden m² Boden zwischen Gleisdorf und Graz für die Republik den Leuten abgekauft. Wir haben mit jedem Menschen gesprochen. Ich wünsche es Ihnen nicht, wenn Sie mit einer 80jährigen Frau verhandeln müssen, deren ziemlich schlecht erhaltenes Haus Sie ihr abkaufen müssen und sie sagt nein, ich will in diesem Haus sterben, ich habe hier 80 Jahre meines Lebens gewohnt, ich habe hier meine Kinder bekommen, lassen sie mich. Ich wünsche es Ihnen nicht. Aber hier in dieser Stadt, wo diese Probleme geradezu geballt auftreten, hier in dieser Stadt hat man versucht, sehr rasch im Gemeinderat eine Entscheidung herbeizuführen und ich behaupte, ebenso undemokratisch. Ich bitte Sie, das Problem zu sehen, das Problem der ohnedies schon weitgehend desinteressierten Öffentlichkeit, weil sie solche Methoden ablehnt. (Abg. Pözl: „Wenn Sie sagen, der Scherbaum ist undemokratisch, dann stört das die SPÖ gar nicht!“) Ich will niemanden hier bekämpfen. Auch nicht den Bürgermeister. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Auch nicht Ihre eigene Fraktion im Gemeindevorstand!“) Mit denen werde ich das ausmachen, aber Sie fordere ich auf, mit Ihrer Fraktion das auszuhandeln. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „In Land und Stadtgemeinde bestehen andere Verhältnisse!“ — Erster Landeshauptmann-

stellvertreter Sebastian: „Wenn Sie wollen, fangen wir mit dem Landesparteiohmann an, da können wir ja anfangen, das brauchen Sie nur zu sagen! Wir werden bei jedem Straßenstück den Parteiohmann der ÖVP anführen! Das hat es noch nie gegeben, merken Sie sich das!“ Ich bin gerne bereit, das einzustellen. Ich danke Ihnen für die Aufklärung. Ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, daß dieselbe Trasse herauskommen würde, die hier zur Diskussion steht, wenn man sich mit der steirischen Bevölkerung unterhält, wenn man sie zuerst informiert und selbst sich nachher mit ihr zusammensetzt. Auf der einen Seite Naturschutzjahr, auf der anderen Seite wird eine Geheimtrasse quasi beschlossen. Nichts gegen die Straßenbauer, aber alles gegen den Hauptverantwortlichen, der hier versucht hat, im Schnellstverfahren etwas durchzubringen.

Schauen Sie, Sie selbst beklagen sich die ganze Zeit, daß die jungen Leute nicht mittun, daß es schwer geworden ist, mit ihnen zusammenzuarbeiten, daß man sie schwer für Ideen gewinnen kann. Ich schlage Ihnen vor, beklagen wir uns nicht. Sie haben auch Ihre Sorgen, wenn Sie es auch nicht gelten lassen wollen. Das geht quer durch alle konfessionellen und parteipolitischen Jugendorganisationen. (Abg. Preamsberger: „Die haben sehr viele gute junge Leute!“) Reden wir mit den jungen Leuten. Es gibt junge Leute, die sehr interessiert sind, wie dieser Staat, die Umwelt und die Zukunft aussieht. Es ist an sich für uns beschämend, wenn solche demokratischen Selbstverständlichkeiten wie Information und Diskussion erst durch Demonstrationen erzwungen werden müssen. Die jungen Leute anerkennen eine Entscheidung ganz bestimmt, aber nur nachdem man sich mit ihnen auseinandersetzt oder zusammengesetzt und mit ihnen diskutiert hat, und dieses Recht, die Diskussion von uns zu fordern, kann man ihnen nicht nehmen. Es ist unsere Pflicht, mit den jungen Leuten zu diskutieren. (Landesrat Gruber: „Aber in den Horizonten liest man von der ÖVP-Jugend über diese Diskussion etwas anderes!“) Wissen Sie, Herr Landesrat, bei uns kann die Jugend sehr frei diskutieren. Ich hoffe, daß Sie das auch einführen. (Landesrat Gruber: „Bei uns war das immer so, wir brauchen das nicht einführen!“) Es gibt Argumente, daß nur einige junge Leute rebellieren und das Argument „die schweigende Mehrheit“. Die „schweigende Mehrheit“ soll uns bitte nicht dazu verleiten zu glauben, daß Schweigen Zustimmung bedeutet. Meine Damen und Herren, dieses Schweigen kann Desinteresse bedeuten, Resignation bedeuten, eine Resignation, die nicht auf die Schuld der jungen Leute allein zurückzuführen ist. Wenn Sie im übrigen von der Minderheit reden, die immer wieder rebelliert, muß ich Ihnen entgegenhalten, daß es in der ganzen Weltgeschichte immer wieder eine Minderheit gegeben hat, die die Welt bewegte und weiterführte.

Wenn man das Problem der Jugend nochmals beleuchtet: Eine Diskussion über die Hochschulreform war erst möglich, nachdem die „Rudi Dutschkes“ im Ausland die Faust in den Nacken des Establishments gesetzt haben. Über die Pyhrnautobahn

in dieser Stadt Graz hat man erst informiert und war bereit zu diskutieren, nachdem halb Graz auf den Beinen war. Dasselbe gilt für das Problem der Grazer Verkehrsbetriebe. Hier mußten erst ein paar Studenten, die diskutieren wollten — ich kann mich verbürgen für einige, natürlich waren auch andere dabei — und die Leute am Jakominiplatz befragen wollten, eingesperrt werden, bevor man sich entschlossen hatte, an einem Samstagnachmittag im Minoritensaal dann doch mit ihnen zu reden.

Aber abgesehen davon, man kann nicht über Naturschutz, Umweltschutz usw. reden und gleichzeitig absolut nichts dagegen tun, daß die Straßen verstopft sind durch Autos und daß die Luft durch die Autoabgase vergiftet wird. Vielleicht wäre es ein möglicher Weg, er wurde mir auch von jungen Leuten aufgezeigt, daß man am Stadtrand große Parkflächen schafft und in der Innenstadt das Problem „Individualverkehr und Massenverkehrsmittel“ löst. Man muß sich Gedanken darüber machen, denn im Jahre 1980 werden in Graz doppelt so viele Kraftfahrzeuge fahren wie heute. Wir müssen doch wirklich annehmen, daß sich zum Beispiel der Vorstand der GVB und der Aufsichtsratsvorsitzende über soziale Probleme und über das Differenzieren Sozialbetrieb — Wirtschaftsbetrieb sehr wenig Gedanken machen. An sich müssen wir wirklich annehmen, daß man eine verantwortliche Position erst einnehmen kann, wenn man sich wenigstens um die Lösung der Probleme, die uns vor Augen stehen, bemüht. Da kann uns doch die Diskussion mit denen, die interessiert und betroffen sind, nur nützen und nicht schaden. Diese Leute üben ja nicht nur Kritik, sie bringen auch ganz konkrete Vorschläge an uns heran. (Abg. Preamsberger: „Solche Diskussionen haben in Graz genügend stattgefunden. Ich war bei vielen dabei!“ — Abg. Schrammel: „Die waren unter Ausschluß der Öffentlichkeit, diese Diskussionen!“ — Abg. Preamsberger: „Bei der Gewerkschaft haben alle Mitglieder darüber diskutiert!“ — Abg. Hammerl: „Ihnen fehlt der heiße Draht zu Ihrer Fraktion im Gemeinderat, das ist ein großer Fehler!“) Machen Sie sich um meinen heißen Draht keine Sorgen! Machen Sie sich lieber um Ihren Bürgermeister Sorgen.

Herr Preamsberger, noch etwas anderes. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem ungeheuren Höchmut in dieser Frage, wenn Sie sagen, es haben genug Diskussionen stattgefunden. Was glauben Sie denn, von genug Diskussionen kann ja gar keine Rede sein. Wenn Sie das so satt und zufrieden sagen, bedaure ich Sie sehr, weil dann kennen Sie diese Stadt Graz überhaupt nicht. (Abg. Preamsberger: „Sie waren doch bei x Diskussionen nicht dabei!“) Ich war bei all diesen Diskussionen dabei und kann Ihnen auch sagen, unser Herr Landeshauptmann Krainer . . . (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Die waren unter Ausschluß der Öffentlichkeit, diese Diskussionen!“) Ich habe Sie nicht am Minoritenplatz gesehen am vergangenen Samstag, dort wurde nämlich öffentlich diskutiert. Der Herr Dr. Götz war dort. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Aber zwecklos war sie, diese Diskussion!“) Das macht nichts, das ist seine An-

sicht. Aber den Hochmut, erst nicht hinzugehen und nachher zu sagen, es wurde genug diskutiert, hat Herr Dr. Götz nicht gezeigt.

Ich glaube einfach, daß wir alle zusammen über alle Parteigrenzen hinweg uns schon heute zusammensetzen müssen mit möglichst vielen Bewohnern dieser Stadt. Ich kritisiere ja nicht die Autobahn, sondern die Methoden, meine Damen und Herren. Man kann reden wie man will, aber wenn nicht mehr Leute sich für das, was hier und in der Demokratie geschieht, interessieren, wird also Gott sei Dank zur Zeit ein Wohlstand über die Gefahr, daß irgend jemand kommt und diese Leute anspricht, hinwegtäuschen. Aber geben wir uns keiner Illusion hin, daß das Interesse weitaus größer ist, als wir in der Lage sind, es zu befriedigen. (Abg. Gross: „Wir haben immerhin so viel Kontakt mit der Bevölkerung, daß sie uns die absolute Mehrheit gegeben hat in dieser Stadt!“) Vielleicht hat Sie diese absolute Mehrheit eingeschläfert, Herr Kollege Gross, ich weiß es nicht. (Unverständliche Zwischenrufe des Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz und des Abg. Pözl.) Wir werden ja weitersehen. Das ist aber kein Argument, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Im Zusammenhang mit den Methoden, die hier immer um sich greifen, nämlich Diskussionsfeindlichkeit, Informationsfeindlichkeit und eine gewisse Feindschaft gegen öffentliche Planungsgespräche, muß ich Ihnen zum Abschluß einen Vorfall bekanntgeben, der in der jüngsten Zeit stattgefunden hat: Der Herr Bürgermeister Scherbaum hat vor einigen Tagen in einer öffentlichen Sitzung seinen langjährigen Bürgermeisterstellvertreter Stöffler durch eine absolut unwahre Behauptung desavouiert. Die Sitzung war öffentlich. (Abg. Hammerl: „Waren Sie dabei, Herr Kollege?“) Nein, aber Ihre Zeitung war dabei und wenn Sie wollen, lese ich es Ihnen vor! Am nächsten Tage wurde diese Behauptung in kleinen Kreisen wieder zurückgenommen und dementiert, aber offenbar war es nicht notwendig, daß man dieses Dementi auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat. Wie durch die ganze steirische Presse bekanntgeworden ist, hat der Bürgermeister Scherbaum schwerste Vorwürfe gegen Stöffler in seinem Referat aufgeworfen im Zusammenhang mit der Stadtplanung. Ich möchte hier die „Neue Zeit“ zitieren. (Abg. Preamsberger: „Der Herr Stöffler ist auch nicht der feinste auf diesem Gebiet!“) Sie auch nicht, aber das macht nichts!

Bürgermeister Scherbaum hat folgendes gesagt: „Ich muß die Frage stellen, wo war denn die Stadtplanung bis 1968, als Herr Stöffler für sie verantwortlich war? Die Stadtplanung wurde zur Seite geschoben“, sagte Herr Scherbaum, „und im Jahre 1965 hat Prof. Dr. Wurzer den Entwurf für einen Flächennutzungsplan vorgelegt. Er verschwand in einer Schreibtischlade, so daß Prof. Dr. Wurzer drohte, den Auftrag zurückzulegen.“ Dies ist ein ungeheurer Vorwurf. Wenn das wahr ist, wird ein großer Skandal entstehen und ich wünsche Ihnen dazu alle Mehrheiten. Darf ich Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, was Prof. Dr. Wurzer zu seiner angeblichen Drohung gestern erklärt hat: „Um Gottes willen“, sagt Wurzer, „wo haben Sie

denn das her?“ 90 % zu dem Flächennutzungsplan wurden in der Zeit der Verantwortlichkeit von Dr. Stöffler gemacht. Er habe nie Grund zur Klage gehabt. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit mit Stöffler war außerordentlich gut. Er hat den Plan gar nicht früher machen können. Ich will Sie nicht mit Dingen belasten, die in erster Linie die Gemeinde Graz etwas angehen. Es geht mir nicht um den Herrn Bürgermeister Scherbaum. Es geht mir um seine Methoden in dieser Frage, Pyhramautobahn, GVB und jetzt diese persönliche Diffamierung. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, ich bitte Sie, gewöhnen Sie dem Herrn Bürgermeister Scherbaum diese Methoden ab. (Abg. Preamsberger: „Sie haben doch Ihre Funktionäre im Grazer Gemeinderat!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Habt Ihr keine Gemeinderäte in Graz?“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Preamsberger: „Sie haben ja sehr gescheite Leute, die können das tun!“) Gewöhnen Sie ihm diese Methoden ab. Ich bitte Sie darum. (Abg. Brandl: „Wir werden das nicht tun!“) Sie sind immer für die Gerechtigkeit, Sie sind für ein gerechtes Wahlrecht. Sagen Sie ihm, er soll bei der Wahrheit bleiben in Zukunft. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Sie werden ihm sagen, er soll nicht bei der Wahrheit bleiben!“) Es ist gut für die steirische Öffentlichkeit, wenn sie erfährt, daß Sie gegen die Wahrheit sind.

Ich mache Sie aufmerksam, wir werden zu solchen Dingen nicht schweigen in der Zukunft. Im Gegenteil. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Darf ich Sie etwas fragen. Sie sagen, er soll die Wahrheit sagen. Hat er gelogen?“) Er hat die Unwahrheit gesagt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich werde es erheben.“) Erheben Sie. Heben Sie die Protokolle so lange auf, wie das vorgeschrieben ist nach der Geschäftsordnung, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Abg. Brandl: „Jetzt braucht der Herr Stöffler schon einen Anwalt. Den haben wir ganz anders in Erinnerung!“) Er hat es nicht gefordert.

Wir werden, meine Damen und Herren, immer wieder in die Öffentlichkeit gehen, so weh Ihnen das tun mag, denn mit der Wahrheit kann man kein Spiel treiben. Weder Studenten, noch Elternvereine, noch irgend jemand und vor allem nicht der politische Kollege des Herrn Scherbaum, Stöffler, können unter Druck gesetzt werden. Ich halte es für eine Ungeheuerlichkeit, einen Politikerkollegen wie Stöffler bewußt mit einer Unwahrheit diffamieren zu wollen. Das ist ein übles Spiel und es ist ein äußerst schlechter Stil. Wir werden diesen Stil, darauf können Sie sich verlassen, massivst bekämpfen. Ich danke Ihnen sehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Abg. hat Dr. Strenitz das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen Versuch lenke, neue Wege der politischen Bildung zu beschreiten. Auf einen Versuch, den ich nicht gerade für revolutionär, immerhin aber doch für bemerkenswert halte. Vom 5. 10. bis 5. 12. fand in Graz ein Staatsbürger-

seminar statt, das von 40, zum Großteil jugendlichen, Teilnehmern besucht war. Im Rahmen dieses Staatsbürgerseminars wurden in 18 Vorträgen die drei Themenkreise „Wir und die Politiker“, „Unsere Lebensgrundlagen“ und „Die veränderte Gesellschaft“ behandelt. Das wäre sicherlich noch nichts Neues. Wenn mir diese Vortrags- oder Diskussionsreihe dennoch erwähnenswert erscheint, dann aus zwei Gründen: Das Seminar war, obwohl von der Sozialistischen Partei veranstaltet, keine der in allen Parteien üblichen Parteischulen, sondern es konnte jedermann, der daran Interesse hatte, teilnehmen. Es war öffentlich ausgeschrieben. Zum zweiten waren auch die Vortragenden nicht ausschließlich Mitglieder der Sozialistischen Partei oder ihr nahestehende Personen. Das werden mir die hier anwesenden Herren der „Kleinen Zeitung“ bestätigen können, denn auch ihr Chefredakteur, Herr Dr. Csoklich, gehörte zum Kreis der Vortragenden. Ich gebe gerne zu, daß der Umstand, daß die Referenten nicht einfarbig ausgesucht waren, nicht von vornherein unumstritten war, sondern daß es hierüber auch in unseren Reihen einige Diskussionen gegeben hat. Und nun lassen Sie mich im Zusammenhang mit diesem Seminar einige Anmerkungen machen.

Wir haben dieses Seminar, das nach allen Seiten offen war, veranstaltet, weil wir der Meinung sind, daß es im Jahr 2000 keinen Platz mehr geben wird für dieses Festungsdenken, das heute in Österreich vielerorts noch besteht. Jenes Festungsdenken, das zuerst immer fragt: „Von welcher Partei bist Du und wer steht hinter Dir?“ und das die Reaktion von der Antwort auf diese Frage abhängig macht, anstatt zu fragen „Kann der Gedanke, den Du aussprichst, vielleicht mithelfen, die Probleme der Welt und des Lebens zu lösen, damit wir alle gemeinsam in dieser Welt einmal menschenwürdiger und glücklicher existieren werden können.“

Wir haben dieses offene Seminar zweitens auch veranstaltet, weil wir der Meinung sind, daß für den Bestand einer funktionierenden Demokratie nichts so wichtig ist wie die demokratische Bildung der Menschen, vor allem auch der jungen Menschen. Das hängt sehr eng mit den Problemen des immer größer werdenden Freizeitraumes zusammen, der nach den meisten Prognosen auf uns zukommt. Einige Autoren sprechen sogar davon, daß wir einer Mußgesellschaft entgegengehen. Ich meine, wir sollten uns sehr wohl darum kümmern, was die Menschen mit dieser Freizeit machen werden. Ich glaube, es darf uns nicht gleichgültig sein, ob die Begegnung mit Kunst und Kultur in Zukunft darin besteht, daß wir vor dem Guckkasten sitzen, aus dem die Farben dann wahrscheinlich schon dreidimensional herauskommen werden und passiv aufnehmen und uns füttern lassen von einer Amme, auf die wir keinen Einfluß haben. Ich möchte nicht gerne in die Abhängigkeit einer Amme geraten, der ich bei der Zusammensetzung der Milch, mit der sie mich nährt, nicht über den Weg trauen kann, ob diese Amme nun Bacher oder sonstwie heißt. Denn die Milch der kritischen Denkungsart ist in Österreich einstweilen ja noch nicht gestützt und ich glaube auch nicht, daß das in naher Zukunft

der Fall sein wird. Wenn wir hier nicht achtgeben, dann besteht die ungeheure Gefahr einer totalen Beeinflussung und Manipulation, welche die Demokratie erschlägt und die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Mitbestimmung des einzelnen zu einem Fetzen Papier werden lassen kann. Dann darf sich der Herr Karl Csterreicher nicht wundern, wenn es ihm so geht wie dem bedauernden Helden in Franz Kafkas Roman „Der Prozeß“, der sich eines Morgens anonymen Mächten gegenüber sieht, die er nicht kennt, die er nicht kontrollieren kann und denen er hilflos ausgeliefert ist. Denn nicht umsonst taucht in allen Versionen des 21. Jahrhunderts mit beängstigender Wiederkehr die Frage auf, wo denn in dieser neuen Gesellschaft der Mensch bleibe. Sei es das berühmte geworden Buch „1984“ oder Oliver Huxless „Great new world“.

Wir haben dieses etwas unkonventionelle Staatsbürgerseminar drittens auch veranstaltet, weil wir überzeugt sind, daß nichts wichtiger ist, als die Jugend in eine Beziehung zu bringen zu der Gesellschaft, in der sie lebt und zu der Politik, die ihr Leben beeinflusst. Und so lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Lanze für diese Jugend brechen, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, daß das, was da in den letzten Tagen in Graz demonstriert und rebelliert und vielleicht auch ein bißchen diskutiert hat, nicht unbedingt repräsentativ sein muß für das, was heute die Jugend darstellt. Wir sollten die Jugend nicht mit ein paar bezahlten Demonstranten verwechseln oder mit ein paar „schwarzen Witwen“, die sozusagen die Witwenpension erst ausbezahlt erhalten müssen, bevor sie sich den Schleier umlegen. Verwechseln wir die Jugend vor allem auch nicht mit ein paar Radaubrüdern, die randalieren, weil es eben lustig ist. Für diese Revolutionäre, die nur eine verschwindend kleine Zahl darstellen, ist die Revolution nämlich um sechs Uhr abends zu Ende, weil sie dann Hunger bekommen oder weil um halb sieben Uhr das Kino anfängt. Das ist sicher nicht die vielzitierte Jugend von heute.

Aber etwas anderes sollte uns in diesem Zusammenhang vielleicht doch nachdenklich stimmen. Die Demokratie war als Prinzip noch nie so unbestritten wie heute. Und dennoch gibt es eine Jugend, die gegen diese Demokratie demonstriert und an ihr Kritik übt. Aber sie übt nicht Kritik an dieser Demokratie, weil sie gegen die Demokratie ist, sondern weil sie sich mehr Demokratie wünscht, eine Demokratisierung, die über diese bescheidene Anfangsdemokratie hinausgeht, die wir heute kennen.

Dieser Jugend nämlich, und das ist jetzt die große Mehrheit der jungen Menschen in diesem Land, ist das alte Pathos fremd. Sie kümmert sich nicht um die Wunden von gestern zum Nachweis der Verdienste von gestern. Sie vergleicht die Prinzipien der Demokratie mit der Realität und sie zieht Schlüsse aus dem manchmal aufreizenden Gegensatz zwischen demokratischer Theorie und undemokratischer Praxis. Diese Generation, diese große Mehrzahl der jungen Menschen läßt sich nämlich nicht mehr mit dem Aberglauben abspeisen,

Demokratie bestünde darin, daß man alle vier Jahre zur Wahl gehen darf, und in einer Zelle irgendwohin ein Kreuz macht, um dann nach solcher Art demokratischer Befriedigung für weitere vier Jahre auf die Ausübung ihrer demokratischen Souveränitätsrechte zu verzichten. Diese Jugend liebt vieles nicht von den Formen, die sich die Älteren gegeben haben. Nicht die Form der Berichte unserer Jahreshauptversammlungen und insbesondere auch nicht die Form der Kontrollberichte; nicht die abgezogenen Blätter der Vorschläge der Wahlkommissionen und die dann öffentlich in Bausch und Bogen abgehaltenen Abstimmungen per acclamationem. Sie liebt auch nicht die Zeremonie der Begrüßung der Ehrengäste mit dem jeweiligen Pflichtapplaus dahinter, wiewohl Ehrengäste immer willkommen sind, seien es Politiker, Journalisten, Künstler oder Wissenschaftler. Diese junge Generation hat ein sehr feines Gefühl für den Druck des Milieus. Sie weiß, daß man zwischen Volkswagen und Opel, auch zwischen Maxi- und Minirock, sogar zwischen Klaus und Kreisky wählen kann, aber wer diese Grenzen überschreitet, etwa dadurch, daß er lange Haare trägt, der fällt aus dieser Gesellschaft hinaus, der wird bedeutungslos. Man darf fast alles in dieser Gesellschaft, man darf sogar dagegen sein — nur erreicht man nichts damit.

Dieses System fordert von der Jugend Engagement. Es ist eine verzweifelte Situation. Die Jugend geht nicht in die Parteien hinein, sie wittert Bürokratie und undurchsichtige Machtstrukturen; sie fürchtet, daß die Macht der Organisation tatsächlich so groß sei wie die Ohnmacht der Organisierten. Sie hat Angst vor der totalen Anpassung. Sie reagiert ganz einfach in der Weise, daß jeder zweite Jungwähler heute nicht einmal mehr wählen geht. Wir sollten vor dieser Situation nicht die Augen verschließen und vor allem eines nicht tun: Geben wir nicht allein der Jugend daran die Schuld, sondern klopfen wir auch an die eigene Brust.

Wir haben uns jahrelang darüber beklagt, daß die Jugend zu lethargisch, daß sie jung nur nach dem Geburtsjahr aber nicht in ihrem Auftreten sei, und heute beklagt man sich, daß sie zu frisch drauf los, zu unbekümmert sich auseinandersetzt mit dem, was ihr in der Gesellschaft veraltet, verkalkt und versteinert vorkommt. Ich habe die Befürchtung, daß vielleicht manche Verantwortliche in den Ministerien und auf den Podesten der Wirtschaft ebenso wie auf den Kanzeln der Hochschulen noch nicht erkannt haben, welche Kraft in der Mehrzahl dieser Jugend steckt. Das sind jene, die, wie es einmal in einem blendend formulierten Aufsatz von Humbert Fink stand, noch immer mit unzerstörbarem Optimismus daran glauben, daß Österreich eine Art charmanter Mittelpunkt des Universums sei, jene, die noch immer mit einem Gefühl schöner Selbstverständlichkeit davon überzeugt sind, von aller Welt geliebt zu werden und sich in satter Selbstzufriedenheit in ein Neobiedermeier hineinzausen. Sicher ist die Revolte einer Minderheit der Jugend manchmal absurd; wissen diese Jugendlichen größtenteils nicht, wogegen sie revoltieren, weil sie im Grunde genommen nur gegen das Establishment sind — ich verwende diesen oft

mißbrauchten Begriff jetzt sehr bewußt — und sich nur an die Stelle dieses Establishment setzen wollen. Aber wir sollten deswegen nicht die Augen davor verschließen, daß ausgehend vom Pariser Mai des Jahres 1968 ein Prozeß der politischen Bewußtwerdung der Jugend eingang gekommen ist; ein Prozeß, der zwangsläufig in einem Drängen nach immer mehr Mitbestimmung in immer größeren Bereichen unserer Gesellschaft mündet. Wer deshalb die Augen davor verschließt, der ist, wie es in diesem Aufsatz zu lesen war, wahrhaftig ein prächtiges Beispiel der glorreichen Traditionen unserer k. und k. Honoratiorenrepublik.

Enttäuschen wir die Jugend nicht, indem wir die schönen Worte und die leeren Phrasen in dem Augenblick zerplatzen lassen, in dem diese Jugend einmal darangeht, hinter die Kulissen zu schauen, weil es sich dann urplötzlich zeigt, daß dieses jaunsende Österreich sehr wohl auch zu einem kleinlichen Polizeistaat zu werden vermag. Was wir brauchen, ist die lebendige Auseinandersetzung mit der Jugend, damit wir uns gemeinsam mit ihr gegen jene Superbürokratie zur Wehr setzen können, mit der wir es heute zu tun haben. Ich sage nicht, daß wir diese Strukturen vernichten wollen. Wir sagen nicht: schaffen wir diese Technostruktur ab, denn dann würde nichts übrig bleiben als ein Chaos. Aber ich sage eines: Wir sollten und müßten gemeinsam und unaufhörlich mit der Jugend neue Formen der Zusammenarbeit suchen, mit den Männern der Politik und der Wirtschaft. Diese Jugend hat das Recht, von uns eine lebendige, eine dynamische Politik zu fordern. Diese Jugend will die harte, die faire Auseinandersetzung. Sie will Politiker, die auch bereit sind, den unbequemen Weg zu gehen.

Jeder schmückt sich heute gerne mit der Jugend. Wer möchte nicht jung oder wenigstens Idol der Jugend sein? Wer schaut nicht zufrieden in die Runde und sagt voll Stolz, wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft? Kein anderer als Napoleon hat diesen schönen Satz gesprochen, als er vor 159 Jahren, seinen neugeborenen Sohn, den Herzog von Reichsstadt, auf dem Arm, auf den Balkon des Louvre trat. Sorgen wir dafür, daß dieser Satz auch in uns immer lebendig bleiben wird! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Prof. Jungwirth. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Prof. Jungwirth: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht leicht für mich, an dieser Stelle jetzt zu sprechen, weil ich im Mai dieses Jahres ein wohlgeordnetes Erbe antreten durfte, weil es sicherlich nicht einfach ist, ein solches Erbe gültig, richtig und glaubwürdig weiterzuführen. Gestatten Sie mir einige Worte und Ausführungen zur Gruppe 3 unseres Budgets. Ich möchte einen Problemkreis ganz kurz voranstellen. Nicht deswegen, weil er unwichtig wäre, sondern weil er schon so oft behandelt wurde, daß ich mich nicht mehr darüber verbreitern kann und will, denn alles Wesentliche haben schon die Abgeordneten gesagt. Das ist die Frage des Naturschutzes. Allein

der Umstand, daß schon soviel darüber gesprochen worden ist, ist zum Teil ein Erfolg des Naturschutzjahres 1970. Es ist uns gelungen, in der Meinungsbildung voranzukommen, natürlich auch auf Grund internationaler Einflüsse. Ich möchte dazu sagen, daß Naturschutz in unserem Sinn natürlich nur ein Teil des Umweltschutzes ist und daß unter diesem Umweltschutz gruppiert sind neben dem Naturschutz mindestens die Aktivitäten von Bauplanung, Raumordnung, Gesundheitswesen, aber wohl auch Fremdenverkehr mit der Sicherstellung der Erholungsräume. Ich kann nur für einen kleinen Teil des Umweltschutzes im Rahmen des Naturschutzes arbeiten. Es wird auf diesem Gebiet weitergearbeitet. Es wurde von einem Redner von der Abstimmung von Siedlungsräumen auf Erholungsräume oder umgekehrt gesprochen. Ich kann Ihnen sagen, daß eine solche Studie bereits seit diesem Jahr im Gange ist. Es ist für den ganzen steirischen Raum eine Studie in Auftrag gegeben worden, derzufolge Wohn- und Siedlungsgebiete einerseits, Erholungs- und Naturgebiete andererseits aufeinander abgestimmt werden sollen. Diese Studie wird ausgearbeitet vom Institut für Naturschutz in Wien und der Dienststelle für Raumplanung in der Landesbaudirektion. Die Arbeiten sind im Gange. Es wird sicher weitergearbeitet werden auf diesem Gebiet, insbesondere auf dem Gebiet der Information. Wir müssen noch immer sehr stark meinungsbildend wirken und das können wir glücklicherweise sehr leicht in der Steiermark, weil ja die Bundesgeschäftsstelle des Österreichischen Naturschutzbundes nicht in Wien, sondern in Graz in der Hamerlinggasse sitzt.

Zweitens werden wir weiterhin mit praktischen Aktionen auf unserem Gebiet tätig sein und ich möchte mich dem Dank der Abgeordneten an die Bergwacht ganz herzlich anschließen. Diese Männer führen wirklich in ihrer Freizeit ehrenamtlich eine wesentliche Funktion in unserer Zeit durch und sie haben es verdient, daß sie für ihre Organisationsaufgaben mit einer Erhöhung der Subvention um 30 % für das nächste Jahr bedacht worden sind.

Ein anderes Gebiet, zu dem ich einige Worte zu sprechen habe, ist die Volksbildung. Volksbildung heißt es im Budget, weil dieser Begriff verfassungsmäßig definiert ist. Erwachsenenbildung sagt man heute öfter. Volksbildung ist in Österreich Bundessache. Wir können nicht zu einem Landesgesetz kommen, sondern müssen zusehen, wie auf Bundesebene diese Frage gelöst wird. Wir schweben derzeit sozusagen im gesetzlosen Zustand. Unsere Förderung ist eine freiwillige Leistung. Sie wird im Jahre 1971 zum ersten Mal die Milliongrenze überschreiten. Auf diesem Gebiet ist die Situation ungefähr die. Es gibt eine ganze Reihe von Vereinigungen, Vereinen, Institutionen usw., die sich mit der Erwachsenenbildung sehr verdienstvoll beschäftigen. Es ist an der Zeit zu versuchen, sie zur Kooperation zu bringen. Es handelt sich um Organisationen wie die verschiedenen Bildungswerke, Volksbildungswerk, katholisches oder evangelisches Bildungswerk, Volkshochschulen, Urania, die Bildungsheime in der Steiermark, die Kammern mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut oder

mit den Initiativen der Landwirtschaftskammer, das Berufsförderungsinstitut usw. Letzten Endes gehört dazu das Heim des Landes — Retzhof —, über das einiges gesagt worden ist, und auch das Bildungsheim St. Martin, das nicht zu meinem Ressort zählt. Es wird in der nächsten Zeit versucht werden, zur Kooperation zu gelangen. Eine erste Besprechung habe ich mit Vertretern aller dieser Bildungseinrichtungen schon gehabt. Ich werde versuchen, im Jänner diese Gespräche fortzusetzen, damit wir miteinander vielleicht zu einer vernünftigen Vergabung von Subventionen kommen, indem wir uns gemeinsam einige Schwerpunkte vornehmen. Das würde mir auf diesem Gebiet vorschweben. Eine Grundlage zu dieser Arbeit habe ich zu erstellen versucht, indem ich vor zwei Monaten einen Bildungsfragebogen an sämtliche steirische Gemeinden habe aussenden lassen. Es sind bisher 410 Antworten eingelangt. Ein wesentlich besserer Erfolg, als ich mir das vorher ausgedacht hatte. Hier wurden Fragen gestellt über alle Arten von Bildungs- und kulturellen Aktivitäten dieser Gemeinden, über die Möglichkeiten und über die Probleme und Wünsche. Die Auswertung ist erst im Gange, aber einige Gesichtspunkte kommen doch schon sehr klar heraus. Ich möchte auf einen noch einmal zurückkommen, den ich schon am Morgen angeschnitten habe, nämlich auf die Frage des Raumes. Es haben von diesen 410 Gemeinden nicht weniger als 91 bekanntgegeben, wir haben keinerlei Veranstaltungslokal für Bildungs- oder kulturelle Veranstaltungen, von irgendeinem Gasthaussaal bestenfalls abgesehen. Daher bin ich zu diesem Problem gekommen. Ich glaube, für die Zukunft müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß keine Gemeinde ohne Bildungszentrum sein kann, daß aber dieses Bildungszentrum schon längst dort steht, nämlich in der Schule, im Schulgebäude und daß dieses offen werden muß für Bildungsaktivitäten aller Art. Sollte irgendwo erst eine Schule oder ein Heim gebaut werden müssen, dann müßte man sich vorher absprechen, um zu sehen, wie man beide Zwecke unter ein Dach bringt. Das war der Sinn meiner heutigen Ausführungen und daß muß ich an dieser Stelle noch einmal unterstreichen.

Nun einige Feststellungen zu den Gebieten von Kunst und Wissenschaft. Ich möchte sagen, die Förderung auf diesem Gebiet hat an zwei Fehlhaltungen vorüberzugehen. Eine Fehlhaltung wäre die, immer nur konservieren zu wollen, nur restaurieren zu wollen; kein Risiko eingehen und keine Entwicklung eingehen zu wollen. Ich möchte mich offen zum Risiko in Sachen Kulturpolitik bekennen. Die zweite Fehlhaltung wäre die, die Kulturpolitik mit einem Grand-Prix-Rennen zu verwechseln, immer an der Spitze sein zu wollen, der Schnellste wäre zugleich der Modischste, der Beste, der Förderungswürdigste. Diese Versuchung steht sicherlich heran, aber man darf ihr nicht nachkommen. Sicherlich ist es auch hie und da notwendig, den Blick zurückzuwenden, einerseits das Risiko zu suchen, andererseits den Blick zurück mit oder ohne Zorn zu wenden. Dieses „sowohl als auch“ spiegelt sich seit Jahren in der Kulturpolitik des Landes Steiermark wider. Es ist für mich fast eine

Selbstverständlichkeit, diese Linie fortzusetzen. Sie setzt sich zum Beispiel fort in der Frage der Museen, wo also bewahrt wird und konserviert wird. Es ist eine weit verbreitete Folgerung, daß ein Museum nur zu konservieren hat. Im Gegenteil, ein Museum ist eine Bildungsinstitution erster Klasse, auch wenn ihr manche ein Begräbnis dritter Klasse wünschen. Selbstverständlich ist es notwendig, daß diese Institution zeitgemäß aufgemacht wird und zeitgemäß geführt wird und das scheitert oft an einfachen materiellen Voraussetzungen. Wenn ein Museum nicht die richtige Aufstellungsmöglichkeit hat, wenn es nicht die richtige Beleuchtung hat, wenn es nicht beheizbar ist, wie das Joanneum, wie das alte Gebäude in Graz und einige andere Gebäude dieser Art, dann hat es nicht die Möglichkeit, die Funktion eines modernen Museums, das Bildungsinstitut sein muß, zu erfüllen. Wir sind hier auf langsamen Wegen. Es haben die Arbeiten für die Installierung einer Zentralheizung im alten Gebäude des Joanneums in der Raubergasse begonnen, es wird damit aber bei weitem nicht genug sein können, wir werden auch in der Neutorgasse weiterarbeiten müssen. Ich möchte an dieser Stelle doch auch sagen, weil man doch zwischendurch mit Ziffern Erfolge kennzeichnen möchte, daß wir unter unseren Museen wirkliche Schaustücke haben, wirkliche Auslagenfenster, in die sehr wohl viele Menschen kommen. Wir haben im heurigen Jahr beispielsweise in Eggenberg — zugegeben, da sind die Parkbesucher dabei — bis zum Monat November bereits 129.000 Besucher gehabt. Wir haben im Landeszeughaus bisher 24.500 Besucher gehabt, wir haben im Schloß Trautenfels 9800 Besucher von Mai bis Oktober gehabt. Auch hier haben wir dieselbe Situation: Das Schloß ist nicht beheizbar; wir haben schließlich auch im österreichischen Freilichtmuseum ganz große Erfolge zu verzeichnen — das ist aber kein steirisches Landesmuseum, ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken, das ist eine gesamtösterreichische Einrichtung, in der aber entscheidendste Impulse von meinem Vorgänger und überhaupt von der steirischen Kulturpolitik ausgegangen sind. Es wurden oben im Stübinggraben in diesem Jahr 35.000 Besucher gezählt, davon sind 20.000 nur in den letzten beiden Monaten gekommen, im September nach der Eröffnung durch den Bundespräsidenten und im Oktober. Im November mußte das Freilichtmuseum geschlossen werden, weil eine Winterpause in diesem Museum nicht umgangen werden kann. Dies sind einige Ziffern, die Ihnen zeigen, daß Museen attraktiv sein können, daß auch Menschen hineingehen. Wir müssen diese Museen nur gut genug ausstatten. Wir sind daran, ein weiteres Museum zu einer, wie ich hoffe, wirklich großen Attraktion zu machen, obwohl das vom Thema her fürs erste ganz weit weg zu sein scheint — es handelt sich um das Museum für Vor- und Frühgeschichte. Diese Abteilung, die vom Joanneum nach Eggenberg verlagert wird, wird nach wirklich modernsten museographischen Gesichtspunkten aufgestellt werden und ich freue mich heute schon auf die Eröffnung dieser Abteilung. Ich würde mir wünschen, die Eröffnung käme noch vor dem Jahre 1972, also im Jahre 1971 zuwege, wir hatten nur das

Pech, daß wir anscheinend die langsamste Baufirma von ganz Mitteleuropa mit den Arbeiten betraut haben, es geht wirklich nur sehr langsam voran, aber es wird eines Tages auch zum Ende kommen und es wird dieses Museum sicherlich ein weiterer Anziehungspunkt in der Steiermark und in Graz werden. Wir haben auch, wie bereits erwähnt, die Handwerksausstellung gehabt, auch diese Ausstellung war ein großes Schaufenster des Joanneums, 37.000 Besucher sind gekommen und haben sich diese Ausstellung angesehen, die doch ein hervorragendes Mittelding zwischen einer kulturgeschichtlichen und einer Kunstaussstellung gewesen ist. Über solche Initiativen wird doch leider etwas wenig gesprochen. Ich meine das nicht auch für den Landtag, das muß ich doch heute dankbar vermerken, aber doch in der Öffentlichkeit. Wenn man manchesmal sagt, daß die bewahrenden Kräfte in diesem Lande so etwas wie die schweigende Mehrheit darstellen, dann kann man sagen, manchmal schweigen sich diese bewahrenden Kräfte über bewahrende Initiativen mit Stimmeneinhelligkeit aus.

Ein anderer Punkt ist die Frage der Denkmalpflege. Auch hier muß ich ein paar Worte anbringen, denn auch das ist ein Bereich, der in der Öffentlichkeit unbedankt bleibt und in dem sehr, sehr viel geleistet wird. Wir sind uns wirklich unserer Verpflichtung bewußt, daß zur Umwelt auch die Architektur gehört, speziell die schöne, großartige Architektur, die wir ererbt haben. Wir wissen, was unsere Schlösser und Abteien, unsere Kirchen und Stifte, unsere Altstädte, Ortskerne, Portale, Bildstöcke usw. als Erbstück bedeuten: Sie sind qualitativ hervorragend aber finanziell enorm belastend für die Besitzer, für private Besitzer, für Gemeinden usw. Wir haben im abgelaufenen Jahr eine Menge von Restaurierungsarbeiten weiter- oder zu Ende geführt. Ich zähle nur einige ganz wenige auf — wenn ich alles einigermaßen komplett aufzählen würde, würde ich Sie tödlich langweilen. Es handelt sich um Arbeiten in den Burgen und Schlössern Riegersburg, Freiberg, Altkainach, Wildbach, Stainz usw., es handelt sich ferner um die Gesamtfärbung des Hauptplatzes in Kapfenberg, um die Wiederherstellung der „Dachlandschaft“ — wie die Fachleute sagen — in der Stadt Radkersburg, um Arbeiten in Hartberg, Vordernberg, Pöllau und Radkersburg, um die Fertigstellung des Stadtmuseums in der Alten Burg in Leoben, um viele Restaurierungsmaßnahmen auch in der Stadt Graz, an Kirchen in der ganzen Steiermark usw. Wir haben für das Jahr 1971 aus Landesmitteln für die Denkmalpflege einen Betrag von 3,6 Millionen S eingesetzt, wir bekommen ferner aus Bundesmitteln einen Zuschuß in der Höhe von zirka 1,6 Millionen S und wir haben extra dazu noch für die Altstadtanierung der Stadt Graz einen Betrag von 1 Million S eingesetzt und im außerordentlichen Budget bedeckt. Die Anstrengungen auf diesem Gebiet können sich, glaube ich sagen zu dürfen, wirklich sehen lassen.

Eine andere und ganz wesentliche Frage in meinem Sektor sind die Probleme des Theaters. Hierüber wurde heute schon sehr viel und sehr Richtiges gesagt und ich werde mich verhältnismäßig kurz dazu äußern. Fehler sind von den verschiedenen

sten Seiten aus passiert, sicherlich von den Gebietskörperschaften her insofern, als man in diesem zitierten Theaterausschuß immer wieder dem Sinn nach gesagt hat, „da hast Du mein Geld, liebes Theater, und dann lasse mich in Ruhe“; wenn es dann mit dem Geld nicht mehr ausgegangen ist, besonders gegen Jahresende, hat man das große Gejammer begonnen und dann wurden dem Theater Vorwürfe noch und noch gemacht. Ich glaube, so einfach geht es nicht. Es wird wirklich absolut notwendig sein, mit dem Theater in engere Tuchfühlung zu gelangen, es hat der Steuerzahler darauf ein Anrecht, aber es hat auch letzten Endes das Theater darauf ein Anrecht. Sicherlich liegen Fehler auch beim Theater, zum Beispiel schlechte Öffentlichkeitsarbeit, fragwürdige Spielplangestaltung, fehlende Werbung usw., sicherlich liegen manche Wurzeln noch viel tiefer, genauso, wie es Herr Abgeordneter Gross im Laufe des heutigen Vormittags gesagt hat, nämlich in der Fragwürdigkeit gewisser Erscheinungen im kulturellen Bereich, sicherlich ist die Theaterkrise zum Teil auch eine Kulturkrise. Wir müssen aber weitermachen und grundsätzlich gilt für mich die These, das Theater muß so lange bestehen, solange es Menschen gibt; solange Menschen leben, wird das Bedürfnis bestehen, Theater zu spielen und Theater zu sehen und zu hören und es muß möglich sein, in einer solchen Stadt Bühnen, wie es die Vereinigten Bühnen sind, weiterzuführen, und zwar gut weiterzuführen. Ich glaube, das Argument, die Häuser wären zu groß für Graz, ist ein furchtbarer Bumerang. Wenn man bedenkt, daß das Schauspielhaus seit dem Jahre 1825 in fast derselben Größe besteht und das Grazer Opernhaus seit dem Jahre 1899, dann kann man mit diesem Argument nicht arbeiten, auch wenn man bedenkt, daß viele andere Ablenkungen inzwischen dazugekommen sind — vor allem das Fernsehen. Es ist aber auf der anderen Seite die Stadt enorm gewachsen und das Einzugsgebiet durch die Motorisierung viel, viel größer geworden. Es gilt auch nicht der Ruf nach der Einstellung der Abstecher — ich muß hier berichten, daß ich von mehreren steirischen Städten, wie zum Beispiel Hartberg, Weiz, Köflach in erster Linie, von den Stadtvätern besorgteste Briefe erhalten habe, in denen dem Sinne nach stand „sorgen Sie bitte dafür, daß die Abstecher des Grazer Theaters nicht eingestellt werden. Wir wohnen zwar nicht weit von Graz, es ist aber ein großer Unterschied. ob man in einen Autobus verladen wird und nach Graz fährt, um dort an einem Theaterabend teilzunehmen, oder ob man dieses gesellschaftliche und kulturelle Ereignis an Ort und Stelle erleben kann“. Wir haben als Land bestimmt die Verpflichtung, auch mit unseren steirischen Bühnen hinauszugehen in die Bezirke. Das war ja letzten Endes auch eines der Motive, wodurch es zur Teilung des Zuschusses zwischen Stadt und Land überhaupt gekommen ist. Sicherlich ist es notwendig, Konzepte zu finden, künstlerische und wirtschaftliche Konzepte, einen Steigerungsfaktor vorzusehen, damit nicht immer zu Ende des Jahres das Theater um sein Budget raufen und jammern muß. Sicherlich ist es auch notwendig, dem Theater gewisse Notwendigkeiten in der Wer-

bung, im Management, in der Betriebsführung geradezu aufzuzwingen. Es sind Vorschläge dieser Art bereits ausgearbeitet. Ein Reformkomitee ist eingesetzt worden im Theaterausschuß. Ich selbst wurde mit seiner Leitung beauftragt. Wir haben im Sommer getagt, aber bis zum heutigen Tag ist der Theaterausschuß noch nicht dazugekommen, über die Vorschläge des Komitees zu diskutieren. So geht es nicht weiter. Das ist ganz sicher. Daher hat auch dieses Komitee selber vorgeschlagen, daß ein kleines Gremium eingesetzt wird, das sozusagen den engen Kontakt, die enge Kontrolle über das Theater ausübt, ein bewegliches, entscheidungsfreudiges Gremium, das zwischen dem Theaterausschuß und den Vereinigten Bühnen eine Art Bindeglied darstellt. Wir brauchen sicher auch Überlegungen, die in die Finanzierung hineinspielen. Es wurden viele grundsätzliche Fragen angeschnitten. Auch die Frage des Fernsehschillings. Auch darüber möchte ich berichten. Auch in diesem Komitee wurde darüber gesprochen, ob es nicht möglich sein könnte, einen Fernsehschilling einzuführen. Das würde bedeuten, daß der Fernseh abonnet im Monat angenommen einen Kostenbeitrag von S 5.— zu leisten hätte. Dieser Kostenbeitrag würde abzüglich der Postspesen eine Gesamtpost von über 9 Millionen S für die Steiermark ergeben. Sicherlich ist das nicht einfach zu vertreten, aber ich gebe doch zu bedenken, die Theater, nicht nur die Grazer Theater, sind die Pflanzstätte für die Schauspieler, von denen das Fernsehen lebt. Sperren wir unsere Theater zu, dann werden wir sehen, wie es mit dem Film und Theater im Fernsehen aussieht. Unsere Theater sind die Pflanzstätte für diese Künstler, von denen das Fernsehen lebt und durch die der Fernseher fast jeden Abend sein Theaterstück im Haus haben kann. Darüber müßte ganz ernst diskutiert werden, das kann nicht von heute auf morgen gelöst werden. Im großen und ganzen möchte ich sagen zum Grazer Theater, Lustspiele gibt es auf der Bühne, im Theaterausschuß vorläufig nur Trauerspiele. Sicherlich nicht zu vergessen, auch heute schon angekreidet, ich habe es mit Dankbarkeit vermerkt, die Frage der mangelnden Bundessubvention. Auch so, glaube ich, geht es nicht mehr weiter. 429 Millionen S im Bundesbudget 1971 nur für die Bundestheater in Wien und auf der anderen Seite 24 Millionen S für sämtliche Landestheater in den Bundesländern. So ist es nicht mehr möglich. Im Finanzausgleichsgesetz steht es, daß der Bund die Ländertheater subventionieren kann. Die Theaterförderung fällt in die Kompetenz des Finanzministeriums und dort besteht bisher keine Tendenz, diese Förderung zu erhöhen. Jede Initiative, die eine Bahn dem Theater im Finanzministerium bricht, ist im Sinne aller Theaterbesucher, die es schon sind oder die es noch werden wollen.

Nicht nur über die Stadtkultur möchte ich sprechen. Auch über Volkskultur in den Bezirken draußen und über den Schwerpunkt: Zum Beispiel über die Frage der Blasmusikkapellen. Für mich ist die Tätigkeit dieser Kapellen, seien es Werkskapellen oder private Musikvereinskapellen, egal, eine eigenständige, eigenschöpferische Tätigkeit, mit der werktätige Menschen ihre Freizeit nützen und ausfüllen.

Eine Tätigkeit, die auch gemeinschaftsbildend ist, denn die Blasmusikkapelle im Dorf begleitet den Menschen im Lebenslauf und im Jahreslauf. Daher wird es für das Jahr 1971 zu einer 25%igen Erhöhung der Förderungsbeiträge für die Blasmusikkapellen in der Steiermark kommen.

Ins Neuland führen uns Tätigkeiten, führen uns Initiativen, wie jene des „Steirischen Herbstes“. Auch darauf wurde bereits Bezug genommen. Für mich ist der „Steirische Herbst“ eine großartige Idee, eine großartige Schöpfung meines Vorgängers. In meinen Augen hat dieser „Steirische Herbst“ zwei Funktionen. Erstens Neues, noch nicht Bekanntes in die Steiermark zu bringen, damit das Publikum die Gelegenheit hat, sich mit dem auseinanderzusetzen, was anderswo gestaltet und geschaffen wird und zweitens die eigenständige Kraft dieses Landes zu wecken und zu fördern. Sicherlich ist noch nicht alles gelungen auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Idee. Sicherlich ist der „Steirische Herbst“ doch noch zu sehr ein Grazer und vielleicht doch noch ein zu sehr fremder Herbst. Ich glaube, wir haben hier einen richtigen Weg eingeschlagen, aber es ist nicht möglich, von heute auf morgen diesen Weg so zu vollenden, daß dieser „Steirische Herbst“ die Perfektion selbst sein könnte. Eines der Kernstücke ist die Steirische Akademie. In meinen Vorstellungen soll sich um diesen „Steirischen Herbst“ die Zusammenarbeit zwischen dem Land Steiermark, zwischen der Kulturpolitik dieses Landes und den steirischen Hochschulen gruppieren. Die steirischen Hochschulen sind ein Reichtum unseres Landes, und unsere Kulturpolitik hat alles Interesse daran, diesen Reichtum zu wahren und zu nützen. Das wird durch die Steirische Akademie und nicht nur durch sie weiterhin gelingen. Was den „Steirischen Herbst“ betrifft, hat man hie und da das Echo zu hören, er ist zu progressiv und hier werden zu viele Mittel dem Progressiven zugeteilt. Vor kurzem wurde ich ganz unbefangen und erstlich in einer Diskussion im Oberland befragt, ob es wahr ist, daß der „Steirische Herbst“ pro Jahr 400 Millionen S kostet. Ich wäre ein glücklicher Kulturreferent, wenn dem so wäre. Leider müssen wir für den Augenblick zwei Nullen weglassen und dann sind es nicht nur die Landesbeiträge, sondern dann sind es die Beiträge des Landes, der Stadt Graz und des Österreichischen Rundfunks, die sich für das Jahr 1970 auf rund 4 Millionen S belaufen. Dabei haben wir vom Bund her, auch das wurde deutlich bereits angemerkt, die Damen und Herren haben mir wirklich viel von meiner Mühe weggenommen, dafür bin ich ihnen dankbar, nur geringste Mittel bekommen. Wenn man die Subventionen vergleicht, die andere Festspiele bekommen, dann geht der „Steirische Herbst“ sehr schlecht aus dem Rennen. In Salzburg haben wir eine Bundessubvention von 15,5 Millionen S, in Bregenz 4 Millionen S, für die Wiener Festspielwochen 3,8 Millionen S, für burgenländische Festwochen immerhin noch 1,5 Millionen S, aber für den „Steirischen Herbst“ nur mehr 650.000 S. Für das Jahr 1971 ist keine überwältigende Steigerung vorgesehen, sondern nur eine Erhöhung vorläufig von S 650.000.— auf S 700.000.—. Ich glaube, hier stimmen die Relationen mit den

anderen Veranstaltungen in ganz Österreich wirklich nicht mehr. Manche sagen also, für dieses progressive Zeug wird viel zuviel ausgegeben. Ich habe mir die Arbeit gemacht, weil mich das wirklich selbst interessierte, wieviel der progressive Teil des „Steirischen Herbstes“ anteilmäßig vom ganzen steirischen Kulturbudget ausmacht. Ich bin dabei zu einer recht lustigen Ziffer gekommen. Ich habe die Ansätze von 1971 vorgenommen, da gibt es Ansätze, die insgesamt S 2.725.000.— betragen, das ist alles inbegriffen außer der Steirischen Akademie, die ja wohl nicht eindeutig in die progressiven Kunstinitiativen des „Steirischen Herbstes“ gezählt zu werden braucht. Wenn wir also diese Zahl haben und sie vergleichen mit den Summen meines Kulturbudgets, ich meine damit die Gruppe 3, soweit sie mir gehört, und mit dem außerordentlichen Voranschlag, soweit er in der Gruppe 3 bedeckt ist — das wären S 123.440.000.— —, dann machen die progressiven Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“ insgesamt 2,215% des Kulturbudgets des Landes Steiermark aus. Wenn ich auch noch dazuzähle das Forum Stadtpark, das immerhin auch ein Haus zu erhalten hat und nicht nur Malerei und Plastik vertreibt in seinen Wänden, erhöht sich diese Summe auf 2,296% des Kulturbudgets des Landes Steiermark. Ich glaube, die Progressiven haben manchmal nicht einmal so Unrecht, wenn sie sagen, viel bekommen wir nicht. Besser werden muß vielleicht nicht unbedingt sofort diese Förderung, doch aber unser Verhältnis zur Kunst, meine Damen und Herren. Gestatten Sie mir bitte, daß ich in den nächsten Minuten einen Text vorlese — ich bin sehr vorsichtig geworden, denn in diesem Bereich wurden mir in den letzten Tagen und Monaten sehr viele falsche Äußerungen in den Mund gelegt —, daß ich mir einige prinzipielle Äußerungen schriftlich festgelegt habe: Ich möchte kurz über drei Kategorien von Reaktionen auf moderne Bestrebungen in der Kunst sprechen. Soweit ich sehe, gibt es erstens jene, die von jedem Kunstwerk in jeder Kunstausstellung nur das sehen, was schmutzig ist oder schmutzig sein könnte. Sie entwickeln dabei genauso viel Phantasie wie die Künstler, die den wirklichen oder angeblichen Schmutz zeigen. Wenn der Künstler des Schmutzes zutiefst Pessimist ist, so sind auch die Betrachter ebensolche Schwarzseher, die — wie das Kaninchen auf die Schlange starrend — ängstlich den nun schon seit Jahrzehnten stattfindenden Untergang des Abendlandes herbeifürchten. Ihr nicht geringes Triebpotential entlädt sich meistens in geradezu heroischem Haß gegenüber allem und jedem, was nicht ihrer Meinung ist. Ihre Intoleranz ist gleich groß wie jene der von ihnen Kritisierten. Zweitens gibt es jene, denen Kunst normalerweise gleichgültig ist. Für sie ist Kunst bestenfalls Dekoration des Lebens, sie wird von ihnen nur geduldet, solange sie „im Winklerl steht“. Das geht so lange gut aus, als der Künstler brav konventionell im Verborgenen lebt. Solche Künstler werden ja bei uns gefördert und es ist nicht wahr, daß es keine konservativen Kunstausstellungen gibt. Daß die Betrachter der zweiten Kategorie nichts davon wissen, kennzeichnet ihr nicht vorhandenes Verhältnis zu

künstlerischem Bemühen. Der Künstler wird also nicht beachtet, solange er „brav“ ist. Aber wehe, wenn er eines Tages nicht mehr „brav“ ist, wenn er womöglich hinausgeht auf die Straße und provokant wird. Dann ist plötzlich der Teufel los. Menschen, die nicht wissen, was sich in Jahrzehnten getan hat, stehen plötzlich vor einer Marswelt, die längst nichts Neues ist, und reagieren darauf mit Angst und Schrecken. Genauer gesagt, sie reagieren nur auf das Ungewohnte; manchmal absichtlich Kitschige, das Provokante. Schlecht formuliert könnte man sagen, der Künstler wird von diesem Publikum eher beachtet, wenn er Mist macht, als wenn er um Qualität ringt. Für ihn ist aber diese Beachtung bestimmt noch besser als gar keine Beachtung. Wenn also zum Beispiel von 80 Ausstellungsstücken fünf Stücke wirklich schlecht sind, genauer gesagt „schwache Gags“ sind, dann wird nur von diesen fünf Stücken gesprochen. Es wäre kein Wunder, wenn von den anderen 75 Künstlern einige ebenso provokant und schlecht würden, damit sie wenigstens beachtet werden, was ihnen vorher nicht gelungen ist. Wenn zum Beispiel anlässlich der Rosegger-Preis-Verteilungen nur über Bauer und nicht über den nicht aggressiven Pototschnigg gesprochen wird, der ja auch diesen Rosegger-Preis erhalten hat, dann wird bei jeder Erwähnung Bauers der nichtbeachtete, ja völlig unbeachtete, mit Gleichgültigkeit bestrafte Pototschnigg indirekt beleidigt. Er sollte eigentlich von seiner besinnlichen Lyrik auf harte Dramatik umsteigen, dann würde er durch die Reaktion von Gegnern plötzlich bekannt werden. Was sich äußert, ist die unglaublich tiefe Kluft zwischen Kunst und Publikum. Ein Ansatzpunkt zur Besserung ist die Erkenntnis, daß die schöpferischen, musischen Kräfte in jungen Menschen in- und außerhalb der Schule viel zuwenig angesprochen werden. Unser Unterrichtssystem vernachlässigt in grober Weise die Gesamtschau des Menschen. Das Produkt dieses Systems ist ein passiver Konsument von Kitsch und Kunst. Drittens gibt es noch diejenigen, die — sehr weitdenkend — sich Sorgen machen um die Kunst, die nach Qualität, dem Inhalt und der Form suchen. Sie stehen der nicht bloß dekorativen Kunst eher hilflos gegenüber, sie träumen meist von einer heilen Welt, auch das wurde heute schon gesagt, die es in Wahrheit nicht gibt und nie gegeben hat, aber auch nie geben wird. Wenn zum Beispiel auf der Leserseite irgendeiner Zeitung indirekt von dieser heilen Welt gesprochen wird, die in der modernen Kunst in Gefahr sei, so ist das ein grotesker Eindruck, wenn auf allen anderen Seiten derselben Zeitung die unheile Welt aus allen Zeilen spricht, wie Meldungen über Krieg, über alle Arten von Gewalt, Verbrechen, Unfälle, aus Meldungen über den sexuellen Pflichtgenuß, der heute vorgeschrieben ist, oder über alle anderen Varianten von Triebenthemmung usw. Eine solche Zeitung muß nicht gleich das „Neue Forum“ Günther Nennings sein, der sich ja — auf wienerisch formuliert — immer mehr zu einem „Jugendverzahrer“ entwickelt. Fast jede Zeitung huldigt heute diesem Kult, vom Film überhaupt ganz zu schweigen; aber davon redet niemand. Der Einfluß dieser Erzeugnisse ist

ja um vieles höher, ist turmhoch höher als der eines Stückes von Bauer oder Sommer. Der, der ins Theater geht, ist ja gar nicht mehr zu gefährden durch das Stück, das er sieht.

Apropos Theater: Es ist sehr lustig zu sehen, wenn das Theater manchenmal nur mehr den Zweck hat, Kulisse für irgendwelche Feierlichkeiten zu sein, zum Beispiel für Jungbürgerfeiern, und man dabei beobachten kann, wenn dann bei der anschließend an die Feierlichkeiten aufgeführten Rosenkavalier-Veranstaltung die Mandatare sich wohl den ersten Akt ansehen, aber beim zweiten Akt nach der Pause verschwunden sind. Bei Wolfgang Bauer bleiben sie, glaube ich, bis zum dritten Akt. Der junge Mensch wächst in einer Umwelt auf, die den Menschen völlig einengt und reduziert, vor allem sein Triebleben reduziert, und ihn umso eher in falsche Lebenshaltungen treibt, als er dazu durch permanente Berieselung wie Schlagertexte, Film usw. aufgefordert wird. Ist es verwunderlich, daß auch in der Kunst solche Wege gegangen werden, und zwar von Talenten, wie es Bauer und Sommer sind. Ihre Aussage ist sicherlich symptomatisch für den falschen Lebensstil, den amerikanisierten Lebensstil, der längst auf Westeuropa übergegriffen hat.

Steigende Ziffern unserer hektischen Konsummaschinerie geben nur ein unvollkommenes Bild von der Möglichkeit des Menschen, heute glücklich zu werden, wenn man nicht zugleich über steigende Selbstmordziffern spricht. Es ist kein Wunder, daß bei uns immer mehr Menschen nach dem Osten schielen und sagen, dort drüben gibt es solche Exzesse nicht. Die vom Osten schielen zu uns nach dem Westen und wünschen sich ein wenig von der Freiheit, mit der manche von uns nichts mehr anzufangen wissen. Das ist der wahre Kern der Dinge und der Herausforderung, die uns in Westeuropa gestellt ist. Es gilt, die europäische Lebenshaltung zu binden; nicht die amerikanische hochkapitalistische und auch nicht die russisch-chinesische, die kommunistische Lebenshaltung; die europäische, die es den Menschen in der nachindustriellen Welt gestatten wird, in relativ großer Freiheit mit relativ großen ökonomischen Möglichkeiten glücklich zu werden. Die Frage wird lauten: Wie wird der Mensch glücklich, obwohl er frei ist, wie wird er glücklich, obwohl er reich ist? Es ist ein lustiger Gag, wenn wir alle fröhlich klatschen, wenn Rosegger zitiert wird mit seinem Satz: Wie reich bin ich, daß ich arm gewesen bin. Völlig einverstanden. Ich bin auch arm gewesen in meiner Kindheit, ich weiß, was das für ein Reichtum ist. Aber können wir diesen Satz heute vor der Jugend noch glaubwürdig vertreten? Tun wir es in den Kammern, in der Gewerkschaft? Wird es mein Freund Lackner tun, wenn er von der Ennstaler Milchwirtschaft sprechen wird, beispielsweise. Das ist die Frage, das ist die Konstellation.

In Amerika reden sie vom Individuum und schlittern damit in schrankenlosen Egoismus, an dem jede Gemeinschaft zerbricht. Die moderne, totale Triebbefriedigung ist auch nichts anderes als hochgezüchteter Egoismus, Produkt sinnloser Freiheit.

Im Osten reden sie von der Gesellschaft und schlittern damit in einen schrankenlosen Kollektivismus, an dem der einzelne zerbricht. Beide Wege gehen in die Irre. Der richtige Weg kann nur auf einer Ebene gefunden werden, auf der das Bild der menschlichen Persönlichkeit und das Bild der menschlichen Gemeinschaft neu definiert werden. Diese Übergangsphase zeigt sich an der Kunst von heute. Darum ist es so schwierig, heute Kulturpolitik zu betreiben. Man ist zwei Versuchen ausgesetzt. Erstens total zu dirigieren aus Bequemlichkeit, womöglich auch um Wählerstimmen damit zu gewinnen oder zweitens alles laufen zu lassen, womöglich auch wieder aus Bequemlichkeit und um andere Stimmen zu gewinnen. Ich bekenne mich weder zu dem einen noch zu dem anderen Grundsatz, weder zum Dirigismus noch zur Anarchie, sondern zu dem dritten Weg, der viel schwieriger ist, der viel unangenehmer ist, nämlich das Neue zu suchen, ohne das Alte zu verlieren. Dazu gehören aber mindestens zwei Haltungen. Erstens die Weltoffenheit. Wir können es uns nicht leisten, im Kulturellen rund um unser Land chinesische Mauern aufzubauen, so daß wir den geistigen Austausch herüber und hinüber blockieren, wie das in allen anderen Lebensbereichen möglich geworden ist. Das geht nicht mehr. Zweitens das Vertrauen. Das Vertrauen in die schöpferischen Kräfte des Menschen und diese schöpferischen Kräfte brauchen natürlich einen Freiheitsraum. Der muß ihnen gewährt werden, auch wenn sie dann manchmal in diesem Raum in die Irre gehen. Wir sind bestrebt, den Menschen wiederum in allen Bereichen diesen Freiheitsraum zu geben. Sollen wir ihn dem Künstler nicht geben? Freiheit führt sicherlich zu nichts ohne den Sinn für Verantwortung. Diese Verantwortung ist selbstverständlich Verpflichtung des Kulturpolitikers. Vielleicht tun sich die Österreicher dabei ein bißchen leichter als manche andere Menschen in anderen Ländern, weil wir Menschen sind, die ein gewisses Eigenmaß haben und dieses werde ich mich bemühen, mir zu bewahren und ich werde mich bemühen, im Sinne dieses Verantwortungsgeistes Kulturpolitik mit freien Räumen zu betreiben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Abg. Johanna Jamnegg: Ich wiederhole meinen Antrag und bitte die Damen und Herren Abgeordneten um Zustimmung zu dieser Budgetgruppe.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 3 ist angenommen. Wir kommen zur

Gruppe 4:

Fürsorgewesen und Jugendhilfe

Berichterstatter ist Abg. Johann Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellingner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Gruppe 4, Fürsorge und Jugendhilfe, ist im Voranschlag ein Betrag von 247,266.000 S

an Gesamtausgaben vorgesehen und das sind um 19,863.000 S mehr als im Jahre 1970. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen in der Höhe von 109,320.000 S gegenüber. Es werden um 8,330.000 S mehr Einnahmen erwartet als im Jahr 1970. Somit werden für die Gruppe 4, Fürsorge und Jugendhilfe, insgesamt 137,946.000 S aus Landesmitteln bereitgestellt. Daraus ersieht man, es gibt immer noch Menschen in unserem Land, die unverschuldet in Not geraten sind. Frauen und Männer, die den Anschluß zur sogenannten Wohlstandsgesellschaft nicht finden wegen ihres Alters, ihres Alleinseins oder ihres körperlichen Gebrechens. Ihnen allen zu helfen ist unsere Aufgabe. Die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser sozialen Maßnahmen sind im Voranschlag gegeben. Die Gruppe 4 gliedert sich in 8 Abschnitte und 11 Unterabschnitte. Im Abschnitt 41, Offene Fürsorge, wird vom Land für die Unterbringung von 630 Pflegekindern auf privaten Kostplätzen gesorgt und außerdem wird den 220 Landesbefürsorgten eine Dauerunterstützung gewährt. Ab 1. 1. 1971 werden die Fürsorgegerichtsätze um ca. 10 % vom Land sowie auch von den Bezirksfürsorgeverbänden erhöht. Bei der Geschlossenen Fürsorge im Abschnitt 42 finden wir Mehrausgaben in der Höhe von 4,893.000 S gegenüber 1970. Dieser Mehraufwand ist vor allem darauf zurückzuführen, daß ab 1. 1. 1971 die Pflegegebühren in fremden Anstalten sowie in den Landeskrankenanstalten, in den Heil- und Pflegeanstalten erhöht werden.

Der Unterabschnitt 446 behandelt die Blindenbeihilfe. Die monatliche Beihilfe wird ab 1. 1. für Vollblinde 900 S und für praktisch Blinde 540 S betragen.

Im Unterabschnitt 447, Behindertenhilfe, sind Mehreinnahmen gegenüber 1970 von 2,952.000 S präliminiert und Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr um 6,090.000 S. Der Mehraufwand ist auf die Erhöhung des Pflegegeldes sowie auf den erhöhten Anfall von Behindertenfällen zurückzuführen.

Ich glaube, das Hohe Haus nimmt mit Freude zur Kenntnis, daß das Land Steiermark bereits 35 Dienststellen für Behinderte in ihren Ämtern und Anstalten geschaffen hat. Dies ist beispielgebend und wäre nachahmenswert für andere Gebietskörperschaften. Das Pflegegeld, welches bisher den Behinderten erst ab dem 18. Lebensjahr ausbezahlt wurde, soll in Zukunft ab dem 16. Lebensjahr gewährt werden. Das Pflegegeld wird ab 1. 1. 680 S monatlich betragen. Die Mittel zur Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien sind im Unterabschnitt 449, Post 51,701, zusammengefaßt. Es sind dafür insgesamt S 8,500.000.— veranschlagt. Das ist sicher ein ansehnlicher Betrag, der für die Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien zur Verfügung gestellt wird. Aber leider ist dieser Betrag noch immer zuwenig für alle diese Fälle, die bei den einzelnen Bezirkshauptmannschaften für die Antragsstellung vorliegen. Es müßte auf diesem Gebiet in der Zukunft ein höherer Ansatz gewährt werden. Hohes Haus, der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Gruppe 4 beschäftigt und ich darf in seinem Namen den Antrag stellen, das Hohe Haus möge der Gruppe 4 „Fürsorge und Jugendhilfe“ seine Zustimmung geben.

Präsident: Als erster Redner hat sich Abg. Nigl zu Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land, die Bezirksfürsorgeverbände, die Gemeinden, aber auch eine ganze Reihe anderer Institutionen leisten Beachtliches auf dem Fürsorgesektor. Für das Land gestaltet sich die Gruppe 4 nach dem Voranschlag als ein breiter Fächer von Fürsorgeleistungen und sozialen Maßnahmen für unsere vom Schicksal nicht immer gleichbehandelten Mitmenschen. Was wäre das alles, gäbe es nicht gerade den Bereich der privaten Institutionen, ob jetzt Caritas oder Volkshilfe oder Wohlfahrtsdienst, und auch die Vielzahl jener Menschen, die mit Idealismus, mit Opfersinn, ich möchte sagen mit Herz, in dieser Tätigkeit Soziales leisten. Ich hatte am vergangenen Sonntag Gelegenheit, an einer Vorweihnachtsfeier der Gesellschaft für geistig Behinderte, die sich „Lebenshilfe“ nennt, teilzunehmen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich war zutiefst bewegt und beeindruckt von der Wärme und der Begeisterung, mit der dort in diesem Bereich gearbeitet wird und ich möchte gerade diese Tätigkeit stellvertretend für alles das nennen, was in diesem Zusammenhang Positives geleistet wird. Ich habe mir ursprünglich auch vorgenommen, auch Herrn Landesrat Gruber meine Anerkennung auszusprechen, weil ich Gelegenheit hatte, bei einer Reihe von Eröffnungen von durch das Land gebauten Heimen dabei zu sein. Im Detail brauche ich das aber nicht zu tun, weil sich der Herr Berichterstatter bereits sehr ausführlich mit diesem Referat beschäftigt hat und ich bitte aus zwei anderen Gründen um Vergebung, wenn ich es nicht tue, nämlich möchte ich Sie, Herr Landesrat, nicht in Schwierigkeiten bringen, wenn ich Sie allzusehr lobe (Landesrat Bammer: „Ein neuer Nigl!“) und zweitens, weil mir zufälligerweise auch im Zuge des Wahlkampfes für die Landtagswahl die Wahlwerbeschrift der Sozialistischen Partei in die Hand gekommen ist, wo Sie Ihre Funktionäre über die Leistungen des Landes und der Landesräte unterrichten und ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich nehme an, daß Herr Landesrat Gruber bei der Abfassung dieser Wahlschrift selbst dabei war, weil doch einiges drinnen ist, was nur er wissen kann und ich muß feststellen, er kommt dabei sehr gut weg, daß es wirklich zuviel des Lobes wäre, wenn ich auch noch in dieses Lied miteinstimmen würde. Darf ich mich daher nur auf das Grundsätzliche beschränken und sagen, daß ich mich mit allen jenen freue, die diese Arbeit nicht nur unterstützen — ich nehme an, daß das das ganze Haus ist — und ich freue mich über die Tatsache, daß für das kommende Jahr wieder beachtliche Mittel eingesetzt sind, um diese zweifellos notwendige und wichtige Arbeit zu erfüllen. Ich möchte mich noch mit zwei speziellen Dingen beschäftigen, und zwar ist das einmal die Frage der Flüchtlingsfürsorge, die im Budget mit einer Summe von 1,8 Millionen Schilling für das Jahr 1971 bedacht ist, ein Posten, der deswegen eingesetzt ist, weil der Bund auf Grund verfassungsrechtlicher Bestimmungen nicht zahlt und hier sozusagen den Bezirksfürsorgeverbänden den

„Schwarzen Peter“ zuspielt und das Land in diesem Falle einspringen muß. Ich persönlich kann nicht einsehen und habe das auch schon im Finanzausschuß zum Ausdruck gebracht, daß die Flüchtlingsfürsorge eine Landessache ist, weil sich doch kein Flüchtling aussucht, in welches Bundesland er flüchtet, sondern er flüchtet nach Österreich und ich meine daher auch, daß solche Kosten vom Bund zu übernehmen sind. Das zweite Problem: Sie alle wissen, daß wir uns in vielen Budgetsitzungen und auch zu anderen Zeiten über das Problem der Altenbetreuung immer wieder unterhalten und daß es Organisationen und Institutionen gibt, die dies auch tun. Und zwar einfach deshalb, weil in der Industriegesellschaft die Vereinsamung der alten Menschen vielfach ein Problem unserer Zeit ist. Es gibt erfreulicherweise da eine Möglichkeit, daß ein solcher Mensch von der Rundfunk- und Fernsehgebühr befreit werden kann unter gewissen Voraussetzungen. Ich könnte mir vorstellen, daß es ein sehr attraktiver Weg wäre, ein neuer Weg, ein der Vereinsamung entgegenwirkender Weg, wenn wir im Zuge der Altenbetreuung auch die Befreiung von der Telefongrundgebühr anstreben würden, eine Forderung, die sich natürlich an den Bund richtet, weil in diesem Zusammenhang ein viel wichtigerer Faktor beachtet wird, nämlich der, daß der alte Mensch auch dann, wenn ihn eine solche einsame Stunde befällt oder wenn ihn eine Krankheit überkommt, er Gelegenheit hat, Hilfe anzurufen bzw. er durch einen Anruf vor der Vereinsamung geschützt wird. Diese zwei Probleme wollte ich aufzeigen. Ich darf hoffen, daß die Landesregierung vor allem ihre Initiative in der Richtung geltend macht, den Bund entsprechend auf diese Probleme hinzuweisen und doch hier mehr finanzielle Unterstützung zu bekommen. Das bitte ich vor allen Dingen an den Herrn Landesrat Gruber gerichtet zu wissen. (Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zu Worte gemeldet ist Frau Abg. Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem meine Damen und Herren Abgeordneten der Sozialistischen Fraktion, soweit Sie anwesend sind. Ich möchte Sie ja nicht provozieren, aber daß gerade bei der Sozialdebatte so wenige von Ihnen anwesend sind, stimmt mich ein bißchen nachdenklich. (Landesrat Bammer: „Eure Abgeordneten waren beim Kapitel Bildung draußen!“) Und nun meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich folgendes sagen: Im Verlauf der Budgetdebatte wurde mehrmals schon von der Armut in der Welt gesprochen. Ich möchte mich heute im Rahmen dieser Budgetdebatte mit dem Thema „Armut in Österreich“ auseinandersetzen. Ich will also von jenen Menschen sprechen, die bei uns in die heutige Wohlstandsgesellschaft nicht miteinbezogen sind und die trotz vorbildlicher sozialer Gesetzgebung in Österreich und trotz zusätzlicher sozialer Leistungen des Landes mitten unter uns in echter Armut leben. Ich glaube, meine Damen und Herren, jeder von uns wurde in seinem Wirkungsbereich als Mandatar schon mit Fällen echter Notstands-

situationen konfrontiert. Gewiß ist es so, daß sich auch jeder von uns bemüht, in jenen Fällen, die uns bekanntwerden, so gut als nur möglich helfen einzuspringen, um wenigstens die ärgste Not lindern zu helfen. Doch stehen wir dabei oft auch vor der Erkenntnis, daß dauerhafte Hilfe, auf die es nämlich ankäme, für jene, die sie am nötigsten brauchen, in unserer so vorbildlichen Sozialgesetzgebung nicht drinnen ist.

Die Armut hat viele Ursachen, die Armut hat viele Gesichter. Wir wissen auch aus jenen Fällen, die an uns herangetragen werden, daß Armut auch quer durch alle Bevölkerungsgruppen geht. Doch wurde eine sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung über Armut in Österreich bisher nicht durchgeführt, ebensowenig gibt es gültige Unterlagen über das Ausmaß der Armut in Österreich. Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky ist zwar mehrmals mit dem Thema „Armut in Österreich“ vor die Öffentlichkeit getreten und er hat dabei von 500.000 Armen in Österreich gesprochen. Dazu erlaube ich mir nun die Feststellung, daß er hier doch von einer sehr oberflächlichen Betrachtung ausgegangen ist. Bei diesen 500.000 Armen stützte sich der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky auf die Einkommensstatistik, die ja für das wirkliche Ausmaß der Armut in Österreich allein nicht repräsentativ ist. Abgesehen davon, darauf möchte ich auch noch hinweisen dürfen, daß in dieser Einkommensstatistik, die er herangezogen hat, auch alle Lehrlinge und alle Teilzeitbeschäftigten, die man ja nicht zwangsläufig zu den Armen zählen kann, mit enthalten sind. Ich gestatte mir hiezu noch eine weitere Feststellung: Vor der Wahl, aber auch noch nach der Wahl, haben sowohl der heutige Bundeskanzler Dr. Kreisky als der heutige Sozialminister Häuser vor dem Bildschirm und damit vor Millionen Menschen in diesem Lande erklärt, eine der ersten Maßnahmen dieser sozialistischen Bundesregierung würde es sein, in Österreich den Kampf gegen die Armut aufzunehmen. Diese Maßnahmen sind, obwohl als erste versprochen, bis heute ausgeblieben. (Landesrat Gruber: „Da haben Sie das Bundesbudget aber noch nicht angeschaut, Frau Abgeordnete!“) Ich kenne das. Im Bundesbudget, Herr Landesrat, sind wohl die Ansätze wie jedes Jahr. Es war immer das höchste Sozialbudget auf Grund der gesetzlichen Bindungen. Auch diesmal ist es wieder angezogen worden. Aber für die echt Armen in Österreich ist nichts drinnen, jedenfalls nichts in dem Sinn, wie das angekündigt worden ist. (Landesrat Gruber: „Da haben Sie es aber nicht gründlich genug angeschaut!“) Nicht in diesem Sinn, wie das öffentlich angekündigt worden ist. Das erlaube ich mir festzustellen. (Abg. Pözl: „Das war ja nur ein Wahlversprechen!“ — Landesrat Gruber: „Ein bisserl Zeit lassen müssen Sie der Bundesregierung schon!“) Eine der ersten Maßnahmen hat der Herr Bundeskanzler erklärt. Mittlerweile sind neun Monate vergangen. (Landesrat Gruber: „Neun Monate!“) Dann muß ich zur Kenntnis nehmen, daß noch gar keine Maßnahmen gesetzt worden sind. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Viel mehr versprochen als gehalten!“ — Abg. Pözl: „Normal genügen neun Monate!“ — Präsident: Die Frau Abg. Jamnegg ist am Wort.) Ich erlaube

mir festzuhalten: Hier wurden nur Hoffnungen erweckt, deren Erfüllung man bis heute schuldig geblieben ist. Mit Versprechungen allein ist auch den Armen in Österreich nicht geholfen. Ich möchte mit allem Ernst sagen, für Menschen in Not muß man etwas tun, aber man sollte sie aus der politischen Propaganda herauslassen. (Beifall bei der ÖVP.) (Landesrat Bammer: „Sie werden den Sozialisten keinen Mangel an Sozialgefühl vorwerfen, Sie nicht!“) Aber was ich dem Bundeskanzler vorwerfe, was ich Sie bitten möchte, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, ihm zu sagen, ist, daß die Armen das ungeeignetste Objekt für parteipolitische Propaganda sind. (Landesrat Bammer: „Das brauchen Sie den Sozialisten nicht sagen, sie haben sich immer für die Armen eingesetzt!“) Ich wiederhole: Hier wurden Hoffnungen erweckt — und ich empfehle den Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses die vielen Leserbriefe, die in den verschiedenen Zeitungen nach diesen Erklärungen erschienen sind, nachzulesen —, Hoffnungen, zu deren Erfüllung man bisher nichts unternommen hat.

Damit hier wirklich etwas geschieht, haben wir zu dieser Budgetgruppe einen Antrag eingebracht — und ich wundere mich über Ihre Aufregung, denn ich möchte gerne bestätigen, daß auch Sie diesem Antrag beigetreten sind —, einen Antrag, mit dem wir nunmehr die Steiermärkische Landesregierung auffordern, unter der Führung des Statistischen Amtes und unter Mitwirkung der Abteilungen 7 und 9 im Land Steiermark ehestens umfassende Erhebungen einzuleiten und durchzuführen über das Ausmaß der Armut in unserem Land, über die Ursachen und den jeweiligen Grad dieser Armut. Ich möchte die Hohe Landesregierung bitten, diesem unseren Antrag zu entsprechen und diese Untersuchung in unserem Land rasch durchzuführen, weil ja zuerst Unterlagen da sein müssen und diese erst die Voraussetzungen und Grundlagen schaffen, damit dann auch wirklich Maßnahmen gegen die Armut gesetzt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächste Rednerin ist Frau Abg. Prof. Hartwig.

Abg. Prof. Traute Hartwig: Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen der Frau Abg. Jamnegg möchte ich wenigstens mit kurzen Worten mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß sie jetzt daraufkommt, daß den Armen schnellstens geholfen werden muß. Frau Abgeordnete, wir haben vier oder fünf Jahre ÖVP-Alleinregierung gehabt. Wieso gibt es noch so viele Arme? (Beifall bei der SPÖ.) (Abg. Jamnegg: „Sie hat es ja als erste Maßnahme versprochen!“) Jetzt sind Sie daraufgekommen. Großartig. Ich wundere mich und ich freue mich über noch etwas anderes, nämlich darüber, welch unerhörtes Vertrauen die ÖVP in die sozialistische Bundesregierung setzt (Abg. Pözl: „Jetzt haben wir neun Monate eine sozialistische Alleinregierung!“), weil sie ununterbrochen betont, daß jetzt doch immerhin in neun Monaten noch nicht das alles nachgeholt worden ist, was Sie in 25 Jahren nicht gemacht haben. Frau Abgeordnete,

so kann ich auch, wenn Sie das wollen. (Abg. Jamnegg: „Das hat doch Ihr Bundeskanzler gesagt und versprochen!“)

Ich möchte jetzt ein paar Worte noch zur Gruppe 4 rein sachlich sagen. Ich hätte nicht polemisch geredet, weil ich das in dieser Gruppe nicht für sehr angebracht halte. (Abg. Jamnegg: „Die Armen in Österreich sind für eine Polemik kein geeignetes Thema!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Aber sie sind von Ihnen dazu gemacht worden. Das möchte ich in aller Deutlichkeit feststellen.

Ein paar Worte zur freien Wohlfahrtspflege. Ich glaube, wir können froh sein, daß viele Organisationen helfen und Bedürftige auch auf privatem Sektor fördern. Wir können sagen, daß das Land seinen Dank für diese private Förderung in immerhin tatkräftiger Unterstützung in Form von 3,7 Millionen S insgesamt ausspricht. Sicher aber wäre es wünschenswert, wenn die Summen hier auch noch erhöht werden könnten. Ich glaube z. B., daß die Rehabilitation ein immer dringenderes Problem wird in einer Zeit, in der die Unfallzahlen ständig steigen und in der das, was von den Sozialversicherungen an Rehabilitation geleistet wird, allein oft nicht ausreicht. So könnte man zu jedem in dieser Gruppe vertretenen Posten etwas sagen.

Ich möchte noch hinweisen auf die an sich bescheidene Summe, die die Vereine bekommen, die in der Trinkerfürsorge mithelfen. Das ist eine zunehmend wichtige Tätigkeit. Es gehört sicher zu den absurden Erscheinungen unserer Zeit, daß wir das Geld, das der Staat auf der einen Seite aus dem Alkohol einnimmt, dann zum Teil wieder dafür verwenden müssen, um die Schäden auszuheilen, die eben durch diesen Alkohol entstehen. Es gibt viele andere Widersprüche auch noch.

Jetzt erlauben Sie mir ein paar Worte zu einer anderen Haushaltsstelle, zu der ich immer ein paar Worte gesagt habe. Ich möchte das auch heuer tun. Das sind die Kriegsoffer. Ich weiß, daß die Sorge für die Kriegsoffer Bundessache ist und ich weiß, daß leider auch noch immer nicht das Forderungsprogramm der Kriegsoffer, das sie im Jahre 1964 erstellt haben, wirklich erfüllt werden konnte. Ich möchte sagen, ein bescheidener Anfang ist heuer gemacht worden damit, daß wenigstens der bedürftigsten Gruppe, nämlich den Witwen, eine echte Hilfe zuteil wird und auch, bis zu einem gewissen Grad, den Eltern. Ich weiß aber, daß es nicht genügt, daß es erst ein Anfang ist. Ich weiß vor allem, daß es immer noch nicht das wirkliche Entschädigungsprinzip zum Durchbruch bringt. Aber daß hier ein Anfang gemacht worden ist im Bund, ist ja im Nationalrat von allen Parteien dankbar anerkannt worden. (Abg. Schrammel: „Die ÖVP hat das als erste Partei vorgebracht!“) Das tut sie immer. Es muß hier noch mehr geschehen. Ich bin völlig Ihrer Meinung. Im Land ist es das erste Mal, daß die, wenn auch bescheidene Haushaltsstelle mit 100.000 S für einen Sonderbeitrag an den Kriegsofferverband enthalten ist. Ich würde sehr wünschen, daß es gelingen möge, diese Haushaltsstelle weiter auszubauen. Zum Glück haben Haushaltsstellen in öffentlichen Körperschaften die Eigen-

schaft, daß sie wenigstens nicht mehr verschwinden oder nicht so leicht verschwinden, wohl aber können sie leicht ausgebaut werden.

Zur Altenbetreuung möchte ich noch hinzufügen: Ich glaube, daß die Altenbetreuung nicht mehr so sehr ein soziales Problem ist, sondern eher ein soziologisches geworden ist. Es hat einen alten Spruch gegeben, den die Sozialisten gerne verwendeten, der ungefähr gelautet hat: Es sei ein Wunsch für der Zukunft Fernen, daß unsere Kinder in den Schulen lernen und unsere Alten nicht mehr betteln gehen. Diese Forderung ist im wesentlichen durchgesetzt worden, gerade auch durch die Arbeit der Sozialisten. Was wir aber nicht fertigbringen bis jetzt, das ist die wirkliche Fürsorge für die Alten auf dem psychischen Sektor. Der Herr Abg. Nigl. hat etwas Ähnliches gemeint mit seinen Vorschlägen. Das kann man aber nicht allein mit Geld tun. Was das Land im Rahmen der Altenurlaubsaktion, der Altenbetreuung tut, was wir mit unserem Antrag auf Durchführung eines Altentages, eines Tages der Begegnung zwischen den Generationen meinen, kann immer nur ein Anstoß und eine Hilfe sein. Wir haben hier eine merkwürdige Erscheinung — zunächst ist der Wunsch immer deutlicher geworden, die Alten wollten zum Teil nicht mehr im Familienverband verbleiben, ich erinnere an die manchmal unleidlichen Verhältnisse vor allem auch im ländlichen Gebiet, die Jungen wollten nicht mit den Alten zusammenbleiben —, wir haben eine solche Trennung im Laufe der Zeit erreicht und jetzt erreichen wir zwar, daß die Menschen immer älter werden, aber wir sind nicht in der Lage, dafür zu sorgen, daß sie das Alter in einer ihnen gemäßen gesellschaftlichen Form verbringen können. Hier eine Besserung zu schaffen, wird möglich sein, wenn zu den Initiativen des Landes und vor allem auch der Gemeinden, die auf diesem Gebiet ja sehr viel tun, doch auch eine persönliche Bereitschaft der gesamten Bevölkerung tritt, die jetzt manchmal zu fehlen scheint, denn sonst könnte es nicht geschehen, daß alte Menschen wochenlang nicht abgehen und wochenlang tot in ihren Wohnungen liegen, ohne daß das irgend jemand merkt. Das ist ein menschliches Versagen, für das nicht die öffentliche Hand verantwortlich gemacht werden kann, sondern für das jeder einzelne mitverantwortlich ist. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Lackner das Wort. Der nächste Redner ist Herr Abg. Karrer.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß im allgemeinen die Zeit der sogenannten Armenhäuser vorbei ist und daß unsere Alten heute eine nette Bleibe haben. In Bad Aussee haben wir aber noch ein Armenhaus, wo die Leute wirklich armselig untergebracht sind. Ich möchte heute hier die Bitte aussprechen, daß in Bad Aussee so bald als möglich ein Bezirksaltersheim errichtet wird. Ich möchte noch hinzufügen, daß bei der zukünftigen Planung und beim zukünftigen Bau solcher Bezirksaltersheime nicht nur die Architekten allein am Werke sind, sondern daß man auch das praktische Denken der Frauen miteinbezieht. Für

das Auge schaut alles oft schön aus, doch z. B. wäre das Arbeiten für das Personal in der Küche ein anderes, wenn der praktische Verstand einer Hausfrau mitgeplant hätte.

Als zweites möchte ich sagen, daß unsere alten Leute trotz der netten Unterbringung oft nicht glücklich sind, weil sie momentan aus einem Arbeitsprozeß herausgerissen wurden und nun nichts mehr zu tun haben. Man sollte bei diesen Altersheimen auch einen Bastelraum einplanen, damit diese alten Leute eine Beschäftigung haben. Sie wären z. B. schon glücklich, wenn sie ein Vogelhäuserl basteln könnten usw. Denken wir daran, unsere Alten werden dies mit Anerkennung bedanken. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Karrer das Wort. Der nächste Redner ist Herr Abg. Wimmeler.

Abg. Karrer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn ich zur Gruppe 4 spreche, dann deshalb, weil dies doch eines der menschlichsten Probleme überhaupt ist und weil wir uns da mit Mitmenschen befassen müssen, die nicht ganz allein auf eigenen Füßen stehen können. Es ist mir persönlich daher verwunderlich, daß bei diesem Kapitel versucht wird von der Frau Kollegin Jamnegg, Politik hineinzubringen, obwohl ich mir sagen muß, vielleicht weiß sie es nicht, daß sie mit ihren Behauptungen über den Bundesvoranschlag im Unrecht ist, daß letzten Endes doch die Zahlen eine andere Sprache sprechen. Damit Sie sehen, daß ich im Recht bin, habe ich hier ein Schaubild, welches besagt, daß nach der graphischen Darstellung die Steigerung von 1968 auf 1969 0,6 und von 1970 auf 1971 13,5 beträgt. (Abg. Jamnegg: „Herr Kollege, das haben wir nie bestritten, aber was Sie sagen, das geht ja am Thema vorbei!“) Kollegin Jamnegg, ich stelle Ihnen das gerne zur Verfügung, Sie können es photokopieren lassen und auswendig lernen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Warum unterbrecht Ihr den Armen schon bei seiner ersten Rede vor dem Hohen Haus. Bei der ersten Rede tut man das nicht!“ — Landesrat Peltzmann: „Jetzt gehe ich, denn jetzt habe ich eine Rüge erhalten!“) Herr Kollege Fuchs, ich danke — aber Sie können versichert sein, daß ich in meiner bisherigen Tätigkeit einiges gewohnt bin, auch von der rechten Seite. Wenn ich nun zum Kapitel 4 spreche — von den Alters- und Fürsorgeheimen, meine Damen und Herren, dann ist das ein so umfangreicher menschlicher Bereich, daß es zu weit führen würde, wollte ich versuchen, dieses Problem doch einigermaßen ausführlich zu behandeln. Tatsache ist, daß der Anteil der alten Menschen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zunimmt, momentan bei 18% und in einem weiteren Jahrzehnt bei 27%. Schon allein daraus ergibt sich, daß die gesamte Gesellschaft und besonders die gesetzgebenden Körperschaften, seien es nun die Gemeinden, das Land oder der Bund, für diesen Teil der Menschen, die nicht allein zurechtkommen können, einzusteuern haben. So ist auch in unserem Budget vorgesorgt, daß in der Gruppe 4 Landesfürsorgeheime zu verwalten sind, und zwar vier Heime, die aber bei weitem nicht ausreichen. Ich könnte Ihnen mit Zahlenmaterial aufwarten, will es Ihnen aber ersparen und Ihre

Aufmerksamkeit dahin lenken, daß unser Bestreben und das Bestreben des Budgets im Landtag sein muß, diesen Menschen noch bessere und schönere Hilfe angedeihen zu lassen. Es genügt nicht allein, daß sie Geld bekommen, sondern diese Menschen brauchen von ihren gesunden Mitbürgern eine menschliche Wärme, das ist jener Faktor, der ihnen hilft, unter uns vollwertig und gleichberechtigt leben zu können. So darf ich auf Grund einer Untersuchung, die Herr Landesrat Gruber durchführen hat lassen, voll Freude berichten, daß zu den bestehenden vier Heimen in der Steiermark mit einem weiteren Zubau in Kindberg ein modernes Heim geschaffen wird, daß ca. 25 Millionen S in seiner Endkonsequenz kosten wird. Mit dem Bau wird im Jahre 1971 begonnen werden. In diesem Heim wird von der bisher üblichen Praxis, daß in einem Saal 14 bis 16 Personen leben müssen, abgegangen, es werden Einbett- und Zweibettzimmer geschaffen, wie wir es von uns selbst gewohnt sind. Mit diesem Haus wird noch etwas Schönes geschaffen — und zwar ein gemeinsamer Speisesaal, ebenso ein Gemeinschaftsraum für interne Feierlichkeiten und auch die ärztliche Betreuung wird besser vor sich gehen können, als dies jetzt der Fall ist. Und wenn dieses Heim nach langjähriger Bautätigkeit seinen Abschluß gefunden hat, ist dies, meine Damen und Herren, ein weiterer Meilenstein in der steirischen Fürsorgeleistung, die durchwegs von sozialistischen Referenten bisher geleitet worden ist. Wir alle und im besonderen die gesetzgebenden Körperschaften sind verpflichtet, diesen Menschen zu helfen.

Zum Schluß lassen Sie mich dem Personal und den Bediensteten herzlichen Dank sagen. Sie wissen, daß der Dienst in diesen Heimen bei gebrechlichen Menschen ein so schwieriger ist, daß er mit keiner anderen Dienstleistung zu vergleichen ist und gebührt meinem Erachten nach, und das spreche ich offen aus, der aufrichtigste Dank. Dank aber auch unserem Referenten, daß er mit seiner Arbeit jenes soziale Bild in der Steiermark verwirklicht, das wir uns vorstellen und das Sie nachlesen können im Humanprogramm der Sozialistischen Partei. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Wimmeler.

Abg. Wimmeler: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Erläuterungen zum Landesvoranschlag ist zu entnehmen, daß die jährlichen Zuwendungen an den Kriegsofopferverband auf dem 20%igen Zuschlag zur Lustbarkeitsabgabe basieren. Aus einem Schreiben des Kriegsofopferverbandes, das, glaube ich, allen Abgeordneten dieses Hauses zugegangen ist, geht hervor, daß die Zuwendungen des Landes an den Kriegsofopferverband zur Betreuung der Kriegsofopfer von 2,6 Millionen S im Jahre 1967 auf 2 Millionen S im Jahre 1969 gesunken sind und nach Meinung des Kriegsofopferverbandes im Jahre 1970 um weitere 600.000 S bis 800.000 S sinken werden. Wenn auch die Zahl der zu betreuenden Kriegsofopfer ständig abnimmt, so kann dennoch festgestellt werden, daß diese Ver-

ringerung in keinem Verhältnis steht zur Verringerung der Zuschüsse des Landes. Das Absinken der Kopfquote von 83 S des Jahres 1967 auf 69 S im Jahre 1969 bzw. auf voraussichtlich rund 50 S im Jahre 1970 scheint mir nicht zu verantworten zu sein, zumal sich diese Verminderung bei Berücksichtigung der Geldwertverdünnung noch härter auswirkt. Es ist verständlich, daß der Kriegsofopferverband unter diesen Umständen nicht mehr in der Lage ist, die vorgesehenen und unbedingt notwendigen Fürsorgemaßnahmen für unsere Kriegsofopfer, die ohnehin schon ein schweres Los zu tragen haben, einzuleiten. Wie uns im Schreiben des Kriegsofopferverbandes weiter mitgeteilt worden ist und wie auch Herr Landesrat Gruber im Finanz-Ausschuß berichtet hat, sind alle diese Maßnahmen durch das Kontrollamt geprüft und von der Landesregierung voll anerkannt worden. Ich glaube daher wirklich, daß es uns eine Herzenssache sein müßte, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Freilich ist der empfindliche Rückgang der Lustbarkeitsabgabe, bedingt durch verschiedene Umstände, durch schlechte Erträge aus den Kinos und sonstigen Veranstaltungen, zurückgegangen. Das aber einfach hinzunehmen und zu sagen, daß es keinen Weg gibt, dem Kriegsofopferverband Zuschüsse mit gleichbleibender Kopfquote und auch unter Berücksichtigung des Geldwertschwundes zu geben, halte ich ganz einfach nicht für möglich, noch dazu, wo der sogenannte Ausgleichstaxfonds, das sind die Zuwendungen des Bundes an den Kriegsofopferverband, keine Verringerungen erfahren hat. Man kann sich den Argumenten des Kriegsofopferverbandes in keiner Weise verschließen, daß die unzureichende staatliche Versorgung der Kriegsofopfer eine zusätzliche Sozialhilfe notwendig macht. Es ist sicherlich nicht zu bestreiten, daß mit zunehmendem Alter immer mehr Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene der Betreuung des Verbandes bedürfen bzw. daß bei den bereits Betreuten Verschlimmerungen eintreten, die eine verstärkte Betreuung bedingen. Besonders bei den Kriegerwitwen und Kriegereltern verlangt das zunehmende Alter eine Erhöhung der Unterstützung und größere Hilfe durch den Kriegsofopferverband, weil diese infolge des Nichtvorhandenseins von Kindern oder Enkelkindern oder von Ehepartnern mehr auf fremde Hilfe angewiesen sind als in früheren Jahren. Es leuchtet auch durchaus ein, daß durch diese in den meisten Fällen eine Schlechterstellung der Kriegsofopfer gegenüber den übrigen Pensionisten und Rentnern bedingt ist. Ich könnte mir daher vorstellen, daß entsprechend dem Vorschlag des Kriegsofopferverbandes ein Weg gefunden wird, der bei Berücksichtigung der Kaufkraftminderung und des Preisanstieges dem Kriegsofopferverband Zuschüsse sichert, die als Grundlage die gewissermaßen wertgesicherte Kopfquote des Jahres 1968 haben. Solche Dynamisierungen werden heutzutage in vielen Fällen vorgenommen und wenn man im besonderen von der Dynamisierung der Renten und Pensionen spricht, dann müßte bei den Kriegsofopfern dieser Grundsatz erst recht Anwendung finden. Darüber hinaus müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, die Kriegsofopfer an unserem ständig steigenden Lebensstandard Anteil nehmen zu lassen. Man mag zur Vergangenheit

stehen, wie man will. Ich glaube, es ist ganz einfach unsere Pflicht, den gegebenen Tatsachen Rechnung zu tragen und den Kriegsofopfern zu helfen. Helfen wir so, daß diese bedauernswerten Menschen nicht das Gefühl bekommen, allein und verlassen in dieser Welt zu stehen, sondern geben wir ihnen echt das Bewußtsein, daß sie gleichberechtigte Glieder unserer Gemeinschaft sind. Lassen wir ihnen daher nicht Almosen, sondern wirkliche Hilfe zukommen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abg. Dr. Piaty. Ich erteile ihm das Wort. Der Herr Abg. Sponer ist der nächste Redner.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte im Rahmen dieser Budgetdebatte zum Thema Jugendhilfe sprechen und mich besonders einem Problem zuwenden, das in letzter Zeit auch bei uns eine gewisse Aktualität erfahren hat. Dies ist ein Problem, das auf uns zukommt aus dem Norden Europas und aus Übersee, das Problem der sogenannten Rauschgiftsucht. Es ist ein Weltproblem. Um es in den richtigen Dimensionen zu sehen, möchte ich vermeiden, die Situation, wie sie konkret in Österreich vorliegt, zu dramatisieren. Das Zahlenmaterial, wie weit der Kreis der Betroffenen ist, nimmt sich sehr bescheiden aus. Ich glaube, daß dies mit dem „Eisbergphänomen“ zum Teil erklärbar ist, nämlich, daß sichtbar nur ein geringer Teil, aber der größere Teil unter der Oberfläche zu suchen ist und daß darüber hinaus das Problem des Rauschgiftes bzw. seines Mißbrauches einen gewissen Epidemiecharakter hat. Das bedeutet, daß wir ohne weiteres damit rechnen müssen, daß diese derzeit vereinzelt Herde, die wir heute feststellen können z. B. in Graz, auch in gewissen Bezirksstädten unserer Heimat, daß diese endemischen Herde zum Ausgangspunkt epidemischer Herde für unsere Jugend werden können. Es muß uns ein Anliegen sein, es muß ein Anliegen für alle verantwortungsbewußten Träger der Gesellschaft sein. Ich möchte aber vorausschicken, Verbote allein werden sicherlich keine Lösung sein, denn Sie wissen, gerade in diesem Kreis junger Menschen ist die Illegalität ein zusätzlicher Anreiz, diese Dinge zu treiben, da sie erst dann interessant werden. Wir müssen vor allem versuchen, die sozialen und geistigen Ursachen dieses Problems zu beseitigen. Ein so scheinbar überraschend auftretendes Ereignis, meine Damen und Herren, kommt ja nicht von ungefähr, hier müssen gewisse geistige Voraussetzungen geschaffen worden sein. Ich denke z. B. an das Fortwirken der Propagierung einer Ideologie einer Freiheit des geringsten Aufwandes und der größten Bequemlichkeit, ich denke an eine praktische Lebensphilosophie, die darauf hinausgeht, die Risikobereitschaft des Menschen, die Bereitschaft zum Wagnis abzubauen. Ich denke daran, daß gewisse Leitbilder verblassen, geschichtliche und politische Leitbilder, mit denen sicher im Laufe der Menschheitsgeschichte Mißbrauch getrieben wurde, aber die trotzdem Werte repräsentieren — ich denke an die Religion, an Begriffe wie Volk, Na-

tion, Rasse, Klasse. Dieses Verblässen der Leitbilder bedingt einen echten Mangel am Engagement unserer Jugend, denn Engagement setzt Ziel- und Wertvorstellungen voraus. Des weiteren möchte ich darauf hinweisen, daß unsere Gesellschaft dabei ist, systematisch alle legislativen Schutzmechanismen der Gesellschaft abzubauen oder diese Schutzmechanismen zu paralysieren — ich denke hier ganz besonders an die Tätigkeit des jetzigen Herrn Justizministers, der anscheinend darauf sein besonderes Augenmerk legt und letztlich damit die Familie, die Ehe und den Jugendschutz ernstlich gefährdet, wie überhaupt der Prozeß der Auflösung der Familie nichts anderes ist als der Höhepunkt des Auflösungsprozesses aller Bindungen, sei es an das Volk, sei es an den Staat. Hinzu kommt noch, daß von Schule, Kirche und Elternhaus zwar noch immer gefordert wird, was sein soll, daß aber eine resignierte schweigende Mehrheit die Dinge immer mehr duldet und akzeptiert, die eigentlich nicht sein sollten. Es besteht der Eindruck, daß sich unsere geschlossene Gesellschaft in Liquidation befindet. Der junge Mensch spürt den Verlust der Nestwärme dieser Gemeinschaft, er spürt die Leere und er leidet an der Langweile. Meine Damen und Herren, Sucht ist ein vielfältiges Phänomen. Süchte hat es immer schon gegeben, das war immer ein Problem bestimmter Menschen, bestimmter Randexistenzen als eine Reaktion des Abnormen. Es ist ein Zug unserer Zeit, daß vielfach versucht wird, das Abnorme für das Normale hinzustellen. Ich bitte, den Begriff Sucht nicht eng auszulegen, denn auch Nikotin ist, wenn Sie den Kettenraucher vor Augen haben, ein echtes Suchtgift; ich denke an den Alkohol, der chronische Mißbrauch ist eine echte Sucht, ebenso die Tablettensucht — am Abend zum Einschlafen, in der Früh zum Aufpeitschen, am Tage ist man deprimiert und braucht wieder eine Tablette. Es ist nicht zuletzt die sexuelle Sucht, die ebenfalls zum Formenkreis der Sucht gehört. Die Rauschgiftsucht aber ist ihre gefährlichste Form. Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, auf einen gewissen geistigen Hintergrund hinzuweisen, auf die „Umwertung aller Werte“, wie es schon der große Philosoph Friedrich Nietzsche angekündigt hat, einen Prozeß, der weit zurückliegt und der heute erst seine Ausdrucksform findet, einen Prozeß des permanenten Abbaues der sittlichen Werte, und ich zitiere hier aus Marx, aus seinem Werk „Die Heilige Familie“: „Die sinnlichen Eigenschaften und die Selbstliebe, der Genuß und das wohlverstandene persönliche Interesse sind die Grundlagen dieser Moral.“ Ich zitiere Otto Bauer in seinem Werk „Marxismus und Ethik“, der die Relativität der bürgerlichen Moral zum Ausdruck bringt, indem er sagt, Moral und Ethik sind Ausfluß der jeweiligen geschichtlichen Entwicklung und des Klassenkampfes. Ich zitiere als drittes etwas Aktuelles, nämlich die Zeitschrift „Twen“, die Nr. Mai/Juni 1970, wo ein Autor förmlich aufjubelt, indem er schreibt: „Je mehr Sozialdemokraten in Europa an die Macht kommen, desto freier wird der Sex.“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Wird die Potenz mitgeliefert in der Zeitung?“) Das müssen Sie beantworten, das weiß ich nicht!

Meine Damen und Herren, Sucht ist immer Ausdruck mangelnder Lebens- und Umweltbewältigung. Es ist ein Fehlbezug zur äußeren Realität, denn die Sucht ist der Wunsch, die Realität korrigieren zu wollen und in den Traum zu flüchten. Es ist das Verlangen, einmal erlebte Lust immer wieder zu wiederholen. Für uns als Gesetzgeber ist es klar, daß die spezifische Persönlichkeitsstruktur des Individuums zur Sucht prädestiniert. Wo wir eingreifen können, ist jener Punkt, wo der potentiell Süchtige erst zum Süchtigen wird, dann, wenn er zur Droge greifen kann. Das heißt, wir müssen verhindern, daß er die Droge erhält. Wir dürfen eines nicht, und das möchte ich mit aller Entschiedenheit sagen, wir dürfen die Dinge nicht bagatellisieren, man soll nicht sagen, was ist schon Haschisch und Marihuana! Wir wissen genau, daß in diesen Stoffen die Möglichkeit chronischer Vergiftungen liegt, daß ein Drittel echt süchtig wird und daß diese Mittel Schrittmacher und Wegbereiter sind für weitere Suchtmittel schwereren Grades, wie z. B. im Westen, insbesondere in London, das Heroin. Wir wissen, daß die chronische Vergiftung zu andauernden Wahnzuständen, zu Depressionen, zur Willensschwäche, zum Verlust des Pflicht-, Takt- und Schamgefühls und zu starker Verwahrlosung führt. Wenn Sie diese Bilder, die ein Fachmann schildert, vergleichen mit gewissen optischen Eindrücken unserer Gegenwart und bestimmten Erzeugnissen unserer Gegenwartskunst, werden Sie eine Beziehung herstellen können. Die Lösung, meine Damen und Herren, liegt meines Erachtens in einer echten Aufklärung der Ärzte, der verantwortlichen Lehrer, der Eltern und der Jugend selbst, in der Einrichtung von Beratungsstellen ohne Strafverfolgung für Jugendliche, mit dem Versuch, sie wieder in die Gesellschaft einzugliedern, wobei uns klar sein muß, daß die Prognose eines Rauschgiftsüchtigen als ausgesprochen schlecht zu betrachten ist. Die Aufgabe für unser Hohes Haus wäre die Novellierung des Steirischen Jugendschutzgesetzes und die Aufnahme von Suchtgiftbestimmungen, denn diese Bestimmungen gibt es derzeit nur in zwei Landesgesetzen, nämlich in Niederösterreich und im Burgenland, und es wäre eine Aufgabe, daß auch in der Steiermark diese Lücke geschlossen wird.

Zum Schluß müßte man die Sicherheitsorgane auffordern, den Verteilerapparat ohne falsche Toleranz und rücksichtslos zu zerschlagen. Hier hat es keinen Sinn, zuzuwarten. Ich habe mit dem diesbezüglichen Referenten gesprochen, man nimmt hier eine abwartende Haltung ein. Ich weiß nicht, ob das für die weitere Entwicklung von Vorteil sein wird. Meine Damen und Herren, warum ich hier das alles gesagt habe, ist, weil wir als Parteien nicht nur eine Ges. m. b. H. zur Verwaltung der Macht oder zur Verteilung von Gütern sind, sondern weil wir eine Ideen- und Gesinnungsgemeinschaft sein wollen. Ich darf den französischen Kulturphilosophen Romain Rolland zitieren, der sagt, was ihn am meisten am Ablauf der Geschichte beeindruckte, war nicht die Stärke des Bösen, sondern die Lauheit der Guten. Ich bin mir vollauf bewußt, daß ich mit den Ausdrücken „böse“ und „gut“ etwas großzügig und simplifizierend umgehe. Die Geschichte

ist eine Lehrmeisterin, sie sollte es sein. Die Geschichte aber lebt davon, daß ihre Lehren niemand beherzigt. Ich denke an Rom. Rom ist nicht zu Grunde gegangen durch die barbarischen Stämme Germaniens, sondern durch den Selbstzerstörungsprozeß der römischen Gesellschaft. Unsere Aufgabe müßte es sein, der Jugend neue Wertziele zu setzen und Möglichkeiten des persönlichen Einsatzes und des Engagements zu geben. Aber wir müssen auch den Mut haben, Werte zu bewahren, die sich als Werte erwiesen haben und nicht blind all jenem nachzulaufen, das sich mit der Marke Fortschritt legitimiert. Insbesondere glaube ich, daß Fortschritt nicht gleichzusetzen ist mit Toleranz zu Pornographie und zum Rauschgift und daß Fortschritt nicht gleichzusetzen ist mit einem bewußten Zersetzungsprozeß unserer eigenen Gesellschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Abg. Sponer, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Sponer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Jugendwohlfahrtsgesetz ist eine Einrichtung und Schaffung, die sehr notwendig und sehr zweckmäßig ist. Das Jugendwohlfahrtsgesetz, das am 16. 11. 1957 beschlossen wurde, sieht vor, daß es grundsätzliche Aufgabe der Familie ist, für das Wohl der werdenden Mutter, für das kommende Leben, für das Kind und für die Jugendlichen zu sorgen. Wo dies nicht der Fall ist bzw. wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, findet das Jugendwohlfahrtsgesetz Anwendung. In Fällen, wo es für Kinder und Jugendliche Gefahren gibt oder wo diese Kinder und Jugendlichen in ihrer körperlichen, geistigen, seelischen und sittlichen Entwicklung gefährdet sind, ist es notwendig, daß die Stellen, die durch dieses Jugendwohlfahrtsgesetz mitzuentcheiden und mitzuarbeiten haben, eingreifen. Das kostbarste Gut eines Volkes ist seine Jugend. Das wurde hier heute schon einmal erwähnt. Die besten wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte des Landes nützen nichts, wenn keine Jugend zur Verfügung steht, der das im entsprechenden Maß zugute kommt. Im Jugendwohlfahrtsgesetz ist weiters die Mutterschafts-, Säuglings-, Kleinkinder- und Jugendfürsorge, abgeleitet vom Jugendschutzgesetz, geregelt. Beträchtliche Summen des Landes Steiermark werden jährlich dafür aufgewendet.

Wie wichtig das Jugendwohlfahrtsgesetz ist, möchte ich anhand einer Zahl zum Ausdruck bringen. Mit Stand vom 31. 12. 1969 gab es in 40.010 Fällen in der Steiermark gesetzliche Amtsvormundschaften. Steiermark liegt mit dieser Zahl gegenüber allen anderen Bundesländern in Österreich an der Spitze. Um all diese Fälle überwachen zu können bzw. neue Fälle wahrzunehmen, bedarf es vieler und gut geschulter Fachkräfte. Für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Familienkreis der körperlichen, geistigen, seelischen oder sittlichen Verwahrlosung ausgesetzt sind, besteht die Möglichkeit, daß über richterlichen Beschluß eine Familien- oder Heimerziehung angeordnet werden kann. In Steiermark sind derzeit ca. 600 Jugendliche und

Kinder in drei Landesjugendheimen untergebracht. Ich hatte die Möglichkeit, mir zwei solche Heime anzusehen. Es waren die Heime Rosenhof und Blümelhof. Ich muß sagen, ich war angenehm überrascht von dem, was ich dort gesehen habe. Ich bin mit ganz anderen Vorstellungen dorthin gegangen und ich konnte angenehm überrascht dort wieder weggehen. Wenn Kinder und Jugendliche in so ein Landesfürsorgeheim eingewiesen werden, so darf man nicht davon ausgehen, daß das eine Strafe wäre. Das Jugendstrafgesetz von 1961 besagt, daß die Jugenderziehung vor der Strafe steht. Daher sind unsere Wohlfahrtseinrichtungen keine Strafkolonien oder man darf in ihnen keine Strafkolonien sehen, wie es leider oft in der Öffentlichkeit verkannt wird, sondern wir müssen dem positiv gegenüberstehen und feststellen, was dort geschieht, unter welchen Voraussetzungen die Kinder dorthin kommen und wie sie das Heim wieder verlassen. Der Zweck dieser Einrichtungen ist es, daß eine Nacherziehung stattfindet. Was den Eltern und Erziehungsberechtigten in so vielen Fällen nicht gelungen ist, muß oder soll in diesen Einrichtungen nachgeholt werden. Bei 95 % der durch richterlichen Beschluß eingewiesenen Kinder und Jugendlichen liegt geistige, seelische und sittliche Verwahrlosung vor. Die Landesjugendheime stehen sehr oft im Brennpunkt der Öffentlichkeit. Leider ist die Öffentlichkeit in Unkenntnis darüber, welchen Zweck diese Einrichtungen zu erfüllen haben bzw. was dort geschieht, daher negativ eingestellt. Aber dieser negativen Einstellung könnte man eines gegenüberstellen, nämlich das, daß man sagt, auch ein Arzt behandelt nur Kranke und nicht Gesunde. Den Wert der Heime möchte ich hier in einigen Zahlen zum Ausdruck bringen. Kinder und Jugendliche, die aus schlechtem Milieu herausgenommen werden, sollen in diesen Heimen und Einrichtungen nach modernen Erkenntnissen der Wissenschaft, Pädagogik und Medizin der Gesellschaft wieder zugeführt werden als gute und wertvolle Menschen. Dabei können wir eines verhindern, nämlich, daß Kinder, die in dieser Beziehung geschädigt oder behindert sind, wenn sie in so ein Heim eingewiesen werden, sei es private Pflege oder Heimpflege, daß man die Kinder aus gesunden Familien davor schützt. Allein das ist schon ein Erfolg. Der weitere Sinn und Zweck der Heimerziehung ist es, daß bestimmte Schulrückstände aufgehoben werden. Weiters, daß bei den Jugendlichen immer wieder eine Eingliederung in den normalen Arbeitsprozeß vor sich geht und daß die Kinder und Jugendlichen zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung herangezogen werden. Das wird dadurch zum Teil erreicht, daß den Heimen eigene Grundschulklassen angeschlossen sind, aber auch, und das ist sehr wesentlich und bedeutungsvoll, daß es Lehrwerkstätten gibt für Burschen und Mädchen. Aber nicht alle Zöglinge gehen im Heim zur Schule oder lernen ihren Beruf in der heimeigenen Lehrwerkstätte fertig, sondern die überwiegende Zahl der Zöglinge besucht öffentliche Schulen und auch öffentliche Lehrwerkstätten. Der Aufenthalt in den Heimen beträgt im Durchschnitt 2½ Jahre. Der Erfolg ist weitgehend. Ca. 80 % der Zöglinge werden wegen der

Delikte oder Fälle, wegen der sie eingewiesen wurden, nicht mehr rückfällig. Es ist besser, wenn man für diese Betroffenen in der frühen Jugend eine Investition leistet, als man würde das nicht machen und hat dann später, wenn sie älter werden, Dauerassoziale. Meine Damen und Herren, der Herr Abg. Dr. Piaty hat das Problem Rausch- und Suchtgift angeschnitten. Ich möchte auch hier einiges dazu sagen. Es wäre grundsätzlich falsch, wenn man dieses Problem hochspielen würde, aber genau so grundsätzlich falsch wäre es, würde man dieses Problem nicht beachten oder nicht davon sprechen. In der Steiermark mehren sich die Fälle, in denen Jugendliche und Kinder, das läßt sich auf Grund statistischer Erhebungen beweisen, zu Suchtgiften und Drogen greifen. Die Ursachen, warum sie das tun, sind sehr verschieden, und in den Fällen, die bekannt sind und untersucht werden, stellte man folgendes fest: Es ist in erster Linie Neugierde, in zweiter Linie Verführung, zum Teil Geltungstrieb und falscher Ehrgeiz. Ein weiterer Grund ist, daß sie sich Leitbilder und Idole suchen, meist aus Zeitschriften und Illustrierten, die selbst süchtig sind. Die Jugendlichen versuchen das nun auch und möchten sich mit ihren Idolen identifizieren und in einer Scheinwelt leben. Weiters ein Grund, und zwar ein nicht unwesentlicher, ist der, daß sehr, sehr viele Kinder, aber in einer noch größeren Zahl sehr, sehr viele Jugendliche kontaktfarm zu ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten leben. Viele versuchen nun, auf diese Art und Weise Gemeinschaft, gemeinsame Interessen zu finden und greifen zu Drogen und Giften. Hat der eine oder andere sich an ein solches Gift gewöhnt, so versucht er, immer mehr und immer stärkere Mittel zu bekommen. Auch kriminelle Handlungen sind davon die Folge. Das Problem ist kein Grazer Problem, es ist auch kein steirisches Problem, kein österreichisches, sondern es geht weit über die Grenzen Europas hinaus. Jedes Land in Europa hat mit diesem Problem zu kämpfen und versucht, hier Abhilfe auf die verschiedensten Arten und Weisen zu schaffen. Es sind auch in der Steiermark Zentren bekannt, zum Teil werden sie vermutet, zum Teil ist der Standort fix bekannt. Es ist teilweise nur sehr schwer festzustellen, wer diese Leute sind. Aus verschiedenen Gründen versucht man, das anlaufen zu lassen, um dann doch eine bessere Handhabung zu haben, um zuschlagen zu können. Von den sogenannten Händlern, die diese Drogen und Gifte vertreiben, werden die Jugendlichen zum Teil ja auch betrogen. Es werden ihnen z. B. Abführmittel, Beruhigungsmittel und Schlaftabletten als Drogen verkauft. Andere versuchen aber wieder, durch eine Überdosis von Hustensaft in ein Stadium zu kommen, wo sie eben glauben, das wäre berauschend. Dazu möchte ich einige Zahlen nennen, die ich von der Polizeidirektion Graz erhalten habe: Vom Jänner bis September 1970 waren in Graz 12 Jugendliche als rauschgiftverdächtig registriert. Die statistischen Erhebungen über den Drogenmißbrauch wurden erst mit dem heurigen Jahr begonnen und hier ebenfalls in der Zeit von Jänner bis September 1970 in Graz insgesamt 87 Personen, davon 35 Jugendliche, registriert, die verdächtig

waren, Drogenmißbrauch betrieben zu haben. 4 Personen wurden zwangsweise in ein Krankenhaus zu stationärer Pflege eingewiesen. Nach dem Jugendschutzgesetz, das hat Herr Abg. Dr. Piaty schon festgestellt, ist es Jugendlichen und Kindern verboten, Rauschgifte zu sich zu nehmen. Sie machen sich dadurch auch strafbar. Man sollte aber nicht in erster Linie diese Jugendlichen dafür verantwortlich machen, daß sie so etwas tun, daß sie gegen das Gesetz verstoßen, sondern vor allem diejenigen, die diese Jugendlichen dazu verführen und die diese Dinge anbieten, rigoros verfolgen und sie mit harten Strafen belegen. Welche Möglichkeiten gibt es hiezu? Es wurden hier einige Vorschläge zitiert, ich möchte mich dem anschließen und folgendes sagen: In erster Linie müßten sehr harte Strafen für die Händler ausgesprochen werden, weiters hat eine einmalige Aufklärungsaktion keinen Sinn. Es müßten hier laufend Aufklärungsaktionen durchgeführt werden in allen Schulen, Massenmedien, im Elternhaus und in allen Jugendorganisationen. Aber auch an die Ärzte und an die Apotheken müßte der Appell gerichtet werden, daß sie genauer darauf achten, wer derartige Rezepte bekommt bzw. an wen diese Medikamente abgegeben werden.

Zum Schluß möchte ich noch einen Satz zum Alkoholmißbrauch durch Jugendliche in der Steiermark sagen: Hier muß man auf Grund von Statistiken auch feststellen, daß die Zahl zunimmt. Auch hier wäre ein Appell an alle diejenigen notwendig, die alkoholische Getränke verkaufen, daß sie die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes besser beachten.

Schließlich möchte ich allen Sozialarbeitern von dieser Stelle aus meinen Dank aussprechen. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Schrammel das Wort.

Abg. Schrammel: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! In aller Kürze sei mir noch ein Beitrag zu dieser Budgetgruppe erlaubt, ein Beitrag, der meines Erachtens nach große Bedeutung hat. Es gibt in der Steiermark Bezirke, die über kein Bezirksaltersheim verfügen. Leider zählt der Bezirk Fürstenfeld auch dazu und ich darf hier namens 600 alter Menschen den Hohen Landtag und die Steiermärkische Landesregierung ersuchen, mitzuhelfen, daß es schon in allernächster Zeit ermöglicht wird, auch für die Stadt Fürstenfeld ein Bezirksaltersheim zu schaffen. Damit diese alten Menschen, die zum Teil über keine Heimstätten verfügen, untergebracht werden können. Bisher war es so, daß die alten Menschen im Bezirk Fürstenfeld, die in ein Betagtenheim gebracht werden mußten, in die Alters- und Fürsorgeheime Radkersburg, Hartberg oder Birkfeld zugeteilt wurden. Wenn man bedenkt, daß diese Menschen dann in eine für sie völlig fremde Gemeinschaft gebracht wurden, so kann man erkennen, daß sie sich in dieser Gemeinschaft als Fremdkörper gefühlt haben. Ein alter Mensch mit nur mehr kurzer Lebenserwartung wird sicherlich dann seine letzten Tage in

Kummer verbringen. Ich bin der festen Meinung, daß diese alten Menschen, die aus dem Bezirk Fürstenfeld in die genannten Altersheime gebracht wurden, oft an gebrochenem Herzen gestorben sind. Wenn nun der Rentner- und Pensionistenbund der Stadt Fürstenfeld aus sich heraus als Eigeninitiative S 100.000.— bereit ist aufzubringen, aus freiwilligen eigenen Leistungen, um ein solches Heim in aller nächster Zeit schaffen zu können, so soll diese Leistung als Beispiel einer Selbsthilfe hingestellt werden. Die Stadt Fürstenfeld und der Bürgermeister der Stadt Fürstenfeld haben sich bereit erklärt, das Grundstück für diesen Bau zur Verfügung zu stellen und auch für die Grundaufschließung und Planung aufzukommen. Die Gemeinden des Bezirkes sind, ihren Finanzeinkünften entsprechend, gerne bereit, kräftigst mitzuhelfen. Es liegt somit an der Öffentlichkeit, an der Mithilfe der Steiermärkischen Landesregierung. Ich bitte nun, daß dieses ernste Problem des Bezirkes Fürstenfeld und vor allem der alten Menschen im Bezirk Fürstenfeld tatkräftigst unterstützt wird. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Schlußwort zur Gruppe 4 spricht Herr Landesrat Gruber.

Landesrat Gruber: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gruppe 4 haben eine Reihe von Abgeordneten gesprochen und verschiedene Probleme angeschnitten. Ich werde mir erlauben, im Zuge meiner Ausführungen auf die einzelnen Anregungen zurückzukommen. Ganz allgemein möchte ich sagen, daß die Sozialhilfepolitik des Landes ohne Zweifel ein wichtiger Faktor der sozialen Sicherheit für Tausende Menschen in unserem Land darstellt. Diese Tatsache enthebt uns nie und niemals der Verpflichtung, ihre Notwendigkeit, ihren Umfang und ihre Wirkung stets zu überprüfen, um neue Notwendigkeiten aufzugreifen, Liebgewordenes, wenn nicht mehr notwendig, aufzugeben. Bei der Budgetdebatte im vorigen Jahr habe ich den Damen und Herren des Hohen Hauses eine umfassende Darstellung über die Sozialpolitik des Landes für die Zeit von 1945 bis 1970 gegeben; über ihre rechtlichen Grundlagen, über die darüber hinaus reichenden freiwilligen Leistungen und über die sich in diesem Zeitraum ergebenden Veränderungen sowie über die Zusammenarbeit des Landes mit den Bezirksfürsorgeverbänden, den Gemeinden, den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege. Denn erst alles zusammen ermöglicht eine in die Tiefe gehende echte und erfolgreiche Sozialarbeit. Ich kann mich daher diesmal kurz fassen und hoffe, damit die allgemeine Zustimmung des Hauses zu finden.

Herr Abgeordneter Nigl hat sich mit zwei Fragen beschäftigt und unter anderem auf die Frage der Fürsorgekosten für Flüchtlinge hingewiesen. Dazu muß ich im Hohen Haus dasselbe sagen, was ich Ihnen schon im Finanzausschuß gesagt habe. Im Jahre 1968 hat der Herr Bundesfinanzminister und wer es damals war, brauche ich nicht zu sagen, in Anbetracht der Kassenlage des Bundes verfügt, daß künftig Leistungen des Bundes für die Flüchtlingshilfe nicht mehr erbracht werden. Für das Jahr

1970 müssen wir daher bereits 1,2 Millionen S zur Leistung an die so zum Hängen kommenden Bezirksfürsorgeverbände einsetzen und für das Jahr 1971 sind 1,8 Millionen S notwendig. Das ändert nichts daran, daß ich mit Ihnen einer Meinung bin, daß es mir lieber wäre, der Bund würde das bezahlen, als wir müssen es aus Landesmitteln aufbringen.

Die Budgetansätze der Gruppe 4 ermöglichen für 1971 die Erfüllung und Verbesserung und die Erweiterung schon bisher erbrachter Sozialhilfeleistungen, aber auch die Aufnahme neuer Aufgaben. Zuerst wäre festzustellen, daß die Landesregierung, wie jedes Jahr, beschlossen hat, den Dynamisierungsfaktor des ASVG von 7,1 % für die Erhöhung der Fürsorgeansätze, des Pflegegeldes nach dem Behindertengesetz und für die Blindenbeihilfe ab 1. 1. 1971 in Anwendung zu bringen. Zur Gruppe 4 wurden auch zwei Resolutionen eingebracht, die mich als Sozialreferenten und das will ich ausdrücklich betonen, außerordentlich erfreuen. Die eine verlangt eine Untersuchung über die Armut in der Steiermark und die andere befaßt sich mit dem Sozialhilfegesetz des Landes.

Nun, Frau Abgeordnete Jamnegg, bei aller Fairneß muß ich Ihnen als Dame antworten auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen und einige Erinnerungslücken zu schließen versuchen. Wenn Sie meinen, daß der Herr Bundeskanzler Kreisky und die sozialistische Bundesregierung nur davon geredet hätten bisher, die Armut zu bekämpfen und nichts getan hätten, stimmt das nicht und zweitens muß ich sagen, mich freut es außerordentlich, daß Sie als Sprecherin der ÖVP mit diesem Antrag bestätigt haben, daß es eine Armut in Österreich noch gibt (Abg. Jamnegg: „Das habe ich nie bestritten!“), was laut „Tagespost“ vom 25. Mai 1969 entschieden bestritten wurde. Hier heißt es, Frau Abgeordnete Jamnegg, und das darf ich Ihnen vorlesen, „daß der Herr Bundeskanzler zu den Fragen der Armut in Österreich Stellung genommen hat auf Grund der seinerzeit durchgeführten Enquete und daß er sich wundert, daß man von einer Armut in Österreich spricht, sondern es kann nur einzelne geben, die durch das Gitter der sozialen Sicherheit durchgefallen sind“. Ich nehme an, daß die „Tagespost“ keine unrichtige Berichterstattung über eine Rede des Herrn Bundeskanzlers Klaus veröffentlicht hat. So gesehen, scheint es doch ein bißchen vermessen zu sein, wenn Sie heute die Behauptung aufstellen wollen, daß die jetzige Bundesregierung bisher noch nichts unternommen hätte. (Landesrat Peltzmann: „Was habt ihr denn getan?“) Wenn Sie die Budgetrede des Bundesfinanzministers Androsch zur Hand nehmen, dann können Sie auf Seite 24 unter anderem einiges Interessantes nachlesen (Abg. Jamnegg: „Ich habe es genau studiert!“), was ich Ihnen hier nicht vortragen möchte, aber zumindest die Feststellung treffen möchte, daß innerhalb eines Jahres die Mindestrenten eine Steigerung mit der ab dem 1. Juli 1971 in Kraft tretenden Verbesserung von 19,1 % erfahren. (Landesrat Peltzmann: „Aber die Dynamisierung hat doch die ÖVP eingeführt!“) Die Dynamisierung hat die ÖVP nicht verhindern können, Herr Kollege Peltzmann, aber von Einführung durch die ÖVP kann man nicht reden.

(Beifall bei der SPO.) Nehmen Sie zur Kenntnis, die Träger der Sozialpolitik auf allen Ebenen im Bund, in den Ländern, in den Gemeinden waren immer die Sozialisten. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Das sind wir alle!“) Das ist die Realität der Tatsachen und daran gibt es nichts zu rütteln. Das ist mit aller Eindeutigkeit unter Beweis zu stellen.

Zur zweiten Resolution. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich habe Ihnen das bewiesen und kann Ihnen das weiter beweisen, wenn Sie wollen. (Abg. Pözl: „Auch der Weihnachtsmann ist eine Erfindung der SPO!“) Auch die Witwenpensionen werden nun endlich die 60 %-Grenze erreichen. Darüber könnten wir uns lange unterhalten. (Abg. Prensberger: „Und ihr habt für den Piaty den Krampus erfunden!“) Lesen Sie das nach und eine Untersuchung über die Armut in Österreich haben wir schon bei der Enquete im Jahre 1969 gefordert. Ich kann Ihnen auch sagen, daß ich in der Steiermark schon eine veranlaßt habe, soweit das mit den bescheidenen Mitteln der mir zur Verfügung stehenden Rechtsabteilung 9 möglich ist. (Abg. Jamnegg: „Aber sie ist bis heute nicht da!“) Ich weiß, daß Frauen nicht leicht zuhören können. Aber vielleicht hören Sie mir jetzt doch fünf Minuten zu. (Landesrat Peltzmann: „Keine falschen Beschuldigungen!“) Ich habe mir auch einen Kostenvoranschlag von einschlägigen Instituten eingeholt, was es kosten würde, eine solche Untersuchung in der Steiermark durchzuführen. Dieser Kostenvoranschlag hat sich auf über 170.000 S belaufen und da sage ich Ihnen ganz ehrlich, daß mir dieser etwas zu hoch erschienen ist. (Abg. Jamnegg: „Also, Herr Landesrat, für solche Untersuchungen sind 170.000 S wirklich nicht zu hoch gegriffen!“ — Landesrat Bammer: „Den Betrag sollte man den Armen lieber direkt geben!“) Ihr Antrag, Frau Abgeordnete Jamnegg, zielt darauf ab, daß die Abteilungen der Landesregierung diese Untersuchung machen und diesem Antrag sind wir beigetreten, weil wir hier ohne diese Kosten auch denselben Effekt letzten Endes erreichen werden.

Nun zur zweiten Frage, der Resolution über das Sozialhilfegesetz. Auch dazu möchte ich feststellen, es freut mich außerordentlich, daß nun eine freie Bahn für die Entwicklung des Landessozialhilfegesetzes geschaffen wird. 40 Jahre, meine Damen und Herren, wurde dieses als Fürsorgegrundsatzgesetz vom Bundesgesetzgeber immer wieder verheißen, aber bis dato nicht erfüllt, bis im Jahre 1968 der zuständige Bundesminister für Inneres auf die Inanspruchnahme dieser Kompetenz verzichtet hat und damit den Ländern die Möglichkeit für die Schaffung von Landessozialhilfegesetzen freigemacht hat. (Abg. Pözl: „Das war der rote Soronic!“) Kollege Pözl, auch den ÖVP-Innenminister hätte bei der ÖVP-Mehrheit niemand behindern können, eine soziale Tat durch ein modernes Bundesfürsorgegrundsatzgesetz zu schaffen. Aber da hat er sich wahrscheinlich in seiner Regierung nicht durchsetzen können und lieber die Kompetenzen den Ländern überlassen. Aber wir nehmen sie gerne auf und werden uns bemühen, daraus das Beste zu machen, Kollege Pözl, dessen können Sie sicher

sein. Wenn wir aber bisher noch mit keiner Vorlage in den Landtag gekommen sind, müssen wir auch sagen, daß wir in zwei Jahren einfach das nicht nachholen konnten, was bisher durch lange Jahrzehnte versäumt wurde. (Landesrat Peltzmann: „Man sieht's, der Soronic war ein Föderalist!“) Der Grundsatz- und der Mustergeszentwurf ist ausgearbeitet, meine Damen und Herren, aber wenn Sie diese Konferenzen auf Länderebene als Abgeordnete miterleben würden, wie z. B. in den letzten Konferenzen, an der die Experten sämtlicher einschlägiger Rechtsabteilungen aller Bundesländer von Wien bis Vorarlberg teilgenommen haben, alles Juristen (Abg. Nigl: „Jetzt sind wieder die Juristen schuld!“), na, dann kann ich nur sagen, meine Damen und Herren, ich fürchte zwar nicht, daß es noch 40 Jahre dauern wird, wie das zum Beispiel beim Bund der Fall war, aber so schnell, wie wir es uns wünschen und vorstellen, scheint es bei diesen Hürden, die da und dort zu nehmen sind, nicht zu gehen. Sie kennen das ja aus anderen Bereichen, ich glaube aber trotzdem, daß wir so weit vorankommen können, daß wir im nächsten Jahr dem Hohen Landtag das Landessozialhilfegesetz zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen können. Der wesentliche Inhalt, meine Damen und Herren, dieses Gesetzes ist, daß mit Inhalt und Begriff dieses Gesetzes der Schritt von der Armenfürsorge der Vergangenheit zur modernen Sozialhilfe der Gegenwart und Zukunft vollzogen wird. Unter den Budgetansätzen haben wir auch die Behindertenhilfe. Hier ist Vorsorge getroffen, daß die Novellierung des Behindertengesetzes vor allem hinsichtlich der Herabsetzung der Anspruchsberechtigung für das Pflegegeld von 18 auf 16 Jahre ab 1. 7. 1971 möglich wird und der dafür notwendige finanzielle Aufwand von 2 Millionen S im Budget verankert ist. Darüber hinaus gibt es im Zusammenhang mit dieser Novelle noch einige Wünsche der Behinderten, die finanziell nicht gewichtig sind und daher zweifelsohne auch bei der Beratung der Novelle des Behindertengesetzes mitberücksichtigt werden können. Im Bereich der nichtgesetzlich normierten Leistungen des Landes wird die Aktion der Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien, für die im Jahre 1970 mehr als 6 Millionen S ausgegeben wurden, im Jahre 1971 mit 8,5 Millionen S fortgesetzt. Die seit dem Jahre 1965 eingeführten Altenurlaubsaktion kann auch im Jahre 1971 durchgeführt werden und wiederum werden 2000 Betagte und Bedürftige einen kostenlosen 14tägigen Urlaub in den schönsten Gebieten unserer Heimat verbringen können. Die Frage der Altenbetreuung und der Altenhilfe ist zweifelsohne eine sehr vielschichtige Frage. Wir werden uns mit dieser Frage immer mehr und mehr befassen müssen, dazu gehört die Bekämpfung der Vereinsamung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln genauso wie die Frage der Beschäftigung. Unser Antrag auf Schaffung eines Tages der Begegnung der Generationen zielt in diese Richtung. Nun darf ich auch sagen, daß wir in unserem Lande eine Vielzahl von Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, deren Tätigkeit wir immer wieder dankbar anerkennen müssen, haben und daß wir diesen Organisationen auch im nächsten Jahr die

notwendigen finanziellen Unterstützungen zukommen lassen können, ohne die sie ihre segensreiche Tätigkeit in keinem Falle entfalten und entwickeln könnten. Zu der von Herrn Abgeordneten Wimpler aufgeworfenen Frage über die Förderung des Kriegsofferverbandes und der Kriegsoffere im allgemeinen möchte ich sagen, diese Förderung ist Bundessache und nur zu einem kleinen Teil Landes-sache. Herr Abgeordneter Wimpler, dazu muß ich auch eine etwas ketzerische Bemerkung machen, nicht gegen Sie, sondern gegen alle Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages: Ich habe die Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages im Ausschuß bei der Beschlußfassung der Novelle für den Zuschlag zur Lustbarkeitsabgabe gewarnt, eindringlich gewarnt und gebeten, davon Abstand zu nehmen, weil durch diese Veränderung einfach die Einnahmen des Kriegsofferverbandes sinken mußten und aus der allgemeinen Entwicklung heraus auch. Nun haben die Damen und Herren des Hohen Hauses beschlossen, daß diese Steuer gesenkt wird und gleichzeitig verlangen sie nun, daß über einen anderen Weg der Steuerentfall durch Subventionierung aus allgemeinen Steuern ausgeglichen werde. (Abg. Wimpler: „Was können die Kriegsoffere dafür?“) Das ist kein eindrucksvolles Beispiel, meine Damen und Herren, wenn man wirklich echt helfen will, was wir sicherlich alle vom Grunde her beim Kriegsofferverband tun wollen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Aber den Streit dürfen wir doch nicht auf dem Rücken der Kriegsoffere austragen!“) Genau, da bin ich ganz Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter DDr. Götz, und wir haben auch im Landesbudget 1971 zumindest einen Ansatz drinnen, der eine Subvention von S 100.000.— anstelle des Entfalles vorsieht und ich darf Ihnen dazu sagen, daß der Kriegsofferverband dazu noch einmal S 100.000.— bereits im Dezember dieses Jahres als Vorleistung für das nächste Jahr erhält, so daß man also sagen kann, daß mit S 200.000.— eine neue Subventionspost für den Kriegsofferverband im nächsten Jahr eingeführt wurde und in der weiteren Entwicklung wird es Sache des Hohen Landtages sein, auch hier entsprechende Festlegungen zu treffen. Bei den Baumaßnahmen im Bereiche der Sozialhilfe kann ich mit großer Genugtuung feststellen, daß die eingeleiteten Maßnahmen für den Aus- und Umbau unserer Landesfürsorgeheime gut vorangehen und daß wir auf dem besten Weg sind, diesen Heimen das Stigma der Armen- und Siedenheime endgültig zu nehmen. Der Erweiterungsbau des Landesfürsorgeheimes Knittelfeld wird im Frühjahr 1971 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Der Erweiterungsbau für das Landesfürsorgeheim Kindberg wurde am 14. September von der Landesregierung beschlossen und sind im Budget für das nächste Jahr 6 Millionen S zur Verfügung, so daß auch mit diesem Bau begonnen werden kann. Der Neubau des Fürsorgeheimes Mautern hängt nur an der Grundbereitstellung und nicht an den notwendigen finanziellen Mitteln und da bekomme ich gerade eine Mitteilung auf den Tisch, daß uns die Rechtsabteilung 1 gestern Abend in Kenntnis gesetzt hat, daß mit dem Grundeigentümer hinsichtlich einer Anstellung im Landesdienst eine

Vereinbarung getroffen werden konnte, die diesen befriedigt, so daß ich glaube, daß dieser — wenn auch sehr teure — Grunderwerb für das Land durchgeführt werden kann. Die Anstellungsbedingungen sind, daß der Grundeigentümer während der Bauzeit als Bauleiter beschäftigt wird und daß er später bei Inbetriebnahme des Heimes als Heizer und sonstiger Hausarbeiter Verwendung findet. (Abg. Pözl: „In Mautern?“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir haben den Vertrag ja nicht gemacht!“ — Abg. Pözl: „Nicht gegen den eigenen Referenten losgehen!“ — Landesrat Bammer: „Die Abteilung 1 hat das gemacht! Das ist so eure eigene Abteilung!“) Bitte keine große Aufregung darüber. Es wurde beschlossen, dieses Heim dort zu bauen. Ich habe davor gewarnt, daß es hier große Schwierigkeiten gibt. Aber ich habe mich auch zum Standpunkt bekannt, daß mir lieber ein neues Fürsorgeheim in Mautern ist als keines und von dieser Überlegung ausgehend wird von mir Mautern selbstverständlich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln forciert werden.

In diesem Zusammenhang wurden einige Fragen aufgeworfen hinsichtlich der Bezirksaltenheime, vor allem von den Abgeordneten Schrammel und Lackner. Dazu möchte ich sagen, wir haben gerade in der letzten Sitzung der Landesregierung diesen Montag die Bestellung der Bezirksfürsorgebeiräte auf Grund der Gemeinderatswahlergebnisse 1970 durchgeführt. Es ist Aufgabe der Bezirksfürsorgebeiräte, hier aktiv zu werden und es ist die Verpflichtung der Gemeinde, durch die entsprechende Verbandsumlage die Kosten für solche Bezirksaltenheime aufzubringen, wie das bei allen Bezirksaltenheimen, die bisher in der Steiermark gebaut wurden, auch nicht anders gewesen ist. Ich selbst habe schon vor Jahren versucht, eine Förderungspost für jene Bezirke in das Budget zu bringen, die Bezirksaltenheime bauen. Diese Förderungspost ist sogar einmal irrtümlich im Budget stehengeblieben, weil diese bei den Streichungen übersehen wurde. Aber darnach hat die Regierung den Beschluß gefaßt, daß nichts ausgegeben werden darf. Das war damals, wenn Sie sich erinnern, als der Abgeordnete Nigl gesagt hat: „Na, es geht eh, die ersten Ansätze sind schon drinnen.“

Das Land hat viele Notwendigkeiten und Aufgaben zu erfüllen und möchte sich nicht in allem finanziell engagieren. (Abg. Schrammel: „Sie haben aber beim Österreich-Gespräch in Fürstenfeld Ihre Unterstützung zugesichert!“ — Abg. Pözl: „Ja, vor der Wahl ist das ganz anders gegangen! Das sind die berühmten Versprechungen von morgen!“)

Ich sichere Ihnen aber auch weiter meine volle Unterstützung im Rahmen meiner Möglichkeiten zu, Herr Abgeordneter Schrammel. Ich bin für Bezirksaltenheime noch und noch und überall, nicht nur in Bruck und in Müzzzuschlag, sondern auch in Fürstenfeld und wo sonst noch ein echter Bedarf dafür vorhanden ist. Aber die derzeitige Situation ist so, daß vorläufig die Bezirksfürsorgeverbände zu finanzieren haben.

Zum Schluß noch eine Bemerkung zur Jugendwohlfahrt. Auch da können wir sagen, daß die

Kontakte, die wir mit den Ausländern in diesem Jahr gehabt haben und der Herr Abgeordnete Sponer hat von unseren Landesjugendheimen einiges gesagt, doch gezeigt haben, daß unsere Arbeit in der Steiermark in der Jugendwohlfahrt vorbildlich ist. Wir haben weder Zöglingsrevolten noch sonstige allgemein bekannte Schwierigkeiten in der Fürsorgeerziehung, sondern bei uns läuft es verhältnismäßig glatt. In Zusammenarbeit mit dem Landesjugendreferat haben wir auch die Broschüre für Jugendschutzgesetz herausgegeben, um allen Interessierten einen entsprechenden Behelf zur Hand zu geben.

Nun darf ich abschließen und glaube feststellen zu dürfen, daß bei Behandlung der Gruppe 4 und am Ende meiner Ausführungen doch als Ergebnis festgehalten werden kann, daß das Land Steiermark und damit Sie, meine Damen und Herren, als Abgeordnete und die Steiermärkische Landesregierung wie bisher auch im Jahre 1971 der sozialen Verpflichtung nachkommt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Johann Fellingner: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag, das Hohe Haus möge der Gruppe 4 seine Zustimmung erteilen.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 5:

Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung.

Berichterstatter ist Abg. Simon Pichler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pichler: Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben nunmehr die Gruppe 5 zu behandeln. Diese Gruppe beinhaltet 6 Abschnitte und 11 Unterabschnitte. Die 6 Abschnitte behandeln: die allgemeine Verwaltung des Gesundheitswesens, die Gesundheitspflege, Einrichtungen des Gesundheitswesens, die körperliche Ertüchtigung, Einrichtungen der körperlichen Ertüchtigung und Jugendförderung.

Die Ziffern der Gruppe 5 sehen folgend aus: Abschnitt 50 Einnahmen von 1000 S und Ausgaben von 260.000 S, das sind um 170.000 S mehr. Abschnitt 51 Einnahmen von 4,584.000 S; ein Minus von 348.000 S und Ausgaben von 8,695.000 S, ein Plus von 244.000 S. Abschnitt 52 Einnahmen von 668,904.000 S, ein Plus von 69,167.000 S und Ausgaben von 1.019,054.000 S, ein plus von 99,134.000 Schilling. Abschnitt 54 Einnahmen von 201.000 S und Ausgaben von 9,335.000 S, ein Plus von 965.000 S. Abschnitt 5 Einnahmen von 263.000 S und Ausgaben von 867.000 S, ein Plus von 96.000 S.

Abschnitt 56 Einnahmen von 1,321.000 S, ein Plus von 170.000 S und Ausgaben von 7,816.000 S, ein Plus von 1,118.000 S.

Die Gruppe 5 schließt: auf der Einnahmeseite mit 675,274.000 S, das ist gegenüber dem Voranschlag 1970 ein Plus um 69,019.000 S. Die Ausgabenseite mit 1.046,027.000 S, das ist ein Plus um 101,727.000 S gegenüber dem Landesvoranschlag 1970. Wenn man den Gesamtausgaben in dieser Gruppe die Einnahmen gegenüberstellt, so ist für das Jahr 1971 ein Zuschuß von 370,753.000 S erforderlich. Es gibt Menschen, denen dieser Betrag viel zu hoch erscheint, es gibt aber auch mindestens so viele, denen dieser Betrag als zu gering erscheint. Wenn man aber diesen Voranschlag studiert und erkennt, was mit diesen Geldbeträgen alles geleistet wird und sie in erster Linie dem Menschen und seiner Gesundheit gelten, so mögen sicherlich auch die härtesten Kritiker die Notwendigkeit dieser Ausgaben erkennen und ein Mindestmaß an Sachlichkeit bei der Beurteilung der Gruppe 5 sowie der Führung und Verwaltung unserer Gesundheitseinrichtungen walten lassen.

Die Gruppe 5 wurde im Finanz-Ausschuß eingehend diskutiert. Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, das Hohe Haus möge dieser Gruppe die Zustimmung erteilen.

Präsident: Als erster hat sich Herr Abg. Lind zu Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Zu dieser Gruppe müßte man eigentlich sagen, mehr Geld für gute Sportstätten, dann würden wir weniger Geld für gute Krankenhäuser brauchen. Ich möchte aber heute trotzdem dem Krankenhausneubau in Hartberg das Wort reden. Ich habe dies bereits im Vorjahre getan; das Krankenhaus Hartberg ist ein Krankenhaus für ca. 80.000 Personen. Das Krankenhaus Hartberg wurde im Jahre 1909 erbaut und entspricht heute nicht mehr den modernen Anforderungen. Ich möchte aber von dieser Stelle aus zum Ausdruck bringen, daß es notwendig ist, daß diese Krankenhäuser in den Bezirken vorhanden sind, daß diese Krankenhäuser ausgebaut werden. Sie wissen ganz genau, daß auch die psychotherapeutische Behandlung ein wesentlicher Faktor für die Genesung eines Patienten ist. Ich kann Ihnen sagen, daß dies nur der Fall sein kann, wenn die Krankenhäuser nicht ein allzu großes Ausmaß annehmen. Ich möchte daher in diesem Zusammenhang bitten, alles daranzusetzen, daß das Krankenhaus Hartberg so bald wie möglich neu gebaut wird. Das Grundstück wurde dankenswerterweise ja bereits vor Jahren angekauft, es wurde auch schon ein Personalhaus errichtet. Eine besondere Sache plagt mich aber immer wieder. Ich muß zu meinem Entsetzen feststellen, daß manche Krankenkassen nur ihre Hand zur Beitragseinhebung bis nach Hartberg reichen, wenn es aber um die Leistungspflicht geht, dann will man von Hartberg nichts mehr wissen. Es ist bisher nicht gelungen, in Hartberg Facharztkassenplanstellen zu erhalten. Die Krankenkassen wehren sich dagegen, ich weiß es nicht, warum. Will man uns Hartberger sterben lassen, vielleicht passen

wir Hartberger nicht in das parteipolitische Konzept mancher Krankenversicherungsanstalten, oder was ist eigentlich der Grund dafür? (Abg. Gerhard Heidinger: „Mach doch kein Politikum daraus!“) Ich glaube, das Recht auf fachärztliche Behandlung hat heute jeder Staatsbürger. Ich kann Ihnen sagen, unsere Hartberger müssen, um einen Facharzt zu erreichen, nach Graz oder in das Burgenland fahren. Wir haben 2 Facharztposten in Hartberg, die keine Kassenstellen bisher erhalten konnten. Es ist uns nicht möglich, weitere Kassenstellen zu schaffen, weil ebendiese Kassenplanstellen nicht vergeben werden. Braucht man z. B. einen Augenarzt, so muß man nach Graz. Ich selbst habe mich zweimal bei einem Augenarzt angestellt — es war mir nicht möglich, unterzukommen. Ich liebe es nicht, mich als Abgeordneter auszugeben, denn ich bin derselbe Staatsbürger, wie jeder andere. Heute in dieser Wohlstandsgesellschaft dürfte es diese Dinge einfach nicht mehr geben. Ich bitte daher die maßgeblichen Herren um die entsprechende Unterstützung für uns Hartberger, daß auch wir die Möglichkeit erhalten, in Hartberg Fachärzte, Kassenärzte anzusiedeln. Ein besonderes Problem liegt mir noch am Herzen: es sind unsere Landärzte. Wenn wir polemisieren, daß niemand mehr aufs Land will, daß wir keinen Landarzt mehr erhalten, dann ist es richtig. Dieser Landarzt hat mit derartigen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß es ihm nicht mehr möglich ist, seine Praxis auszuüben, wenn er nicht eine geeignete Unterstützung seitens des Landes oder des Bundes bekommt. Es müßte in finanztechnischer Hinsicht dafür gesorgt werden, daß er Begünstigungen bei der Verwendung eines Kraftfahrzeuges hat, es müßten für die Ärzte, die die Praxis in entlegeneren Gebieten haben, höhere Kilometergebühren bezahlt werden usw. (Abg. Loidl: „Das machen Sie ja so alles!“) Nein, da gibt es schon einen Unterschied. Der Stadtarzt kommt leichter zu einem Patienten als der Arzt, der in einem Bergsdorf untergebracht ist. Es liegt eine Diskrepanz vor und ich möchte mich zu dieser Gruppe deshalb zu Worte gemeldet haben, damit wir auch an die Gesundheit denken, denn die Gesundheit ist das höchste Gut und sind wir bereit, für diese Gesundheit etwas auszugeben und sind wir bereit, die Bezirkskrankenhäuser auszubauen, denn die Primärärzte in diesen besuchen die Patienten noch ein- bis zweimal am Tage, es besteht ein persönlicher Kontakt, der eben für eine gedeihliche Behandlung des Patienten von besonderer Wichtigkeit ist. (Landesrat Gruber: „Herr Kollege, wenden Sie sich an den Abg. Dr. Piaty, Präsident der Ärztekammer!“) Ich möchte Sie nochmals darum bitten, wenn auch mein Appell in dem Falle gegen eine Äußerung gehen muß, die in den letzten Tagen versendet wurde, ich muß aber immer wieder zum Ausdruck bringen, daß dieser Krankenhausneubau in Hartberg von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung ist. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte kommt Herr Abg. Dipl.-Ing. Hasiba.

Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der gebotenen und vom Herrn Berichterstatter geforderten Sachlichkeit möchte ich fest-

stellen, daß das, was das Budget 1971 für das Sportwesen ausweist, sicher Beachtung verdient. Es geschieht bei uns gerade auf diesem Sektor sicher viel. Ich möchte aber darüber hinaus zu einigen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für den Sport Stellung nehmen. Sport ist gesund und soll daher gefördert werden, das war etwa die bisher gültige Maxime. Ich glaube, daß das keine Gültigkeit mehr hat und daß die Formel für die Gegenwart und die Zukunft heißen müßte: Sport ist notwendig und muß gefördert werden. Bewegungsmangel ist in unserer Zeit zur heimtückischsten Krankheit geworden. Bei Auswertung schulärztlicher Untersuchungen an 3,8 Millionen Schulkindern tritt bereits fast jedes zweite Kind mit chronischen Störungen in die Schule ein. Ein Ärzteteam hat bei Untersuchungen in 8 Gemeinden eines schweizerischen Gebirgskantons festgestellt, daß 86% der 12- bis 16jährigen Jugendlichen Haltungsstörungen aufweisen. Bei der Musterung für die Deutsche Bundeswehr wiesen mehr als ein Drittel der jungen Männer Kreislaufstörungen, 35% Haltungsstörungen und 28% andere Gesundheitsschäden auf. Bei uns sind die Zahlen ähnlich. Eine genau bekannte Zahl ist, daß sich bei der Musterung 45% mit Kreislaufstörungen herausstellten. Ich weiß, daß auch hier im Landtag bereits verschiedene Überlegungen angestellt wurden, welche Bedeutung dem Breitensport als Vorbeugung gegen alle diese Zivilisationskrankheiten zukommt. Ich glaube, daß man nicht oft genug darauf hinweisen kann, daß das Vorbeugen nicht nur besser, sondern auch billiger als das Heilen ist. Wir glauben, daß Sport- und Jugendorganisationen hier eine eminent wichtige Aufgabe übernommen haben. Wir wissen alle, wie schwer es ist, an die Jugend heranzukommen. Am ehesten könnten wir sie noch über den Sport mobilisieren, womit geradezu eine Kettenreaktion ausgelöst werden könnte, wie z. B. sinnvollere Freizeitgestaltung, Einbeziehung in das öffentliche Interesse, Erhaltung der Gesundheit, weniger Kosten für die Spitäler, ein ausgefülltes Leben für jeden einzelnen usw. Meine Damen und Herren, Menschen, deren körperliches Wohlbefinden und Leistungsvermögen gestört ist, sind eher verdrossene Staatsbürger. Ich möchte aus dem Sport keine Ideologie machen. Es fehlt bei uns heute vielfach an der Sportgesinnung. Der Sport fasziniert alle, aber leider meistens nur passiv. Man sitzt bequem vor dem Fernsehschirm, man sitzt etwas weniger bequem auf dem Fußballplatz oder auf der Tribüne des Eishockeystadions. Man ist aber nicht bereit, sich selbst zu rühren. Rafft man sich wirklich einmal auf, etwa einen Waldlauf zu machen, dann sehen einem verdutzte Sonntagsspaziergänger kopfschüttelnd nach. Bei den wenigen Gelegenheiten, wo sich die breite Masse sozusagen in den Sport stürzt, wie etwa beim Schifahren, machen sich die Konditionsmängel fürchterlich bemerkbar und führen dann zu Serien von Unfällen, die fälschlicherweise dann immer als Argument gegen den Sport vorgebracht werden, statt daß sie dazu anregen würden, daß man sich besser und gleichmäßiger vorbereitet. Es fängt in Wirklichkeit bereits in der Schule an: Viele Lehrer sind schon da, die das

sportliche Interesse eines Kindes wahrnehmen, aber sollten es nicht noch viel mehr sein! Dabei werden gerade in dieser Zeit die Weichen für das ganze spätere Leben gestellt. Ich möchte hier in diesem Zusammenhange von den Kindergärten gar nicht reden, obwohl dort mit viel geringeren Mitteln vieles gemacht werden könnte. Es stellt sich der Politik folgende Aufgabe: einmal denjenigen, die bereits Sport betreiben, dies zu ermöglichen und zu erleichtern, sowie den viel größeren Kreis derjenigen, die zur Zeit noch kein Interesse am Sport haben, zu helfen, daß sie zu einer Sportgesinnung kommen und irgendeinen Sport aktiv betreiben. Man gibt in den Vereinigten Staaten jährlich zur Werbung für den Fitness-Sport 360 Millionen Schilling aus, in Japan hat man zur Förderung des Fitness-Sports sogar ein eigenes Gesetz erlassen. Unser Landesbudget belasten die derartigen Aufgaben schon außerordentlich stark, die Vereine, die eine große Last an Verantwortung tragen, brauchen und verdienen unsere Unterstützung. Dabei würde ich auch in diesem Zusammenhang gerne für das Leistungsprinzip plädieren. Diejenigen Vereine, die mehr Veranstaltungen machen, mehr Leute betreuen und damit auch mehr Spitzensportler hervorbringen, sollen meines Erachtens auch besser dotiert werden. Das sind Kriterien, die sich ohne weiteres errechnen lassen. Bisher wird wohl der Spitzensport ziemlich stark gefördert, ich glaube aber, daß ein ganz breit vertretener Breitensport wichtig ist, weil von der Breite heraus eine entsprechende Anzahl von Spitzensportlern kommt. Als Beispiel möchte ich anführen, daß jeder zweite oder dritte Skandinavier Schilangläufer ist und die Erfolge sind sichtbar. Aber auch in den Alpenländern ist es mit dem alpinen Schisport ähnlich.

Es muß zunächst der Breitensport gefördert werden. Es könnte uns auch, wie die Schweizer bei den Vorarbeiten für ihr Sportvolksbegehren errechnet haben, auf einem anderen Gebiet viel ersparen. Ganz abgesehen von den Kosten der Spitäler spielen hier sicher die Summen hinein, die der Volkswirtschaft jährlich durch Krankheit verloren gehen. Die Schweizer Volkswirtschaft verliert allein wegen Rheumatismus jährlich 3 Milliarden Schilling. Den volkswirtschaftlichen Schaden, der infolge von Erkrankungen der Wirbelsäule entsteht, haben die Schweizer mit 1,2 Milliarden Schilling berechnet. Das sind Zahlen, die uns aufhorchen lassen müssen, die uns zu denken geben müssen, vor allem auch unseren Betriebsführern und Unternehmern zu denken geben sollten. Der Gesundheitszustand der Belegschaft stellt, was aus den Schweizer Zahlen hervorgeht, natürlich auch eine Kostenfrage dar. Bei den Kindern steht weniger die Kostenfrage im Vordergrund, dafür aber unsere größere Verantwortung für sie in weit stärkerem Maß. Vielleicht könnte man daher in den Schulen Turnpausen einführen. Jeweils 5 Minuten zwischen den Unterrichtsstunden sind sicher nicht viel, aber sie könnten doch immens viel helfen, vor allem wenn Sie sich die Zahlen gemerkt haben von den Kindern, wie sie in die Schule eintreten. Wenn man die Leute in unser aller und im eigenen Interesse dazu bringen will, sich fit zu halten, dann muß die Möglichkeit dafür auch attrak-

tiv gestaltet werden. Dafür würde ich verschiedene Formen für möglich halten.

1. Den Kurs. Er ist zeitlich befristet, hat ein bestimmtes Thema, einen bestimmten Preis und bringt Menschen ähnlicher Leistungsfähigkeit und Erwartungen zusammen. Vor allem für die Neulinge, um ihnen den Sport zu erleichtern.

2. Die offene Turnstunde zu bestimmter Zeit, Teilnehmergebühr zu verlangen, offen für jedermann, direkt nach Büroschluß, meist in Form von Gymnastikstunden.

3. Die Bewegungspause im Betrieb, ein- bis mehrmals wöchentlich ein Fitnessstraining oder Gymnastik, etwa 15 bis 20 Minuten unter Anleitung eines Sportlehrers.

4. Feriensport. Sportangebote im Urlaub mit und ohne Anleitung von Fachleuten. Bewährt haben sich in der Schweiz die Programme, die einen sogenannten Sportpaß anbieten, den jeder Urlauber wahlweise durch Wandern, Radfahren, Schwimmen usw. erwerben könnte.

5. Sport mit Spitzensportlern. Veranstaltungen sind da gemeint, bei denen ein Spitzensportler zusammen mit einer großen Menge Sport betreibt, wobei er natürlich seine Leistungen herabsetzt, damit alle mitkommen. Es wurde, glaube ich, in Deutschland bereits praktiziert. Durchaus denkbar, daß das attraktiver ist für die breite Masse.

Einzelne dieser Maßnahmen gibt es bereits und im übrigen wird im Radio und Fernsehen die Übungsanleitung jeden Morgen gegeben für eine Morgengymnastik. Einzelne dieser Forderungen sind vielleicht fast utopisch. Ich glaube aber, daß wir sie nicht aus dem Auge verlieren sollten. Ich möchte die ganze Angelegenheit nicht dramatisieren. Es ist meines Erachtens nicht notwendig. Es sieht in Wahrheit, wenn man in unserem Land herumschaut, mit dem Breitensport schlecht genug aus. Wir können niemanden zu etwas zwingen, das wollen wir auch nicht. Wir müssen aufmerksam machen, wir müssen Möglichkeiten schaffen und wir können von uns aus etwas zu dem beitragen, was ich als Förderung der Sportgesinnung bezeichnen möchte. Das nicht nebenbei, sondern wir werden weniger empfehlen als vielmehr wirklich fördern und auch Forderungen erfüllen müssen. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 20 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung um 19 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung um 20 Uhr.

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Das Wort hat der Herr Abg. Zinkanell.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Darf ich mit aller Kürze, aber doch mit einem gewissen Nachdruck Ihr Interesse auf den Unterabschnitt 52,5, Post 52,51, betreffend das Landessonderkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie, hinlenken. Die Post im außerordentlichen Haushalt zeigt über 10 Mio. S, im außerordentlichen sind 15 Mio. S vorgesehen. Der überwiegende Teil dieser Beträge dient dem sehr dringenden Bau des Bettenhauses mit 342 Betten sowie einem Unter-

suchungs- und Behandlungsraum, Außerdem soll auch eine Station für die Behandlung von Schlaganfällen dort eingerichtet werden.

(Präsident: Am Wort ist der Herr Abg. Zinkanell.)

Die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für dieses 80-Mio.-S-Vorhaben sind soweit abgeschlossen, daß mit dem Bau rasch begonnen werden kann. Wie wichtig dieser Bau ist, geht aus der Tatsache hervor, daß im Bereich dieses Sonderkrankenhauses 222 ständige Notbetten belegt werden müssen, wovon 100 dieser Betten sogenannte Klappbetten sind. Wenn das Bauvorhaben abgeschlossen ist, kann endlich auch Messendorf aufgelassen werden. Sie alle wissen aus der Diskussion, daß Messendorf an sich eine ungute Notlösung ist. Ich freue mich, daß wir damit einer Verpflichtung nachgekommen sind, die den bedauernswertesten Menschen gebührt und daß diese Verpflichtung endlich realisiert werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Piaty das Wort.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Das Echo, das sich in der Öffentlichkeit nach unserer letzten Diskussion im Landtag über das Anstaltswesen in der Steiermark ergeben hat, zeigt, wie sehr das Krankenhaus im Blickpunkt des allgemeinen Interesses steht. Wenn man das Budget 1971 ansieht, sieht man, daß die finanziellen Leistungen, die das Land Steiermark hier aufzubringen hat, gewaltig und imponierend sind. Mit 919 Schilling pro Einwohner steht die Steiermark an der Spitze aller Bundesländer in den Aufwendungen für die Krankenanstalten, wenn man den Durchschnitt aller Bundesländer kennt, nämlich S 425.—. Ein weiteres bemerkenswertes Moment ist das Verhältnis des Gesamtbudgets zum Budget der Einrichtungen des Gesundheitswesens, Abschnitt 52. 1969 waren die Einnahmen aus diesem Titel 15,5 % und die Ausgaben 21,3 %; 1971 sind die Ausgaben bereits 22,2 %. Wir sehen also zwei bemerkenswerte Phänomene, ein fortschreitendes Auseinanderklaffen von Einnahmen zu Ausgaben und eine fortschreitende Verschiebung des Sachaufwandes zum Personalaufwand. Der Personalaufwand beträgt 63 % gegenüber dem Sachaufwand mit 37 % im Jahre 1971. Es zeigt sich also, daß die Gesamteinnahmen mit 668 Millionen Schilling gerade noch den Personalaufwand des Landes Steiermark in den Krankenanstalten decken können. Gegenüber dem vergangenen Jahr sind die Ausgaben im Abschnitt 52 um 0,9 % gestiegen, die Einnahmen jedoch um 0,5 % gesunken. Aus diesen Zahlen ergeben sich zwingende Tatsachen, nämlich alle Versuche zu unternehmen, um die Einnahmen zu erhöhen und alles zu versuchen, um die Ausgaben unter Kontrolle zu bekommen. Die Voraussetzung aber, meine Damen und Herren, ist die Klarheit der Ausgangsposition. Nun muß ich gestehen, ich war persönlich sehr erschüttert, daß der sehr verehrte Herr Referent auf meine Frage im Finanzausschuß, ob er mir die Betriebskosten pro Kopf, d. h. pro Bett und Tag sagen könnte, mir als Antwort geben mußte, er könne im Augenblick diese Auskunft

nicht geben (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich habe sie aber sogleich vorgelesen!“), denn von einem Referenten würde ich eigentlich erwarten, daß dies die vielleicht einzige Zahl ist, die er wissen müßte, wenn ich ihn aus tiefem Schlaf aufwecke, denn diese Zahl müßte eine echt bedrückende Sorge darstellen. Ein Kaufmann, der seine Preise kalkuliert, muß unbedingt die Gestehungskosten seiner Ware kennen. Ich möchte auch fragen, warum eigentlich der § 38 Abs. 1 nicht durchgeführt wird, nämlich die Pflegegebühren und allfälligen Sondergebühren in den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen nach den Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes kostendeckend zu ermitteln? Ich muß das Hohe Haus auf die Tatsache hinweisen, daß diesbezüglich ein Gesetz, das dieser Landtag 1957 beschlossen hat, bisher nie exekutiert wurde. Es ergibt sich auch die Frage, warum das Einvernehmen und die notwendige Koordination von der Rechtsabteilung 12 zur Rechtsabteilung 1 nicht hergestellt wird. Jeder Umbau, jeder Zubau, vor allem jeder Neubau bedingt unweigerlich zusätzliche Personalkosten. Es ist auch die Frage zu erheben, warum nicht der Versuch bisher unternommen wurde, eine fach- und sachgerechte Prüfung des gesamten Sachaufwandes durchzuführen. Es gibt eine Menge von Einrichtungen, die Technik schreitet auch in der Medizin vor, es gibt Möglichkeiten der Automatisierung, es gibt Möglichkeiten des Einsatzes von Geräten, die echt personalsparend sind. Hier müßte der Sachaufwand einsetzen und wenn man immer wieder von seiten des Herrn Referenten hört, daß sich von Jahr zu Jahr die Relation von Sachaufwand zu Personalaufwand im Sinne des Personalaufwandes verschiebt, ist das ein Vorwurf, der in erster Linie an das eigene Referat zu richten ist, weil nämlich die Planung der Bauten und der Einsatz der Apparaturen so orientiert werden müßte, daß Personal, wo immer nur möglich, gespart werden kann. Ich glaube, daß die Einnahmensituation nicht mit jenem Nachdruck und jener Konsequenz vertreten wird, wie es in Anbetracht der finanziellen Ausgangslage vertreten wird. Ich möchte mir erlauben, einen Vergleich zu bringen mit dem Land Tirol, dem Landeskrankenhaus Innsbruck, das ungefähr mit Graz gewisse Parallelen aufweist; in Innsbruck ist der amtlich festgesetzte Verpflegungskostensatz für den 3.-Klasse-Selbstzahler S 290.—, in Graz ist der gleiche Satz S 187.—. Der Verpflegungskostensatz der Sozialversicherung beträgt in Innsbruck S 180.—, in Graz S 141.—. Der amtliche Verpflegungskostensatz für die 2. Klasse beträgt in Innsbruck S 305.—, in Graz S 265.—, für die 1. Klasse in Innsbruck S 320.— und hier ist der einzige Sprung aufwärts, nämlich in Graz S 370.—. (Zwischenruf des Landesrates Gruber.) Herr Landesrat Gruber, Sie werden nach dem Gesetz, das auch Sie beschlossen haben, verpflichtet, die Sätze kostendeckend zunächst als Ausgangsbasis festzulegen. Sie sind verpflichtet nach dem Gesetz! Es steht nicht im Gesetz, ob es möglich ist, sondern Sie sind verpflichtet; sonst darf man ein solches Gesetz von Haus aus nicht beschließen.

Ich möchte mich jetzt nicht in einen Kreis derer einreihen, die einfach primitiv sagen, nun, die Kran-

kenversicherung soll mehr bezahlen. Ich bin mir über die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Krankenversicherungen in der Steiermark durchaus bewußt. Es dürfte dem Hause nicht unbekannt sein, daß die Steierm. Gebietskrankenkasse, die immerhin 60 % der Versicherten umfaßt, ein durchschnittliches Beitragsaufkommen von S 2933.— aufzuweisen hat und damit an der 8. Stelle der Gebietskrankenkasse vor Burgenland und der 22. Stelle der gesamten Krankenversicherungsträger steht. Aber, meine Damen und Herren, Fehler in der Grundkonzeption der Krankenversicherung und Strukturschwächen, wie sie in der Steiermark sind, wo es eine Reihe von Betriebskrankenkassen gibt, die wesentlich höhere Beitragsdurchschnitte haben, können nicht unbegrenzt und auf die Dauer auf dem Rücken der Vertragspartner — und das sind auch die Krankenhäuser und die Krankenanstalten-träger — abgewälzt werden. Es ist zu hoffen, daß die nun laufende Enquete über Krankenversicherung auch hier Wege aufweist, die den finanziellen Engpaß auf dieser Seite beseitigen. Nun ein anderes Problem: Ich weiß nicht, ob wir bei den Privatversicherungen immer sehr glücklich agieren. Es ist interessant: In Innsbruck sind bei 1730 Gesamtbetten 156 Zweite- und Erstklassebetten, das sind 9 % des Gesamtbettenraumes — in Graz sind bei rund 3600 Betten 791 Erste- und Zweiteklassebetten vorhanden, das ist ein Bettenraum von 21,6 %, aber, meine Damen und Herren, der Abgang in Innsbruck beträgt nur 25,3 %, in Graz jedoch 29,7 %. Oder, das Landeskrankenhaus Graz bringt es auf Einnahmen in einer Deckung zu den Ausgaben von 70,3 %, in Innsbruck jedoch ist das Aufkommen 74,7 %. Das heißt, irgend etwas ist in der geschäftlichen und wirtschaftlichen Gestion mit den Privatversicherungen nicht in Ordnung. Ich möchte willkürlich nur ein Beispiel herausgreifen: Eine Operation der Gruppe 4 — ein Blinddarm — bringt bei Zugrundelegung einer Aufenthaltsdauer von sieben Tagen dem Lande Steiermark als Krankenhausträger einen Betrag von S 4012.— minus einen Rabatt von 10 %. Der gleiche Blinddarm mit einer Aufenthaltsdauer von sieben Tagen bringt den in Graz befindlichen Sanatorien jedoch einen Betrag ohne Rabatt von S 4737.—. Ich muß sagen, das Land Steiermark gibt hier freiwillig ungefähr S 1000.— ab, die man ohne weiteres reklamieren könnte. Ein weiterer Hinweis: Sie wissen die enge Verflechtung des Landeskrankenhauses Graz von Landesanstalt und dem Bunde unterstehender Klinik. Als Verrechnungsbettenzahl dienen 1640 Betten im Landeskrankenhaus Graz. Der Bund gibt einen gewissen Zuschuß. Wenn ich diesen Zuschuß auf die Pflegetage umlege, gibt der Bund in Innsbruck S 68,30, in Graz jedoch nur S 54,30. Wenn ich das auf die Bettenzahl umlege, gibt der Bund in Innsbruck S 1730.—, in Graz nur S 1640.—, das Manko beträgt in einem Falle 7 Millionen Schilling, im anderen Falle 3,2 Millionen Schilling.

Die Regelung aus dem Jahre 1950 mit dem Ersatz von 18 Schilling der Betriebskosten ist somit für die Steiermark und für Graz als unbefriedigend zu bezeichnen. Das Problem erfährt eine noch weitere Verschärfung, wenn ich Ihnen sage, daß für

Graz bei 1640 vom Bund finanzierten Betten 170 Klinikärzte zur Verfügung stehen, jedoch in Innsbruck bei 1730 Betten 240 Klinikärzte. Das heißt, daß in Graz 9,6 Betten pro Arzt, in Innsbruck jedoch 7,2 Betten pro Arzt kommen. Es fehlen insgesamt auf die Rechnung 58 Bundesärzte, deren Arbeitskraft das Land Steiermark zu begleichen und zu bezahlen hat. Noch krasser wird das, wenn man das Gesamtpersonal des Landeskrankenhauses Graz sieht. Bei rund 45 % des Bettenraumes, die dem Bund unterstehen, stellt die Republik Österreich lediglich 8,7 % des Personals, nämlich mit Einschluß der Ärzte 289 Bedienstete. Ich möchte Sie einladen, mit mir ein kleines Rechenspiel durchzuführen. Ich gehe davon aus, daß das größte Krankenhaus in der Steiermark, nämlich das Landeskrankenhaus Graz, einen Abgang von 108 Millionen Schilling hat. Wenn man den Differenzbetrag der amtlichen Pflegegebühren zum Ersatz der Sozialversicherungsträger in Verbindung bringt, bedeutet das ein Minus von 44 Millionen Schilling. Der Rabatt an Privatversicherungen sind 4 Millionen Schilling, die Kosten für 58 Bundesärzte sind 11,600.000 Schilling. Der Mindererlös nach dem Selbstzahlererlös sind 8,629.000 Schilling, das Medikamentenpauschale der Privatversicherungen von 8 Schilling, in Wirklichkeit kosten die Medikamente pro Tag und Kopf 31 Schilling, sind 5,4 Millionen Schilling. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das interessiert die Sozialisten gar nicht, es geht ja nur um Millionen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Wir haben das schon im Finanzausschuß zum erstenmal begriffen!“ — Landesrat Peltzmann: „Diese Zahlen werden zum erstenmal genannt, Sie haben geträumt im Finanzausschuß!“) Ich wußte nicht, daß Sie so gute Kopfrechner sind. Ich möchte Ihnen aber trotzdem die Gesamtsumme verraten. Die beträgt nämlich 67,8 Millionen Schilling. Das heißt, bei Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze wäre der Abgang des Landeskrankenhauses Graz zu Dreivierteln gedeckt, nämlich mit 76,8 Millionen Schilling von 108 Millionen Schilling. Zusammenfassend kann ich sagen, daß am Sektor des Pflegeersatzes, aber auch der Ambulanzgebühren, der Privatversicherungen und des Bundeszuschusses ein breites Feld der Betätigung für den sehr verehrten Herrn Referenten festzustellen wäre. Aber auch die Steuerung der Ausgabenseite wäre eine echte Verpflichtung. Ich denke an eine echte Koordinierung zwischen der Abteilung 1 und 12. Ich wiederhole, einen gezielten Sachaufwand und ich urgiere eine echte Planung. Sie müssen viel mehr zuhören. Ich spreche von Planung. Das ist ein Begriff, der von Ihnen sehr hoch gehalten wurde. (Abg. Pözl: „Herr Abg. Dr. Piaty, die Sozialisten haben das nicht notwendig!“ — Abg. Zinkanell: „Uns wollt Ihr Vorschriften machen?“ — Landesrat Gruber: „Schaut doch, ob Ihr bei Eurer Fraktion einen Zuhörer findet!“) Sie brauchen keine Planung, jawohl. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: „Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner. Meine Damen und Herren, ich bitte, mich nicht als Weihnachtsmann zu betrachten, der ununterbrochen läutet, weil das Christkind kommt. Ich läute, weil der Herr Abg. Piaty das Wort hat!“ — (Abg. Pözl: „Die Sozialisten glauben nicht an den

Weihnachtsmann!" — Abg. Ritzinger: „Aber an den schwarzen Krampus glauben sie!“) Ich bedaure sehr, feststellen zu müssen, daß es kaum einen Ordnungsbereich innerhalb der Steiermärkischen Landesregierung gibt, in dem so wenig Ansätze von Planung festzustellen sind und wo es den Anschein hat, daß viel Gefälligkeit und Improvisation festzustellen ist, wie im Bereich des steiermärkischen Anstaltswesens.

Die Steiermärkische Ärztekammer hat vor einigen Tagen versucht, Ihnen einen Plan zu unterbreiten als Grundlage einer Diskussion im Sinne einer echten Strukturplanung. (Landesrat Gruber: „Einen Zusperrplan! Da sind sie schon auf dem Erzberg gescheitert, in den Kohlengruben und auf dem Stahlsektor, Sie werden der nächste sein, der scheitert!“ — Landeshauptmann Krainer: „Ich bin für das Aufsperrn, Herr Landesrat Gruber, tun Sie sich nicht kommunistischer Slogans bedienen!“) Ich wußte nicht, daß Sie manche Krankenanstalten dem Denkmalamt unterstellen wollen, denn nur so wäre es zu erklären, daß manche Bürgermeister und manche Lokalmatadore, die hier im Landtag sitzen, ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, sich ein Denkmal dahingehend zu setzen, daß sie glauben, jede Stadt und jeder Bezirk muß sein Krankenhaus haben. (Landesrat Bammer: „Lind, hörst Du es?“ — Landesrat Gruber: „Fürstenfeld meinen Sie, nehme ich an!“)

Es muß Aufgabe eines unabhängigen Fachleutegremiums sein, Vorschläge unterbreiten zu dürfen und zu wollen und es wird ihre Aufgabe sein, u. a. hier die politische Entscheidung zu treffen. (Landesrat Gruber: „Gott sei Dank!“) Vergessen Sie nicht, das Krankenhaus wäre in erster Linie ein Problem einer echten Sachentscheidung und sicherlich nicht einer lokalen politischen Entscheidung. Denn das Krankenhausproblem müßte man primär von überregionalen Gesichtspunkten und Normen sehen. Ich möchte ganz offen Antwort geben auf gewisse Zeitungsmeldungen. Wenn Sie urgieren, daß Bruck nicht zugesperrt werden soll, wenn Sie diese Denkschrift gelesen haben, sehr geehrter Herr Landesrat Gruber, steht nicht drinnen, daß man dieses oder jenes Krankenhaus einfach von heute auf morgen zusperrt, sondern daß eine Strukturplanung auf die Zukunft orientiert werden soll. (Abg. Bischof: „70.000 Menschen leben im Bezirk Bruck!“) Ich glaube, es ist richtig und notwendig, daß man im Bereich Leoben ein Schwerpunktkrankenhaus baut. Wenn ich Ihnen sage, daß heute Bruck 360 Betten hat und Leoben derzeit 560 Betten, also insgesamt 920 Betten, so würde ich doch die Frage vorlegen, ob Sie nicht auch meinen, daß es viel interessanter, wichtiger, rationeller und klüger wäre, im Raum Leoben—Bruck ein Schwerpunktkrankenhaus etwa mit 1500 Betten zu bauen, als in einem Atemzug zu fordern, daß 16 km weiter ein zweites Krankenhaus neu erbaut werden soll. Ich glaube, daß die Tendenz der Zukunft nicht darin liegen kann, mehr und kleine Krankenhäuser zu bauen, sondern wenige, aber dafür größere und besser ausgerüstete Krankenhäuser zu errichten. Dasselbe gilt auch für den Vorschlag, daß es uns sinn-

voll erscheinen würde, etwa im Raum Stainach-Irdning ein Krankenhaus zu errichten, da z. B. das Krankenhaus Rottenmann derzeit über 225 Betten zählt, das Krankenhaus Aussee nur 80 Betten, d. h. insgesamt 305 Betten, und auch im Sinne einer weiträumigen Zukunftslösung es sicherlich sinnvoller wäre, schon aus der verkehrsmäßigen Lage dort ein Schwerpunktkrankenhaus zu errichten. Ich möchte auch glauben, daß die Planung nicht sehr glücklich ist, wenn z. B., sehr verehrter Herr Referent, die III. Chirurgie völlig isoliert, losgetrennt von jeder konservativen Komplementärabteilung belassen wird. Ich glaube auch nicht, daß es sehr für einen Plan und eine Überlegung spricht, wenn man wohl eine konservative, eine interne Kinderklinik errichtet hat und diese weit hinauslegte, dafür aber die Kinderchirurgie am derzeitigen Stand in der Heinrichstraße belassen hat. Das sind nur kleine Beispiele, sie könnten wesentlich erweitert werden. (Abg. Pözl: „Sie müssen eine Isolierstation für Rotlauf bauen in Kapfenberg!“ — Landesrat Bammer: „Die legen wir mit der Steirerobst zusammen in Gleisdorf!“ — Abg. Preamberger: „Da wundert sich der Abg. Pözl, daß ihn die Ärzte so schlecht behandelt haben!“)

Meine Damen und Herren, wir müßten uns auch Gedanken machen, welche Wege zu beschreiten sind, um eine Humanisierung und eine Steigerung der Wirksamkeit unserer Anstalten zu erreichen. Ich würde vorschlagen, eine Aufgliederung der großen Abteilungen in überschaubare Einheiten. Das ist kein Sondergedanke, für den ich Anspruch erhebe, sondern dies ist ein Gedanke, der im dänischen Krankenanstaltengesetz und in den Empfehlungen des Deutschen Wissenschaftsrates und einfach in der ärztlichen Erfahrung selbst ihren Niederschlag hat. Eine Abteilung, die größer ist als 120 Betten, ist nicht geeignet, jenen ärztlichen Führungsstil herzustellen, der eine unmittelbare Beziehung zum Patienten ermöglicht. Wir sind auch dafür, daß die inhumanen großen Krankenzimmer mit 14 und mehr Betten endlich aufgelöst werden. Wir glauben auch, daß Intensivpflegestationen und Räume für Schwerstkranke in allen Krankenhäusern im Rahmen einer Planung errichtet werden sollen. Wir glauben, daß zur Verbesserung der ärztlichen Betreuung Konsiliarprimariate und Konsiliarfachärzte in vermehrtem Umfang in den Krankenhäusern Eingang finden sollen. Wir glauben und haben auch einen diesbezüglichen Antrag gestellt, daß Diätassistentinnenkurse eingerichtet werden sollen, damit die Diät jene Aufmerksamkeit findet, die im ärztlichen Behandlungsplan notwendig ist. Wir glauben, daß vor allem eine Verbesserung der Kommunikations- und der Nachrichtenmittel möglich sein müßte. Ich würde jedem der anwesenden Damen und Herren empfehlen, versuchsweise zum Telefon zu gehen, um irgend jemanden im Landeskrankenhaus Graz zu erreichen — Sie würden Ihre Wunder erleben, wie lange Sie brauchen, damit Sie in die Leitung hineinkommen und daß Sie den Gewünschten zum Apparat bekommen. Wir haben auch einen Antrag gestellt und glauben, daß es notwendig ist, daß man Abteilungen für chronisch Kranke und für Rehabilitation nicht extra errichtet, das wäre un-

rationell, sondern im Rahmen der bestehenden Krankenanstalten einrichtet, denn ungefähr 20 bis 30 % der internen Fälle sind reine Pflegefälle, sind Fälle chronischer Erkrankungen. Alles in allem, unser Krankenhauswesen braucht eine Finanzreform und eine Strukturreform und vor allem auch eine Reform des inneren Dienstes, des ärztlichen Dienstes. Meine Damen und Herren, wir leben heute Gott sei Dank selbstverständlich im Zeitalter des sozialen Fortschrittes mit der 42-Stunden-Woche und 40-Stunden-Woche. Vergessen Sie eines nicht, die Ärzte, die Schwestern, das gesamte medizinisch-technische Personal, das Pflegepersonal der Krankenhäuser leisten in dieser Zeit und in dankenswerter Weise ihre Pflicht und rechnen nicht die Stunden kaufmännisch und krämerisch an, denn das Land Steiermark würde große Kosten zu tragen haben, wenn jede der zahllosen Überstunden bezahlt werden müßte, die vom Pflegepersonal durchgeführt werden. Der Einsatz des gesamten Personals, angefangen von den Primärärzten bis zum letzten Wärter, ermöglicht eine optimale Betreuung und Behandlung im medizinischen und menschlichen Sinne trotz feststehender Systemmängel. Die Notwendigkeit eines qualifizierten Spitalärztespersonals möchte ich hier mit aller Deutlichkeit herausstreichen. In der Diskussion auch mit Freunden höre ich immer das Argument, daß u. a. die Tatsache der sogenannten „guten Bezahlung“ der Spitalsärzte Ursache des Ärztemangels wäre. Meine Damen und Herren, Herr Landeshauptmann, ganz stimmt diese Auffassung nicht. Es hat eine Zeit gegeben, wo man meinte, daß ein Krankenhaus nur von einem Primarius und sonst nur von Ausbildungsärzten geführt wird. Diese Zeit ist in Anbetracht der Dynamik der Medizin, der Notwendigkeit von Untersuchungen, die eine gewisse Erfahrung voraussetzen und die auch eine gewisse Gefährlichkeit mit sich bringt, vorbei, diese Tatsachen bedingen, daß wir auf ein voll ausgebildetes ärztliches Personal zurückgreifen müssen und daß das moderne Krankenhaus unmöglich zu führen wäre, wenn nicht ein bestimmtes Team von Spitalsärzten vorhanden ist, das auf Lebenszeit im Krankenhaus bleibt. Sie als Patient würden sich sehr bedanken, wenn Sie im Erkrankungsfalle nur mit einem Ausbildungsarzt Ihr Auslangen finden müßten. Die innere Struktur unseres Krankenhauses erfährt unter Ihren Augen und nicht zuletzt unter Ihrem Einfluß auch eine fortlaufende Tendenz, eine Tendenz zum Abbau des bisherigen übermächtigen Chefarztprinzips oder Primariatsprinzips zu einem Team; es hat lange gedauert, aber ich kann heute sagen, Gott sei Dank ist es gelungen durch eine Regelung, die zwar die Regierung noch nicht passiert hat (Landeshauptmann Krainer: „Da haben wir noch einen Einwand!“), aber von der ich hoffe, daß sie die Genehmigung der Regierung erfährt, eine gewisse Entkrampfung der Beziehungen innerhalb des Krankenhauses durch einen relativen Ausgleich des Einkommens zu erreichen. Meine Damen und Herren, ich bin immer dafür eingetreten, daß eine soziale Gerechtigkeit auch innerhalb des Krankenhauses und innerhalb des medizinischen Leistungsbereiches bei Betonung und bei Wahrung des Leistungsprinzips erreicht

werden soll. Ich glaube, diesen Weg müßte man konsequent weiterbeschreiten; wenn man auch bestehende Rechte nicht berühren will oder kaum berühren kann, so sollten wir unbedingt darauf sehen, daß in zukünftigen Lösungen dieses Prinzip erhalten wird. Ich möchte ferner eine Anstaltenordnung urgieren im Sinne des Krankenanstaltengesetzes 1957, denn ein System der Ordnung bedarf auch, daß Rechte und Pflichten des gesamten Krankenhauspersonals einschließlich des leitenden Personals festgelegt werden. Ich glaube auch, daß das Schwestern- und Pflegepersonal eine besondere Wertung erfahren sollte. Es ist hier nicht sosehr die Bezahlung, obgleich auch dort manche Korrektur notwendig wäre — z. B. könnte ich mir vorstellen, daß man das Personal der Ambulanzen und der Laboratorien an den Ambulanzgebühren beteiligt im Sinne einer Leistungsprämie — sondern vor allem, daß man die sozialen Umstände, die Unterbringung einer Verbesserung zuführt. Ich hatte die Gelegenheit in meiner Eigenschaft als Abgeordneter, wenn Sie das interessiert, das Haus Billrothgasse 18 a zu besuchen. Ich glaube nicht, daß es weiterhin gut sein wird, wenn man mit sichtbarer Billigkeit solche Häuser errichtet. Dort gibt es zum Beispiel 18 Schwesternwohnräume, die so groß sind, daß ich mir, wenn ich bei der Tür hinfallen sollte, den Kopf bei der Zentralheizung beim Fenster anschlagen würde — und daß man diese 18 Zimmer nur mit einer Dusche und 36 Wohneinheiten mit einer Teeküche, mit 8 Kochmöglichkeiten versehen hat. Wir sind — wenn ich aus eigener Erfahrung berichten darf — dabei, durch das Entgegenkommen . . . (Abg. Pözl: „Wer hat denn das geplant?“ — Landesrat Bammer: „Das Landesbauamt!“ — Landesrat Peltzmann: „In ‚Gespräche und Argumente‘ steht das genau drinnen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt hören Sie einmal auf mit dem Kommandoton da oben, schauen Sie die Geschäftsordnung an!“ — Abg. Zinkanell: „Wir sind ja nicht bei der Feuerwehr, daß Sie da so herumkommandieren!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Landesrat Gruber hat auch von oben heruntergerufen. Jetzt sitzt er unten!“ — Präsident: „Meine Damen und Herren! Gespräche zwischen den Bänken sind in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Ich bitte den Herrn Redner fortzufahren!“ — Abg. Heidinger: „Wenn Sie sie gelesen haben, können Sie die Aufnahmeprüfung machen!“) Ich kann aus eigener Erfahrung berichten, daß wir ein Personalhaus beim Krankenhaus Fürstenfeld bauen und der zuständige Beamte auf den Einwand, es würden zuwenig Räume für das Personal sein, als Antwort gegeben hat: „Sollen eben die Schwestern zu zweit oder zu dritt im Zimmer sein.“ Wir haben durch den Herrn Referenten der Personalabteilung, Landesrat Wergart, gehört, welche Lücken im Schwesternpersonal bestehen, daß wir zuwenig Schwestern haben. Man muß unbedingt bei der Unterbringung einer Schwester das Recht auf Privatleben insoweit zubilligen, daß sie auch ein Einzelzimmer hat und daß man die entsprechenden küchenmäßigen und hygienischen Einrichtungen zur Verfügung stellt; nur so wird man genügend Personal zum pflegerischen Einsatz bekommen.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß zum Beispiel im Landeskrankenhaus Graz die Errichtung einer Krabbelstube und eines Kindergartens notwendig wäre. Wir verlieren jährlich 20 bis 30 Schwestern durch Heirat, durch Karenzurlaub, nur deswegen, weil sie, wenn sie Kinder haben, nicht im Krankenhausdienst bleiben können. Hier wäre es sehr wertvoll, Mittel einzusetzen, und ich bedaure sehr, daß diesbezüglich im Budget keine Mittel vorgesehen sind.

Meine Damen und Herren! Insgesamt hätte ich den persönlichen Eindruck — seien Sie mir nicht böse —, daß auf diesem Sektor sehr viel administriert und sehr viel improvisiert wird und daß man vielleicht hinterher den Versuch gemacht hat, irgendwie einen Gedanken von Planung hineinzuprojizieren, wenngleich der Gedanke nicht ganz zu Recht besteht. Darum war es für mich sehr lehrreich, eine Broschüre zu lesen. Sie lautet „Gespräch und Argumentation, eine Anleitung für die Mitarbeiter der SPÖ Steiermark“. (Landesrat Bammer: „Ein neuer Mitarbeiter!“ — Landesrat Gruber: „Aber gelernt haben Sie nichts daraus!“) Herr Landesrat Gruber, ich lese Ihnen jetzt einige Sätze vor, vielleicht haben Sie das zuwenig gelernt. (Landesrat Gruber: „Sie brauchen mir nichts vorzulesen; ich lese selber genug. Auf das lege ich wirklich keinen Wert!“ — Abg. Pözl: „Das glauben wir! Herr Landesrat Gruber, außer Leviten kann man Ihnen wirklich nichts vorlesen!“ — Landesrat Gruber: „Und die nehme ich nicht zur Kenntnis!“ — Abg. Eichtinger: „Bitte vorlesen!“ — Landesrat Wegart: „Das ist Eure Schrift, darüber können Sie ruhig lachen!“ — Landesrat Gruber: „Dann können wir ja gehen, wenn ihr eine Vorlesung habt!“ — Abg. Prensberger: „Wir kennen es ja genau, uns braucht er es ja nicht vorzulesen!“) Darf ich es wenigstens meinen Klubkollegen vorlesen? (Landesrat Gruber: „Hätten Sie das in der Klub Sitzung gemacht bei der ÖVP! Da hätten wir uns Zeit erspart!“ — Landesrat Peltzmann: „Kollege Gruber, warum so empfindlich?“ — Landesrat Gruber: „Herr Landesrat Peltzmann, Sie sollen auf der Regierungsbank hören, was die Abgeordneten sagen, nicht immer herunterschreien!“ — Glockenzeichen. — Präsident: „Ich bitte den Herrn Abgeordneten Dr. Piaty, die Spannung des Hohen Hauses nicht zu übertreiben und mit der Vorlesung zu beginnen!“)

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen eine große Neuigkeit mitteilen. (Landesrat Gruber: „Das wäre die erste Neuigkeit!“) Da steht nämlich drinnen: „Deshalb wurde von Landesrat Adalbert Sebastian ein Zehnjahresplan zum Ausbau der Krankenanstalten erstellt.“ Ich frage nun: Wo ist denn dieser Plan? Ich habe leider nicht einmal Ansätze eines Planes gesehen, nicht oben, nicht unten, nirgends. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Herr Kollege, drehen Sie sich um, da können Sie ihn sehen. Er ist vor 5 Jahren dem Bauamt überreicht worden!“) Ah, dem Bauamt! (Allgemeine Zwischenrufe von der SPÖ. — Landesrat Gruber: „Ich glaube, wir werden Ihnen vorlesen, das wird für Sie viel nützlicher sein, als wenn Sie uns vorlesen! Es ist auch nicht richtig, den anderen Vorlesungen zu halten, wenn man erst ein paar Monate

da ist!“ — Glockenzeichen!) Ich stelle fest, das Bauamt weiß es, aber 55 Abgeordnete des Landes Steiermark kennen diesen Plan nicht. (Beifall bei der ÖVP. — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Landesrat Peltzmann: „Er ist ja nur parteiintern behandelt worden.“ — Glockenzeichen. Präsident: „Herr Abgeordneter, ich bitte weiterzureden!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Wurzeln des Dilemmas Ihnen schildern, so wie ich sie sehe. Ich glaube, wir würden uns viel von diesen Dingen ersparen, wenn nicht so viele einsame Beschlüsse im stillen Kämmerlein der Abteilung 12 gefaßt würden. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Aber nicht nur bei der Rechtsabteilung 12!“ — Landesrat Gruber: „In der Abteilung 1 werden auch einsame Beschlüsse gefaßt, es ist ein Geheimnis, aber ich sage es Ihnen!“) Laut Geschäftsordnung darf ich nur zur Gruppe 5 sprechen. Diese einsamen Beschlüsse bleiben auch einsam, wenn sie durch eine kleine En-miniature-Räterepublik formiert werden, nämlich durch eine Republik der Hofräte und der Oberregierungsräte. Ich glaube auch, soweit ich die Tätigkeit der Abteilung überblicken kann, daß eine echte sachliche und objektive Beratung nicht stattfindet, ja dort, wo sie stattgefunden hat, wie zum Beispiel im Gutachten des Dr. Eichhorn für das Krankenhaus Graz, die entsprechenden Schlüsse nicht getroffen werden. Ich glaube, daß dieses Problem, nämlich das Krankenhaus, einer breiten Diskussion zugeführt werden sollte. Ich verstehe die Schwierigkeiten in einem so komplexen Gebiet, die der Herr Referent hat. Ich bestreite nicht, daß er guten Willens ist, daß er hier mit Schwierigkeiten zu rechnen hat, da nämlich die Tätigkeit in diesem Referat ein gewisses Maß an Fach- und Sachwissen voraussetzt und daß er sich sehr bemüht, aber daß er es nie ohne fachmännische Beratung erfüllen kann. Ich glaube oft, daß er sogenannten „Autoritäten“ gegenüber in der Beratung etwas unsicher erscheint und daher zu falschen Schlüssen kommt. Ich glaube, daß die Verwaltungsstrukturen, die zum Teil historisch bedingt sind, den Anforderungen des Krankenhauses nicht gewachsen sind. Denn, meine Damen und Herren, das Krankenhaus ist nicht mehr das Obdachlosenasyll, das man so im Fürsorgeverfahren betreut. (Landesrat Gruber: „Ist Fürsorge schlecht? Darüber haben wir uns gerade bei der Gruppe 4 unterhalten. Das ist eine Beleidigung!“) Es ist ein kostenexpansiver Wirtschaftskörper, und ein Krankenhaus muß in erster Linie wirtschaftlich von Managern geführt werden. (Landesrat Gruber: „Jetzt haben wir uns gerade in der Gruppe 4 unterhalten!“ — Abg. Groß: „Eine soziale Gesinnung ist das, die Sie da entwickeln!“ — Landesrat Gruber: „Würden Sie uns einmal sagen, was in der Fürsorge schlecht ist!“ Glockenzeichen! — Landeshauptmann Krämer: „Hören wir ihm zu!“) Herr Landesrat Gruber, die Gruppe 4 ist abgeschlossen. Ich spreche zur Gruppe 5. (Abg. Ritzinger: „Der Herr Landesrat Gruber will ja Landeshauptmannstellvertreter werden!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Bei uns gibt es ja eine Reihenfolge!“ — Abg. Pözl: „Ist der Heidinger hinter dem Gruber?“)

Ich möchte Ihnen konkret zwei Vorschläge unterbreiten, nämlich die Schaffung eines Anstaltenamtes, weil ich glaube, die Rechtsabteilung 12 kann doch auf die Dauer nicht Aufsichtsbehörde ihrer selbst sein, denn sie ist einerseits Rechtsträger für die Krankenanstalten, sie ist andererseits zugleich Aufsichtsbehörde. Das ist meines Erachtens eine Inkompatibilität. Das zweite ist — und hier, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, würde ich sehr dafür plädieren, daß Sie die Grundsätze, die Ihnen hohen Parteivorsitzenden so leicht über die Lippen fließen, wenn er von der Transparenz der Dinge und von der Demokratisierung spricht —, daß Sie diese Dinge im Ordnungsbereich der steirischen Krankenanstalten realisieren, indem Sie zum Beispiel einen Krankenhausrat einsetzen. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe von der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Seid Ihr gegen die Demokratisierung? Warum seid Ihr denn so empfindlich?“ — Abg. Pözl: „Der Piaty treibt Euch noch alle zum Doktor!“)

Präsident: Glockenzeichen! Meine Damen und Herren, Zwischenrufe, wenn sie mehrstimmig abgegeben werden, verlieren ihre Verständlichkeit und daher auch ihren Wert für das stenographische Protokoll. Ich bitte weiterzufahren.

Abg. Dr. Piaty: Ich glaube in Anbetracht, daß also rund 22 % der Budgetmittel für das Krankenhaus ausgegeben werden, wäre es sehr notwendig, ein möglichst großes Gremium unter Einschluß aller wichtigen Berufsgruppen des Krankenhauses als Beratungsgremium zu instituiieren und ich sehe bei Gott nicht ein, warum das Ihre Unruhe erweckt. Das wäre doch sicherlich für die Effektivität und auch für die Unterstützung des Referenten ein positiver Schritt. (Abg. Brandl: „Der Landwirtschaftsminister war ja auch für einen Bauernrat!“ — Präsident Ile-schitz: „Da will er den Rat auf einmal haben!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da ist er ja auf einer Linie mit Ihnen, Herr Präsident!“ — Landesrat Peltzmann: „Er will ja keine Staribacher-Methoden!“ — Von der SPÖ: „Maleta-Methoden!“) Es geht mir ausschließlich darum, daß das Krankenanstaltenwesen geordnet wird und ich glaube, daß das ein brauchbares Instrument wäre und nicht eine Alibileistung, wie es z. B. im Rationalisierungsausschuß betrieben wird, der zwar eingesetzt wurde, aber über drei Alibisitzungen nie hinausgekommen ist. Es muß gelingen, mit einem Maximum an Effektivität im Dienst am kranken Menschen mit jenen Mitteln auszukommen, die verfügbar sind, ohne auf die Dauer die Leistungskraft des Landes auszuzerren. Und damit, meine Damen und Herren, möchte ich das Thema des Krankenhauses zu Ende bringen. Ich möchte anschließen kurz zwei Dinge allgemein gesundheitspolitischer Natur. Das eine ist die Frage, die hier urgirt wurde, der Landärzte. Wir haben derzeit in der Steiermark 24 offene Landarztstellen, wir haben aber auch zugleich 22 offene Distriktsarztstellen. Ich möchte diesen Platz hier benutzen, zu urgieren, daß endlich dieses Haus jene gesetzlichen Grundlagen schaffe, damit der Dienst der Distriktsärzte auf dem Lande sozusagen wieder legalisiert wird, denn derzeit stehen wir in einem extra-

legalen Raum auf Grund eines Verfassungsgerichtshoferkennnisses. Die Landärzte sind in einer besonderen Situation, ich möchte mich hier nicht verbreitern, Sie wissen, daß sie ohne begrenzte Arbeitszeit, oft Samstag und Sonntag, Tag und Nacht unterwegs sein müssen, um ihre Kranken zu betreuen. Ich möchte hier auch als Korrektur zu den Ausführungen des Kollegen Nigl sagen, die Krankenversicherung der Steiermark, als einzige in Osterreich, hat das ihre dazu beigetragen, daß an bestimmten Posten die Landärzte honorarmäßig wesentlich besser gestellt sind. Meine Damen und Herren, wir werden Ärzte nur hinausbekommen, wenn sie besser honoriert sind. Die einfache Logik muß ihnen sagen, wenn jemand mit 800 Krankenscheinen dasselbe in Graz bekommt wie mit 800 Krankenscheinen draußen irgendwo in einem fernen Graben, werden Sie niemanden bekommen, der in diesen Graben geht. Wir müssen uns eben zu einer differenzierten Honorierung dieser besonders erschwerten Umstände und dieser Tätigkeit bekennen. Aber, wenn die Sozialversicherung das ihre getan hat, möchte ich schon urgieren, daß auch die übrigen öffentlichen Körperschaften, die Gemeinden, aber auch das Land Steiermark, aber auch der Bund das seine tun. Ich denke ganz konkret, wir werden auf Dauer nicht herunkommen, wenn wir uns ein Funknetz für die Feuerwehr und für das Rettungswesen leisten, auch ein gewisses Funknetz für den ärztlichen Dienst am flachen Lande zu installieren, damit überall und jederzeit der Arzt am Samstag, am Sonntag und in der Nacht gerufen werden kann. (Beifall des Abg. Pözl: „Ein guter Vorschlag!“) Ich möchte auch urgieren, daß das Land Steiermark in den vorbeugenden Maßnahmen mehr initiativ wird. Ich bedaure sehr, daß derzeit im Unterabschnitt 513 und 515 nur ein Betrag von S 2,045.000.— ausgewiesen wird. Ich möchte heute schon für das nächste Jahr ankünden, daß ich glaube, daß auf dem Gebiet der Schwangerenuntersuchung und der vorbeugenden Untersuchungen mehr Mittel eingesetzt werden können. Denn, meine Damen und Herren, die vorzeitige Erfassung von Krankheiten kommt der Gemeinschaft billiger, als hinterher erst zahlen zu müssen, wenn keine Heilungsaussicht besteht. Mit einem Wort, in einer Gesellschaft des Wohlstandes gewinnt die Frage nach den Möglichkeiten das Leben zu verlängern und die Gesundheit zu erhalten eine zunehmende zentrale Bedeutung. Aufgabe der Politik auch in dieser Landstube ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Und abschließend kann ich sagen, das Land Steiermark hat vieles geleistet, mag auch manches verbesserungswert sein und ist manches einer Kritik zu unterziehen, glaube ich, trotzdem sagen zu können, daß im großen und ganzen hier eine positive Leistung aufliegt. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landesrat Gruber das Wort.

Landesrat Gruber: Ich erlaube mir, Herr Landeshauptmann, als Abgeordneter des Bezirkes Bruck auch einige Bemerkungen zu machen. Bevor ich aber zu dem mich als Abgeordneten des Bezirkes

Bruck speziell interessierenden Thema komme, möchte ich die heiteren Ausführungen des Herrn Präsidenten Piaty mit einem netten Bonmot abschließen. Wie er so mit der Statistik jongliert hat, was alles möglich ist und was da und dort geschieht und bei uns nicht geschieht, da ist mir etwas eingefallen, was ich immer unserem Generaldirektor bei Lohnverhandlungen als Betriebsrat gesagt habe. Wenn ich das Einkommen eines Generaldirektors und das eines Hilfsarbeiters zusammenziehe und durch zwei dividiere, kommt ein gesunder Durchschnitt heraus, nur hat der Hilfsarbeiter nichts davon von der Sache. Das ist der Witz an der ganzen Geschichte. Und so sind Sie mir wirklich mit der ganzen Statistik vorgekommen.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte wirklich zu einem sehr ensten Problem mit allem Ernst Stellung nehmen. Der Abgeordnete, Primarius und Präsident der Ärztekammer, Dr. Piaty hat in den letzten Tagen, in einer Pressekonferenz, einen Reorganisationsplan für die Landeskrankenanstalten der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Nicht nur, daß ich der Auffassung bin, daß es, wenn es einem darum gehen würde, ernsthafte Reorganisationsmaßnahmen und Vorschläge zu machen, er nicht unbedingt sofort die Öffentlichkeit suchen mußte oder müßte, sondern daß diese zuerst in den zuständigen Gremien einmal beraten werden könnten. (Abg. Dr. Piaty: „Das ist das einzige Mittel, Sie zum Handeln zu zwingen!“) Das wird Ihre große Enttäuschung sein, Herr Abgeordneter, Sie werden gar niemanden zwingen (Abg. Dr. Piaty: „Täuschen Sie sich nicht!“) Sie werden gar niemanden zwingen, das müssen Sie sich einmal merken, Herr Abgeordneter Piaty. Sie können vielleicht Ihren Klub zwingen, aber den ganzen Landtag ganz bestimmt nicht. Das, wissen Sie Herr Abgeordneter, intellektuelle Arroganz und primitive Präpotenz sind die zwei Dinge, die am meisten Schaden anrichten können. (Abg. Dr. Piaty: „Was sind das für Ausdrücke?“ — Abg. Pözl: „Er weiß ja nicht, was er sagt!“) In diesem Reorganisationsplan haben Sie angekündigt, daß es zweckmäßig erscheint, das Landeskrankenhaus Bruck zu schließen, weil durch die Bildung eines Schwerpunktkrankenhauses in Leoben an und für sich der Bedarf für diesen Raum gedeckt ist und daher bei 15 Autominuten, wie es hier in diesem Konzept der Ärztekammer steht, es überhaupt kein Problem darstellt, die Bevölkerung ausreichend ärztlich oder krankenhaushausmäßig zu versorgen. Ganz abgesehen davon, daß nicht jeder ein Auto hat und daß nicht jeder, selbst wenn er ein Auto hat, in 15 Minuten zwischen Bruck und Leoben fahren kann; dazu muß er schon die Immunität besitzen. Wir wissen, wie die Verkehrsverhältnisse sind und kennen den Verkehrsstau, der sich dort ergibt. (Abg. Pözl: „Der Kranke fährt ja nicht selbst!“ — Abg. Dr. Piaty: „Da müßten Sie in jedem Ort ein Krankenhaus aufmachen!“) Es ist gar keine Rede davon, daß das bewältigt werden kann. Ich möchte mit allem Ernst feststellen: Der Bezirk Bruck hat knapp 70.000 Einwohner. Nach Graz hat er die höchste Steuerkraftkopfquote, und im Jahre 1969 haben die Steuerzahler dieses Bezirkes brav über 130 Millionen S dem Staatssäckel eingetragen. Aber

wenn es um Anliegen des Bezirkes geht, dann glaubt man, darüber einfach hinweggehen zu können. Seit einem Jahrzehnt bemühen sich die Mandatäre aller Parteien, Herr Abgeordneter Piaty, um die Errichtung eines neuen Landeskrankenhauses im Bereiche des Bezirkes Bruck. Und nach langen Bemühungen ist es gelungen, mit der Erwerbung der Schneidhofergründe einen ersten positiven und für die Bevölkerung des Bezirkes sichtbaren Erfolg zu erreichen. (Abg. Dr. Piaty: „Wieviel zahlt der Bezirk dafür?“ — Landesrat Bammer: „Wie jeder andere!“) Der Bezirk zahlt 130 Millionen an Steuern, Herr Abgeordneter, und sagen Sie mir, was der Bezirk Fürstenfeld zu Ihrem Krankenhaus dazuzahlt, dann kann ich Ihnen auch beantworten, was Bruck dazuzahlt. In so billiger Demagogie, Herr Abgeordneter Piaty, können Sie vielleicht dort reden, wo Sie die Mehrheit besitzen, aber nicht im Steiermärkischen Landtag. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Da kann der Bezirk Fürstenfeld nichts dafür!“) Und diese Veröffentlichung, Herr Abgeordneter Piaty, hat zu einer großen Empörung im Bezirk Bruck geführt. Dutzende Telegramme, nicht nur von Betriebsräten, sind gekommen. (Abg. Dr. Piaty: „Alle organisiert!“ — Landeshauptmann Krainer: „Herr Kollege Gruber, spielen wir nichts hoch! Fachmeinungen müssen nicht politische Meinungen sein! Nichts hochspielen!“) Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Piaty meint, daß sich der Herr Gewerke Pengg von mir hat organisieren lassen, um ein Telegramm zu schicken (Landeshauptmann Krainer: „Aber, aber, Herr Kollege!“), dann befinden Sie sich in einem gewaltigen Irrtum, und auch von ihm ist ein Telegramm unter den Protesten. (Landeshauptmann Krainer: „Sie werden wohl nicht die Bedeutung eines solchen Telegramms überschätzen!“ — Zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe.) Die Bürgermeister, die Betriebsräte und die ganze Bevölkerung sind mehr als empört. Es ist ja zum Glück so, Herr Abgeordneter Piaty, wie Sie schon gesagt haben, daß hier im Landtag eine Vereinbarung getroffen wird. (Landesrat Peltzmann: „Herr Kollege Gruber, es wurde ja nicht im Betriebsrat beschlossen, sondern in der Landesregierung und im Landtag! So etwas ist ja unfair! Selbst die Verantwortung tragen und dann polemisieren! Das beschließen die Regierung und der Landtag und nicht die Ärztekammer!“) Jawohl, Gott sei Dank! (Landesrat Peltzmann: „Sie verdrehen die Dinge ja! Wir sind verantwortlich, Sie genauso.“ — Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Der Finanzausgleich ist ja falsch, wenn der Bezirk Bruck soviel hat!“ — Präsident Ileschitz: „Am Wort ist der Herr Landesrat Gruber!“) Ich stelle fest, daß ein solches Gutachten der Öffentlichkeit übergeben wurde. Wenn die ernste Absicht bestanden hätte, konstruktive Vorschläge zu machen, dann hätte man nicht in die Öffentlichkeit gehen müssen. Daß man in die Öffentlichkeit gegangen ist, zeigt, daß man ein bestimmtes Ziel verfolgt. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Seien Sie nicht so wehleidig!“) Wir haben uns gegen die Zusperrer beim Kohlenbergbau, am Erzberg und in der Eisen- und Stahlindustrie gewandt. Ich habe nur eine Frage an die Verant-

wortlichen und Zuständigen namens der Bevölkerung dieses Bezirkes und nicht als Gruber zu richten.

Herr Landeshauptmann, ich möchte Sie fragen, in dieser Stunde und in der Situation, wo es eine echte Empörung im Bezirk Bruck gibt, und ebenso Sie, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter (Abg. Pözl: „Stimmt das, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian Referent ist?“), ob Sie bereit sind, Ihre bisherige Haltung, daß Sie sich zum Neubau eines Landeskrankenhauses in Bruck bekannt haben, auch weiter beizubehalten (Landeshauptmann Krainer: „Das können Sie mich in der Regierung fragen, aber nicht demagogisch im Landtag!“ — Beifall bei der ÖVP. — Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Das ist doch keine Frage im Landtag!“ — Landesrat Peltzmann: „Doppelte Wahrheit!“ — Landeshauptmannstellvertreter Dr. Niederl: „Es ist keine Frage!“ — Landeshauptmann Krainer: „So ist es!“) oder ob Sie sich, Herr Landeshauptmann, der Auffassung Ihres Abgeordneten Dr. Piaty anschließen. (Landeshauptmann Krainer: „Auch das können Sie mich in der Regierung fragen!“ — Abg. Pözl: „A unhamlich starker Abgang!“ — Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Der Herr Landeshauptmann ist gegen die Transparenz!“)

2. Präsident Heschitz: Am Wort ist Frau Abg. Jamnegg. Ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch ich möchte mich mit dem Spitälerproblem befassen. Lassen Sie mich aber zunächst einmal einige grundsätzliche Feststellungen treffen.

Zunächst einmal sind wir der Auffassung, daß der Abgeordnete hier im Hause, wer immer es ist und welcher Fraktion immer er angehört, das Recht hat, hier frei seine Meinung zu äußern. Lassen Sie mich aber eine zweite Feststellung treffen. Ich bin der Meinung, meine sehr geehrten Damen und Herren — ich richte hier mein Wort an das ganze Haus —, die Frage der Spitäler kann niemals eine parteipolitische Frage sein. (Allgemeine Zwischenrufe: „Sehr richtig!“ — Landesrat Gruber: „Das ist unbestritten!“ — Allgemein starker Beifall. — Landeshauptmann Krainer: „Auch nicht bei Wahlen!“) Das Spitälerproblem ist ein Problem des Landes und müßte daher auch unser gemeinsames Problem sein. Aber es ergibt sich in diesem Haus der Eindruck, wenn man die bisherige Debatte verfolgt hat, als sei es ein parteipolitisches Problem, und hier möchte ich mit Nachdruck darauf hingewiesen haben, daß das niemals der Fall sein kann. (Abg. Gerhard Heidinger: „Eine Frau hat immer recht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das weiß sogar der Heidinger! Geht es euch auch so?“) Lassen Sie mich folgendes feststellen: Die Frage der notwendigen Neuordnung unserer Spitäler steht ja nicht erst seit heute auf der Tagesordnung. Sie steht — und hier möchte ich alle Damen und Herren, die der vorigen Legislaturperiode angehört haben, daran erinnern — seit zweieinhalb Jahren auf der Tagesordnung. Denn am 17. Juni 1968 haben wir im Landtag einen Antrag eingebracht auf Erstellung eines Spitälerplanes, eines Organisations-, Koordinierungs- und Rationalisierungspla-

nes für die steirischen Krankenanstalten. Ich darf weiter daran erinnern, daß wir uns schon in der vorjährigen Budgetdebatte und auch Jahre zuvor anlässlich der Gruppe 5 ausführlich mit der Frage der Spitäler auseinandergesetzt haben. Viele Seiten des stenographischen Protokolls sind damit gefüllt. Ich möchte aber auch noch eines feststellen dürfen, ohne daß mir hier vielleicht eine versteckte Polemik unterschoben werden kann. Ich habe hier meine Erfahrungen in der vorhergehenden Gruppe gesammelt. Ich möchte sachlich feststellen: Ich habe anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte, Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, die Erfüllung unseres Antrages urgiert, und ich erinnere mich noch sehr genau — es ist auch im stenographischen Protokoll nachzulesen —, Sie haben damals gemeint, der Antrag werde studiert.

Das war eineinhalb Jahre nach Einbringung des Antrages und ich erlaube mir dazu noch die Feststellung, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und meine Damen und Herren, daß zu diesem Antrag, den man doch nicht einfach als einen unwichtigen Antrag abtun kann, daß zu diesem unseren Antrag dem Landtag nie ein Regierungsbericht vorgelegt worden ist und auch der im Antrag geforderte Spitalsplan steht bis heute noch aus. Und ich möchte noch etwas sagen, was mich doch ein bißchen bestürzt hat, daß unser ganzer sachlicher Einsatz in diesem Hause im Zusammenhang mit der Frage Lösung des Spitälerproblems bisher weitgehend vergeblich war. Ein Einsatz, der ja doch nur ausgelöst ist von unserer Sorge, die Funktionstüchtigkeit unserer Spitäler zu verbessern und vor allem diese Funktionstüchtigkeit der Spitäler auch für die Zukunft zu sichern. Der einzige Erfolg dieses Antrages war, daß eine Rationalisierungskommission eingesetzt worden ist, jedoch ausschließlich, wie ich feststellen möchte, für den Bereich der administrativen Verwaltung. Eine Kommission, die — wie mir bekannt ist — einige Male getagt hat, aber deren bisherige Beratungsergebnisse zumindest dem Landtag hier nicht bekannt sind.

Zur Lösung der grundsätzlichen Probleme aber wurde bisher leider — und das bedauern wir sehr — nichts unternommen. Wir haben daher in der letzten Landtagssitzung erneut einen Antrag eingebracht, und er liegt ja heute bei allen Abgeordneten auf, mit dem wir die Landesregierung und damit den zuständigen Referenten auffordern, einen Spitalsplan für das Land Steiermark zu erstellen. Wir erwarten hier, und wir haben das in unserem Antrag konkret formuliert, einen langfristigen Organisationsplan sowohl für Neubauten, ein solcher liegt, wie wir heute gehört haben, vor, als auch insbesondere einen Organisationsplan für die notwendige Umorganisation in bestehenden Anstalten. Und zwar mit Rücksicht auf die modernen Erfordernisse und mit Rücksicht auf eine bessere Überschaubarkeit der einzelnen Verantwortungsbereiche, was ja nicht nur im Interesse der Patienten gelegen ist, sondern auch im Interesse des dort schwer arbeitenden Ärzte- und Pflegepersonals. Im Rahmen dieses Spitalsplanes erwarten wir weiter einen umfassenden Rationalisierungsplan, weil wir glauben, daß auf längere Sicht gesehen, hier doch Geld